REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 353 · 7.4.1993

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 55 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Stahlarbeiter drohen dem "Solidarpack"
2. Stephan Waldberg weiter in Haft
3. Nach den Wahlen in Frankreich die "Neukonstituierung" der Linken?
4. Der große Knall von Weiterstadt
5. RAF-Erklärung zu Weiterstadt (Dokumentation)
6. Zwischen Europa und Rußland. Welchen Weg geht die Ukraine?
7. Der Machtkampf in Rußland - Andreas Skrypietz
8. Zentralasien - eine Region "am Rand der Welt" (Teil 1)
9. Wettlauf der Fußkranken. Marode Zentralmächte streben nach Vorherrschaft über Zentralasien
10. Für eine "antifaschistische Wochenzeitung" in der ehemaligen UdSSR (Dokumentation)
11. Schwangerschaft im Zeitalter der Technokratie - Erika Feyerabend
12. Essener Erklärung zum "Mustergesetzentwurf für Organtransplantation" (Dokumentation)
13. Bunkerleben und Kinderlandverschickung (Buchvorstellung)
14. Chronologie rassistischer Anschläge (1.3.29.3.93)
15. Rassismus tötet. Eine Bilanz der Opfer in Westeuropa
16. Rassisten als "Sicherheitskräfte". Folter und Mißhandlung in Westeuropa (Dokumentation des ai-Reports)
17. Abgrenzung und "europäische Identität". Bücher über (Anti-)Rassismus in Westeuropa
18. Tatverdächtig weil antinational? Antifaschist in Wiesbaden seit 6.1.93 in U-Haft
19. Stimmen zu den hessischen Kommunalwahlen
20. Rechtsradikale finden Unterschlupf bei der CDU (Presseerklärung)
21. Gerhard Bögelein: Ich will keine Gnade! Ich will Recht! Auszüge aus einem Interview am 17. Februar 1993
22. 22 Jahre Isolationshaftbedingungen und Sondermaßnahmen gegen die politischen Gefangenen in der BRD - RA Gerd Klusmeyer
23. Alle Gefangenen müssen raus!
24. Acht neue Verfahren gegen Gefangene aus der RAF - RA Martin Heiming
25. Erst Lügen, dann Schweigen. Der Kronzeuge in den Kurden-Prozessen
26. "Siegerjustiz"? Eine kritische Anmerkung vom AK Politische Justiz, Heidelberg
27. Es ging nur um die Art zu sterben. 50 Jahre Warschauer Ghettoaufstand - Ingrid Strobl
28. Bericht der UN-Kommission über die Bürgerkriegsverbrechen in El Salvador
29. Cubanische Wahlergebnisse - Zustimmung für den gegenwärtigen Kurs
30. Kaffeegenuß für Doña Elsa
31. "Gaza soll im Meer versinken" (Rabin) - Klaus Mellenthin
32. Südafrika: Durchbruch bei Verhandlungen?
33. "Es gilt, Farbe zu bekennen". ak-Gespräch mit Rechtsanwalt Croissant
34. Selbstbezichtigung gewendeter Linker. "Antiautoritäre" bereuen öffentlich ihre Jugendsünden
35. Antifaschismus - nur ein hohler Begriff? Anmerkungen zum Fall Christine Ostrowski
36. Christine Ostrowski zu ihrem Gespräch mit dem NO-Führer Maier (Dokumentation)
37. BWK will Arbeitsgemeinschaft in der PDS werden
38. "Kommunisten treffen Kommunisten" (Dok. einer Pressemitteilung der "Initiative sozialistisch-kommunistische Aktionseinheit")
39. VSP: Kein Beitritt zur IV. Internationale
40. Kunst gegen Barbarei. John Zorns Höropus "Kristallnacht" - Hartmut Konopka
41. Einstürzende Nahost-Experten. Nach Konzelmann jetzt Scholl-Latour - Klaus Mellenthin
42. "Psychologisch ausgetüftelt und ausgedacht"
43. Offener Brief eines Gefangenen

44. Quelldatei 31.htm
45. LeserInnenbriefe
46. Quelldatei 36.htm
47. Auseinandersetzung oder Ausgrenzung?
48. Antifa-Treffen
49. Schwangerschaft im Zeitalter der Technokratie
50. Quelldatei inter.htm
51. Quelldatei plakat.htm
52. Quelldatei rot2.htm
53. Quelldatei schweine.htm
54. Quelldatei spenden.htm
55. Quelldatei weiterst.htm

1. Stahlarbeiter drohen dem "Solidarpack"

Gegen Massenentlassungen und "Unternehmerputsch"

Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:40

Der Regierung "Feuer unterm Hintern" machen wollten Zehntausende von Stahlarbeitern (die IG Metall spricht von 80.000), die am 26. März in Bonn demonstrierten. Der geplante Abbau von bis zu 40.000 Arbeitsplätzen hatte nicht nur Metaller aus dem Ruhrgebiet, sondern auch aus dem vereinigungsgeschädigten Osten auf die Beine gebracht.

Den "Erhalt aller Stahlstandorte in Ost und West" fordern Kollegen der IG-Metall Leipzig auf ihrem Transparent - und wissen doch, daß sich das nicht durchsetzen lassen wird. IGM-Chef Steinkühler, wegen seiner kompromißlerischen Position im Kampf um Rheinhausen mit Pfiffen empfangen, formuliert diplomatisch: Es gebe keine Gewerkschaft, die Stahlstandorte garantieren könne; aber es gebe auch keine Gewerkschaft, die Stahlstandorte "plattmacht". Ansonsten gibt Steinkühler sich kämpferisch; gegen Kanzler Kohl fällt das leicht. Der IGM-Vorsitzende wettert gegen Kohls zynischen Ausspruch, er finde es "komisch und inakzeptabel", "wenn in Rheinhausen ein solches Geschrei erhoben wird, wenn gleichzeitig viele Tausend Arbeitsplätze in den Betrieben der neuen Länder verlorengehen". Steinkühler kontert: "Das einzige, was inakzeptabel ist, ist der schäbige Versuch, die Nöte der Menschen in Ost und West gegeneinander auszuspielen." Das sehen alle so, und eine Wut auf das "Solidarpack" haben sie auch. Aber wie sich dagegen wehren, daß massenhaft Arbeitsplätze einfach so "verlorengehen"? Steinkühlers Rede wird drastisch, bleibt aber unkonkret: Die Trompeten von Jericho, die Mauern zum Einsturz brachten, wären nur ein zartes Säuseln gewesen, verglichen mit den bevorstehenden Aktionen der Stahlarbeiter. Das Echo bei den Kolleginnen und Kollegen bleibt verhalten. Viele wandern vor dem Ende der Kundgebung ab.

Über die Kampfbereitschaft in den Betrieben sagt das wenig kämpferische Erscheinungsbild der Bonner Demonstration und Kundgebung allerdings nicht allzu viel aus. Die jüngsten Warnstreiks in Ostdeutschland sprechen eine deutlichere Sprache als das Pathos der hauptamtlichen Arbeitervertreter. Gegen den "Unternehmerputsch" - die vorzeitige Kündigung laufender Tarifverträge - haben Anfang April 100.000 ArbeiterInnen der ostdeutschen Stahl-, Metall- und Elektroindustrie den Kampf aufgenommen. Einen Kampf mit ungewissem Ausgang, aber mit hohen Sympathiewerten in der Bevölkerung: Nach einer Infas-Umfrage halten es 74% der Ostdeutschen für gerechtfertigt, wenn für die Angleichung der Löhne an das Westniveau auch gestreikt wird.

2. Stephan Waldberg weiter in Haft

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:34

Noch immer ist der Freiburger Radio-Dreyeckland-Mitarbeiter Stephan Waldberg in der Türkei eingesperrt. Am 22.1.93 wurde er vom Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir zu drei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. (s. ak 351) "An Stephan Waldberg ist ein Exempel statuiert worden", kommentiert die "Badische Zeitung" am 23.1.93, weil er "das Bild einer demokratischen, rechtsstaatlichen, auf Westeuropa hin orientierten Türkei" durch seine Recherchen in Kurdistan in Frage stellte.

Seither haben sich eine Vielzahl von Initiativen für Stephans Freilassung entwickelt - angefangen von den KollegInnen seines Betriebes über JournalistInnen und AutorInnen bis hin etwa zum Gemeinderat von Granada, der spanischen Partnerstadt Freiburgs, aber auch zu höchst zweifelhaften Gestalten wie dem CDU-Außenpolitiker Hans Stercken (dem ansonsten inhaftierte Naziverbrecher mehr am Herzen liegen).

Am 15. April soll - in Abwesenheit des Angeklagten - eine Revisionsverhandlung vor dem Staatssicherheitsgericht in Ankara stattfinden. Stephans Freunde haben Hoffnung, daß die türkische Regierung die Gelegenheit nutzen wird, einen Schlußstrich unter die allmählich lästige Affäre zu ziehen. Sie lenkt nämlich einige internationale Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß der türkische Staat mit allen Mitteln versucht, eine kritische Berichterstattung über den Bürgerkrieg in Kurdistan zu verhindern. Dieser Maxime fielen allein im letzten Jahr 14 Journalisten zum Opfer.

JournalistInnen aus allen Medienbereichen und KollegInnen der IG Medien fordern die sofortige Freilassung von Stephan Waldberg. Unterschriftenlisten bei: PAN-Foto, FAX 040/4393700.

Weitere Informationen über: Freundeskreis Stephan Waldberg, c/o A. Bannwarth, Schillstr. 4, 7809 Winden. Spenden sind willkommen: W. Rosa, Kto.-Nr. 36 15 26, Volksbank Waldkirch, BLZ 680 924 00, Stichwort: "Stephan"

3. Nach den Wahlen in Frankreich die "Neukonstituierung" der Linken?

Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:30

Wochenlang hatten die Redaktionen der in Frankreich vertretenen Medien Zeit, ihre Überschriften und Kommentare zur französischen Parlamentswahl vorzuformulieren. Deren Ergebnis stand lange vor dem 21. März, dem Tag des ersten Wahlgangs, fest. In den Zeitungen finden sich trotzdem nur die wenig originellen Superlative: "Zusammenbruch der Sozialisten", "Totenschein für den Sozialismus", "Wende total". Dagegen ließe sich zunächst einwenden, daß der "Totenschein" auf den falschen Namen ausgestellt ist. "Den" Sozialismus verkörpert die bisherige französische Regierungspartei nun wirklich nicht.

Die bürgerliche Rechte, die in der Nationalversammlung jetzt 484 von 577 Sitzen innehat, verzichtete auf lautes Triumphgeheul. Noch hat sie die Präsidentschaftswahlen nicht gewonnen, auch wenn die Chancen für eine schnelle "Rekonstituierung der Linken" (im weiteren Sinne) eher gering erscheinen. Vergessen wird in den meisten Kommentaren Jean-Marie Le Pens rechtsextremer Front National, der zwar kein Mandat erreichte, aber gegenüber 1988 zulegen konnte.

"Wenn die Opposition gar keinen Wahlkampf führen würde, wenn sie kein Programm hätte, sie würde dennoch gewählt, aus dem einfachen Grund, weil die Leute die anderen nicht mehr sehen können" - an der von Charles Pasqua, Rechtsausleger des RPR mit Sympathie für die Rezepte des Jean-Marie Le Pen, abgegebenen Beschreibung ist eines richtig: Die Bürgerlichen verdanken ihren Wahlsieg nicht einem überzeugenden Programm, sondern der erwiesenen Unfähigkeit der bisherigen Regierung.

Die stets um Vereinfachung und Personalisierung bemühten Medien legen bei der Erforschung der Ursachen, die zur Diskreditierung der sozialistischen Führungsriege geführt haben, besonderes Gewicht auf deren diverse Skandale und Affären. Eine von den französischen WählerInnen wieder neu bestätigte Erfahrung ist: Das Streben von Bürgermeistern und Abgeordneten nach nicht ganz legalen Nebeneinkünften, die schlitzohrige Beschaffung von Parteispenden und anderes, was seit langem international zum Politikerhandwerk gehört, läßt das Wahlvolk "bürgerlichen" Politikern sehr viel eher durchgehen als Sozialdemokraten und Sozialisten, die "soziale Gerechtigkeit" auf ihre Fahnen geschrieben haben. Das ist in Deutschland und Italien nicht anders als in Frankreich, wo die bisherige Opposition den seit 1981 regierenden Sozialisten in puncto Korruption und Vetternwirtschaft nicht nachsteht. Das zwiespältige Phänomen "Politikverdrossenheit" trifft hier wie dort den "linken" Teil des Parteienspektrums erheblich härter als den "bürgerlichen".

Der Sieg des Bürgerblocks Union pour la France (UPF), "Resultat der Schwäche des Gegners" (Le Figaro), ist sehr viel weniger grandios ausgefallen, als die durch das Mehrheitswahlrecht verzerrten Sitzverhältnisse in der Nationalversammlung vorspiegeln. Ein Zugewinn von knapp 2% gegenüber 1988 ist kein Höhenflug. Die 39,5% für die UPF sind, gemessen an den Erwartungen, ein eher bescheidener Erfolg. "RPR und UDF können es als Sieg buchen, wenn sie die 40% überschreiten. Ab 42% kann von einem Erdrutsch gesprochen werden. Hingegen käme ein Ergebnis unter 38% einer Schlappe gleich", schrieb der Pariser Korrespondent der Süddeutschen Zeitung am Tage des ersten Wahlgangs.

Das Motiv vieler Nicht-mehr-PS-WählerInnen - "ihre" Partei strafen oder, wie Pasqua sagt, andere Gesichter sehen zu wollen - ist vergänglich. Es kann sich ziemlich schnell gegen die aktuellen Sieger richten. Nach einer Umfrage des Figaro Magazine glauben 81% der FranzösInnen, "daß die Lage schlecht ist und nur schlechter werden kann" (zitiert nach SZ, 19.3.). Ähnliches besagt das Ergebnis einer von Liberation in Auftrag gegebenen Wahlanalyse: 70% der WählerInnen fürchten um ihre private oder berufliche Zukunft. Und das großenteils zu Recht: Der neue Premierminister Balladur (RPR) geht realistischerweise davon aus, daß die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahr weiter steigen wird. Für die folgenden Jahre haben die Bürgerlichen erst gar keine Versprechungen gemacht. Chirac und Giscard wollen - im Gegensatz zu einigen ihrer rechtspopulistischen Parteifreunde - die Wirtschaftspolitik der Sozialisten fortsetzen: Währungsstabilität ist oberstes Ziel, das allerdings nur auf Kosten tiefer Einschnitte im sozialen Bereich zu erreichen ist.

Wegen dieser Politik, die zwischen 1981 und heute zu einer Verdreifachung der Erwerbslosenzahlen wesentlich beigetragen hat, sind den Sozialisten gerade massenhaft WählerInnen davongelaufen. Die "positive

wirtschaftspolitische Bilanz" der abgewählten Regierung - nur 2% Inflation, Außenhandelsüberschuß - ist im unteren Drittel der Gesellschaft einfach nicht "vermittelbar". Die paradox erscheinende Artikelüberschrift der Süddeutschen Zeitung - "Frankreichs Sozialisten haben versagt/ Erfolgreiche Stabilitätspolitik" - bringt das Dilemma auf den Punkt: "Ihrem erfolgreichen Wirken im wirtschaftspolitischen Bereich steht ein nahezu vollständiges Versagen auf sozialpolitischem Gebiet gegenüber. (...) Sie ‚vergaßen` den Kampf gegen die sozialen Ungleichheiten und gegen die Armut, für Chancengleichheit und stärkere Rechte der Arbeitnehmer in den Betrieben und gegen überholte Privilegien." (SZ, 26.3.)

Den Sozialisten bleibt einstweilen nur die vage Hoffnung, daß die Bürgerlichen, mit denselben Problemen konfrontiert, ihren Stimmenanteil nicht halten werden. Ob die Verluste rechtzeitig, d.h. schon zur Präsidentenwahl in zwei Jahren, zu Buche schlagen, ist allerdings fraglich. Noch unwahrscheinlicher ist, daß die vielbeschworene Regeneration des PS bzw. "Neuformierung der Linken", in welcher parteipolitischen Form auch immer, bis 1995 entscheidend vorankommen wird. Von den 16,6 Millionen Menschen, die 1988 Mitterrands Wiederwahl ermöglichten, sind jetzt nur knapp 5 Millionen bei den Sozialisten geblieben (die Stimmen für Kandidaten der "Präsidentenmehrheit" mitgerechnet).

Le Pen regiert mit

Dramatischer als der unter Umständen kurzlebige Triumph der "Bürgerlichen" sind die Zugewinne des Front National. Die Steigerung von 9,6% auf 12,4% bedeutet gegenüber 1988 einen Zuwachs um fast ein Drittel. Der Verlust von 1,5 Prozentpunkten gegenüber den Regionalwahlen vor ziemlich genau einem Jahr darf ebensowenig Anlaß zur Entwarnung sein wie die Tatsache, daß der FN seinen einzigen Parlamentssitz verloren hat. Die Ende letzten Jahres von der taz ausgemachten "Trübe(n) Zeiten für ‚Front National`" (Artikelüberschrift am 9.11.92) sind überhaupt noch nicht erkennbar. Die Behauptung, der FN befinde sich auf dem "absteigenden Ast" (ebd.), ist schon widerlegt.

Daß der Wahlkampf des FN im Vergleich zu früheren Kampagnen unspektakulär verlief, hat einen einfachen Grund: Wegen des Mehrheitswahlrechts waren für die Rechtsextremen von vornherein nur maximal drei Sitze im Bereich des Möglichen. Le Pen hat deutlich gemacht, daß für ihn die Parlamentswahlen nur der Probelauf zur Präsidentschaftswahl in zwei Jahren sind. Bis dahin erwartet er ein Aufbrechen der Widersprüche im bürgerlichen Lager mit dem Ergebnis, daß sich RPR und UDF nicht auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten einigen können. Das würde Le Pen - theoretisch - die Möglichkeit eröffnen, sich als im ersten Wahlgang erfolgreichster Kandidat der Rechten für die Stichwahl gegen Michel Rocard oder einen anderen Sozialisten zu qualifizieren.

Die vor allem von den Bürgerlichen seit Jahren betriebene Taktik, durch Annäherung an Le Pen den FN "überflüssig zu machen", wird unterdessen fortgesetzt. Chirac und Giscard, die Le Pen nach dessen eigenen Worten zeitweilig "weit rechts überholt" hatten, halten sich gegenwärtig vornehm zurück. Garant für weitere Anleihen bei Le Pen ist der neue Innenminister Charles Pasqua. "300 Maßnahmen zur Wiedergeburt Frankreichs", so der Titel des Wahlprogramms, hat der Front National anzubieten: Einwanderungsstopp, "Rückführung" afrikanischer Arbeitsmigranten, pro Kind eine weitere Stimme für "französische" Eltern. Generell soll das Prinzip der "nationalen Bevorzugung" bei der Gewährung besonderer Sozialleistungen, z.B. dem von den rechtsextremen Familienpolitikern geforderten "Mutterlohn", gelten.

Fehlkalkulation der Grünen

Das undemokratische Wahlverfahren, das von den WortführerInnen des grünen Bündnisses Les Verts/Génération Ecologie für ihr enttäuschendes Ergebnis verantwortlich gemacht wird, erklärt nicht, warum im ersten Wahlgang nur 7,6% grüne Stimmen abgegeben wurden. In Umfragen waren den Grünen bis zu 22% vorausgesagt worden; bei den Regionalwahlen im März 1992 hatten Les Verts und Génération Ecologie zusammen 14,4% erreicht. Eine Wiederholung dieses Erfolges - mit Spitzenergebnissen um 20% in den grünen Hochburgen im Elsaß, Lothringen und der Ile-de France - hätte etliche grüne KandidatInnen den zweiten Wahlgang erreichen lassen. (Dazu mußten bei einer Wahlbeteiligung von 69% etwas mehr als 18% der abgegebenen Stimmen erreicht werden.)

Die zweite von den Grünen vorgebrachte Entschuldigung - die Sozialisten hätten durch ihren wohlkalkulierten Umarmungsversuch potentielle grüne WählerInnen verwirrt - ist ebenfalls nicht überzeugend. "Viele Wähler haben uns daraufhin als Ersatztruppe der Sozialisten betrachtet", erklärte die Grünen-Sprecherin Andrée

Buchmann, "und weil die Franzosen der PS einen Denkzettel verpassen wollten, mußten auch all diejenigen dafür büßen, die den Sozialisten ihrer Ansicht nach nahestehen. Das Angebot des PS-Vorsitzenden Fabius, dem grünen Bündnis 50 Wahlkreise zu überlassen, wurde von den "Ecolos" im Vertrauen auf die Demoskopen zurückgewiesen. Damit haben sie sich letzlich selbst ausgetrickst. In dem Bestreben, "Äquidistanz" zu allen Parteien zu wahren und "weder links noch rechts" zu erscheinen, haben sie sich realpolitisch verkalkuliert. Nicht einmal für den zweiten Wahlgang konnten sie sich zu einer Empfehlung gegen rechts und für das "kleinere Übel" durchringen.

Achtungserfolg des PCF

Anders agierten die Kommunisten vom PCF, die ganz auf Einheitsfront gegen rechts orientierten. Nach dem ersten Wahlgang appellierte Parteisekretär Georges Marchais an die Konkurrenten links von der Mitte: "Wählerinnen und Wähler, die Kommunisten, Sozialisten, Radikale, Ökologen, extreme Linke gewählt oder sich enthalten haben - alle zusammen, um die Rechte zu schlagen und sie zu hindern, sich an Frankreich zu vergreifen - diese eine Sorge muß bis zum nächsten Sonntag bestimmend sein." (Le Monde, 23.3.)

Marchais` Wiederwahl im Wahlkreis Villejuif (Val-de-Marne), den er seit 1973 in der Nationalversammlung vertritt, fiel zwar weniger eindeutig aus als vor fünf Jahren: Im ersten Wahlgang erreichte er nur noch 27,78% gegenüber 38,97% 1988. Insgesamt aber hat der PCF seine Hochburgen verteidigt; im Gegensatz zu den Sozialisten, die vor allem in den Industriestädten des Nordens schwere Einbußen hatten. Teilweise konnte der PCF auf Kosten der Sozialisten geringfügig zulegen. Wie groß der feste Wählerstamm derzeit ist, welchen Anteil an den 9,2% ProtestwählerInnen haben, ist schwer zu sagen. Verglichen mit den 8% bei den Regionalwahlen vor einem Jahr ist ein leichter Aufwärtstrend feststellbar. Der PCF wird mit 24 Abgeordneten (das sind drei Mandate weniger als 1988) weiterhin eine Fraktion bilden können.

Bei der "extremen Linken" sieht die Kommentatorin der Soz "ein stabiles politisches Potential von 4-5 Prozent". Dieser Stimmenanteil verteilt sich auf mehrere Organisationen, von denen hierzulande Lutte ouvrière (LO) und Ligue communiste révolutionnaire (LCR) die bekanntesten sind. Das Ergebnis bezieht sich allerdings nur auf die Wahlkreise, in denen auch kandidiert wurde. Insgesamt kam die "Extrême gauche" auf 1,77% (Klassifizierung und Zahlen des Innenministeriums).

"Neukonstituierung

der Linken"?

Das Interesse vieler Linker außerhalb Frankreichs richtet sich nicht zuletzt auf die Frage, ob aus den Ruinen der sozialistischen Partei etwas Neues entstehen kann, das Ausstrahlungskraft über die Grenzen hinaus gewinnen könnte. In Deutschland hat der von Michel Rocard, dem designierten Präsidentschaftskandidaten der Sozialisten, vorgeschlagene big bang politique - Auflösung der Partei, Neugründung einer Sammlungsbewegung mit "Reformkommunisten", Grünen, Bürgerrechtlern und Zentristen - eifrige UnterstützerInnen gefunden. Antje Vollmer sprach gar von einem "Geniestreich" und freute sich auf das baldige "Überspringen der Debatte auf Deutschland". (taz, 2.3.) Bernd Ulrich hat Rocards "Schnellschuß in die richtige Richtung" flugs in Direktiven an SPD und Grüne übersetzt: "Die Grünen können nicht mit der Ampel kokettieren und sich wie eine überreife APO gebärden..." und dergleichen Ratschläge mehr.

Im Neuen Deutschland wurde sogar der wolkige Aufruf von Parteichef Fabius zu einem "echten Wandel" der "gesamten Linken" als "Chance für alle Linkskräfte" gefeiert. (ND, 30.3.) Das Angebot von Fabius ist noch weniger faßbar als das von Rocard. Letzterem schwebt vermutlich eine "lebhafte demokratische Sammlungsbewegung nach amerikanischem Muster" (Die Zeit, 12.3.) vor - ein Verein zur Unterstützung des Präsidentschaftskandidaten. Mit einer "Neukonstituierung der Linken" hätte das herzlich wenig zu tun.

Ein Blick in Frankreichs Nachbarland Italien zeigt, daß rein organisatorische "Erneuerungen" sehr schnell ihre Attraktivität verlieren können. Die Auflösung der kommunistischen Partei (PCI) und ihre Neugründung als Partito democratico della sinistra ("Demokratische Partei der Linken" - PDS) sollte Anfang 1991 eine völlig "neue politische Formation" der Linken hervorbringen und die gleichen Strömungen integrieren, die auch von Rocard umworben werden. Herausgekommen ist eine nach links ausgedünnte Partei mit "zeitgemäß" klingendem Namen und erheblich kleinerer Mitgliedschaft. Ausgezahlt hat es sich auch bei Wahlen nicht: Der

Abwärtstrend des PCI setzt sich bisher ungebrochen fort. Die seinerzeitigen Bewunderer von PDS-Chef Occhettos "neuem Kurs" sind denn auch ziemlich kleinlaut geworden.

Daß für die westeuropäische Linke nun zur Abwechslung alles Gute aus Frankreich kommen soll, es nur auf deren taktisches "Geschick" (Bernd Ulrich) ankomme, ist eine grandiose Vereinfachung. Durch scheinbare organisatorische "Geniestreiche" wird die Linke - im engeren wie im weiteren Sinne - aus ihrer desolaten Lage nicht herauskommen.

Js.

Daten zur sozialen Lage in Frankreich

Vor zwölf Jahren trat der Parti Socialiste (PS) mit dem Versprechen an, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Mittlerweile sind über drei Millionen Menschen ohne Arbeit, eine Quote von 10,5%. Dabei sind die in die Familie zurückgedrängten Frauen und die in Vorruhestand Entlassenen nicht berücksichtigt.

Für das Jahr 1993 wird mit 600.000 rezessionsbedingten Entlassungen gerechnet, nach 530.000 im letzten Jahr und 477.000 1991. Davon betroffen sind nicht nur die schon seit längerem sich in einer Strukturkrise befindlichen Branchen Stahl, Bergbau und Werften, sondern ebenso wie in der BRD die Autoindustrie und ihre Zulieferer. Aber auch im Dienstleistungsbereich, auf dem Bau und in der Nahrungsmittelindustrie wird heftig rationalisiert. Circa ein Fünftel der Arbeitslosen ist dauerhaft ohne Arbeit und erhält nach zweieinhalb Jahren Sozialhilfe. Bei einem "Einkommen" von ungefähr 600 DM im Monat, nimmt es nicht Wunder, daß die Obdachlosigkeit erheblich angestiegen ist, zumal die Mietentwicklung einen ähnlichen Verlauf nimmt wie in der BRD. Hilfsorganisationen gehen davon aus, daß fast eine halbe Million Menschen obdachlos sind.

3,5 Millionen Menschen leben am Existenzminimum. Knapp eine Million Menschen erhalten den staatlichen Mindestlohn, der gegenwärtig bei 2253 FF (ca. 675 DM) liegt. Es wird geschätzt, daß 700.000 Haushalte unter der Armutsgrenze leben, d.h. mit weniger als 18 DM pro Tag auskommen müssen.

Im Wahlkampf war die Arbeitslosigkeit und deren Beseitigung zwar das Hauptthema, die "Lösungsvorschläge" der Rechten laufen aber eher auf einen Anstieg der Arbeitslosigkeit hinaus. So soll die Politik des harten Franc fortgesetzt und ein großes Privatisierungsprogramm von Staatsunternehmen eingeleitet werden. Dabei ist z.B. an die Banken Crédit Lyonnais und Banque Nationale de Paris gedacht, ebenso an Versicherungen, den Ölkonzern Elf Aquitaine, den Chemiekonzern Rhône-Poulenc und Betriebe aus dem Stahl- und Militärbereich. Dies bedeutet nicht nur eine Fortsetzung der Politik der PS-Regierung, die ihre 1981 begonnene Verstaatlichungspolitik recht schnell aufgab und nach der Cohabitation von 1986-1988 die vom damaligen Finanz- und Wirtschaftsminister Balladur eingeleitete Reprivatisierungspolitik fortsetzte. Durch das Privatisierungsprogramm soll ein weiteres Anwachsen des Staatsdefizites verhindert werden. Dazu würde es unweigerlich kommen, wenn - wie vorauszusehen - den Forderungen der Kapitalisten nach Steuererleichterungen z.B. bei den Sozialabgaben entsprochen wird. Weitere Sparmaßnahmen sind in Vorbereitung, wie z.B. die Abschaffung von befristeten Arbeitsverträgen im Sozialbereich; Umschulungsmaßnahmen sollen gekürzt werden.

Die Angriffe der künftigen Regierung auf den sozialen Besitzstand der arbeitenden Bevölkerung und der Arbeitslosen trifft auf eine erheblich geschwächte Gewerkschaftsbewegung. In der Privatwirtschaft sind nur noch ca. 6% der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert. Die fünf repräsentativen gewerkschaftlichen Dachverbände haben noch zwei Millionen Mitglieder, das sind 10% aller abhängig Beschäftigten. Die Tendenz ist weiter abnehmend. Die CGT ist mit einer Million Mitgliedern nach wie vor die größte Gewerkschaft, hat aber in den letzten zehn Jahren die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Der Organisationsgrad sagt zwar nur bedingt etwas über die Kampfkraft aus (siehe Beispiel BRD), festzustellen bleibt jedoch, daß im Verlauf der 80er Jahre die Anzahl der durch Streiks ausgefallenen Arbeitstage von fünf Millionen auf eine Million zurückging.

gg

Das Wahlergebnis im Vergleich (1992: Regionalwahlen), +, +, +, +

, , 1993, 1988, 1992

UPF, , 39,5, 37,6, 33,0

PS, , 17,6, 34,7, 18,3

FN, , 12,4, 9,6, 13,8

PCF, , 9,2, 11,3, 8,0

Grüne, , 7,6, 0,3, 14,4

4. Der große Knall von Weiterstadt

"Außergewöhnlicher krimineller Stumpfsinn"

Rubrik: Westdeutsche Linke, Anschläge; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:17

Der mustergültige Knall von Weiterstadt habe ein "beispielloses Stück liberalen Strafvollzugs" getroffen, war in der bürgerlichen Presse (hier Hamburger Abendblatt, 29.3.) zu lesen: "Ärzte, Pfarrer, Pädagogen, Psychologen und Sozialarbeiter, insgesamt 313 Mann Personal, sollten hier von Oktober an 650 U-Häftlingen ‚soviel Freiheit wie möglich` geben. In den sechs Wohngebäuden gab es ein Krankenhaus mit 120 Betten und eine musterhafte sozialpsychiatrische Abteilung. Die meisten Gefangenen sollten Zellenschlüssel erhalten, nach Arbeitsschluß um 15 Uhr miteinander spielen, kochen und Sport treiben können. Erzieher sollten die auf Besuch befindlichen Kinder der Insassen betreuen. Dennoch waren die Autonomen und die RAF gegen dieses Meisterstück des progressiven Strafvollzugs." Warum, begründete die Bunte Hilfe Darmstadt in einer bereits 1988 erschienen Broschüre. (1) Der ak druckt den Beitrag, der einen Blick hinter die so idyllisch gezeichnete Kulisse ermöglicht, im folgenden nach.

Hochsicherheitsknast Weiterstadt

In Weiterstadt bei Darmstadt wird zur Zeit mit 700 Haftplätzen einer der größten Knäste Europas gebaut. Nach dem Bau der Frauenhaftanstalt Berlin-Plötzensee ist Weiterstadt die zweite einer Reihe völlig neukonzipierter Haftanstalten im Bundesgebiet.

Der Standort

Der Hochsicherheitsknast Weiterstadt wird auf einem 10 ha (10 000 qm) großem Gelände außerhalb der Ortschaft gebaut. Der Boden dieses Geländes ist seit Jahrzehnten mit HCH, Blei und Kadmium verseucht. HCH ist ein Mittel zur Vernichtung von Läusen und ähnlichem Viehzeug (u.a. Bestandteil des Medikamentes "Jacutin"), hochgiftig und krebserregend.

Um Weiterstadt herum ist sehr viel Gelände verseucht, weil die Chemiefirma Merck ihr HCH teilweise offen lagerte (weiße Berge: vom Winde verweht und vom Regen in die Erde gespült), teilweise verbuddelte, und teilweise, um den Abfall loszuwerden, auch in Parkhäuser und Straßen einbetonierte.

Als dann Hessens Justizminister 1977 einen Knaststandort suchte, kam das der Weiterstädter Gemeindeverwaltung wie gerufen. Das Gelände war so stark verseucht, daß man absolut nichts mehr damit anfangen konnte. Entsorgung wäre zu teuer gewesen. Weiterstadt war ohnehin Pleite. Also verkaufte man es zum Zwecke des Gefängnisbaus an Hessen, sanierte damit die Gemeindekasse und sicherte gleichzeitig verschiedenen örtlichen Baufirmen mit der richtigen Parteizugehörigkeit lukrative Aufträge während des Knastbaus.

Nachdem die geschäftliche Seite geregelt war - auch die FAG beteiligt sich finanziell an dem Knast - mußte der Bau noch von der hessischen Landesregierung genehmigt werden. In der saßen inzwischen die GRÜNEN, die laut Parteiprogramm gegen den Bau neuer Knäste waren.

Das änderte sich rasch. Mit ein paar soziologisch kaschierten Begrifflichkeiten wie "Wohngruppenvollzug", "Therapieprogramm", Abschaffung der Türspione und Aushändigung der Zellenschlüssel im Wohnbereich schien die pädagogische Knastrevolution perfekt. Die GRÜNEN stimmten zu, Weiterstadt bekam seinen Hochsicherheitsknast und Joschka Fischer seinen Ministerposten.

Architektur

Der Knast liegt so weit außerhalb, daß extra eine Zufahrtsstraße gebaut werden mußte. Es gibt keine Busverbindung in diese Gegend. Wer später Gefangene besuchen möchte ist auf ein eigenes Auto angewiesen.

Bisher steht die 6 km lange Mauer aus fugenlosen Betonfertigteilen. Vier Wachtürme sind in die 6,5 m hohe Mauer integriert. Außen vor der Mauer wird ein Erdwall aufgeschüttet, der mit Bäumen und Sträuchern so bepflanzt wird, daß auch die Gefangenen im höchsten Stockwerk (3. Stock) keine Sicht nach draußen haben.

Zusatzeffekt: Von der Bundesstraße aus wird der Knast nicht mehr zu sehen sein, wenn die Bäume hoch genug sind.

Eine Krankenstation und ein Sportplatz innerhalb des Geländes sind in Arbeit, weiterhin ein Heizkraftwerk, eine Großküche mit Werkstätten für Frauen, Werkstätten für Männer, ein Frauen- und zwei Männertrakte mit insgesamt 240 Haftplätzen, sowie ein Zu- und Abgangstrakt für 13 Frauen und 14 Männer. Anfang 1988

soll mit der Fertigstellung der ersten Trakte die Belegung beginnen. Anschließend werden bis 1990 gebaut: Ein weiterer Frauen- und 3-5 zusätzliche Männertrakte, sowie ein zentrales Gefängniskrankenhaus für Südhessen. (2)

Der gesamte Knast unterliegt der höchsten Sicherheitsstufe 1. Sichtblenden an den Fenstern (Sägezahnfassaden wie in Plötzensee) entfallen, da die Architekten (Architekturbüro FORUM aus Darmstadt) gegenüber den Zellenfenstern Verwaltungsgebäude geplant haben, um unkontrollierten Kontakt von Fenster zu Fenster zu unterbinden. Die Versorgungskanäle liegen sabotagesicher in einem Schacht in der Mitte der Gebäude. Die Energieversorgung ist autark, ein Notstromaggregat bereits vorhanden.

Die politischen Gefangenen werden in Hochsicherheitstrakten wie in Stammheim untergebracht. Die sozialen Gefangenen kommen in architektonisch ähnliche Trakte in den Wohngruppenvollzug. Jede Wohngruppe ist von allen anderen Wohngruppen und Inhaftierten vollständig isoliert. Sie besteht aus 10-20 Personen, die in Einzelzellen untergebracht sind und verfügen zusätzlich über eine Teeküche und einen Gemeinschaftsraum, sowie über einen eigenen Hof von 30 x 35 m.

Die Gruppenräume sind kameraüberwacht, die Zellen durch Gegensprechanlagen abhörbar. Um die Gruppen ohne Bodenberührung von einem Trakt in den nächsten verschieben zu können, sind die einzelnen Gebäude durch Plexiglasgänge im dritten Stock miteinander verbunden. Auch diese Gänge sind kameraüberwacht.

Wohngruppenvollzug

"Wir sollten unsere Gesellschaft so restrukturieren, daß alle von Geburt an trainiert würden, selber zu wollen, was die Gesellschaft von uns fordert." (James McConnel, US-Psychologe, in seinem Bericht "Criminals can be brainwashed").

Nach genau diesem Prinzip funktioniert der Wohngruppenvollzug im Knast: Der Gefangene soll sich, sein Verhalten und jegliches der gesellschaftlichen Norm zuwiderlaufende Bedürfnis als krank akzeptieren.

Bevor die Gefangenen auf die einzelnen Wohngruppen verteilt werden, durchlaufen sie die Einweisungsabteilung. Hier durchleuchtet ein Psychiaterstab die Gefangenen nach Anpassungsbereitschaft bzw. Widerstandswille. Anhand der Ergebnisse wird ein Gutachten erstellt, das die Aufteilung der Gefangenen zu den entsprechenden Wohngruppen festgelegt.

Die Wohngruppen sind hierarchisch gestaffelt angefangen von unbeugsamen und unkooperativen bis hin zu anpassungswilligen Gruppen. Das Ziel: Eine "Karriere" der Gefangenen durch Aufstieg von der untersten (= unangepaßtesten) zur höchsten (= konformste) Gruppe. Mitarbeit an der eigenen Karriere wird belohnt, gegenteiliges Verhalten wird bestraft, z.B. durch Streichung von Privilegien und Isolationshaft.

Gefangene Frauen im Knast Plötzensee, die mit einem Hungerstreik für die Abschaffung des Wohngruppenvollzugs gekämpft haben, beschreiben das so: "Die Situation ist gekennzeichnet durch ein Ausmaß an Kontrolle und Repression, wie es in seiner Totalität kaum vorstellbar ist. Die Plötze ist sowohl architektonisch wie auch personell so konzipiert, daß ein Kontakt zwischen den Frauen gar nicht zustande kommt oder aber bis ins letzte Detail registriert wird. Die Frauen werden in voneinander abgetrennte Zwangsgemeinschaften, den sogenannten Wohngruppenvollzug, gepfercht, in denen sie danach ausgesucht werden wie gut, sie sich anpassen und wie sie sich am besten gegenseitig fertig machen. Die schallisolierten Zellen haben eine Gegensprechanlage, durch die die Frauen jederzeit akustisch überwacht werden können. Die Stationsgänge sind mit Kameras bestückt und der Gruppenraum, in dem die Gefangenen sich in ihrer Freizeit treffen, verglast - kurz die perfekte Überwachung jeder Lebensäußerung. Sehen die Frauen sich nicht bei der Arbeit, haben sie durch die totale Abschottung keine Möglichkeit zusammenzutreffen."

Arbeitstherapie

Typisch für die neuen Knäste ist, daß für jeden Gefangenen ein Arbeitsplatz zur Verfügung steht, denn es herrscht Arbeitszwang. Malocht werden muß unter frühkapitalistischen Bedingungen. In Plötzensee arbeiten die Frauen z.B. für einen Lohn von 80 Pf./Stunde nach Akkordvorgaben. Wird der Akkord nicht erfüllt, gibts 10% Lohnabzug. In der Schneiderei sind die Nähmaschinen durch Sichtblenden voneinander getrennt. Es herrscht absolutes Sprechverbot während der Arbeit. Bei Nichteinhaltung gibt es Haftverschärfung.

Therapieziel ist, die Gefangenen daran zugewöhnen, daß es Hafterleichterungen, zwischenmenschliche Kommunikation und andere Vergünstigungen nur gibt, wenn die sklavischen Arbeitsbedingungen exakt eingehalten werden. Das ist die Dressur im Knast für ein widerspruchsloses, obrigkeitshöriges, profitvermehrendes Leben draußen.

Wer die Arbeit verweigert sitzt 23 Stunden totalisoliert in der Zelle.

Gehirnwäsche

Je konformer man sich in der Gruppe verhält, im Sinne des Anstaltspersonals selbstverständlich desto größer sind die Chancen auf Privilegien und vorzeitige Entlassung wegen guter Führung etc.

Die Gruppe ist personell so zusammengesetzt, daß ein pausenloser Konkurrenzkampf zwischen den Gefangenen eingeplant ist. Wichtig ist, die vorgegebenen Werte der Knastleitung und des psychologischen Stabes zu akzeptieren. Mehr noch: sie zu verinnerlichen.

Die Werte wechseln selbstverständlich je nach gesellschaftlicher oder politischer Notwendigkeit.

Du bist der Meinung, Aufrüstung schade dem Frieden? Natürlich Unsinn, weil: Jeder weiß, daß es ohne Aufrüstung keinen sicheren Frieden geben kann. Du denkst, im Supermarkt eine Salami zu klauen, sei für einen Sozialhilfeempfänger legitim? Gefährlicher Gedanke, weil: Erstens werden damit Straftaten gebilligt und zweitens leidet bei uns niemand soviel Not, daß er stehlen müßte.

Du bist mit den Gegenargumenten nicht einverstanden? Solltest Du aber, weil: Wer an seiner geistigen Gesundung nicht mitarbeitet und die Normen nicht akzeptiert sitzt in völliger Isolationshaft rund um die Uhr.

Du plapperst einfach ihr Geschwafel nach, um Deine Ruhe zu haben? Reicht nicht, denn: Die Gesellschaft braucht aktive Bürger - also überzeuge Deine Mitgefangenen von Deinen neuen Einsichten und melde sie wenn sie allzu heftig widersprechen.

Isolation nach außen

Um ungestört ihre Programme an den Gefangenen durchziehen zu können, sind die Gefangenen nicht nur untereinander streng isoliert (in Plötzensee gibt es beispielsweise in den Wohngruppen noch verschiebbare Trennwände, um flexibel isolieren zu können), sondern der Knast ist auch nach außen völlig abgeschirmt. Weiterstadt hat die Isolation so gut durchkonzipiert, daß der Knast auch auf dem Mond stehen könnte, so abgeschottet sind die Gefangenen von der Umwelt.

Besuche ohne Auto sind unmöglich. Anwaltskontakte sehr schwer, weil es in der Gegend kaum welche gibt und Mandantenbesuche deshalb mit langen Anfahrtswegen für Anwälte verbunden sind. Arztbesuche - etwa Ausführungen zu Spezialisten - entfallen ebenfalls, da das integrierte Knastkrankenhaus alle Behandlungen durchführen kann: von der Zwangsernährung während eines Hungerstreiks bis zur Isolierung von AIDS-Infizierten in Quarantänestationen. Auf einen Arzt ihres Vertrauens werden die Gefangenen in Weiterstadt verzichten müssen, und wer die ärztliche Versorgung im Knast (etwa in Darmstadt-Eberstadt) kennt, weiß, daß die Gefangenen davon selten gesünder werden.

Gerichtsverhandlungen können auch im Knast durchgeführt werden. Entsprechende Räumlichkeiten - z.B. eine Mehrzweckhalle - sind vorhanden. Auch diese Möglichkeit erinnert an Stammheim und die Prozesse, die dort weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt werden.

Strategisch wichtig für den Weiterstädter Knast ist noch seine Anbindung an zwei Autobahnen. Gefangene können, ohne durch bewohnte Gebiete transportiert werden zu müssen, gleich über den anliegenden Autobahnzubringer verschoben werden. Der Frankfurter Flughafen ist 10 Autominuten entfernt und Weiterstadt damit auch als Abschiebungsknast hervorragend geeignet.

Hintergründe

Knäste wie Weiterstadt und Plötzensee gibt es in den Staaten schon länger. Auch in Europa (Frankreich und England z.B.) werden sie zur Zeit gebaut. Hier werden die Erfahrungen mit den politischen Gefangenen, die seit Jahren der Isolationshaft ausgesetzt sind, ausgewertet und verallgemeinert. Hier fließen die wissenschaftlichen Ergebnisse aus den Bereichen sensorische Deprivation, Gehirnwäsche, Isolationshaft und Gruppendynamik zu einem architektonisch-soziologischen Zerstörungsprogramm der weißen Folter zusammen. Es sind NATO-Projekte. Sie werden von den Herrschenden auch als solche, das heißt als Kriegsknäste, begriffen. Für den Krieg nach innen, den Krieg gegen die Teile der Bevölkerung, die immer stärker in Widerspruch zur staatlichen Vernichtungspolitik geraten.

Weiterstadt und Plötzensee sind in der BRD erst der Anfang der neuen High-Tech-KZs: Sobald in Weiterstadt mit der Belegung begonnen werden kann, werden Gefangene aus Frankfurt-Preungesheim nach Weiterstadt gebracht, Preungesheim teilweise abgerissen und nach neuem Stand aufgebaut. Andere Knäste dieser Art werden folgen.

Anmerkungen:

1) Die neuen High-Tech-KZs. Gehirnwäsche und Isolationshaft als Normalvollzug: Weiterstadt und Plötzensee. Die Neuauflage enthält den nachgedruckten Text nicht mehr, dafür aber aktuelle andere Texte zu dem Thema. U.a. Nachdrucke aus der Autonomie (Neue Folge) Nr. 2, Die neuen Gefängnisse, zur Gehirnwäsche und geplanten Persönlichkeitszerstörung. DM 9,- pro Stück.Bei Abnahme von 10 Exemplaren DM 70,-. Jeweils inclusive Porto. Bestelladresse: Bunte Hilfe Darmstadt, Wilhelm-Leuschner-Straße 39, 6100/64293 Darmstadt. Konto: Bunte Hilfe Darmstadt. Sparkasse Darmstadt. BLZ: 508 501 50. Kontonummer: 111 034 150. Geliefert wird nach Geldeingang auf dem Konto. (Lieferadresse nicht vergessen!).

2) Die lange Dauer seit dem ursprünglich geplanten Bezugszeitpunkt 1988 bzw. 1990 wie auch die geplante sechsmonatige "Testphase" des Knastes mit Schließern und "Mustergefangenen" unterstreichen die Tatsache, daß es sich um ein Muster- und Experimentierprojekt der Justiz, um eine neue und im Vorfeld noch gar nicht ins letzte kalkulierbare Eskalationsstufe der High-Tech-Sicherheitsphilosophie handelte.

"Außergewöhnlicher krimineller Stumpfsinn"

So bezeichneten ausgerechnet die hessischen Grünen den Anschlag auf die Weiterstädter Betonburg. Der Vorsitzende der Grünen Landtagsfraktion, Ruppert von Plottnitz, der es als Strafverteidiger nun wirklich besser wissen sollte, beklagte einen schweren Rückschlag für einen an "aufgeklärten und humanitären Maßstäben orientierten Untersuchungshaft- und Strafvollzug". (FR, 29.3.) Von der ehedem widerwillig (?) in Koalitionsverhandlungen geschluckten Kröte hat sich das Knastprojekt zum echten Herzensanliegen der grünen Staatsfetischisten gemausert.

<I>F2P8MI>sie stellen stein in mein gesicht

das ist kein spiel

deutsch vollzug deutsch

in vollen zügen herren hausen kriminell

die energie der banken und banausen

türmt sich ein haus

aus stein und bein

und gold und gift

kein baum kein boot kein bruch

hotel mit pfiff

es brüllt es schrillt

es gellt es bellt

aus blassem mund

der weiße hund

den hoffen sie sich treu zuletzt

sie haben angst

sie stellen stein

sie wissen daß

sie werden aus der welt gehetzt

ja.

aus der welt.

von wem.

von uns.

wer wir.

wer sonst.

genau entfesselt fluch

es ist kein spiel

sie bauen deutsch

an weiter statt

die meister tanzen

auf gekreuztem blatt

(cg, jan '90)

5. RAF-Erklärung zu Weiterstadt (Dokumentation)

Rubrik: Westdeutsche Linke, Anschläge; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:42

Dokumentation der RAF-Erklärung

"wir haben den druck jetzt neu gesetzt"

es hat sich nichts daran geändert, daß wir den einschnitt in unsere geschichte, den wir gemacht haben, brauchen und wollen. denn wir sind auf einen prozeß aus, in dem soziale gegenmacht von unten und daraus eine neue vorstellung für den revolutionären umwälzungsprozeß entwickelt werden kann. das erfordert eine diskussion, in der sich die unterschiedlichsten menschen finden und neue grundlagen und gemeinsame kriterien für diesen prozeß schaffen. es geht um den aufbau einer sozialen gegenmacht, die sich als relevante kraft in einem neuen internationalen kampf für die umwälzung der zerstörerischen kapitalistischen verhältnisse einbringen kann.

es wird darum gehen, die sowohl international wie auch innergesellschaftlich veränderte wirklichkeit umfassend zu begreifen und in diesem prozeß auch "den ganzen alten begriffsschrott (der linken) abzuklopfen ..." denn nur in einer tiefgreifenden auseinandersetzung wird es möglich werden, eine vorstellung zu gewinnen, wie die verhältnisse revolutionär aufzuheben sind. und nur aus diesem prozeß können die fragen nach den mitteln des kampfes und den konkreten formen der organisierung neu beantwortet werden.

dieser prozeß hat für uns nach wie vor die größte priorität. die notwendigkeit dazu ist jeden moment spürbar, wenn wir uns die rasante destruktive entwicklung des kapitalistischen systems vor augen halten. dieses system hat schon lange die ausgrenzung, das materielle und soziale elend und den tod von millionen menschen im trikont hervorgebracht. heute ist die entwicklung der fortschreitenden grundsätzlichen krise dieses systems an einem punkt angelangt, an dem die zerstörung der lebensgrundlagen selbst in den metropolen nicht mehr zu verdrängen ist und soziales und materielles elend auch hier zur realität von immer mehr menschen geworden ist und viele spüren, daß die perspektive in diesem system für sie selbst nur hoffnungslosigkeit bedeutet. in dieser situation hat das fehlen einer sozial sinnvollen alternative als gesellschaftliche kraft katastrophale auswirkungen.

während der staat die ausbreitung und eskalation faschistischer und rassistischer mobilisierung in der gesellschaft schürt und fördert und es z.b. mit seiner gezielten hetze gegen flüchtlinge geschafft hat, einen großteil der aufbrechenden widersprüche in eine reaktionäre richtung zu kanalisieren, ist die situation auf unserer seite nach wie vor von vereinzelung und desorganisation geprägt.

im august letzten jahres haben wir einen text geschrieben, in dem es uns um die reflexion unserer geschichte geht und wir gleichzeitig kriterien und überlegungen für die zukunft angerissen haben; gedanken, die sich aus unserer auseinandersetzung in den letzten jahren entwickelt haben. diese gedanken sind für uns ausgangspunkt in der diskussion, die wir führen wollen. natürlich sind neue fragen und überlegungen dazugekommen. auch wenn wir nicht viel resonanz auf unser papier bekommen haben, ist es unser bedürfnis, die diskussion weiter und genauer zu entwickeln.

aus teilen der frauenbewegung gab es die kritik an uns, daß wir nur wenig auf ihre diskussionen eingegangen sind, die für teile von ihnen in den letzten jahren sehr wichtig gewesen sind, wie die diskussion um rassismus. und auch durch die sich überschlagenden ereignisse wie z.b. in rostock ist es für uns dringend geworden, diese auseinandersetzung genauer zu führen. wenn wir auch nach wie vor die verschärfung der lebensbedingungen hier und die um sich greifende perspektivlosigkeit vieler menschen sowie das fehlen der linken als kraft als einen grund für den zulauf bei den faschisten sehen, ist es auf der anderen seite aber auch klar, daß die wurzeln dafür, warum sich hier in der metropole, im neuen großdeutschland, die unzufriedenheit in einem solchen ausmaß gegen fremde entlädt, tiefer liegen. damit müssen sich alle sehr bewußt auseinandersetzen. wie ein mosambikaner sinngemäß gesagt hat: bei uns sind die menschen auch arm und trotzdem schlagen sie deshalb nicht auf die nächsten unter ihnen ein.

die auseinandersetzung über rassismus wird also sicher ein wichtiger teil beim aufbau einer gegenmacht von unten sein - die nicht im ghetto bleiben oder als abgrenzung zu anderen geführt werden kann, sondern als frage ans eigene bewußtsein, wie jede/r sein will und welche gesellschaftliche entwicklung man/frau will.

daß da in der vergangenheit fehler gelaufen sind, kritisiert die autonome l.u.p.u.s.-gruppe in ihrem buch "geschichte rassismus und das boot" so: "so selbstverständlich und geübt es scheint, heute über rassismen, über das ‚spezifisch deutsche` oder über deutsche einzigartigkeiten zu streiten, so selbstverständlich sah die revolutionäre linke in den letzten 20 jahren darüber hinweg. ... was in der linken auseinandersetzung um patriarchales verhalten unmöglich geworden ist, schien in der frage des deutsch-seins auffällig leicht zu fallen: wir haben damit nichts zu tun."

die chancen, heute vieles anders zu machen und neues herauszufinden, sind groß: die frage nach dem aufbau einer gegenmacht von unten ist nicht ausschließlich eine frage an weiße, deutsche linke, sondern eine frage danach, wie menschen, die hier leben, sich gemeinsam organisieren können. und die bevölkerung setzt sich hier aus menschen der unterschiedlichsten nationalitäten und hautfarben zusammen.

"... der dialog mit schwarzen frauen muß nicht in fernen ländern stattfinden, sondern ist/wäre viel einfacher und intensiver mit den frauen möglich, die in der brd leben. die geschichte von migrantinnen und ihr wissen aus den herkunftsländern ist dabei für das begreifen internationaler zusammenhänge so wichtig wie ihre politischen meinungen und erfahrungen mit rassismus und dem anderen sexismus, der sie hier trifft, für das verständnis der brd-gesellschaft ..."(aus: "basta" - frauen gegen kolonialismus)

"... es war die 68er bewegung, die das, was der faschismus nach dem judentum innerstaatlich am grausamsten verfolgt und ausgemerzt hatte, die linke, ihre werte, kultur und kontinuität, wieder lebendig und berechtigt hat werden lassen in deutschland west. und wenn heute eine re-faschisierung läuft, dann breitet sie sich aus in jenem politisch-kulturellen vakuum, das diese linke in ihrem rückzug aus einer gesamtgesellschaftlichen verantwortung und neusetzung von werten und einstellungen hinterlassen hat." (lutz taufer, gefangener aus der raf)

es ist eine aufgabe der linken, in ihrer praxis neue werte zu setzen und zu leben, ansonsten wird in der gesellschaft immer nur das hervorbrechen, was 500 jahre kolonialismus im bewußtsein der metropolenbevölkerung angerichtet haben: rassistische ideologie. das weiße herrenmenschenbewußtsein ist seit 500 jahren voraussetzung für kolonialistische und imperialistische ausbeutung der völker im trikont. es ist im bewußtsein der weißen metropolenbevölkerungen aus dieser geschichte vorhanden und wird in krisenzeiten von staat und kapital offen mobilisiert.

rassismus heißt, menschen in "andersartige" und "mehr-" und "minderwertige" zu kategorisieren. so werden immer die kategorisiert, die im kapitalistischen produktionsprozeß entweder nicht mehr gebraucht werden oder härter ausgebeutet werden sollen.

die zerstörung des sozialen unter den menschen ist die voraussetzung für rassismus. diese zerstörung bedeutet, daß auf der basis des kapitalistischen systems, dem 24-stunden-alltag von leistung und konkurrenz, den menschen eigene kriterien geraubt und durch für den kapitalismus funktionale werte ersetzt wurden - am effektivsten in den metropolen. das zeigt sich z.b. am verhältnis zu arbeit und leistung als wertdefinition des menschen: ohne arbeit bist du nichts ... es ist das verhältnis zur zeit, wo es für die meisten menschen zur normalität geworden ist, in einem vollkommen vorbestimmten rhythmus und streß das ganze leben zu verbringen, in dem es keinen platz für kreativität und lebenslust gibt.

es zeigt sich daran, daß in diesem system alles zur ware wird, auch das verhältnis zur körperlichkeit, wobei natürlich die frauen am meisten dazu gezwungen werden, ihren körper als ware zur schau zu tragen, die von männern konsumiert oder eben abgelehnt wird ...

es war und ist immer die voraussetzung für die herrschaft des kapitalistischen systems über die menschen gewesen, mit solchen kriterien auch tausend trennungen zwischen sie zu setzen: die trennungen in mehr- und minderwertige; in leistungsfähige und "arbeitsscheue"; in schwarze und weiße; in männer und frauen; alte und junge; kranke, schwache, behinderte und starke, gesunde; in gescheite und "dumme". dieser prozeß der zerstörung hat heute eine dimension erreicht, in der die gesellschaft in ein inneres um-sich-schlagen übergeht.

rassistisches bewußtsein wie überhaupt der destruktive prozeß in der gesellschaft kann nur in kämpfen, in denen soziale beziehungen und werte hervorgebracht und umgesetzt werden, aufgehoben bzw. umgekehrt werden. eine perspektive revolutionärer entwicklungen wird nur in solchen prozessen wieder vorstellbar werden.

entweder schafft die linke - und damit meinen wir alle, die auf der suche nach wegen sind, wie menschenwürdiges leben hier und weltweit durchgesetzt werden kann - einen neuen aufbruch, der seine wirkung in die gesellschaft hat, oder der "aufbruch" bleibt auf der rechten, faschistischen seite.

entweder wird von unserer seite aus eine basisbewegung von unten entwickelt, die von solidarität und gerechtigkeit, vom kampf gegen soziale kälte, perspektivlosigkeit und armut bestimmt ist, oder die explodierenden widersprüche werden weiterhin destruktiv bleiben und die gewalt jede/r gegen jede/n eskalieren.

es gibt linke, die sich mit diesen fragen nach der gesellschaftlichen entwicklung, wie wir und auch andere sie gestellt haben, nicht auseinandersetzen wollen, weil dies reformistisch sei. solche scheindiskussionen um revolutionär/reformistisch sind ohne jeden gebrauchswert für die neubestimmung revolutionärer politik; und auch im festhalten und beharren auf zeitlos alten klarheiten wird niemand antworten auf die sich heute stellenden fragen finden. die gegenseitigen bestätigungen, daß die revolution international sein muß, sind banal - sie nutzen niemandem, auch nicht den völkern im süden oder osten.

die wirklichen fragen fangen danach erst an, nämlich wie hier eine soziale gegenmacht aufgebaut werden kann, die aus den gemachten erfahrungen und eigenen fortschritten sich tatsächlich als relevante kraft in die internationalen diskussionen und kämpfe einbringen kann. in diesem sinne ist der vorwurf an uns, wir würden eine neubestimmung nicht mehr im internationalen zusammenhang suchen, inhaltlich genauso oberflächlich wie er absurd ist.

das draufstürzen auf das bemühen anderer, um zu sehen, wie man es zerreißen kann, (oder ob es besser ist, sich dranzuhängen) ist eine alte rangehensweise der deutschen linken. das positive daran, daß in den diskussionen seit dem 10.4. letzten jahres innerhalb der radikalen linken zentnerweise alter mist - wie konkurrenz und abgrenzungsdenken oder verkrampftes festhalten an alten rangehensweisen hochkonjunktur erlebt hat, ist, daß er, so offen wie er nun dasteht, auch endlich überwunden werden kann.

die voraussetzung für die neubestimmung revolutionärer politik ist, daß jetzt die leute zusammenkommen, sich organisieren und handeln, die voneinander wirklich was wissen wollen und neue gedanken zulassen und entwickeln wollen.

seitdem wir vor einem jahr die eskalation von unserer seite aus zurückgenommen haben, hat der staat die verfolgung fortschrittlicher menschen, die politische gegnerInnen dieses systems sind, teilweise noch verschärft: versuche, aus der vereinzelung heraus räume für eine andere entwicklung zu erkämpfen, werden nach wie vor niedergemacht. herausragendes beispiel war der versuch, den gegenkongreß gegen den weltwirtschaftsgipfel in münchen von vornherein zu verhindern, eine internationale diskussion unmöglich zu machen sowie die einkesselung der demonstration.

die antifaschistische organisierung wird kriminalisiert und antifaschistische demonstrationen wie in mannheim im sommer letztes jahr niedergeprügelt. natürlich besteht ein zusammenhang zwischen dem niedermachen von selbstbestimmten ansätzen, der verfolgung und einknastung von antifas und der stärker werdenden faschistischen mobilisierung.

die herrschenden wissen, daß alle maßnahmen, zu denen sie aus der krise gezwungen sind, die widersprüche im inneren verschärfen werden - sozialabbau, steigende wohnungsnot, steigende arbeitslosigkeit, stahlkrise, krise in der autoindustrie ... - reuter, chef von daimler benz, geht laut spiegel von 30 bis 50 jahren krise aus - das alles soll auf die bevölkerung abgewälzt werden. gleichzeitig muß der staat eine irgendwie geartete mobilisierung für großdeutschland hinkriegen. wenn z.b. militärische einsätze der bundeswehr zwar unter der hand immer wieder gelaufen sind - wie im krieg gegen den irak und gegen das kurdische volk - so geht es dem großdeutschen staat perspektivisch doch um eine andere dimension und um eine größere akzeptanz auch hier im innern für deutschland als militärmacht - da bleibt nicht viel anderes, als eine rassistische, weiße mobilisierung der "deutschen staatsbürger" in dem einen boot, was diese gesellschaft im herrschenden kapitalistischen interesse noch zusammenhalten könnte.

während sie auf der einen seite also rassistische ausländer- und asylgesetze verabschieden und flüchtlinge hier zu "dem problem der deutschen" ganz gezielt in die köpfe der leute gepuscht haben, und damit die faschistische mobilisierung überhaupt in diesem ausmaß auf den plan gerufen haben, übernehmen sie auf der

anderen seite gleichzeitig die schirmherrschaft von demonstrationen gegen fremdenhaß wie in berlin ende letzten jahres. so soll auch noch die empörung vieler menschen gegen die faschistischen schläger und mörder für diesen staat kanalisiert und funktionalisiert werden. um zu verhindern, daß sich aus dieser empörung eine bewegung von internationaler solidarität der unterdrückten gegen die herrschenden und ihre faschistischen schläger entwickelt, wurde wochenlang durch die medien gepeitscht: es ginge um gewalt, gewalt von links wie gewalt von rechts. während hier täglich ausländische, behinderte und obdachlose menschen angegriffen werden und es allein '92 dabei 17 tote gegeben hat, stellte kohl sich hin und redete von extremismus von links und von rechts, der bekämpft werden muß.

der jubel der herrschenden über den zusammenbruch des sozialistischen staatensystems und über den "großen sieg" des kapitalistischen systems ist schon seit einiger zeit verstummt - diese entwicklung hat das kapitalistische system in seine größte krise gestürzt. die herrschenden haben keine antworten auf diese krise - was nicht heißt, daß sie nicht trotzdem mit menschenverachtenden planungen und maßnahmen versuchen, die situation da, wo sie noch können, zu regulieren. es scheint, daß die einzige linie, die sie klarhaben, die bekämpfung der linken ist. da sollen alle niedergemacht werden, die auf eine antifaschistische und antirassistische mobilisierung von unten und gegen die herrschenden interessen aus sind. verhindern wollen sie ansätze, wo menschen sie für ein von unten bestimmtes solidarisches lösen der probleme organisieren.

darüberhinaus führt der staat einen rachefeldzug gegen die alten kommunisten und antifaschisten, was sich exemplarisch an dem prozeß und der einknastung von gerhard bögelein gezeigt hat, bis sie ihn kurz vor seinem tod rauslassen mußten.

alles, was an widerstandserfahrungen in diesem jahrhundert entwickelt worden ist, soll ausgemerzt werden. und genau diese haltung zeigt sich auch in dem umgehen des staates mit unseren gefangenen genossInnen.

wir sind oft kritisiert worden, daß wir in der erklärung vom april letzten jahres unsere entscheidung zur zäsur mit der situation der gefangenen bzw. überhaupt mit dem staatlichen vernichtungswillen verknüpft hätten.

wir haben jedoch den einschnitt in unsere geschichte immer mit der notwendigkeit begründet, neue grundlagen zu entwickeln, und gesagt, daß diese notwendigkeit unabhängig vom staatlichen handeln existiert. aber uns war auch von anfang an dabei bewußt, daß unklar ist, wie der staat reagiert, wenn wir den druck von unserer seite aus wegnehmen, und deshalb haben wir uns mit der drohung die möglichkeit offengehalten, da zu intervenieren, wo es notwendig ist, dem staatlichen ausmerzverhältnis grenzen zu setzen. im august '92 haben wir geschrieben:

"wir werden die bewaffnete intervention dann als ein moment des zurückdrängens bestimmen und nicht als weitere strategie. wir werden also nicht einfach zum alten zurückkehren. diese eskalation ist nicht unser interesse. aber der staat muß wissen, wenn er keine andere möglichkeit zuläßt, daß es auf unserer seite die mittel, die erfahrung und die entschlossenheit gibt, sie dafür zur verantwortung zu ziehen."

es ist quatsch zu sagen, wir hätten damit uns bzw. die frage der weiterentwicklung revolutionärer politik von der situation der gefangenen abhängig gemacht. aber tatsache ist auch, daß unser schritt z.b. auswirkung darauf hat, wie der staat mit der frage nach der freiheit der politischen gefangenen umgeht. das ganze ist eine widersprüchliche situation; damit müssen wir umgehen und uns darin bewegen können. wir leben schließlich nicht im luftleeren raum.

nachdem wir den druck von unserer seite aus weggenommen hatten, hat sich der staat in bezug auf die gefangenen ein weiteres mal für die eskalation entschieden - das urteil gegen christian klar und die neue prozeßwelle überhaupt sollen bei vielen das lebenslänglich zementieren; die entscheidung, bernd rössner nicht endgültig freizulassen; mit den letzten ablehnungsbegründungen auf die anträge von gefangenen auf freilassung ist die staatsschutzjustiz da angekommen, sie zur psychiatrischen untersuchung zwingen zu wollen, womit sie eingestehen sollen, ihr kampf, ihr aufbruch sowie ihre gegnerschaft zum system sei irrsinn.

die gefangenen sollen nicht zusammengelegt werden, (denn sonst könnten sie in diskussionsprozesse und gesellschaftliche prozesse eingreifen - und noch viel weniger sollen sie draußen sein. sie sollen nach wie vor vernichtet werden und ihre erfahrungen aus kämpfen von anderen ferngehalten werden.

es ist vollkommen klar, daß es eine politische entscheidung des staates erfordert, um vom ausmerzverhältnis gegen die gefangenen zu einem politischen umgang mit der gefangenenfrage zu kommen - die politische

ebene hat diese frage aber an die staatsschutzjustiz abgegeben, die natürlich erst recht nicht die entscheidung trifft, zu der die politik nicht willens ist.

sicher liegen nach wie vor tausend fragen auf dem tisch und eine solidarische diskussion, in der aus den gemachten erfahrungen der kämpfe in den letzten 25 jahren gemeinsam gelernt, schlüsse für die zukunft und gemeinsame kriterien für eine neue vorstellung für den umwälzungsprozeß entwickelt werden können, hat noch kaum angefangen. aber es gibt grundsätze und selbstverständlichkeiten, die nicht in frage gestellt werden müssen, von denen wir einfach ausgehen: z.b. das verhältnis zu unseren gefangenen genossinnen und der tatsache, daß der staat seit 22 jahren politische gefangene in isolationshaft foltert - wir kämpfen für die freiheit dieser gefangenen.

wir werden nicht sagen: wir sind jetzt auf der suche nach einer neuen strategie und was mit ihnen derweil passiert, paßt jetzt nicht in unser konzept. wir können einen neuen anfang, die entwicklung neuer vorstellungen gar nicht losgelöst von der frage sehen, wie die freiheit unserer genossinnen, die aus diesen 22 jahren kampf gefangengenommen wurden, erkämpft werden kann. sie sind seit 22, 18 ... jahren in isolation/kleingruppenisolation, es ist keine frage:

ALLE MÜSSEN JETZT RAUS !

die frage, ob die freiheit aller politischen gefangenen in einer gemeinsamen anstrengung aller linken und fortschrittlichen menschen durchgekämpft werden kann, hat aus unserer sicht auch bedeutung dafür, ob wir es schaffen, in dieser phase der neubestimmung tatsächlich eine starke und selbstbewußte kraft, die gegenmacht gegen die herrschenden verhältnisse ist, aufzubauen. wer heute schulterzuckend oder ohnmächtig akzeptiert, daß die gefangenen weiter dieser tortur unterworfen werden, weil er/sie denkt, daß unsere seite dagegen zu schwach ist, wie soll er/sie darauf hoffen können, daß wir in der lage sind, eine kraft aufzubauen, die die gesamten verhältnisse umwälzen kann?

wir haben mit dem kommando katharina hammerschmidt den knast in weiterstadt gesprengt und damit auf jahre verhindert, daß dort menschen eingesperrt werden. wir wollen mit dieser aktion zu dem politischen druck beitragen, der die harte haltung gegen unsere gefangenen genossInnen aufbrechen und den staat an dieser frage zurückdrängen kann. doch dafür, daß ihre freiheit durchgesetzt werden kann, braucht es die unterschiedlichsten und vielfältigsten initiativen von vielen. im letzten jahr hatten wir versucht, trotz der zäsur politischen druck von unserer seite aus an dieser frage über die drohung zu halten. das, was es dafür an wirkung und grenze hätte sein können, ist leider gerade von genossinnen aus dem linksradikalen spektrum systematisch demontiert worden.

mit unserer aktion haben wir diesen druck jetzt neu gesetzt und die drohung aktualisiert. wir denken, daß das genutzt werden kann.

"wir fordern die schließung des knastes weiterstadt! weiterstadt ist als abschiebeknast konzipiert und auf verseuchtem Gelände gebaut ... " (aus einem diskussionspapier von gefangenen aus stuttgart-stammheim, sept. '91)

der weiterstädter knast steht exemplarisch dafür, wie der staat mit den aufbrechenden und sich zuspitzenden widersprüchen umgeht: gegen immer mehr menschen knast, knast, knast - und er steht als abschiebeknast für die rassistische staatliche flüchtlingspolitik.

in seiner technologischen perfektion von isolation und differenzierung von gefangenen menschen ist er modell für europa.

weiterstadt war neben berlin-plötzensee der zweite völlig neu konzipierte hochsicherheitsknast in der brd. mit begriffen wie "wohngruppenvollzug" wird er, mit seinem hochsicherheitstrakt für frauen, als das "humanste Gefängnis" in der brd dargestellt. hinter diesem begriff verbirgt sich jedoch ein wissenschaftlich weiterentwickeltes konzept zur isolierung, differenzierung und totaler kontrolle der gefangenen. es ist das prinzip von belohnung und bestrafung in high-tech-form, das die gefangenen zur disziplinierung und unterwerfung zwingen und letztlich ihre "mitarbeit", sich selber zu brechen, erreichen soll.

das elektronische überwachungssystem war wohl das teuerste und perfekteste in ganz europa, mit dem jede äußerung und bewegung der gefangenen kontrolliert werden und zur auswertung für die psychologischen

programme benutzt werden sollte, um jede regung von solidarität, freundschaft und selbstbestimmte organisierung zerstören zu können.

"bevor die gefangenen auf die einzelnen wohngruppen verteilt werden, durchlaufen sie die einweisungsabteilung. dort wird ein psychiaterstab die einzelnen gefangenen auf anpassungsbereitschaft bzw. widerstandswillen durchleuchten. anhand der ergebnisse wird die aufteilung der gefangenen auf die einzelnen wohngruppen bestimmt. die wohngruppen sind hierarchisch gestaffelt. angefangen von unbeugsamen und unkooperativen bis hin zu anpassungswilligen. das ziel: eine ‚karriere` des gefangenen durch aufsteigen von der untersten (= unangepaßtesten) in die höchste (= konformste) wohngruppe." (aus: infoblatt der "bunten hilfe" darmstadt)

dazu schrieb eine der frauen aus der plötze, die mit einem hungerstreik für die abschaffung des wohngruppenvollzugs gekämpft haben: "die situation ist gekennzeichnet durch ein ausmaß an kontrolle und repression, wie es in seiner totalität kaum vorstellbar ist. die plötze ist sowohl architektonisch wie auch personell so konzipiert, daß ein kontakt zwischen den frauen gar nicht zustande kommt oder aber bis ins letzte detail registriert wird. die frauen werden in voneinander abgeschirmte zwangsgemeinschaften gepfercht, in denen sie danach ausgesucht werden, wie gut sie sich anpassen, und wie sie sich am besten gegenseitig fertig machen. die schallisolierten zellen haben eine gegensprechanlage, durch die die frauen jederzeit akustisch überwacht werden können. die stationsgänge sind mit kameras bestückt und der gruppenraum, wo sich die gefangenen in der freizeit treffen, ist verglast - kurz, die perfekte überwachung jeder lebensäußerung ..."

mit der lüge vom "humansten knast" wollte die justiz gefangene in anderen knästen auf deren verlegung nach weiterstadt einstimmen. jahrelang sind sie auf viele forderungen der gefangenen in frankfurt-preungesheim nicht eingegangen, mit dem verweis, es gäbe '93 den weiterstädter knast. was aber hat beispielsweise die forderung nach abbau der brutalen betonsichtblenden in preungesheim mit weiterstadt zu tun? nichts. nicht mal die behauptung, durch weiterstadt (wo die überbelegung von vornherein eingeplant war) würde sich die situation der überbelegung für die gefangenen in preungesheim verändern, entspricht der realität. sie hat den propagandistischen zweck, zu vertuschen, daß sie immer mehr knäste bauen (preungesheim soll nicht etwa geschlossen sondern neu aufgebaut werden), mehr haftplätze schaffen und immer mehr menschen einsperren, was ihre antwort auf die gesellschaftliche entwicklung ist.

der bau von knästen ist keine lösung für die (preungesheimer) gefangenen. ihre forderungen müssen erfüllt werden - knäste müssen abgerissen werden.

freiheit für alle politischen gefangenen!

freilassung aller hiv-infizierten!

freilassung aller flüchtlinge, die in abschiebehaft sind!

schliessung aller isolationstrakte!

wir grüssen alle, die in dem knästen für ihre menschenwürde kämpfen - in preungesheim, santa fu, plötzensee, rheinbach, stammheim, straubing...!

solidarität mit den internationalen gefangenenkämpfen!

der weg zur befreiung führt über den sozialen aneignungsprozess, der teil wird in einem neuen internationalen kampf für die umwälzung!

rassismus von staat und nazis bekämpfen!

rassistisches bewußtsein in der gesellschaft im kampf für das soziale unter den menschen aufheben - auch dafür brauchen wir eine basisbewegung von unten, die von solidarität und gerechtigkeit, vom kampf gegen soziale kälte, perspektivlosigkeit und armut bestimmt ist!

für eine gesellschaft ohne knäste!

kommando katharina hammerschmidt

rote armee fraktion

30.3.1993

ps.: die behauptung, wir hätten das leben der wachleute und untersten justiztypen allein aus "derzeitigen taktischen" gründen geschützt oder sie hätten ihr leben ausgerechnet kinkel zu verdanken, ist natürlich eine lüge. die raf hat kein interesse daran, solche leute zu verletzen oder zu töten. diese lüge liegt auf der gleichen linie wie die tatsache, daß die baw die warnplakate, mit denen wir das Gelände um den knast weiträumig abgesperrt hatten, unter den tisch fallen läßt - wo sie doch sonst am liebsten jede haarnadel zur fahndung ausstellen.

6. Zwischen Europa und Rußland. Welchen Weg geht die Ukraine?

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:11

Geographisch gesehen ist die Ukraine Westeuropa näher als Rußland. Doch mit ihrer Wirtschaftspolitik steht die ukrainische Regierung den Konservativen in Moskau näher als Jelzins Mannschaft. Für die Menschen in beiden Ländern jedoch ist die wirtschaftliche Lage ähnlich dramatisch.

Der ukrainische Ministerpräsident Kutschma lehnt eine wirtschaftliche Schocktherapie für sein Land ab. Für die Umwandlung von Staatsvermögen in Aktienbesitz - wie in Rußland praktiziert - sei die Zeit noch nicht reif.

Kutschma ist ein Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes. Er leitete bisher Juschmasch, die größte Raketenschmiede der Welt im ostukrainischen Dnjepropetrowsk. Wirtschaftsminister Pinsenik hat für die Privatisierung einen Zeitraum von 20 Jahren veranschlagt. Sie soll zunächst bei Handel und Dienstleistungen beginnen.

Der Grund für diese im Vergleich zu Moskau konservative Wirtschaftspolitik ist die Angst der Regierung vor einer sozialen Explosion. Experten der Deutschen Bank bescheinigten der Ukraine zwar im Dezember 1991, das Land habe im Vergleich zu den anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion wirtschaftlich die besten Voraussetzungen für den Übergang zu Unabhängigkeit und Marktwirtschaft. Die reale Entwicklung verlief jedoch anders. Die ukrainische Ersatzwährung Karbowanez (zu deutsch Rubel) ist die einzige Währung in der GUS, die gegenüber dem russischen Rubel an Wert verliert. Die Schwarzhändler in Kiew kaufen heute nicht nur US-Dollar und Deutsche Mark, sondern auch russische Rubel. Bei der Einführung der ukrainischen Ersatzwährung lag der Wert des Kupon, so heißt das Papiergeld, gegenüber dem Rubel bei eins zu eins, heute bei drei zu eins. Dramatisch ist auch der Verfall gegenüber den Währungen des westlichen Auslands. Das Durchschnittseinkommen in Kiew liegt heute bei 14.000 Koupon (13 DM) Monat. Ein Kilo Wurst kostet schon 2.000 Koupon. Das Durchschnittseinkommen in Moskau liegt bei 10.000 Rubeln (25 DM).

In der Ukraine werden die Löhne oft nur noch in Raten ausgezahlt. Ein Teil der Betriebe liegt still. Die Industrieproduktion sank im letzten Jahr um neun Prozent. Bei einer Jahresinflationsrate von 3.000 Prozent und den vergleichsweise geringen Löhnen ist eine normale Ernährung schon seit langem nicht mehr möglich.

Eins der wesentlichen Ziele der ukrainischen Wirtschaftspolitik ist, einen von Rußland unabhängigen Wirtschaftsraum zu schaffen. Ein Schritt in diese Richtung war die endgültige Loslösung von der Rubel-Zone im November 1992. Die Einführung der Ersatzwährung Karbowanez hat die Inflation in der Ukraine nicht aufhalten können, vielleicht gar angeheizt. Die Einführung des Karbowanez hatte damals vor allem politische Gründe: kein unabhängiger Staat ohne eigene Währung.

Die Wirtschaft der Ukraine ist eng mit der russischen verflochten. Und weil die wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen auf niedrigem Niveau stehen, ist die Ukraine immer wieder gezwungen, einen Kompromiß mit Moskau zu suchen. Die dortige Regierung sitzt meist am längeren Hebel. Besonders deutlich ist dies im Energiebereich. Vier Fünftel ihres Bedarfs an Erdöl und Erdgas bezieht die Ukraine aus Rußland. Dort wird angekündigt, Energie in Zukunft nur noch gegen Devisen zu liefern. Gleichzeitig wird aber verweigert, die Importe aus der Ukraine mit harter Währung zu bezahlen. Die Preise für russisches Erdgas wurden in diesem Monat dem Weltmarktniveau angepaßt, was für die Ukraine einen Kostenanstieg von 2.500 Prozent bedeutete. Außerdem will Rußland 1993 nicht, wie im Januar vereinbart, 20 Millionen Tonnen Erdöl liefern, sondern nur 15 Millionen. Der gesamte Exportgewinn der Ukraine betrug im Jahr 1991 3,3 Mrd. US-Dollar. Allein der Import der benötigten Menge Öl zu Weltmarktpreisen erfordert 6-8 Mrd. US-Dollar jährlich.

Die Möglichkeiten auf andere Energielieferanten auszuweichen, beispielsweise den Iran, sind begrenzt. Die Ukraine hat keine Tanker, es fehlen Pipelines und Umschlaganlagen.

Die Möglichkeiten der Ukraine, durch den Export von höherwertigen Gütern Devisen zu erwirtschaften, sind begrenzt. Nur wenige ukrainische Produkte sind auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig. Im letzten Jahr lag der Anteil der Rohstoffe am Export bei 90 Prozent. Nur sieben Prozent des Exportanteils entfiel auf Ausrüstungen und Maschinen.

Aus dem Kreml sind immer wieder großrussische Töne zu hören. Der stellvertretende russische Ministerpräsident Schochim erklärte im Februar, Kiew könne nur dann noch mit weiteren Preisnachlässen bei Energieimporten rechnen, wenn es im Streit um die Aufteilung der Schwarzmeerflotte nachgebe und der Errichtung russischer Militärbasen in der Ukraine zustimme. Die Marinehäfen auf der Krim sind für Rußland strategisch wichtige Stützpunkte, für die es im Süden Rußlands keinen Ersatz gibt.

Nationalisten formieren sich

Die Parteien der politischen Mitte (Liberale, Sozialdemokraten, Grüne und Christdemokraten) sind in der Ukraine klein und schwach. Ein Teil der Menschen hat kein Interesse an Politik. Sozialisten und Kommunisten auf der einen und Nationalisten auf der anderen Seite sind im Aufwind.

Ende Februar wurde in Kiew im Kulturpalast "Ukraine" die "Antikommunistische, antiimperialistische Front" gegründet. 1.200 Menschen waren gekommen. Initiator der "Front" ist die Republikanische Partei. Sie ist mit ihren 12.000 Mitgliedern nach den Sozialisten (60.000 Mitglieder) die zweitgrößte des Landes. Ukrainische Farben, blau und gelb, ukrainische Volkslieder, man war unter sich. In der ersten Reihe vor dem Podium saßen Bischöfe der ukrainischen autokephalen (d.h. von Moskau unabhängigen) orthodoxen Kirche. Der Saalschutz wurde von der "Ukrainischen Kosaken-Verteidigung" organisiert, schwarze Uniformen, fast kahlgeschorene Köpfe. Geleitet wurde die Versammlung vom Vorsitzenden der "Front", Wladimir Jaworiwskij. Er gehört zu den führenden Politikern der Demokratischen Partei der Ukraine. Es sprachen Vertreter der Republikanischen Partei, der Nationalbewegung "Ruch", der Ukrainischen National-Versammlung, der Krim-Tataren, aber auch Mitglieder rechtsradikaler und paramilitärischer Organisationen wie der "Ukrainischen Selbstverteidigung". Mitglieder dieser Organisation kämpften in der zwischen der Ukraine und Moldawien gelegenen Dnjestr-Republik an der Seite russischer Soldaten und Freiwilliger gegen die Truppen Moldawiens.

Die Bildung der "Front" ist nicht der erste Versuch der nationalen und nationalistischen Kräfte, sich neu zu formieren und in das derzeitige politische Vakuum einzudringen. Im letzten Jahr scheiterte die von "Ruch" und anderen Organisationen getragene Unterschriftensammlung für die Neuwahl des obersten Sowjet, weil man statt der benötigten 15 Millionen "nur" drei Millionen Unterschriften beibringen konnte. Auch die Bildung eines "Komitees der nationaldemokratischen Kräfte" brachte nicht den gewünschten Erfolg. Die neugebildete Front umfaßt zwar ein großes Spektrum nationaler Organisationen, doch es fehlen die Organisationen der politischen Mitte.

Im Kulturpalast in Kiew ging es gegen den russischen Chauvinismus, gegen einen "prorussischen Separatismus" und gegen das Wiederentstehen der Kommunistischen Partei. Einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten der Ukraine, Mikola Scholinski, erklärte, Rußland versuche, um die Ukraine eine ökonomische Blockade zu errichten. Für die ukrainischen Nationalisten ist es ein Alarmsignal, wenn auf der Krim und in den Industriezentren der Ostukraine die überwiegend russisch sprechende Bevölkerung ihre Unzufriedenheit mit der Regierung äußert und Forderungen stellt, die Rußland für sich nützen könnte. Im Osten gibt es Bestrebungen, Russisch zur gleichberechtigten Staatssprache zu machen. Außerdem gibt es Initiativen für eine doppelte Staatsbürgerschaft. Das Parlament der Krim hatte im letzten Jahr für kurze Zeit die Unabhängigkeit der Krim proklamiert.

Völlig einig waren sich die Redner der "Front" darin, daß die Ukraine ihre strategischen Atomwaffen behalten müsse. Mit dieser Haltung wissen sich die Nationalisten einig mit einem großen Teil der Bevölkerung. Unter den PolitikerInnen der Ukraine gibt es keine/n, die/der sich ohne Vorbedingungen für die Ratifizierung des SALT I-Vertrages ausspricht. Selbst die Grüne Partei verknüpft ihre Ablehnung der strategischen Waffen mit der Forderung nach einem Platz für die Ukraine im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Differenzen gab es im Kulturpalast in der Frage, ob man den Präsidenten Krawtschuk unterstützen oder ihn bekämpfen solle (weil er unter dem Einfluß "kommunistischer Berater" steht). Während der Vorsitzende der Republikanischen Partei Goryn meinte, die Kommunisten im Obersten Sowjet hätten das Ziel, die Macht des Präsidenten zu zerstören, applaudierte ein großer Teil der Versammlung, als der Vorsitzende der Konservativen Republikanischen Partei (eine Rechtsabspaltung der Republikanischen Partei), Stepan Chmara, sich gegen die Entlassung des Obersten Sowjets aussprach. Chmara meinte, der Oberste Sowjet sei die einzige Kraft, mit der die nukleare Abrüstung gestoppt werden könne.

Wenige Tage vor der Versammlung im Kulturpalast hatte der Vorsitzende der Volksfront "Ruch", Tschernowil, erklärt, daß er die Bildung der Front begrüße, jedoch nicht glaube, daß sie ein langes Leben haben werde. Das politische Spektrum sei zu eng. Während rechte Kräfte stark vertreten seien, fehlten Kräfte wie das sozialliberale Bündnis "Neue Ukraine". Für "Ruch" sprach im Kulturpalast Tschernowills Stellvertreter Lavrynowitsch.

Die Ukraine ist ein politisch und kulturell gespaltenes Land. Der Osten ist besonders stark mit der russischen Wirtschaft verflochten. Dort und im Süden hat sich jetzt eine Organisation mit dem Namen "Staatsbürgerlicher Kongreß" gebildet. Der "Kongreß" tritt ein für ein stärkere Einbindung der Ukraine in die GUS bis hin zur Bildung einer Föderation. Unter dem Dach des "Staatsbürgerlichen Kongresses" versammeln sich Teile der örtlichen kommunistischen Intelligenz, Sozialisten, Demokraten sowie die Emigrantenpartei NTS ("Union der Arbeit und des Volkes").

Für die ukrainische Volksfront "Ruch" sind die Gebiete im Osten und Süden der Ukraine "russifiziert". Zweifellos gibt es eine Dominanz der russischen Sprache in diesen Gebieten, z.B. im Gebiet Donezk. In diesem Bergbaugebiet sprechen von den 2,6 Millionen Ukrainern 1,6 Millionen ukrainisch und 1 Million russisch. Von den 2,3 Millionen Russen sprechen fast 100 Prozent russisch, nur 13.000 ukrainisch.

Im krassen Gegensatz zum Süden und Osten steht der Westen des Landes. Dort wird vorwiegend ukrainisch gesprochen, und hier haben die ukrainischen Nationalisten ihre Hochburg. Zu ihnen gehört auch die UNSO ("Ukrainische Nationale Selbstverteidigung"). Im westukrainischen Lwiw überfielen UNSO-Leute eine Versammlung der Gesellschaft für russische Sprache. In Kiew haben ihre Anhänger schon russische Bücher verbrannt.

Atomwaffen als Druckmittel

Im Juli 1990 hatte sich der Oberste Sowjet der Ukraine in seiner Souveränitätserklärung zu den drei "nichtnuklearen Prinzipien" bekannt: Die Atomwaffen "nicht anzuwenden, nicht zu produzieren und nicht zu verbreiten." Da das ukrainische Parlament bis heute weder den SALT I-Vertrag ratifiziert noch das Nichtverbreitungsabkommen unterzeichnet hat, fragt man sich, ob die Erklärung von 1990 nur dem Zweck diente, möglichst schnell von möglichst vielen Staaten völkerrechtlich anerkannt zu werden. Ukrainische Politiker haben in der Vergangenheit die Ratifizierung des SALT I- Vertrages wiederholt mit Bedingungen verknüpft. Sie forderten Sicherheitsgarantien für die Ukraine und finanzielle Hilfe bei der Abrüstung. Die Abrüstungskosten beziffert die Ukraine auf 1,5 Mrd. Dollar. Die USA haben bisher nur einen Teil dieser Summe angeboten. Präsident Krawtschuk besteht außerdem auf dem Eigentumsrecht an den spaltbaren Materialien aus den Gefechtsköpfen, Uran und Plutonium.

Der ukrainische Präsident ist im Prinzip für die Ratifizierung, verweist aber auf die Probleme im Parlament. Dort gibt es einen Block von etwa 90 Deputierten, der auf keinen Fall auf die Nuklearwaffen verzichten will. Politische Beobachter meinen, daß die Ukraine den SALT I-Vertrag letztlich unterschreiben wird. Die Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens sei dagegen höchst unsicher.

Die taktischen Atomwaffen der Ukraine wurden inzwischen alle nach Rußland zur Vernichtung gebracht. Auf dem Territorium der Ukraine sind jetzt noch 130 Raketen des Typs 88-19 mit jeweils sechs atomaren Sprengköpfen und 46 Raketen des Typs SS-24 mit jeweils zehn Gefechtsköpfen stationiert, die, nach dem zwischen Bush und Gorbatschow ausgehandelten Vertrag, bis Ende 1994 nach Rußland abgezogen und zerstört werden sollen.

Die Führung in Kiew besteht auf der "administrativen Kontrolle" der strategischen Kernwaffen. Der ukrainische Verteidigungsminister Morosow hat im Oktober 1992 vor dem Parlament erklärt, daß die Ukraine die strategischen Atomraketen auf ihrem Territorium über den mit Rußland vereinbarten Termin 1994 hinaus behalten wolle. Der START-Vertrag, so die Argumentation, sehe eine Abschaffung der strategischen Waffen bis sieben Jahre nach der Ratifizierung vor. Potentielle Feinde der Ukraine - so Morosow - seien alle Länder, die Ansprüche auf ukrainisches Territorium erheben oder sich in die inneren Angelegenheiten Kiews einmischen würden.

Jelzin hat Mitte Januar bei einem Gespräch mit Krawtschuk erklärt, daß, sobald Kiew den START I-Vertrag unterschreibe, Rußland der Ukraine eine Sicherheitsgarantie geben werde. Die Ukraine werde gegen jeden Atomangriff geschützt, zugleich werde Rußland die territoriale Integrität der Ukraine respektieren.

Krawtschuks Chefberater für politische Fragen, Michailtschenko, erklärte Anfang März, daß die Ukraine den von Jelzin gewünschten Sonderstatus Rußlands als Garant des Friedens auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion strikt ablehne. Die Ukraine werde nie Sonderinteressen Rußlands auf ihrem Boden anerkennen. An einer russischen Sicherheitsgarantie für die Ukraine gibt es in Kiew offensichtlich kein Interesse.

Die reale Verfügungsmöglichkeit der Ukraine über die strategischen Waffen ist beschränkt. Zum einen gibt es ein gemeinsames GUS-Kommando für die strategischen Waffen. Außerdem dienen in den Raketenbasen vorwiegend Russen. Russische Fachleute führen die Wartungsarbeiten durch. Die Software für die Raketensteuerung wurde außerhalb der Ukraine entwickelt, der Code für den Start der Raketen befindet sich in Moskau.

Bisher hat sich die Ukraine allen Versuchen widersetzt, GUS-Strukturen zu schaffen. Sie begründet dies mit der Furcht vor zentralistischen Institutionen. Krawtschuk hat diese Haltung auf dem letzten Gipfel der GUS im Januar 1993 in Minsk bekräftigt. Ohne klare Begründung verweigerte er seine Unterschrift unter eine neue Grundlagenvereinbarung ("Charta") der GUS.

Es mangelt nicht an Konfliktstoff zwischen Rußland und der Ukraine. Und es mangelt nicht an nationalistischem Donner aus den beiden Hauptstädten. Bisher wurden aber immer noch Kompromisse gefunden. Wenn sich die ökonomische Lage weiter verschlechtert und die Nationalisten beider Länder stärker werden, erscheint es jedoch unsicher, ob man auch in Zukunft friedliche Lösungen findet wird.

uh

7. Der Machtkampf in Rußland

Demagogen und Volkstribunen gegen Populisten und Diktatoren

Autor: Andreas Skrypietz · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:23

Rußlands Schicksal scheint sich in diesen Tagen zwischen Skylla und Charybdis zu entscheiden. Da stehen die Kräfte der Demokratie und des freien Marktes denen der Vergangenheit, der Finsternis und der Diktatur gegenüber. Das jedenfalls will ein großer Teil der westlichen Presse Glauben machen. Die G7-Staaten beeilen sich, ihre Unterstützung für Freiheit und Demokratie in Form von materieller Unterstützung Jelzins zu bekunden. Doch es drängt sich die Frage auf, ob es diese Hilfe ist, die Rußland im Moment vom Westen bedarf.

In diesem Konflikt ist viel von der Einhaltung der Verfassung und der demokratischen Zukunft des Landes die Rede, wenig allerdings ist davon zu hören und zu lesen, wie es wirtschaftlich mit Rußland weitergehen soll. Vielen Menschen ist daher der Streit an der Spitze des Staates recht egal, sie sind mit dem Überleben beschäftigt.

Im folgenden werde ich versuchen, die verschiedenen Seiten des Konfliktes näher zu betrachten. Präsidenten, Vorsitzende und allerlei andere Politiker (tatsächlich nur Männer) werden auftauchen, doch Demokraten wird mensch vergeblich suchen.

Schon seit geraumer Zeit befindet sich Rußland in einer politischen Pattsituation. Das Parlament und der Präsident können sich nicht auf eine arbeitsfähige Form der Macht- und Gewaltenteilung einigen. Jelzin beschuldigt das Parlament, seine Reformpolitik zu sabotieren, und das Parlament kontert, daß der Präsident sich mit seiner Regierung einer demokratischen Kontrolle durch das Parlament entziehen möchte. Und wie so oft ist auch in diesem Fall an beiden Vorwürfen etwas dran.

Rein formal geht der Streit um die Auslegung der Verfassung Rußlands. Die derzeit gültige stammt in ihrer Originalfassung aus dem Jahre 1977 und ist seitdem mehrere hundertmal geändert worden. Die bekanntesten davon sind die Einführung der Direktwahl des Präsidenten und die Einberufung eines Obersten Gerichtshofes nach dem Vorbild der USA. Hauptstreitpunkt ist aber der Teil der Verfassung über die Machtteilung zwischen Parlament und Präsident. Nach den Buchstaben der Verfassung ist der Kongreß der Volksdeputierten das höchste Machtorgan. Es kann den vom Volk direkt gewählten Präsidenten absetzen, alle Beschlüsse des Obersten Sowjet - dem Parlament - können vom Kongreß ebenso aufgehoben werden wie Gesetze/Verordnungen der Regierung oder des Präsidenten. Somit ist die Zusammensetzung des Kongresses und damit auch des Obersten Sowjets entscheidend für den Erfolg der Politik von Präsident und Regierung. Die gesamte Konstruktion erinnert an die Verfassung der USA, die hierfür auch als Vorbild gedient hat. Doch wie so oft beim Kopieren, es ist halt eine Kopie einer Gesellschaft mit anderer Struktur und Ausgangslage.

Wie schon erwähnt stammt die Verfassung noch aus der Breschnew-Zeit und ist trotz ihrer permanenten Änderungen dieser Zeit mehr verpflichtet denn der aktuellen Übergangssituation in Rußland. An einer neuen Verfassung wird gearbeitet, aber ihre Ausformulierung ist natürlich genauso umstritten wie alles andere in Rußland derzeit auch.

Die Position des Präsidenten

Boris Jelzin wurde im Sommer 1991 direkt vom russischen Volk zum Präsidenten gewählt. Dies ist seine Machtbasis. Die damalige Koalition aus Demokraten und Gegnern des alten Systems ist längst auseinandergebrochen, und derzeit verfügt Jelzin gerade mal über 200 von über 1200 Stimmen im Kongreß. Als Präsident hat er es immer abgelehnt, sich um die Schaffung einer Partei oder mindestens einer Gruppierung zu kümmern, die hinter seiner Politik steht und ihn in Kongreß und Parlament unterstützt.

Sein Ziel ist es, Rußland möglichst schnell und direkt zu einer an marktwirtschaftlichen Vorbildern orientierten Gesellschaft zu machen. Die Privatisierung der Staatsbetriebe, von Grund und Boden und die Freigabe der Preise sind die Markenzeichen dieser Politik. Westlich kapitalistische Verhältnisse sollen her, doch bislang gibt es noch nicht einmal ansatzweise so etwas wie eine minimale soziale Absicherung von Arbeitslosen, RentnerInnen und anderen ohne Arbeit.

Jelzin wäre gerne mit seinem Reformprogramm wesentlich weiter, doch davon hält ihn aus seiner Sicht der Kongreß und das Parlament ab. Deswegen wollte er jede Form von Einmischung und Kontrolle seitens dieser Organe beenden.

Schon bei der letzten Sitzung des Kongresses, Mitte März, machte Jelzin Andeutungen, daß es mit der Politik des Bremsens seiner Politik bald vorbei sei. In seiner damaligen Rede kündigte er an, daß er sich dem Votum des russischen Volkes stellen wolle, anstatt sich ernsthaft mit den vermeintlich reformfeindlichen Deputierten auseinanderzusetzen. Er verließ damals wütend den Kongreß mit den Worten, daß er vor dieser Versammlung nicht mehr reden werde. Doch die Geschichte der Zeit - auch diesmal eine kurze - strafte ihn Lügen.

Jelzin ist alles mögliche -

nur kein Demokrat

Jelzin hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß er sich die Position des russischen Präsidenten ähnlich der des US-Präsidenten vorstellt. Allerdings hat er nie etwas darüber verlauten lassen, wie er das Verhältnis von Parlament und Präsident geregelt sehen möchte.

Spätestens seit Anfang dieses Jahres ist deutlich geworden, daß Jelzin von einer Kontrolle seiner Politik seitens eines Parlamentes nichts hält. Gekleidet hat er diese Auffassung in Attacken auf das angeblich undemokratisch gewählte und mit kommunistischen und nationalistischen Betonköpfen besetzte Parlament. Als gestandener Populist und Demagoge weiß er, daß der Vorwurf, undemokratisch zu sein, gepaart mit dem Vorwurf der Treue zum alten System, in heutigen Zeiten ein äußerst schwerwiegender Vorwurf gegen den politischen Gegner ist. Doch spätestens hier sollte der/die geneigte BetrachterIn stutzig werden. Denn diese Vorwürfe des Präsidenten gelten in ähnlicher Form für ihn selbst.

Undemokratisch gewählt sei das Parlament, so einer der Vorwürfe von Boris Nikolaijewitsch. Aber die Realität sieht etwas anders aus. In den Wahlen vom März 1990 hat es erstmals keine reservierten Plätze für besondere Interessengruppen wie Gewerkschaften, Armee und Staatsverwaltung gegeben. Jede/r KandidatIn, der/die von einer Wahlversammlung nominiert worden war, kam auf die Wahlliste. Dies unabhängig davon, wo diese Versammlung stattgefunden hatte, ob in einem Wohnbereich, einer Fabrik oder in einem Uniinstitut. Weiterhin war vorgesehen, daß es in jedem Wahlbezirk mindestens zwei KandidatInnen geben sollte. Wo dies nicht erreicht werden konnte, mußte ein/e erfolgreiche/r EinzelkandidatIn über mindestens 51% der Stimmen verfügen, um als ordentliche/r Deputierte/r ins Parlament resp. in den Kongreß einziehen zu können. Sicherlich können im einzelnen gegen diese Wahlen Einsprüche erhoben werden, sicherlich genügten sie auch radikaldemokratischen Ansprüchen nicht, aber sie waren der erste große Schritt weg vom alten System der Vorschriftswahlen. Und sie waren mindestens genauso demokratisch wie die Präsidentschaftswahlen, die im Taumel des gerade verhinderten Putsches durchgeführt wurden.

Auch der Vorwurf, daß in diesem Parlament nur kommunistische Betonköpfe säßen, ist mit Vorsicht zu genießen. 1990 war die KPdSU noch in Amt und Würden und so gut wie jede Person, die im politischen Prozeß des Landes agierte, war Mitglied der Partei oder stand ihr nahe. Auch Jelzin verdankt seinen politischen Aufstieg der Mitgliedschaft in dieser Partei. Und die Wahlen zum Parlament 1990 waren durch eine durch und durch antikommunistische und gegen das alte System gerichtete Stimmung gekennzeichnet. Entscheidend bei den Wahlen war die Anti-KPdSU-Haltung der KandidatInnen und daß sie keine Full-Time-Bürokraten waren. Sicherlich sind einige auf dieser Fahrkarte ins Parlament gekommen, die den traditionellen Vorstellungen der KPdSU nahestanden, doch die mehr als Tausend Deputierten über diesen Kamm zu scheren, ist ein billiges Argument und dient allein dazu, Stimmung zu machen.

Die bisherigen Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Polen liefen immer nach einem ähnlichen Muster ab: Jelzin preschte mit seiner Politik vor, stieß im Parlament und/oder im Kongreß auf Widerstand, es wurden harte Worte gewechselt und mit der gegenseitigen Amtsenthebung resp. Mißachtung gedroht und am Ende kam ein Kompromiß heraus, der in der Regel zu Lasten der Position des Präsidenten ging. So im letzten Winter, als er seinen Premier Jegor Gaidar - dem Vertreter eines radikalen Schockprogramms auf Kosten der Unterschichten - zu Gunsten eines moderateren Politikers aus der "Bürger-Union" auswechseln mußte. Und so auch in der letzten extrem zugespitzten Auseinandersetzung.

Jelzin war aus der Sitzung des Kongresses Mitte März mit der Androhung gerannt, daß er bald weitreichende Maßnahmen ergreifen werde, um dieses Theater ein für allemal zu beenden. Diese bestanden dann darin, das Land mittels Dekrete direkt seiner präsidialen Gewalt zu unterstellen. Aber er hatte sich etwas verkalkuliert. Ein Teil seiner bisherigen Gefolgsleute wollte diesen Weg nicht mitgehen. Insbesondere Vizepräsident Aleksander Ruzkoi verweigerte die Unterschrift unter das Papier, welches das Land unter direkte Präsidentenherrschaft gestellt hätte. Undemokratisch?

Ein Populist am Werk

Egal, ob es sich um die Wahlkampagne zur Präsidentenwahl oder seine Verkündung handelt, das Land über Dekrete zu regieren, Jelzin versteht es, die Stimme des Volkes - wie es so schön heißt - für sich auszunutzen, um auf der Welle der sympathisierenden Zustimmung für seine Person, sein Auftreten, Unterstützung für seine Politik zu erlangen. In seiner Wahlkampagne 1991 war beispielsweise nichts von einer Schocktherapie für die russische Wirtschaft zu hören, sie war vielmehr von Freiheit, Demokratie und Ausfällen gegen das alte System und der Herrschaft der alten Bürokratencliquen geprägt. Die Ausformulierung seines brutalen Reformprogramms erfolgte erst nach der Wahl, und es darf ernsthaft bezweifelt werden, ob er hierfür die Stimmenmehrheit des russischen Volkes erlangt hätte.

Auch in der jetzigen politischen Pattsituation versucht er auf diesem Wege politisches Kapital zu gewinnen. Auf seine Popularität bauend und darauf insistierend, daß er vom Volk gewählt ist, wollte er das Parlament entmachten und sich anschließend vom Volk in einem Referendum sein Vorgehen bestätigen lassen. Natürlich nicht so plump und direkt, aber so eine Art "Persilschein" für Jelzin sollte das ursprünglich geplante Referendum schon werden; denn allein die Art zu fragen, wer das Land regieren solle, das Parlament oder der Präsident, verdeutlicht, daß es nur darum gehen sollte, die Stimmung im Volk per Stimmzettel zu erfassen. Und die ist nach wie vor auf Seiten Jelzins. Politisch macht diese Frage wenig Sinn, denn solange es keine neue Verfassung gibt, die die Frage der Gewaltenteilung eindeutiger regelt, würde es auch nach einem solchen Referendum beim politischen Patt bleiben.

In den Tagen vor dem Versuch, die Macht an sich zu reißen, hatte Jelzin sowohl aus dem Kreis seiner Vertrauten als auch auf Treffen mit Vertretern der Armee gehört, daß im Volk die Rufe nach einem starken Manne lauter werden. Prompt schnellte seine Popularität nach der samstäglichen Verkündung seines Vorhabens in den Meinungsumfragen nach oben. Aber so etwas läßt sich nicht immer in Politik zimmern.

So kann sich Boris Nikolaijewitsch zwar in dem Gefühl sonnen, beim Volk beliebt zu sein, doch enthebt ihn dies nicht der Notwendigkeit, mit dem Parlament und dem Kongreß Kompromisse zu schließen. Den Menschen in Rußland wäre in der jetzigen Situation wohl mehr gedient, wenn diese Kompromisse schneller und weniger kräftezehrend zustande kämen.

Die Position

von Parlament und Kongreß

Wichtigster und stärkster Gegner im Kampf um die Macht in Rußland ist der Kongreß der Volksdeputierten und sein Arbeitsausschuß, das Parlament, der ehemalige Oberste Sowjet. Sprecher des Parlamentes ist Ruslan Chasbulatov, ein ausgewiesener Gegner der Jelzin'schen Reformpolitik.

Chasbulatov hat bislang das Parlament gegen alle Angriffe seitens Jelzin verteidigt und obendrein selbst die eine oder andere Attacke gegen den Präsidenten geführt. Hauptstreitpunkt ist dabei die Frage, ob das Parlament die Arbeit von Regierung und Präsident kontrolliert oder ob die Versammlung bloß eine Versammlung von Nickköpfen ist (im englischen gibt es dafür den schönen Ausdruck: rubberstamp-parliament). Nach den Buchstaben des Gesetzes ist der Position des Parlamentes zuzustimmen, daß die Politik von Präsident und Regierung durch das Parlament zu kontrollieren gehört. Doch rein formal läßt sich in der augenblicklichen Situation das Problem nicht lösen.

Wie bereits erwähnt, wurde der russische Kongreß der Volksdeputierten und somit auch das Parlament nach einem demokratischer scheinenden Verfahren gewählt als die Vorläufer. Da 1990 die KPdSU noch die herrschende Partei war, ist es nicht verwunderlich, daß die Zahl der ehemaligen Parteimitglieder recht hoch ist unter den Deputierten. Doch dies allein erklärt noch nicht die schroffe Gegnerschaft von Parlament und Präsident.

Diese erstreckt sich gewissermaßen auf mehreren Ebenen, wobei die entscheidende die der wirtschaftlichen Umgestaltung Rußlands ist. Allgemein gesprochen sind den Deputierten die Reformvorhaben der Regierungen unter Jelzin zu drastisch, ohne genügend soziale Sicherheit und letztendlich ohne klare Perspektive. (Eine genauere Skizzierung der Position des Parlamentes in dieser Frage siehe ak 349 v. 16.12.92: "Kehrtwende, Chaos oder Kurskorrektur", as) Eine der schwerwiegendsten Fragen ist, was mit den Fabriken der Rüstungsindustrie passieren soll und was mit den Teilen der alten SU-Armee, die aus den ehemaligen Warschauer Vertragsstaaten nach Rußland zurückkehren. Hierzu haben weder Jelzin oder seine Regierung noch das Parlament klare Vorstellungen.

Aber auch die Situation der Deputierten selbst steht natürlich auf dem Spiel. Solange sie im Kongreß und Parlament sitzen, gehören sie zur Elite der Nation und genießen Ansehen, aber vor allem materielle Sicherheit, was in der jetzigen Situation ein Argument für sich ist. Jelzins Politik der Drohung mit Neuwahlen gefährdet natürlich diese Sicherheit, denn die meisten Deputierten dürften nicht wiedergewählt werden, da sie aus der Sicht der WählerInnen eine Mitverantwortung an der desolaten Lage des Landes tragen.

So gesehen gehören die Deputierten nicht gerade zu den änderungswilligen Kräften im Land, doch sie allesamt als kommunistische Betonköpfe und verbockte Nationalisten abzutun, ist etwas zu einfach. Nehmen wir zum Beispiel die "Bürger-Union" von Arkadi Volsky. Der amtierende Premier Viktor Chernomyrdin gehört dieser Partei an, und er gilt als moderater Reformer. Hauptkritik der "Bürger-Union" an der Politik Jelzins und insbesondere seines ehemaligen Premier Jegor Gaidar ist das Tempo der Reformen. Sie würden zu schnell, zu unausgegoren und mit einer unrealistischen Zielvorgabe vorangetrieben werden. Infolgedessen verlangt die "Bürger-Union" eine weitreichende Protektion der ehemaligen Staatsbetriebe, die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln und Medikamenten sowie, den staatlichen Anlagen- und Maschinenbau nicht zu privatisieren. Damit soll der gesamte Bereich der Rüstungsindustrie in staatlichen Händen bleiben. Für diese Position steht vor allem der russische Vizepräsident Aleksander Ruzkoi, der mit seiner Gruppierung "Partei für ein freies Rußland" zur "Bürger-Union" gehört. Doch zu Ruzkoi später mehr.

Nun mag mensch sagen, die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln sei ein Merkmal des alten Systems. Aber demgegenüber sei die Frage erlaubt, wie Arbeitslose, RentnerInnen und andere Bedürftige bei einer jährlichen Inflationsrate von rund 2.000% die davongaloppierenden Preise fürs Notwendigste aufbringen sollen. Es muß ein Weg gefunden werden, der zwischen dem freien Fall eines marktwirtschaftlichen Schockprogramms und einer Politik Breschnew'scher Provinienz liegt.

Mit Teilen der "Bürger-Union" ist in dieser Frage sicherlich ein Kompromiß zu finden. Schwieriger wird es da schon mit den Vertretern der "Partei für ein freies Rußland" von Vizepräsident Ruzkoi. Selber ein ehemaliger Fliegergeneral aus dem Afghanistankrieg und Held der Sowjetunion, hat er als Hausmacht weite Teile der Armee, aber insbesondere den staatlichen Anlagen- und Maschinenbau hinter sich. Mit seiner Weigerung, die Unterschrift unter das Dekret zur Einführung präsidialer Direktherrschaft zu geben, hat er entscheidend mit dazu beigetragen, Jelzin einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Nicht nur, daß Ruzkoi über eine imposante Hausmacht verfügt, er ist auch derzeit der einzige Politiker in Rußland, der Jelzins Poolposition in Meinungsumfragen gefährden kann. Selbst die Jelzin freundliche "Iswestija" mußte kürzlich einräumen, daß Ruzkoi Jelzin in der Popularitätsskala das eine oder andere Mal schon überholt hat. Der Vizepräsident steht für ein langsameres Reformprogramm, verheimlicht aber auch nicht die Vorliebe für wesentlich traditionellere Vorstellungen.

Pjotr Stolypin ist nach eigenen Angaben das große Vorbild von Aleksander Ruzkoi. Rufen wir uns in Erinnerung: Stolypin, zaristischer Premier Anfang des Jahrhunderts, der durch eine Agrarreform Rußland aus der Krise führen wollte. "Eine starke Regierung mit liberalen Reformen" war das Motto von Stolypin, der mittels einer Bank für Bauern diese dazu ermuntern wollte, auf Kreditbasis billiges Land in Sibirien und Zentralasien zu kaufen. Er war von keinem großen Erfolg beschienen, und bis 1915 hatte nur ein verschwindend kleiner Teil der Bauernschaft von diesem Angebot Gebrauch gemacht bzw. Erfolg mit einer neuen Ansiedlung gehabt. Gleichzeitig wurden aber die Lager in Sibirien und anderen unbeliebten Teilen Rußlands mit Häftlingen vollgestopft, die mit Güterwaggons der Eisenbahn dorthin transportiert wurden; die Masse der Verhafteten überstieg bei weitem die Transportkapazität der russischen Eisenbahnen. Diese Mischung scheint auch das zu sein, was mensch von einer Regierung unter Aleksander Ruzkoi zu erwarten hat. Wenn einer ein konservativer oder besser gesagt traditionalistischer Gegenspieler von Jelzin ist, dann ist es sein Vizepräsident. Der so oft

als sein ehrgeizigster Widersacher zitierte Ruslan Chasbulatov kann dem Vizepräsidenten in keiner Weise das Wasser reichen.

Chef des Parlamentes -

und was sonst noch?

Ähnlich wie Jelzin verfügt Chasbulatov über keine eigene Hausmacht im Parlament. Er versteht es vielmehr wie eine Art Volkstribun des Parlamentes, die Stimmung der Deputierten zu erkennen und in Attacken gegen Jelzin umzumünzen. Wegen der fehlenden Hausmacht ist es auch nicht verwunderlich, daß er jederzeit dazu bereit scheint, mit Jelzin einen - wenn auch nicht immer besonders tragfähigen - Kompromiß einzugehen. Außerhalb des Parlamentes aber ist Chasbulatov nur einer unter vielen. Schon der letztjährige Versuch, die Parlamentsgarde unter sein persönliches Kommando zu stellen, um sich somit eine Art Hausarmee zu schaffen, scheiterte sowohl am Veto Jelzins als auch an der harschen Kritik der russischen Öffentlichkeit.

Auf der Wahlebene aber ist er kein ernsthafter Gegner von Jelzin. Dies nicht allein deshalb, weil er über kein ausreichendes Programm oder dergleichen verfügen würde. Sein größtes Handicap ist seine Nationalität. Den Russen als aufgeklärtes Volk will es nämlich nicht in den Kopf, daß sie vielleicht auch einmal einen Präsidenten haben könnten, der aus einer der zahlreichen nationalen Minderheiten des Landes stammt. Im Falle Ruslan Chasbulatovs ist dies zugegebenermaßen nicht ganz so einfach. Gehört er doch als Tschetschene einem Volk an, das derzeit mit allen - auch kriegerischen - Mitteln darum kämpft, die russische Vorherrschaft und die RussInnen insgesamt loszuwerden. Die ehemalige Autonome Sozialistische Sowjet Republik (ASSR) der Tschetschenen und Inguschen, heute geteilt in die Republik der Tschetschenen und die der Inguschen, liegt im tiefen Südwesten Rußlands an der Grenze zu Georgien, und beide neuen Republiken möchten sofort von Rußland unabhängig werden. Als Deputierter der Tschetschenen sitzt Chasbulatov im Parlament.

Aber auch ohne die aktuelle Auseinandersetzung zwischen Rußland und dieser kleinen Republik hätte Chasbulatov aufgrund des ausgeprägten Chauvinismus und Rassismus der RussInnen keine Chance bei Wahlen. Somit ist er gezwungenermaßen auf das Parlament angewiesen. Sowohl als Tribüne, um sich landesweit und darüberhinaus Gehör zu verschaffen, als auch, um überhaupt in einer Position zu sein, effektiv gegen Jelzin Stellung beziehen zu können.

Insgesamt nutzt Chasbulatov diese Stellung recht geschickt, um sowohl seine Gegenposition als auch die des Parlamentes in die Öffentlichkeit und somit ins Geschäft zu bringen. Dabei ist er Chef eines Parlamentes, das die Verfassung Rußlands dahingehend geändert hat, daß der Präsident direkt vom Volk gewählt wird, das nach dem versuchten Putsch im August '91 beschlossen hatte, Jelzin über ein halbes Jahr lang mit Sondervollmachten regieren zu lassen, und daß ein Oberster Gerichtshof neu eingerichtet wurde. Diesem von Jelzin immer wieder in der oben skizzierten Weise beschimpften Parlament hat selbiger einen größeren Teil seiner eigenen Machtposition zu verdanken als dieser in der Öffentlichkeit jemals zugeben wird.

Verfassungskrise

und noch mehr

Es handelt sich momentan um eine Verfassungskrise in Rußland. Dabei ist zu beachten, daß auf der einen Seite die Verfassung aus den Tagen Breschnews stammt und auf der anderen, daß der Bruch der Verfassung, also politisch illegal zu agieren, derzeit in Rußland nicht besonders beliebt ist bzw. mit dem politischen Stil der alten UdSSR - ob zu Recht oder nicht, sei an dieser Stelle dahingestellt - gleichgesetzt wird.

Genau genommen hat Rußland keine eigene Verfassung, denn das Elaborat von 1977 ist die alte SU-Verfassung, die durch beinahe tägliche Änderung den heutigen Verhältnisse angepaßt wurde und wird. Sie enthält - ohne ins juristische Detail zu gehen - nicht nur extrem widersprüchliche Artikel, sondern ist insbesondere für alle möglichen politischen und verfassungsrechtlichen Interpretationen offen. Da ist es besonders wichtig, wer beispielsweise den Posten des Vorsitzenden des Verfassungsgerichtes innehat.

Valeri Sorkin, Vorsitzender Sprecher eben dieses Gerichtes, hat sich in der Zeit seit dem 20.03. nicht nur mit Ruhm bekleckert. Sicher, das Vorgehen von Jelzin an diesem Abend war und ist in keiner Weise mit der gültigen Verfassung in Einklang zu bringen. Aber war es für den Vorsitzenden des höchsten Gerichtes des

Landes wirklich geschickt, mit einer ähnlichen Tirade wie Chasbulatov gegen Jelzin vorzugehen? Wo es doch offensichtlich war, daß sich der Präsident mit seinem Vorgehen außerhalb des Rahmens der Verfassung gestellt hatte. Sorkin hätte wissen können, daß Jelzin weder die Unterstützung von Ruzkoi und anderen seiner Mitarbeiter hatte - zu erkennen daran, daß die Jelzins Bürokratie nicht willens oder fähig war, dem Verfassungsgericht eine schriftliche Ausgabe des von Jelzin im Fernsehen angekündigten Dekret zu erhalten - noch die andere Seite dazu in der Lage ist, Jelzin als Präsident vorzeitig zu entmachten.

Dabei hatte Sorkin noch in den zurückliegenden Monaten immer wieder versucht, durch Gespräche und Verhandlungen mit beiden Seiten einen Ausweg aus der Pattsituation zu finden. Dieses Vorgehen hatte ihm und dem Verfassungsgericht ein gestiegenes Ansehen in der Öffentlichkeit eingebracht. Die noch junge Institution wurde ernstgenommen. Durch sein schnelles und übertriebenes Eingreifen hat er einen Teil dieses Kredites wieder verspielt, und so mußte er in der letzten Woche einen Rückzieher machen. Denn auf der Sondersitzung des Kongresses sah er sich gezwungen, vor einer Entmachtung Jelzins ausdrücklich zu warnen. Erfreulicherweise empfahl er, demgegenüber die Arbeit an der neuen Verfassung rascher zu beenden, diese im Herbst dieses Jahres zur Abstimmung zu stellen und dann auf dieser Grundlage Neuwahlen zum Amt des Präsidenten und des Parlamentes abzuhalten. Damit wiederum hat er einen sehr wahrscheinlichen Ausweg aus der anhaltenden politischen Krise skizziert. Was ihn vorher zu seinem spektakulären Auftritt und Angriff bewogen haben mag, ist schwer zu beurteilen, vielleicht aber hatte er, wie so viele andere PolitikerInnen auch, die Nase voll von den Eskapaden und Machtgelüsten des Boris Nikolaijewitsch.

Aber noch an einer weiteren Front wird derzeit die Krise in Rußland verschärft. Es ist dies die Politik der russischen Zentralbank. Mit Viktor Geraschtschenko ist ein ausgemachter Anhänger der traditionellen Planwirtschaft an der Spitze dieser wichtigen Institution. Alle bisherigen Regierungen unter Jelzin haben versucht, sowohl das Haushaltsdefizit als auch die rasant steigende Inflationsrate zu bekämpfen. Doch Geraschtschenko nutzt seine Unabhängigkeit von der Regierung bzw. seine politische Rechenschaftspflicht gegenüber dem Parlament dahingehend, daß er mit Unterstützung eben dieser Versammlung massenweise Rubel drucken läßt, um vor allem die teilweise recht maroden ehemaligen oder noch Staatsbetriebe am Leben zu erhalten. Dies treibt nicht nur die Inflation in die Höhe, sondern konterkariert nahezu jede Form von Politik, die ernsthaft versucht, aus der Krise herauszukommen. Bislang ist es weder Jelzin noch den moderaten Kräften im Parlament gelungen, Geraschtschenko vom weiteren Gelddrucken abzuhalten.

Darüberhinaus wird im Westen noch die Armee als ein wichtiger Faktor in dieser Auseinandersetzung ins Spiel gebracht. Viele Medien bemühten sich gerade in den Tagen nach dem 20.03. darum, ein Bild davon zu bekommen, welche Teile der Armee und des übrigen Sicherheitsapparates wohl hinter Jelzin stünden und welche nicht. Nicht ganz unwichtig, doch die Art wie dies geschah, erinnerte ein wenig an die Analyse des Vorgehens des"Egal ob schwarz oder weiß, Hauptsache die Katze fängt Mäuse"-Mannes auf dem Tienanmen in Beijing, als dieser sich der Loyalität der Truppen, die um die chinesische Hautstadt stationiert sind, versicherte. In Rußland ist die Situation etwas anders.

Zwar versichert Verteidigungsminister Grachev Jelzin immer wieder die Loyalität und Neutralität der Armee, doch realiter kann mensch nur sagen, daß die Armee genauso wie der Rest der Gesellschaft in der Frage der Zukunft des Landes mehrfach gespalten ist. Sicherlich ist dabei die Frustration und Enttäuschung bei denjenigen Truppenteilen am größten, die gerade aus Osteuropa auch Rußland zurückkehren und unter miserablen Bedingungen in Zelten bei schlechter Bezahlung und teilweise katastrophaler Versorgung in der weiteren Umgebung von Moskau und der Stadt an der Newa hausen. Alles weitere ist Spekulation. Denn in dieser politisch und wirtschaftlich vertrackten Situation ist es keineswegs ausgeschlossen, daß Teile der Armee, des ehemaligen KGB oder der Truppen des Innenministeriums meutern und eine Bewegung in Gang setzen, die dann nur noch ihrer eigenen Dynamik folgt. Dies im Hinterkopf werde ich weder den Loyalitätsbekundungen von Grachev noch den Bürgerkriegsszenarien eines großen Teils der bürgerlichen Presse Glauben schenken. Meine rein geographische Distanz zu den Geschehnissen in Rußland ist zu groß, um sich über diesen sensiblen Punkt ein halbwegs realistisches Bild zu verschaffen.

Ein kleiner Exkurs: Westliche Regierungshilfe für Jelzin

An dieser Stelle sei ein kleiner Exkurs über die Hilfsbereitschaft westlicher Regierungen für Boris Jelzin erlaubt. Zunächst aber eine Art Rückblende: Kaum war 1917 die Oktoberrevolution geglückt, setzten die

westlichen Staaten, allen voran die USA, Großbritannien und Frankreich, alles daran, den neuen Staat wieder von der politischen Landkarte zu radieren. Aber auch nach dem Ende des Bürgerkriegs und der Invasion der Alliierten Anfang der zwanziger Jahre war es fester Bestandteil westlicher Regierungen, die UdSSR innenpolitisch zu destabilisieren, sie über Rüstungsprogramme ökonomisch in die Knie zu zwingen (der Traum eines B-Film-Helden). Erst als sich Mitte der achtziger Jahre mit Gorbatschow eine radikale Änderung der innenpolitischen Verhältnisse der UdSSR andeutete, schwenkten die westlichen Industriestaaten ab von ihrem Konfrontationskurs. "Freiheit und Demokratie" gepaart mit Marktwirtschaft waren die Zauberworte, mit denen sowjetische PolitierInnen ihren westlichen Gegenübern Kreditzusagen und andere Hilfsleistungen entlocken konnten. Doch der Finanzbedarf der ehemaligen Sowjetunion und des heutigen Rußlands und der übrigen neuen Staaten auf dem alten SU-Territorium ist größer als etwa die Zahlungsbereitschaft der G7 Staaten.

Als nun der Warschauer Pakt nicht mehr existierte und obendrein die alte SU zerfiel, waren die westlichen Regierungen froh, daß der Erzfeind Kommunismus beseitigt schien, doch gleichzeitig tauchte eine neue Gefahr am Horizont auf. Besonders die Frage der Kontrolle der nuklearen Waffen der alten SU bereitete Kopfzerbrechen als auch die Gefahr von Bürgerkriegen. Dies wiederum veranlaßt nun die neue US-Führung einem Teil der russischen Gesellschaft aus der Seele zu sprechen: Die Hoffnung auf einen starken Mann an der Spitze. Alle Verlautbarungen der Clinton-Administration deuten darauf hin, daß die USA an der Spitze Rußlands lieber einen Diktator sehen, als demokratisch legitimierte Verhältnisse, denn die sind schwerer zu kalkulieren und haben sich oft als recht eigenwillige Geschäftspartner erwiesen. Oder ist es die Furcht vor einem zweiten Jugoslawien, die fast alle Regierungschef der westlichen Welt zu einer Unterstützung für Jelzin vereint?

Obendrein ist es derzeit in keiner Weise klar, wem eine materielle Hilfe des Westens überhaupt zugute käme. Denn weder Jelzin und seine Regierung noch seine Gegner in Parlament und Kongreß können etwa eine zielgerichtete Verteilung von Hilfsgütern welcher Art auch immer garantieren. Zu groß ist der Einfluß der diversen extrem gut organisierten Mafiaorganisationen, und der Schwarzhandel ist längst zu einem festen Bestandteil der Ökonomie geworden. Wie so oft in solchen Situationen würden bei entsprechenden Aktionen des Westens die oft zitierten einfachen Leute leer ausgehen.

Es mag sich hart anhören, aber solange keine Seite ein handhabungsfähiges Programm bietet, wie es ökonomisch und politisch in Rußland ohne offenen Verteilungskampf weitergehen soll, dienen die westlichen Hilfsmilliarden hauptsächlich dazu, westliche Regierungen in dem Gefühl zu wiegen, etwas für die Stabilisierung des Landes getan zu haben, dessen etwas größeren Vorgänger sie mit allen Mitteln beseitigen wollten.

Quo vadis Russia?

Wie so oft ist die Frage: Wie geht's weiter mit Rußland? Wird es zu einem offenen Bürgerkrieg kommen, oder gibt es ein zurück zu den Vorstellungen von Breschnew oder Stalin? Keine der Fragen ist zur Zeit zu beantworten. Allein klar scheint, daß die aktuelle Pattsituation beendet werden muß.

Eine Möglichkeit wird darin gesehen, Präsident Jelzin wegen seines Verfassungsbruchs des Amtes zu entheben. Dazu wäre allerdings eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Kongresses der Volksdeputierten von Nöten. Eine Sondersitzung der Deputierten wurde für den 29. März zu diesem Zwecke einberufen. Es wurde allerdings sehr schnell klar, daß diese Mehrheit auf dem Kongreß nicht zu Stande kommen würde. Allerdings war trotz des Scheiterns dieses Weges ein Ende der Krise noch nicht in Sicht.

Denn hinter den Kulissen hatten Jelzin, Chasbulatov und Sorkin einen Kompromiß über das weitere Procedere ausgehandelt. Es sollte ein Referendum über die neue Verfassung im Herbst geben und anschließend Neuwahlen zum Parlament und Präsidentenamt. Doch die drei hatten die Rechnung ohne die Deputierten gemacht. Es wurde am Sonntagabend sowohl über die Zukunft Jelzins als auch über die des Parlamentschef abgestimmt. Denn der Kongreß war sauer, daß dieser Kompromißvorschlag ohne sein Zutun ausgehandelt worden war. Dennoch blieb das Ergebnis der Abstimmung ohne große Folgen auf die politische Situation. Jelzin und Chasbulatov bleiben weiterhin im Amt. Allerdings kam es während dieser Abstimmung im Kongreß zu einer der größeren Pro-Jelzin Demonstrationen der letzten Zeit in Moskau. Und diese bot nach der Abstimmung Jelzin eine willkommene Bühne, um zu den Vorgängen im Kongreß Stellung zu beziehen.

Boris Jelzin enttäuschte seine AnhängerInnen nicht: Seine Rede war voll von Angriffen auf alles angeblich Kommunistische in Parlament und Kongreß; er erklärte, der Kampf für Demokratie werde weiterhin mit aller Härte fortgesetzt usw.. Jelzin grinste, die Menge applaudierte und Ring frei für die nächste Runde im Machtkampf. Dies alles dient mehr dem Sammeln von Batallionen vor einer großen Schlacht denn der Findung einer Krisenlösung.

Und trotz allen Widerstandes des Kongresses, der zwischen Jelzin, Chasbulatov und Sorkin ausgehandelte Kompromiß ist die wahrscheinlichste und sauberste Lösung des Konfliktes. Neuwahlen von Präsident und Parlament auf der Grundlage einer neuen Verfassung. Dies wäre dann auch eine echte Herausforderung für alle politischen Kräfte des Landes, und vielleicht würde das derzeitige ständige Geschwätz von Demokratie entweder mit mehr Inhalt gefüllt oder, noch besser, einfach aufhören! Denn keiner der sich derzeit auf der politischen Bühne des Landes befindlichen Personen kann ernsthaft für sich die Bezeichnung Demokrat beanspruchen.

Ginge es in eine solche Richtung, bliebe es dennoch fraglich, ob damit auch die desolate wirtschaftliche Lage des Landes und jedes Einzelnen nachhaltig geändert werden kann. Denn daran hängt letztendlich die Zukunft des Landes. Ebenso offen ist die Frage der Zukunft Rußlands als Föderation. Die anhaltenden Loslösungsbestrebungen der Autonomen Republiken und Regionen deuten eher daraufhin, daß Rußland ein ähnliches Schicksal bevorsteht wie der alten SU. Doch wie dieser Prozeß abläuft und ob er tatsächlich zu einer Auflösung der Föderation führt, hängt wesentlich von einer Neugestaltung der politischen Verhältnisse des Landes ab. Kommt es zur Herausbildung echter föderativer Strukturen mit realen Entscheidungsgewalten für lokale Gremien, was einem Ende des russischen Zentralismus gleich käme, dann könnten viele der jetzigen Probleme und Spannungen einer friedlichen und vielleicht auch vernünftigen Lösung zugeführt werden. Doch wie der Konjunktiv schon andeutet, dies ist Spekulation und frommer Wunsch.

Doch zurück zum Machtkampf zwischen Jelzin und dem Kongreß. Die Sondersitzung ging damit zu Ende, daß für den 25. April ein Referendum beschlossen wurde. Allerdings soll es darin nicht nur um die Frage der Machtverteilung gehen, sondern auch darum, ob die Wahlberechtigten die Wirtschaftspolitik von Jelzin unterstützen. Für ein positives Votum legte der Kongreß eine absolute Mehrheit der Stimmberechtigten fest. Damit muß Jelzin sich mächtig ins Zeug legen, wenn er dieses Referendum zu seinen Gunsten entscheiden will. Denn diesmal geht es um mehr als um Zustimmung und Sympathie für seine Person. Doch er wäre nicht Boris Nikolaijewitsch Jelzin, wenn er mit dem Stimmenfang nicht schon begonnen hätte.

Kurz nach dem Ende der Sitzung wurden Dekrete des Präsidenten veröffentlicht, mit denen er die Sicherheit der Spareinkünfte garantierte, die Unterstützung für StudentInnen, Armeeangehörige und Beschäftigte des Gesundheitswesens erhöhte. "Unterstützung erkaufen" ist dies im wahrsten Sinne des Wortes. Darüberhinaus wurde beschlossen, auch über die Frage von vorzeitigen Wahlen zum Amt des Präsidenten und des Parlamentes zu entscheiden.

Somit wird auch der April durch den Kampf zwischen angeblichen Demokraten und vermeintlichen kommunistischen Betonköpfen gekennzeichnet sein. Spannend ist dabei zweierlei: erstens, ob die politischen Widersacher den Ausgang des Referendums akzeptieren werden, was nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden darf; zweitens ob es die derzeitigen Akteure in den verbleibenden rund vier Wochen schaffen werden, die sich ausbreitende politische Apathie der russischen Bevölkerung zu stoppen. Nichts wäre peinlicher für alle Beteiligten als ein Scheitern des Referendums aus Mangel an Beteiligung. Insbesondere würde dies die Position von Jelzin als den in der Gunst des Publikums stehenden Präsidenten schwächen. Dann wäre es auch für ihn vorbei, auf die angeblich vorhandene Unterstützung seitens der Volksmassen im Kampf gegen politische Widersacher zu verweisen. Diese politische Apathie hat sicherlich auch mit der Art und Weise des Machtkampfes an der Spitze des Staates zu tun, vor allem aber ist sie der massenhafte Ausdruck der Hoffnungslosigkeit der Bevölkerung und daß diese Wichtigeres zu tun hat, als sich mit diesen Fragen zu beschäftigen: Überleben.

Andreas Skrypietz, Bristol

Quellen: Auf detaillierte Quellenangaben haben ich verzichtet, verwiesen sei auf die laufenden Ausgaben von: Independent, Independent on Sunday, The Guardian, The Observer, The Financial Times, The Economist, Newsweek, Time.

8. Zentralasien - eine Region "am Rand der Welt" (Teil 1)

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:32

Seit Sommer 1992 wird in der früheren zentralasiatischen Sowjetrepublik Tadschikistan Krieg geführt. Die Zahl der Obdachlosen und Flüchtlinge wird mit mindestens 500.000 angegeben, die der Toten und Verletzten mit mehr als 100.000. Im Dezember setzten sich Kräfte durch, die in der Presse meist "Altkommunisten" genannt werden, während ihre Gegner als "Demokraten und Muslime" oder auch als "islamische Fundamentalisten" bezeichnet werden. Zu vermuten ist, daß das Abflauen der Kämpfe in erster Linie der Jahreszeit zuzuschreiben ist. Zweifellos sind die "islamischen" Kräfte militärisch noch nicht geschlagen, sondern haben sich ins Bergland östlich der Hauptstadt Duschanbe, ins Hochgebirge des Pamir-Gebiets oder auch nach Afghanistan zurückgezogen. Die tadschikische Regierung hat mehrfach erklärt, daß sie für das Frühjahr eine neue Offensive der "Rebellen" erwarte. Sicher dient das auch der Rechtfertigung für die Aufrechterhaltung kriegsrechtlicher Zustände sowie als Argument für das Einwerben militärischer und materieller Unterstützung vor allem Rußlands.

Der Krieg in Tadschikistan hat bisher erstaunlich wenig Aufmerksamkeit gefunden, weder bei den "Bürgerlichen" noch bei den Linken. In den letzten Monaten, seit die Phase der spektakulären Ereignisse erst einmal vorbei ist, war fast gar nichts mehr über den Fortgang der Dinge zu lesen. Seltsam ist das schon, vergleicht man es etwa mit der "engagierten" Aufgeregtheit, mit der von unterschiedlichen Seiten über Jugoslawien gesprochen wird. Es scheint die Auffassung vorzuherrschen, daß Tadschikistan sehr weit weg ist, daß die Vorgänge sowieso nicht zu verstehen seien, und daß es ja im Gebiet der früheren Sowjetunion überall drunter und drüber gehe, wovon man sich nur schaudernd abwenden könne.

Tatsächlich ist der Krieg in Tadschikistan aber im allgemeinen Kontext der "Zeit der Wirren" nach dem Zusammenbruch der UdSSR und des Ostblocks ein Spezialfall. Es ist neben den Kriegen zwischen Georgien und Abchasien sowie zwischen Armenien und Aserbaidschan der einzige Konflikt dieser Größenordnung auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion. Und es ist der einzige "echte Bürgerkrieg" in dem Sinn, daß explizite nationale Gegensätze keine Rolle spielen. Insofern enthält er eine Konfliktdimension, die angesichts der unübersehbaren "Renaissance des Nationalismus" bisher wenig beachtet wird, aber die durchaus noch eine fatale Rolle beim weiteren Gang der Entwicklung im früheren Unionsgebiet spielen könnte.

In diesem Text wird dennoch von Tadschikistan selbst erst am Schluß die Rede sein, da einige Anhaltspunkte notwendig sind, um den Konflikt im Zusammenhang der Voraussetzungen, der Geschichte und der heutigen Situation Zentralasiens zu sehen.

Das "Armenhaus"

der Sowjetunion

Die fünf zentralasiatischen Republiken der früheren Sowjetunion nehmen zusammen eine Fläche von annähernd 4 Millionen Quadratkilometern ein. Das entspricht rund 18 Prozent des sowjetischen Gesamtgebiets. Allein Kasachstan ist über 2,7 Millionen qkm groß, ungefähr das Vierfache der Ukraine oder mehr als das Siebenfache der vereinigten BRD.

Die vier anderen Staaten der Region sind Usbekistan, Turkmenistan, Kyrgystan und Tadschikistan. Zusammen dürften sie heute etwas weniger als 55 Millionen Einwohner haben. Die größte Bevölkerung hat Usbekistan mit etwa 22 Mio., gefolgt von Kasachstan mit rund 18 Mio.

Das ehemals sowjetische Zentralasien weist mit 12,6 Einwohnern pro Quadratkilometer (Stand der letzten Volkszählung 1989) eine sehr geringe Besiedlungsdichte auf. Sie liegt noch etwas unter dem Gesamtdurchschnitt der Sowjetunion (13), der maßgeblich durch die riesigen, fast "menschenleeren" Räume des östlichen und fernöstlichen Rußlands geprägt ist. (Zum Vergleich die Besiedlungsdichte der Ukraine: 84,2/qkm).

Die Differenz zwischen den einzelnen zentralasiatischen Republiken ist erheblich: Usbekistan hatte 1989 45,2 Einwohner pro qkm; Tadschikistan 36,4/qkm; Kyrgystan 22,2/qkm; Turkmenistan 7,4/qkm; Kasachstan

6,1/qkm. Die Unterschiede zwischen einzelnen Gebieten der Region sind sogar noch weit krasser, als es in den Durchschnittszahlen zum Ausdruck kommt. Turkmenistan beispielsweise besteht zu mehr als 80 Prozent aus Wüsten, Kasachstan überwiegend aus kaum besiedelten Steppen. 90 Prozent Tadschikistans liegen in Berghöhen von über 1000 Meter, etwa 70 Prozent sogar über 3.000 Meter. Die hochgebirgige Pamir-Region Tadschikistans, die einen Sonderstatus als autonomer Bezirk hat, nimmt etwa die Hälfte des Territoriums dieser Republik ein, aber es leben hier nur etwa vier Prozent ihrer Bevölkerung. Auch Kyrgystan ist ganz überwiegend von Bergen bedeckt.

Die für eine intensivere Besiedlung geeigneten Gebiete (Oasen, Täler, Flußläufe) liegen wie eingestreute Inseln inmitten von großen Flächen, die früher nur von Nomadenstämmen bewohnt werden konnten und selbst einem bescheidenen Handelsverkehr enorme Hindernisse entgegensetzten. Staaten konnten sich hier nur in engen Grenzen herausbilden, weite Gebiete waren realpolitisch einfach nicht beherrschbar, sondern blieben Stammesterritorium, auch wenn gerade einmal formal der Machtanspruch des einen oder anderen konkurrierenden Potentaten anerkannt wurde. Selbst die Gebiete mit den günstigsten Voraussetzungen (Teile der heutigen Republiken Usbekistan und Tadschikistan) gerieten zunehmend an den Rand der geschichtlichen Entwicklungen und zeichneten sich gegenüber anderen Regionen der islamischen Welt durch extreme Stagnation und Rückständigkeit aus.

Daraus wird verständlich, warum die fünf zentralasiatischen Republiken in Hinblick auf Pro-Kopf-Einkommen und -Produktion wie auch hinsichtlich Faktoren wie Industrialisierungsgrad und Infrastruktur die Schlußlichter aller sowjetischen Statistiken bildeten. Wobei Tadschikistan in jeder Hinsicht auf dem allerletzten Platz rangiert, hinter Usbekistan. Dafür sind diese beiden Republiken aber Spitzenreiter im Bevölkerungswachstum, mit ungefähr dem Vierfachen des sowjetischen Durchschnitts.

"Pantürkische" Träume

Usbeken, Kasachen, Kirgisen und Turkmenen gelten als Teile der großen Gruppe der "Turkvölker", also als mehr oder weniger enge Verwandte der Türken. Nur die Tadschiken zählen zu den iranischen, das heißt den Persern nahestehenden Völkern. Die überwiegende "Turkstämmigkeit" des russischen bzw. sowjetischen Zentralasiens (wie auch der angrenzenden Gebiete Chinas) war schon seit Beginn dieses Jahrhunderts immer wieder Anlaß für ideologische Spekulationen und Ambitionen türkischer Nationalisten. Unter dem Schlagwort des "Pantürkismus" wurden Träume von einem Großreich quer durch Mittelasien gepflegt und propagiert - teilweise mit Assistenz deutscher Dienststellen, erst des Kaiserreichs, dann des NS-Staates.

Seit die Sowjetunion nicht mehr existiert, haben die Ideologen des "Pantürkismus" wieder einmal Konjunktur. Der türkische Regierungschef Demirel sprach im Mai 1992 nach einer Reise durch Zentralasien und Aserbaidschan: "Niemand kann bestreiten, daß es eine türkische Welt gibt, die sich von der Adria bis zur Chinesischen Mauer erstreckt. Die Türkei hat die Verantwortung auf sich genommen, diese türkische Welt zu vertreten." - Im Oktober 1992, als Präsident Özal die Vertreter der fünf "turkstämmigen" Republiken in Ankara empfing, teilte er ihnen mit: Ihre Länder und die Türkei seien Äste eines einzigen Baumes; ihre Sprache, Kultur und Geschichte seien identisch. "Wir sind eine große Familie." Es gelte, die historisch einmalige Chance zu ergreifen, "das 21. Jahrhundert zum Jahrhundert der Türken zu machen."

Am ehesten läßt sich eine verwandtschaftliche Beziehung noch auf dem Gebiet der Sprachen nachweisen. Im übrigen ist aber festzustellen, daß das türkische Staatsvolk weder biologisch noch kulturell viel mit den kriegerischen Nomaden zu tun hat, die - oft gemeinsam und vermischt mit mongolischen Stämmen - vor vielen Jahrhunderten den langen Weg aus der Steppe in die attraktiveren Gefilde Europas antraten. Zentralasien ist seit Jahrhunderten weitgehend von der Entwicklung der Türkei bzw. davor dem Osmanischen Reich abgeschnitten, schon aufgrund der Entfernung. Die usbekische Hauptstadt Taschkent, Mittelpunkt der Region, ist vom Osten der Türkei über 2000 km (Luftlinie) entfernt, und nach Istanbul ist es weiter als nach Moskau.

Das unterscheidet Zentralasien grundsätzlich von Aserbaidschan, das der Türkei fast benachbart ist - tatsächlich haben sie nur 12 km gemeinsame Grenze, weil Armenien dazwischen liegt -, und das lange Zeit unter direktem osmanischen Einfluß stand. Die städtische Kultur Zentralasiens hingegen, ihre historischen Metropolen wie Buchara und Samarkand, ist eindeutig von Persien her geprägt.

Wie Zentralasien

russisch wurde

Zentralasien gehörte zu den letzten Gebieten, die sich das russische Reich unterwarf. Das mag, neben anderen Faktoren, auch daran gelegen haben, daß die ausgedehnte kasachische Steppe mit ihren recht widerstandsfähigen Stämmen wie ein umfassender Abwehrring um die vom kolonialistischen Standpunkt aus interessanteren Gebiete der Region lag. Im Verlauf des 18. Jahrhunderts hatte Rußland sich nur einige Randbereiche Kasachstans unterworfen. Die eigentliche Epoche der systematischen Eroberung begann erst um 1830.

In dieser Zeit gab es südlich Kasachstans drei Staaten - die Fürstentümer Buchara, Kokand und Chiva. Alle drei wurden von usbekischen Aristokratien beherrscht, waren aber alles andere als Nationalstaaten. Aufgrund der geographischen Voraussetzungen waren es auch keine Zentralstaaten; die Autonomie etlicher Unterfürsten, beispielsweise im Westen des Pamir-Gebiets, war groß. Die nomadischen "Untertanen" waren kaum zu kontrollieren, zumal die Armeen der drei Staaten winzig und wenig beweglich waren.

Zwischen 1865 und 1875 zerschlug Rußland das Fürstentum Kokand und machte das Gebiet zu einer russischen Provinz. Im gleichen Zeitraum wurden auch Buchara und Chiva unterworfen, blieben aber als staatliche Hüllen noch erhalten. Vertraglich mußten sie die Oberhoheit Moskaus anerkennen, mußten insbesondere auf eine selbständige Außenpolitik und Außenwirtschaft verzichten. Außerdem hatten sie die Stationierung russischer Truppen zu akzeptieren. Das Gebiet der beiden Vasallenstaaten entsprach etwa dem heutigen Usbekistan (jedoch ohne Taschkent und Samarkand) und dem Westen Tadschikistans (ohne die nördliche Zone um Chodschent).

Zwischen 1873 und 1881 unterwarf Rußland in blutigen Feldzügen und Massakern auch die Nomadenstämme des heutigen Turkmenistans. Durch einen Vertrag mit England, der die imperialen "Einflußsphären" beider Staaten definierte, gelangte das Zarenreich 1895 in den Besitz des östlichen Pamir. Erst um 1905 kam das westliche Pamir-Gebiet hinzu, das bis dahin zu Buchara gehört hatte.

Die unterschiedlichen Zeitpunkte und Formen, in denen sich Rußland den zentralasiatischen Großraum unterwarf, prägten dessen weitere Entwicklung und sind in ihren Folgen bis heute ablesbar. Ausgedehnte Randzonen Kasachstans - sowohl im Norden wie auch im Nordosten und Osten - waren teilweise schon im 18. Jahrhundert, vor allem aber seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Ziel einer russischen Masseneinwanderung, insbesondere der bäuerlichen Landnahme. Das bot auch ein willkommenes Ventil für die damalige relative Übervölkerung ländlicher Gebiete des Zarenreichs.

Die russische Zuwanderung nach Kasachstan erlebte einen zweiten Aufschwung in den ersten Jahrzehnten des "sozialistischen Aufbaus". Betrug 1926 der russische Bevölkerungsanteil 19,7 Prozent, so erreichte er bei der Volkszählung von 1959 mit 42,7 % seine Rekordhöhe und ging seither etwas zurück. 1989 wurde er mit 38 % angegeben und dürfte heute bei 35 % liegen.

Noch immer leben Russen in Kasachstan in großer Zahl nicht nur in den Städten, wo sie zumindest bis vor einigen Jahren fast überall die Bevölkerungsmehrheit bildeten, sondern auch auf dem Land. Ihr Anteil dort wurde bei der Volkszählung 1970 mit 26,3 % angegeben und mag heute um die 20 % liegen. Mehrere Bezirke im Norden und Nordosten der Republik haben solide russische Mehrheiten. Mit Blick darauf haben russische Politiker bei der Auflösung der Sowjetunion 1991 die Frage einer "Überprüfung" der russisch-kasachischen Grenze aufgeworfen. Höchstwahrscheinlich würde daraus ein wirkungsvolles Druckmittel, wenn jemals in Kasachstan "antirussische" Kräfte die Oberhand gewinnen würden, wofür es allerdings überhaupt keine Anzeichen gibt.

Abgesehen von den noch zu eröternden allgemeinen Gründen, die mehr oder weniger alle zentralasiatischen Republiken zu einer engen Zusammenarbeit mit Rußland veranlassen, ist für Kasachstan ein Sonderweg auch aufgrund der Bevölkerungsverhältnisse unvorstellbar.

Ähnliches gilt abgeschwächt auch für Kyrgystan mit einem russischen Bevölkerungsanteil von über 20 Prozent, wobei neben der Zuwanderung in Städte und Industriezentren ebenfalls eine breitere bäuerliche Besiedlung in einigen Bezirken schon seit dem vorigen Jahrhundert stattgefunden hat.

Der Unterschied zu den früheren Staatsgebieten von Buchara und Chiva, die nicht direkt vom Zarenreich annektiert worden waren, ist offensichtlich. So lag der russische Anteil im heutigen Tadschikistan, ehemals der

Osten Bucharas, noch 1926 bei nur 0,7 Prozent. Er erreichte 1959 mit 13,3 % das Maximum und wird heute wohl bei etwa 7 % liegen. Die Differenz zwischen Stadt und Land ist groß: 1970 waren 38,6 % der tadschikischen Stadtbevölkerung, aber nur 1,2 % der Landbevölkerung russischer Abstammung. Das zeigt, daß Russen hierher in erster Linie erst im Zuge des "sozialistischen Aufbaus" und in dessen Zusammenhängen - als Facharbeiter, Verwaltungskräfte, Parteifunktionäre, Lehrer - eingewandert sind bzw. von Staats wegen systematisch dorthin geschickt wurden.

Ähnlich verlief die Entwicklung in Usbekistan, wo der russische Anteil 1926 erst bei 4 Prozent lag (hauptsächlich wohl in Taschkent, das schon um 1880 russisch geworden war) und heute ungefähr 7 % ausmacht. Nicht viel größer ist der Prozentsatz der Russen in Turkmenistan, das zwar schon im vorigen Jahrhundert annektiert wurde, aber für eine massenhafte Einwanderung keine reizvollen Voraussetzungen mitbrachte. Auch hier gilt, daß sich die russische Bevölkerung auf die wenigen Stadtgebiete und Industriezonen konzentriert, wo sie etwa ein Viertel der Einwohner ausmacht, hingegen nur äußerst spärlich in den ländlichen Gebieten lebt.

Sozialismus

als Kolonisierung?

Als die Welt noch in Ordnung war und alle Dinge sehr viel schlichter gesehen wurden, hieß es in einem DDR-Lexikon unter dem Stichwort Tadschikistan: "In den Jahren nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vollzog das tadschikische Volk in kürzester Zeit den Übergang vom Feudalismus zum Sozialismus und beseitigte seine ökonomische und kulturelle Zurückgebliebenheit. In der 2. Hälfte der dreißiger Jahre siegten die sozialistischen Produktionsverhältnisse."

Der Versuch einer sozialistischen Revolution und Umgestaltung im Gebiet des ehemaligen Zarenreichs litt allgemein darunter, daß die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt im Sinn der marxistischen Tradition nur schwach und ungleichmäßig entwickelt war, ebenso wie sich die Entwicklung kapitalistischer Industrieverhältnisse nur auf einem relativ niedrigen Niveau befand.

Selbstverständlich galt das um vieles stärker in Zentralasien. Industrie gab es in der gesamten Region um 1917 fast überhaupt noch nicht, abgesehen von primitiven Formen der Aufbereitung von Rohbaumwolle und Rohseide. Die Zahl sämtlicher Industriearbeiter beispielsweise in Tadschikistan wurde noch 1926 mit 1500 angegeben. Nicht nur waren vor der Oktoberrevolution die Besitzer der wenigen und kleinen Fabriken fast ausschließlich Russen, sondern ebenfalls die dort Arbeitenden. Es gab allenfalls Ansätze einer Arbeiterklasse, und diese war von der einheimischen Bevölkerung weitgehend isoliert. Organisierte sozialistische Gruppen gab es ausschließlich unter den Russen in der Region, nicht unter den ansässigen Bevölkerungen. So waren die wenigen Träger sozialistischen Bewußtseins, die es überhaupt dort gab, mehr oder weniger mit den Strukturen kolonialer Vorherrschaft verbunden. Sozialistische Zielsetzungen gingen mit der Verteidigung der eigenen relativ privilegierten Sonderrolle einher. Dieses Herangehen konnte seine subjektive Rechtfertigung daraus beziehen, daß die einheimischen Massen den revolutionären Entwicklungen nicht nur passiv gegenüberstanden, sondern sich teilweise auch zur militanten Verteidigung der bestehenden Verhältnisse mobilisieren ließen.

Noch komplizierter als in den schon im 19. Jahrhundert annektierten Gebieten war die Situation in Buchara und Chiva. Waren jene in den Jahrzehnten vor 1917 immerhin ansatzweise in die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in Rußland hineingezogen worden, so hatten die beiden Fürstentümer trotz der russischen Oberherrschaft ihre inneren Verhältnisse völlig ungestört konservieren können. Politisch, gesellschaftlich und ökonomisch standen sie etwa auf der Stufe des europäischen Mittelalters. Gruppen von Russen, die als Vermittler sozialistischer Vorstellungen und Träger revolutionärer Entwicklungslinien hätten fungieren können, gab es in Buchara und Chiva nicht.

In beiden Staaten mußten die Bolschewiki ein Bündnis mit einheimischen reformwilligen Kräften eingehen, vorwiegend Intellektuelle, aber auch ein paar reiche Kaufleute. Zahlenmäßig waren diese Gruppen sehr schwach, besonders in Chiva. Politisch waren ihre Vorstellungen bescheiden, zum Teil an die Reformbewegung in der Türkei angelehnt. Die aktivsten Leute aus diesen Gruppen waren aufgrund des Gangs der Dinge schnell bereit, zu den Bolschewiki überzugehen und "Kommunisten" zu werden; ebenso leicht liefen etliche von ihnen aber wenig später zur bewaffneten Konterrevolution über. Selbst dort, wo manche

Bolschewiki die Gefahr einer Russifizierung unter linken Vorzeichen erkannten, führte kein Weg an der Realität vorbei, daß nämlich einheimische Kader für eine sozialistische Entwicklung nicht zur Verfügung standen. Nicht einmal eine bürgerlich-demokratische Entwicklung wäre dort aus eigener Kraft möglich gewesen.

Nur mit massivem Einsatz russischer Truppen war es 1920 möglich, die Feudalregime von Buchara und Chiva zu stürzen. Die beiden Staaten wurden in selbständige Volksrepubliken umgewandelt und eine Zeit lang tatsächlich von einheimischen Reformkräften regiert. Sie verschwanden erst 1924 von der Landkarte, als Moskau die gesamte zentralasiatische Region neu strukturierte. Unter anderem wurde damals die Usbekische Sozialistische Republik gegründet, der Tadschikistan noch bis 1929 als Autonome Republik angeschlossen war.

Ein wesentlicher Grund für die Bolschewiki, die Sonderrolle der beiden Volksrepubliken zu beenden, bestand vermutlich in deren Unfähigkeit, mit den bewaffneten Kräften der Gegenrevolution fertig zu werden. Mittel- und Ost-Buchara (vor allem das heutige Tadschikistan) waren Kampfzonen der reaktionär-islamistischen Basmachi-Bewegung, die erst um 1930 definitiv militärisch geschlagen war. Höchstwahrscheinlich hätten die meisten Gebiete Zentralasiens, wären sie von den Bolschewiki sich selbst überlassen worden, eine ähnliche Entwicklung genommen wie etwa das benachbarte Afghanistan.

So, wie es problematisch war, unter den gegebenen Verhältnissen der Region eine politisch-soziale Revolution zu beginnen, war selbstverständlich auch deren praktische Gestaltung kompliziert und wohl nur mit Hilfe äußerer Gewalt einerseits, massiver "Russifizierung" andererseits durchsetzbar.

Schon vergleichsweise bescheidene Reformschritte, die mit Sozialismus noch gar nichts zu tun hatten, etwa für das Auftreten und die Stellung der Frauen in der Gesellschaft, waren ohne "revolutionären Terror" nicht abzusichern. Wie anders hätte man sich unter Verhältnissen behaupten wollen, wo beispielsweise der Entschluß von Frauen, keinen Schleier mehr zu tragen oder sich als Lehrerin anstellen zu lassen, als Mordgrund zwecks Abwendung der "Familienschande" ausreichte? Und wo diese Praxis gesellschaftlich akzeptiert war, ja als ehrbar und pflichtgemäß galt? Wo den Mördern jede Hilfe zuteil wurde und der Einsatz polizeilicher Gegenmittel Revolten hervorrief?

Auch zur massenhaften Zuwanderung von russischen Kadern, Lehrern und Facharbeitern nach Zentralasien gab es wohl über eine lange "Startphase" hin keine Initiative, sofern man das Ziel einer allmählichen Angleichung des Lebensniveaus, der Bildung, des Gesundheitswesen usw. an die Gesamtverhältnisse der Union nicht einfach preisgeben wollte. Wahr ist andererseits aber auch, daß im Ergebnis nicht nur der traditionelle Stadt-Land-Gegensatz nach wie vor sehr stark ist, sondern tatsächlich die Dimension nationaler Widersprüche enthält und kolonialen Strukturen ähnelt, aus denen für die zentralasiatischen Republiken eine Befreiung schwer möglich erscheint: Städte und Industriezentren, wo die Staatsnation "Minderheit im eigenen Land" ist, oder durch den drohenden Abzug der europäischen Experten abhängig und erpreßbar ist.

Ein Punkt verdient in diesem Zusammenhang noch Erwähnung: Der beschriebene starke Anstieg des russischen Prozentanteils an der Bevölkerung Kasachstans nach der Oktoberrevolution war nicht nur Ergebnis der gesteuerten Massenzuwanderung. Er war außerdem auf eine Verminderung der einheimischen Bevölkerung zurückzuführen: Zwischen 1926 und 1959 sank die Zahl der Kasachen von 3,97 Millionen auf 3,62 Mio. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der anderen zentralasiatischen Völker um zwischen 30 und 80 Prozent zu. Grund waren vor allem die besonders hohen Menschenverluste des kasachischen Volkes durch die Zwangskollektivierung und die damit zusammenhängende Hungersnot sowie die gewaltsam durchgeführte "Seßhaftmachung" der Nomaden.

Der harte Kern

einer neuen Union?

Die fünf Sowjetrepubliken Zentralasiens zeichneten sich durch den wohl einmaligen Umstand aus, daß es dort vor dem Zusammenbruch der UdSSR keine bedeutenden separatistischen Tendenzen gegeben hatte. Kasachstan faßte den definitiven Beschluß über die Eigenstaatlichkeit sogar erst Mitte Dezember 1991, als die Sowjetunion praktisch schon zu existieren aufgehört hatte. Anders als vor allem die baltischen Republiken gab man sich in Zentralasien keinen Illusionen über die totale Abhängigkeit von der Union, insbesondere von Rußland, hin. Daß die Auflösung der UdSSR und ihrer "gewachsenen" Strukturen erst einmal den

wirtschaftlichen Niedergang für alle ihre Teile bedeuten würde, hat man in Zentralasien wahrscheinlich klarer gesehen als irgendwo sonst.

Gründe dafür mögen insbesondere folgende sein: Erstens ist die Abhängigkeit Zentralasiens vom Rest der Union extrem stark. Es produziert fast nur Rohstoffe (Baumwolle, Wolle, Seide, Erdöl und Erdgas, diverse Mineralien), muß andererseits nahezu alle industriellen Konsumgüter einführen. Die Lösung aus der Wirtschafts- und Währungsunion mit Rußland könnte für die fünf Republiken nur Nachteile haben. Das insgesamt ohnehin nur ungenügend entwickelte Transportsystem ist total auf die Union ausgerichtet, "alle Wege führen nach Rußland". Nord- und Nordostkasachstan insbesondere sind weit stärker mit Rußland vernetzt als mit dem Süden der Republik und dem übrigen Zentralasien.

Mehr als wohl alle anderen Teile der ehem. UdSSR ist Zentralasien auf die Anwesenheit der europäischen, insbesondere der russischen Techniker, Facharbeiter, Verwaltungsleute usw. angewiesen. Eine massenhafte Abwanderung von Russen aus Zentralasien, die teilweise schon begonnen hat, würde die fünf Republiken vor riesige Probleme stellen.

Es kommt weiter dazu, daß Zentralasien aufgrund seiner geographischen Lage von Anfang an nicht einmal eine scheinbare Chance hatte, Anschluß an den Westen finden zu können. Selbst die Türkei als Außenposten Europas ist sehr weit entfernt. Nahe sind nur der Iran und Afghanistan, die in diesem Zusammenhang nicht gerade als "erste Adressen" gelten können.

Es muß daran erinnert werden, daß die UdSSR-Nachlaßgesellschaft GUS Anfang Dezember 1991 im Alleingang der drei slawischen Republiken Rußland, Ukraine und Belarus (Weißrußland) gegründet wurde. Eine reale Notwendigkeit gab es für dieses Vorgehen nicht, es entsprach in erster Linie panslawistischen Denkmustern und konnte von den zentralasiatischen Republiken nur als Affront aufgefaßt werden. Sie äußerten sich denn auch "überrascht". Es folgte zwei Wochen später, am 21.12.91, die zweite Gründung der GUS, diesmal in größerem Rahmen und als freundliche Geste in der kasachischen Hauptstadt Alma Ata. Mitglieder der GUS wurden 11 der 15 Unionsrepubliken. Abseits blieben die drei baltischen Staaten, die prinzipiell eine Fortsetzung der Union in irgendeiner Form ablehnten, sowie Georgien, das sich noch nicht entscheiden mochte. Mittlerweile besteht die GUS nur noch aus 10 Staaten: Aserbaidschan erklärte im Mai 1992 seinen Austritt, nachdem die nationalistische "Volksfront" dort die Macht übernommen hatte.

Bei Gründung der GUS wurde vom Erhalt eines "gemeinsamen Wirtschaftsraums" ausgegangen. Auf mehreren zentralen Gebieten sollte die Politik der GUS-Republiken durch "Ministerielle Komitees" eng koordiniert und möglichst einheitlich gestaltet werden. Das waren: Außenpolitik, Militärangelegenheiten, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Verkehr und Fernmeldewesen, "sozialer Schutz der Bevölkerung" und sogar "Innere Angelegenheiten". Ein "Rat der Staatschefs" sollte als eine Art höchstes Regierungsgremium fungieren. Ein "Ständiges Komitee" sollte für die laufende politische Beratung und Koordinierung sorgen.

In der Praxis bestehen die beschlossenen GUS-Strukturen jedoch nur auf dem Papier. Am stärksten wird das von den fünf zentralasiatischen Republiken beklagt - mit der Konsequenz, dann eben die regionale Zusammenarbeit stärker zu betonen. So sagte der usbekische Präsident Karimow beim GUS-Treffen im Januar: "Wenn die GUS auch weiterhin in einer so amorphen Form wie heute bestehen sollte, wenn jeder Staat dieser Gemeinschaft nur seine eigenen Interessen verfolgt, dann werden wir (d.h. die zentralasiatischen Republiken) gezwungen sein, selbständig enger und wirkungsvoller zusammenzuarbeiten."

Angesichts der Schwäche, ja Nicht-Existenz der GUS-Strukturen kommt der militärischen Integration besondere Bedeutung zu, die im Mai 1992 zwischen sechs GUS-Staaten vereinbart wurde. Neben Rußland unterzeichneten Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan und Kyrgystan; nicht beteiligt ist Turkmenistan, das generell stärker als die anderen zentralasiatischen Republiken zu Sonderwegen tendiert. Sechster Partner ist, auf den ersten Blick überraschend und rätselhaft, Armenien, das sich mit Aserbaidschan im Krieg befindet. Die armenische Intention ist vermutlich, durch die eigene Mitarbeit im Bündnis das Risiko auszuschließen, sich plötzlich einer Frontbildung Rußlands mit den zentralasiatischen Republiken zugunsten Aserbaidschans gegenüberzusehen.

Der im Mai 1992 abgeschlossene Pakt enthält auch einen Punkt, der im Falle einer "Aggression" gegen eines der Mitglieder die anderen zur "notwendigen Unterstützung, einschließlich militärischer Hilfe", verpflichtet. Die armenische Regierung hat schon einmal einen zaghaften Versuch gemacht, mit Hinweis darauf Rußland um

Hilfe gegen Aserbaidschan zu bitten. Daraus wird bei der jetzigen Konstellation sicher nichts werden können. Andererseits sind die "turkstämmigen" Republiken Zentralasiens immerhin mit Unterstützungserklärungen für ihre aserbaidschanischen "Brüder" äußerst zurückhaltend, und das dürfte aus armenischer Sicht schon ein großer Erfolg sein.

Sieht man von der eher taktisch verursachten Mitwirkung Armeniens in dem Bündnis ab, so deutet sich eine Allianz zwischen Rußland und Zentralasien als harter Kern und strukturelles Zentrum der GUS oder künftiger Nachfolger der Sowjetunion an.

Noch stärker als die anderen Republiken Zentralasiens ist Kasachstan auch "sicherheitspolitisch" mit Rußland verbunden: Ende Februar dieses Jahres wurde ein Abkommen über die Bildung einer einheitlichen Verteidigungsgemeinschaft der beiden Staaten unterzeichnet, das u.a. verbindlicher als der Militärpakt zwischen den sechs GUS-Republiken gemeinsame Streitkräfte unter einheitlicher (also praktisch russischer) Führung vorsieht.

"Neuordnung" der Region?

Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat vielerorts den selbstverständlich weder grundlosen noch ganz unzutreffenden Eindruck hervorgerufen, daß nun auch in Zentralasien "die Karten neu gemischt werden". Insbesondere die wirtschaftlichen, strategischen und ideologischen Interessen der Türkei und des Iran liegen offen zutage und werden ja auch, vor allem von nationalistischen türkischen Politikern, freimütig verkündet. Allgemein herrscht in politischen Kreisen die Sorge - teilweise auch mit eigenen Hoffnungen verbunden - daß Zentralasien nach mehr als einem Jahrhundert relativer Stabilität und Berechenbarkeit unter russischer Hegemonie nun wieder zu einem internationalen Krisenfeld und zum Streitobjekt zwischen regionalen und überregionalen Mächten werden könnte.

Am spektakulärsten ist das Engagement der Türkei. Ministerpräsident Demirel bereiste schon im Frühjahr 1992 die "türkischen" Staaten Zentralasiens plus Aserbaidschan und versprach überall goldene Berge. Usbekistan solle einen Kredit von 500 Millionen Dollar erhalten (u.a. zum Kauf von Getreide und Zucker in der Türkei), 200 Millionen sollen an Kasachstan gehen und 75 Mio. an Kyrgystan. Mit dieser Republik wurde damals schon eine Zusammenarbeit bei der Entwicklung des privaten Unternehmertums, im Luft- und Straßenverkehr sowie bei der Ausbildung von Fachleuten vereinbart. Es war - möglicherweise jedoch unzutreffend? - auch von einem türkischen Angebot die Rede, den neuen Staaten beim Aufbau eigener Armeen zu helfen. Insgesamt werden die bisherigen Kreditzusagen der Türkei mit 1,2 Milliarden Dollar beziffert.

Ende Oktober 1992 waren die Regierungschefs der fünf "türkischen" Republiken zu Gast in Ankara. Bei dieser Gelegenheit stellte Präsident Özal das ambitionierte, jedoch wenig realistische Projekt eines "einheitlichen Wirtschaftsraums" für die gesamte Region unter türkischer Führung vor. In diesem Raum mit über 120 Millionen Einwohnern sollten die Zollschranken fallen, es müsse eine gemeinsame Investitions- und Entwicklungsbank gegründet werden, die Finanzpolitik sollte "koordiniert" werden (man errät leicht, von wem). Natürlich müßte man auch die für einen solchen Wirtschaftsraum notwendige Infrastruktur schaffen: Forcierter Ausbau der völlig unzureichenden Eisenbahn- und Straßenverbindungen, des Flugverkehrs, der Telekommunikationen. Schnell müsse man die Möglichkeit untersuchen, Öl aus Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan über die Türkei an das Mittelmeer zu bringen und es mittels neu zu verlegender Pipelines nach Westen zu bringen.

Die Presse bemerkte, daß die Gäste den betörenden Zukunftsvisionen ihrer Gastgeber "reserviert" gegenübergestanden hätten. In der gemeinsamen Abschlußerklärung ("Deklaration von Ankara") seien nur allgemeine Absichten zur Zusammenarbeit formuliert worden. Weder ein von der Türkei vorgeschlagenes Wirtschaftsabkommen, in dem konkrete Maßnahmen vorgesehen waren, noch ein von türkischer Seite vorbereitetes politisches Dokument seien unterzeichnet worden. Auch der Wunsch der Türkei, gemeinsam die Solidarität mit den bosnischen Muslimen zum Ausdruck zu bringen, sei nicht erfüllt worden. (Was angesichts der beschriebenen Bindungen an Rußland wahrlich kein Wunder ist.) Der kasachische Präsident Nasarbajew habe zu bedenken gegeben, daß ein allzu enger Zusammenschluß der "turksprachigen" Länder die Kooperation mit anderen Staaten behindern könnte. Er schließe zwar die vorgeschlagene Wirtschaftsunion

nicht generell aus, doch müsse Kasachstan auch eventuelle negative Folgen für seine sonstigen Beziehungen bedenken.

So blieb als konkrete Vereinbarung eigentlich nur, diese Gipfeltreffen nun alljährlich stattfinden zu lassen, das nächste mal im Oktober 1993 in der aserbaidschanischen Hauptstadt Baku.

"Diversifizierung" ist das Motto der Außenpolitik der zentralasiatischen Republiken. Soll heißen: enge und vor allem nützliche Beziehungen zu möglichst vielen Staaten, auch zu miteinander konkurrierenden, ohne sich einseitig an irgendeinen Staat zu binden und ohne sich schematisch auf das Kopieren eines bestimmten "Entwicklungsmodells" festzulegen. Man sagt, und meint es wahrscheinlich auch ehrlich, daß man von der Türkei viel lernen könne. Sagt aber genauso ehrlich auch, daß man beispielsweise von Chinas, Südkoreas und Japans wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Erfahrungen profitieren möchte und sie zum Teil als vorbildhaft ansieht. Als Geldgeber und Helfer in sonstigen Lebenslagen sind auch Saudi-Arabien, Pakistan und Ägypten noch mit im Spiel. Selbst die iranischen Avancen läßt man nicht einfach abblitzen, obwohl insgesamt der Islamismus in Zentralasien nicht sehr stark scheint, und speziell die schiitische Richtung dort fast überhaupt nicht vertreten ist.

Eine vielleicht bedeutende Rolle für die Koordinierung und den Ausgleich unterschiedlicher Interessen in der Region könnte die Zusammenarbeit im Rahmen der ECO spielen. 1985 von der Türkei, dem Iran und Pakistan als Instrument außenwirtschaftlicher Integration gegründet, war sie aufgrund der doch sehr stark kontrastierenden Voraussetzungen und der objektiven Schwierigkeiten eine leere Hülle geblieben. Der Zusammenbruch der Sowjetunion scheint sie nun mit etwas Leben zu erfüllen. Auf der ECO-Konferenz im Februar 1992 in Teheran wurden Aserbaidschan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kyrgystan als neue Mitglieder aufgenommen. Kasachstan scheint sich, wohl mit Rücksicht auf seine besonders enge Vernetzung mit Rußland, vorerst mit einer Beobachterrolle begnügen zu wollen. Um Aufnahme in die ECO bemüht sich außer den Genannten auch Afghanistan, jedoch scheint das noch nicht definitiv beschlossen worden zu sein.

Neben den schon "traditionellen" Zielen der ECO (Förderung des Handels durch Abbau von Zöllen und anderer Hemmnisse) wird nun das Betreiben gemeinsamer Entwicklungsprojekte betont. Von wirtschaftlicher und sogar politischer Kooperation ist - jedoch nur in allgemeinen Formulierungen - die Rede; auch Kultur, Wissenschaft und Technik sollen Gegenstand von Zusammenarbeit und Austausch sein. Hervorgehoben wird die Notwendigkeit, die Luft-, Straßen-, Schienen- und Seeverbindungen zwischen den Mitgliedern auszubauen. Ja, man hat sogar schon ein Abkommen unterzeichnet, in dem einige Projekte genau benannt sind: Anlage einer großen transasiatischen Eisenbahnstrecke und einer Autobahn, die Istanbul mit den Hauptstädten der zentralasiatischen Republiken sowie mit Teheran und Islamabad (Pakistan) verbinden soll. Man vereinbarte auch den Bau einer Pipeline, durch die Erdgas aus Turkmenien über den Iran in die Türkei und dann nach Mittel- und Westeuropa transportiert werden soll.

Zwei weitere neugegründete regionale Gemeinschaften spielen in diesem Zusammenhang ebenfalls eine Rolle:

- Zwischen neun "Staaten der Schwarzmeer-Region" wurde im Februar 1992 ein Kooperationsabkommen unterzeichnet. Es sieht u.a. die freie Zirkulation von Waren und Personen vor; außerdem eine Zusammenarbeit in Fragen des Verkehrs, der Kommunikation, der Landwirtschaft, des Tourismus und der Umweltpolitik. Mit japanischer Hilfe soll eine Handels- und Investitionsbank für die gesamte Region gegründet werden. Vertreten in diesem Kreis sind neben der Türkei - die als Initiatorin und Hauptinteressierte gelten kann - aus der früheren Sowjetunion Rußland, Moldova, Aserbaidschan, Armenien, Georgien und die Ukraine.

- Mit ähnlichen Aufgabenstellungen wurde ebenfalls im Februar 1992 eine "Kaspische Zone der wirtschaftlichen Zusammenarbeit" mit Sitz in Teheran gegründet. Ihr gehören die Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres an, nämlich Rußland, Aserbaidschan, Turkmenistan, Kasachstan und der Iran. Abgesehen von den allgemeinen Bekundungen über regionale Zusammenarbeit könnten als wesentliche Punkte der Schiffsverkehr sowie gemeinsame Probleme des Umweltschutzes konkrete Bedeutung bekommen.

Rußland bleibt Faktor Nr. 1

Insgesamt ist einzuschätzen, daß hier außer Festbanketten und wenigen Kooperationspunkten vorwiegend heiße Luft produziert wird. Insbesondere für die großen Verkehrsprojekte, die man sich im Rahmen der ECO vorgenommen hat, fehlt schlichtweg allen Beteiligten das Kapital, das für eine strukturelle Erschließung Zentralasiens erforderlich wäre.

Die bisherigen Erfahrungen Mittel- und Osteuropas zeigen, daß zwischen den großkotzigen Versprechungen der westlichen Politiker 1989-90 einerseits und der konkreten Investitionsbereitschaft westlicher Finanzkreise andererseits Abgründe klaffen. Geld fließt insgesamt nur spärlich, und es wird, das gilt ganz besonders für Zentralasien, seinen Weg vorzugsweise dorthin nehmen, wo im großen Umfang Rohstoffe auszubeuten sind. Also, an erster Stelle zu nennen, die großen Erdölvorkommen in Kasachstan, sowie auch das Erdgas Turkmenistans. Ferner sind möglicherweise einige Mineralien interessant. Es heißt, Kasachstan habe 95 Prozent der Chromerze, 90 Prozent der Phosphorite, 70 Prozent der Bleierze und 50 Prozent der Zinkerze der Sowjetunion produziert. Hingegen die landwirtschaftlichen Exportartikel der Region, an erster Stelle das "weiße Gold" Baumwolle (über 90 Prozent der sowjetischen Produktion), daneben auch Wolle (rund 40 Prozent), Schafspelze und Seide, dürften es auf dem Weltmarkt schwer haben.

An der grundsätzlichen wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Orientierung der zentralasiatischen Republiken auf Rußland wird sich in absehbarer Zeit schwerlich etwas ändern lassen - unabhängig von der Frage, wie dieser oder jener Politiker darüber denken mag und welche Ambitionen man vor allem in Ankara hegt.

Erstens ist der Erhalt eines gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraums, also die Fortsetzung der bisherigen Austauschverhältnisse, für die zentralasiatischen Republiken immer noch die günstigste Basis oder zumindest das kleinere Übel.

Zweitens fehlen für eine Umorientierung der Verkehrswege Zentralasiens "Richtung Westen" die finanziellen Voraussetzungen. Die Kosten wären riesig, und der Nutzen wäre beim Stand der Dinge niemandem plausibel zu machen. Die Hoffnung, zugunsten des ideologischen Trugbilds vom "großtürkischen Wirtschaftsraum" in den USA und Westeuropa die benötigten zig Milliarden Dollar locker machen zu können, wäre unrealistisch. Das schließt einzelne Ausnahmen wie vielleicht das Projekt einer Pipeline aus Turkmenistan nicht aus.

Drittens zeigt ein Blick auf die Karte, daß Zentralasien und die Türkei schon rein geographisch keineswegs einen gemeinsamen "Raum" bilden. Jeder Verkehrsweg aus Zentralasien heraus, der nicht über Rußland führt, müßte (abgesehen von der Luft, die aber für den massenhaften Warenverkehr keine große Rolle spielen wird) zwangsläufig erst einmal viele hundert Kilometer durch den Iran verlaufen. Die Alternative, Verbindungen durch Afghanistan, dann Pakistan und schließlich Indien an den Ozean zu führen - selbst darüber soll im Rahmen der ECO schon gesprochen worden sein - dürfte aus geologischen (Hochgebirge!) und politischen Gründen auf absehbare Zeit ausgeschlossen sein.

Eine Ausrichtung der Außenverbindungen Zentralasiens auf den Iran wäre jedoch, aus jedweder Sicht außer vielleicht der Teheraner, weitaus problematischer als die jetzige Angewiesenheit auf den nördlichen Nachbarn Rußland. Es kommt hinzu, daß die übrigen zentralasiatischen Staaten auf diese Weise nicht nur vom Iran, sondern auch von Turkmenistan abhängig würden, das zwischen ihnen und dem Iran liegt.

Tadschikistan - von der Regierungskoalition ...

Tadschikistan zeichnet sich im Vergleich mit den anderen zentralasiatischen Republiken durch ein breit entwickeltes politisches Spektrum sowie durch einen ungefähren Gleichstand der Hauptkräfte aus. Diese "Pattsituation" einerseits und auf der anderen Seite die Unfähigkeit, solide Kompromisse zu finden und sich darauf einzulassen, sind die beiden entscheidenden Voraussetzungen für den Ausbruch und die Dauer des Bürgerkriegs.

Das unterscheidet die Republik grundlegend von ihren ex-sowjetischen Nachbarn, wo bisher keine vergleichbaren Konflikte entstanden sind, ja die gegenüber den anderen Nachfolgestaaten der UdSSR sogar als auffallend "stabil" und ruhig gelten. Die Voraussetzungen dieser Freiheit von Konflikten sind allerdings sehr unterschiedlich:

- In Usbekistan und Turkmenistan regiert noch unangefochten und geistig kaum erneuert die alte politische Klasse mit der "bewährten" Mischung aus Massenkonsens (oder Apathie) einerseits und Repression andererseits. Die kommunistische Partei führt, nur oberflächlich umbenannt, nach wie vor die

Regierungsgeschäfte. In Usbekistan entstand schon in der Endphase der Gorbatschow-Ära eine differenzierte islamische Oppositionsszene, die heute in die Illegalität gedrängt ist. Die usbekische Regierung hat jede Opposition auf religiöser Grundlage verboten, ebenso sogar den Religionsunterricht an Schulen.

- In Turkmenistan regiert der alte Präsident und KP-Vorsitzende nach wie vor, nachdem er im Juni 1992 mit dem traditionsreichen Ergebnis von 99,5 Prozent wiedergewählt wurde. Er hat gleich nach dem Moskauer Putsch (August 1991) die KPdSU verboten und eine neue Staatspartei gegründet, deren Vorsitz er übernahm.

- In Kyrgystan regiert seit Oktober 1991 Präsident Akajew mit einem ähnlich verdächtigen Ergebnis von 95 Prozent. Er gilt jedoch als liberaler Demokrat und muß gegen ein Parlament anregieren, das noch unter dem alten System gewählt wurde, also fast ausschließlich aus Kadern der KP besteht, die sich in Demokratische Bewegung der Volkseinheit umbenannt hat. Er hat es demnach von den Voraussetzungen her ähnlich schwer wie Boris Jelzin, und es ist verblüffend, daß man dennoch nichts über Auseinandersetzungen hört.

- Nasarbajew, der schon seit Sommer 1989 Staatschef Kasachstans ist, gilt nach Umfragen als einer der populärsten Politiker im Gebiet der früheren Sowjetunion. Auch er gilt als liberaler Demokrat - mit den Einschränkungen, zu denen ein Wahlergebnis von 98,8 Prozent (Dezember 1991) wohl Anlaß sein muß. In Kasachstan spielt, aufgrund seiner speziellen historischen Voraussetzungen, die "islamische Renaissance" keine nennswerte Rolle, schon gar nicht als politischer Faktor.

- In Tadschikistan mußte der frühere Präsident Machkamow zurücktreten, weil er den Moskauer Putsch unterstützt hatte. Sein Nachfolger Aslonow verbot im September 1991 die mittlerweile schon in Sozialistische Partei umbenannte KPdSU und ordnete die Beschlagnahmung ihres Vermögens an. Das noch aus KP-Kadern zusammengesetzte Parlament erklärte daraufhin Aslonow für abgesetzt, setzte die Verbotsverfügung außer Kraft und verhängte den Ausnahmezustand. Dieser mußte aber schon Anfang Oktober 1991 wieder aufgehoben werden, nachdem es tagelang Massendemonstrationen in der Hauptstadt Duschanbe gegeben hatte. Dieses Konfliktszenario zwischen der alten politischen Klasse, verkörpert im Parlament, und Massenmobilisierungen sollte sich in den nächsten Monaten mehrmals wiederholen.

Bei der Neuwahl des Präsidenten im November 1991 siegte der frühere (1985 abgelöste) KP-Vorsitzende Nabijew mit 57 Prozent, während sein Gegenkandidat - der Vorsitzende der Union der Filmschaffenden der UdSSR, Chudonasarow - auf rund 37 Prozent kam. Hinter diesem stand ein Bündnis von drei Oppositionsparteien:

- Die Rastoches (Wiedergeburt), die schon 1989 entstand und den nationalistischen "Volksfronten" in anderen Unionsrepubliken ähnelte. ("Rückbesinnung" auf tadschikische Geschichte, Kultur, Sprache).

- Die im August 1990 gegründete Demokratische Partei, die in ihrem Programm Demokratisierung nach westlichem Muster verbindet mit einer "nationalen Erneuerung" Tadschikistans.

- Die ebenfalls 1990 als unionsweite Organisation gegründete Islamische Renaissance Partei. Sie wurde in Tadschikistan zunächst verboten und offiziell erst im September 1991 legalisiert. In Usbekistan und Turkmenistan ist sie nach wie vor nicht zugelassen und wird verfolgt. Diese Partei enthält radikale, reaktionär-islamistische Kräfte, ebenso aber auch "gemäßigte".

- Regionale Bedeutung hat außerdem die im Oppositionsbündnis mit vertretene Organisation Lali Badachschan. Sie setzt sich für größere Selbständigkeit des Autonomen Bezirks Gorno Badachschan (Pamir-Gebiet) ein, der sich im Frühjahr 1992 eigenmächtig zur Autonomen Republik erklärte.

Im März 1992 brach der Konflikt zwischen Regierung und Oppositionsparteien um den weiteren Weg der Republik und um die Staatsmacht offen aus. Tausende von Demonstranten forderten wochenlang den Rücktritt Nabijews; es gab aber auch Gegenkundgebungen. Im April 1992 erzwangen militante Oppositionsanhänger, indem sie Abgeordnete und Minister als Geiseln nahmen, die Ablösung des "altkommunistischen" Parlamentspräsidenten Kendschajew.

Anfang Mai 1992 spitzte sich die Lage in Duschanbe zu bewaffneten Kämpfen um Regierungsgebäude, Fernsehsender und Flughafen zu, während gleichzeitig schon über einen Vorschlag Nabijews an die Oppositionsparteien verhandelt wurde, sich an der Regierung zu beteiligen. Militärisch behielt die Opposition

die Oberhand und konnte alle "strategischen Punkte" der Stadt einnehmen; der Kommandant der Nationalgarde wechselte auf ihre Seite über.

Aus dieser Position der Stärke stimmte die Opposition dann einem Beitritt zur Regierung zu, wobei ihr acht von 24 Ministerien zufallen sollten.

Das Koalitionsabkommen vom Mai 1992 sah unter anderem den Verzicht Nabijews auf die ihm vom Parlament verliehenen Sondervollmachten und die Aufhebung des Ausnahmezustands vor. Die ihm persönlich unterstellte Präsidentengarde sollte entwaffnet, Geheimdienst und "Verteidigungskomitee" sollten der Regierung unterstellt werden. (Ein Hinweis auf die Existenz verschiedener "unkontrollierter" bewaffneter Staatsorgane). Außerdem wurde vereinbart, erst einmal keine Demonstrationen mehr stattfinden zu lassen; die Milizen aller Seiten sollten ihre Waffen abliefern.

... zum Bürgerkrieg

Es zeigte sich schon an diesem Punkt, daß die Opposition sehr uneinheitlich war und wohl auch ihre Anhänger nicht vollständig unter Kontrolle hatte. Jedenfalls kam es sofort in Duschanbe zu neuen bewaffneten Angriffen von radikalen Kräften, denen das Koalitionsabkommen nicht weit genug ging oder die überhaupt gegen einen Kompromiß mit den "Altkommunisten" waren. Aus der Stadt Kuljab im Süden Tadschikistans wurden Kämpfe zwischen "rivalisierenden muslimischen Gruppen" gemeldet, an denen sich auch Anhänger Nabijews beteiligten.

Im Sommer 1992 befanden sich Teile Tadschikistans, obwohl in Duschanbe immer noch eine Koalitionsregierung formal die Macht ausübte, im Bürgerkrieg. Das betraf vor allem die Gebiete von Kuljab und Kurgan-Tjube, ebenfalls im Süden Tadschikistans. Über 100.000 Menschen waren schon auf der Flucht; viele davon kamen nach Duschanbe und stärkten dort das radikale, zum Gewalteinsatz leicht mobilisierbare Potential.

Anfang September erzwangen der Opposition nahestehende Kräfte durch militante Demonstrationen und bewaffnete Angriffe in Duschanbe die Flucht und den Rücktritt Nabijews. Übergangspräsident bis zu Neuwahlen, die am 13. Dezember stattfinden sollten, wurde der Oppositionspolitiker Iskandarow; neuer Regierungschef wurde Abduladschanow, der sich schnell als Figur der "altkommunistischen" Kräfte erwies.

In verschiedenen Landesteilen nahmen die Kämpfe an Schärfe und Umfang zu. Dabei gelang es "altkommunistischen" Kräften offenbar, sich nicht nur in der als ihre Hochburg geltenden Region Kuljab zu behaupten, sondern auch die Herrschaft über Kurgan-Tjube zu übernehmen. Zwei Versuche, auch in der Hauptstadt die Regierungsgebäude und den Fernsehsender zu erobern, scheiterten im Oktober und Anfang November.

Mitte November erklärten Iskandarow und die Regierung ihren Rücktritt, mit der Begründung, den Weg für Neuwahlen frei machen zu wollen. Tatsächlich bedeutete das bereits die politische Niederlage der Opposition und den entscheidenden Schritt zur Rückgabe der Macht an die "Altkommunisten". In Chodschent im äußersten Norden Tadschikistans, der zu keinem Zeitpunkt umstrittenen Bastion der alten KP, trat erstmals seit Monaten wieder das noch unter dem alten System gewählte Parlament zusammen. Es setzte Iskandarow ab, machte an seiner Stelle Rachmanow (führender Regionalpolitiker aus Kuljab) zum neuen Parlaments- und Staatschef, und beauftragte Abduladschanow erneut mit der Regierungsbildung. Im Dezember wurden die Milizen der Opposition aus Duschanbe vertrieben. Eine Offensive mit dem Ziel ihrer definitiven Zerschlagung wurde östlich der Hauptstadt sowie im Pamir-Gebiet eingeleitet. Ein Gerichtsverfahren gegen mehrere Führer der Oppositionsparteien und gegen das (als Vertreter der "Gemäßigten" geltenden) islamische Oberhaupt Turadschosonda wurde eingeleitet.

Die heute in Tadschikistan herrschenden Kräfte suchen offenbar nicht nach Wegen, sich mit Teilen der durchaus differenzierten Opposition zu verständigen, sondern streben nur den totalen militärischen Sieg an. Von diesem sind sie aber vermutlich noch weit entfernt. Das Land hat in seinen geographischen Strukturen, aber auch in seiner sozialen und politischen Situation große Ähnlichkeiten mit dem Nachbarstaat Afghanistan - einschließlich aller Voraussetzungen für einen langen Bürgerkrieg mit einer Verselbständigung der Kräfte und wechselnden Koalitionen. Die Verbindungen verschiedener Oppositionskräfte nach Afghanistan sind eng. Es ist kein Geheimnis, daß dort ihre Milizen ausgebildet wurden, daß von dort ein Teil ihrer Waffen geliefert

wurde, daß dort heute auch ihre Rückzugsgebiete und Nachschubwege sind. Eine wesentliche Basis der Verflechtung beider "Kampffronten" liegt darin, daß es in Afghanistan eine zahlreiche tadschikische oder iranisch sprechende Bevölkerung gibt - etwa ein Viertel der Gesamtheit.

Ende März/Anfang April wird gemeldet: Safarow und Saidow wurden in Kurgan-Tjube erschossen aufgefunden. Safarow, der wegen krimineller Delikte viele Jahre in sowjetischen Gefängnissen verbracht hatte und sicher keine Gestalt aus dem Bilderbuch des vorbildlichen Kommunisten war, avancierte im Bürgerkrieg als Führer anti-moslemischer Streitkräfte zum "Helden Tadschikistans". Saidow wird jetzt in den Pressemeldungen als sein Rivale bezeichnet. Ob sie sich gegenseitig getötet haben, ob Saidow erst Safarow erschoß und dann von dessen Leibwache getötet wurde, ob beide zusammen vielleicht "nur" einen Autounfall hatten, oder ob sie gar einem Angriff der bewaffneten Opposition zum Opfer fielen, ist im Gewirr der Versionen noch ungeklärt. Die auch nicht unwahrscheinliche Erklärung, daß beide von Agenten im Auftrag der Regierung oder russischer Dienststellen "liquidiert" wurden, tauchte bisher noch nicht als Gerücht auf. Eine Interpretation besagt, daß Safarow sich auf die Forderung der Regierung einlassen wollte, die unkontrollierten Milizen zu entwaffnen, Saidow jedoch dagegen gewesen sei. Eine andere Version spricht lediglich davon, daß die Entwaffnung der "wilden" Truppen seit längerem ein Streitpunkt zwischen der Regierung und den Milizführern gewesen sei.

Sicher ist einerseits, daß die "regierungstreuen" Milizen für die Regierung in Duschanbe zu Geistern geworden sind, die man zwar gerufen hatte, aber nun nicht wieder los wird. Andererseits bleibt die Regierung auf diese Hilfstruppen angewiesen, da sie aus eigener Kraft wohl kaum zum militärischen Sieg über die Oppositionskräfte in der Lage sein wird. Bliebe nur die auch im Verlauf der sowjetischen Intervention in Afghanistan schon mal praktizierte Methode: Heftige Selbstkritik wegen "sektiererischer Überspitzungen" üben, ein paar Leute als Sündenböcke absetzen, den einen oder anderen vielleicht auch hinrichten, und dann eine Politik der Öffnung auf die muslimischen und anderen oppositionellen Kräfte hin versuchen.

(wird im nächsten AK fortgesetzt)

Kt., 2.4. 93

9. Wettlauf der Fußkranken. Marode Zentralmächte streben nach Vorherrschaft über Zentralasien

Marode Regionalmächte streben nach Vorherrschaft über Zentralasien

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:05

Schon seit 1990 irrlichtert die Baku- Iskenderum-Erdölpipeline als Hoffnungsschimmer durch die türkische Presse. Verspricht sie doch eine Alternative zu dem billigen Öl aus Irak und zusätzliche Deviseneinnahmen. Turgut Özal, damals noch Ministerpräsident, hatte in übereifrigem Proamerikanismus schon wenige Tage nach dem UN-Embargobeschluß gegen den Irak die Pipeline aus dem irakischen Mossul an den türkischen Mittelmeerhafen schließen lassen. Der Umbruch in der Sowjetunion eröffnete da neue Möglichkeiten: Schon vor Erklärung der Unabhängigkeit Aserbaidschans wurde über den Pipelinebau und den Transport aserischen Öls an die türkische Mittelmeerküste diskutiert.

Nach fast dreijähriger Verhandlung war die türkische Regierung am 9.3.93 am Ziel ihrer Wünsche angelangt: Zusammen mit US-amerikanischen, japanischen, britischen und aserischen Partnern unterzeichnet sie das Abkommen über Verlauf und Bau der Pipeline. Jährlich werden 25 Mio. t aserisches und 15 Mio. t kasachisches Rohöl ihren Weg durch die Pipeline nehmen. So reibungslos, wie das hier erscheinen mag, hatte die Türkei jedoch ihren Erfolg nicht erringen können. Seit mehr als einem Jahr waren verschiedene Alternativen in Bezug auf den Verlauf der Pipeline diskutiert worden, und Mitte Februar sah es schließlich so aus, als würde die Türkei wider alle kontinuierlich genährten Hoffnungen leer ausgehen. Die Pipeline sollte von Kasachstan und Baku über Georgien an die Schwarzmeerküste führen, von dort würde der Transport mit Schiffen weitergehen. Vertreter der türkischen Regierung erklärten daraufhin, in einem solchen Fall werde der Schiffsverkehr im Bosporus zusammenbrechen, daher könnten sie den Öltankern leider keine Passiererlaubnis geben. Am 5.3. kam es erneut zu Gesprächen türkischer Vertreter in Baku und am 9.3. war dann die Entscheidung über den endgültigen Verlauf der Pipeline gefallen. Endgültig, soweit er die Türkei betraf; ungeklärt ist noch, ob die Pipeline - wie das die westlichen Konsortiumspartner fordern - über Armenien in die Türkei geführt wird, oder - so die Forderung Aserbaidschans - über den Iran. Aserbaidschan hat den nördlichen Nachbarn und Konfliktpartner Armenien zum "unsicheren Gebiet" erklärt, gerade die Vertreter der US-amerikanischen Firmen sprechen sich entschieden gegen eine Wegführung durch den Iran aus.

Kräftefeld Zentralasien

Umstritten und vielschichtig wie die Diskussion um die Pipeline stellt sich momentan die gesamte Auseinandersetzung um Perspektiven der jungen zentralasiatischen Republiken dar. Die "Dritte Welt Republiken" der ehemaligen Sowjetunion waren schon vor ihrer Unabhängigkeit zum Spekulationsobjekt der sie umgebenden Staaten geworden. Staaten, das muß in diesem Zusammenhang bedacht werden, die alle selber mit gravierenden ökonomischen und politischen Problemen zu kämpfen hatten und die ihre Hegemoniegelüste weniger aus einer Situation der Stärke, sondern eher als letzten verzweifelten Rettungsring vor dem eigenen Untergang entwickelten. Im folgenden soll mehr auf deren Politik und Interessen eingegangen werden, als auf die inneren Dynamiken in den GUS Republiken, über die mir die notwendigen detaillierten Informationen fehlen. Vor allem soll die Position der Türkei in diesem Kräfteverhältnis näher beleuchtet werden.

Türkei und Iran liefern sich zur Zeit ohne Zweifel den härtesten Konkurrenzkampf um Erschließung der zentralasiatischen Republiken. Für beide trifft die oben erwähnte Rettungsringpolitik in vollem Maße zu.

Die Türkei hatte mit dem Auseinanderfallen des Warschauer Paktes ihre herausragende Bedeutung als einziger NATO-Mitgliedstaat mit gemeinsamer Grenze zur UdSSR verloren. Auch der Bosporus als einziger Zugang der sowjetischen Flotte zum Mittelmeer hatte einen guten Teil seiner strategischen Bedeutung eingebüßt. Nach dem Golfkrieg hatte Ministerpräsident Özal dann trotz seines 150%igen proamerikanischen Kurses erkennen müssen, daß der Türkei auch keine Rolle bei einer Neuordnung des Mittleren Ostens eingeräumt wurde. Mit Diskussionen über eine Aufwertung der WEU gegenüber der NATO und kontinuierlich negativen Bescheiden auf den türkischen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG sahen die Machthaber in Ankara die Anbindungen an den Westen, die ihnen immerhin über ein Jahrzehnt - gerade bundesdeutsche - Militär- und Wirtschaftshilfen eingebracht hatten, dahinschwinden. Ohne diese Hilfen war die türkische

Wirtschaft nach 10 Jahren exportorientierter Politik, die vor allem die Inflationsrate und die Auslandsschulden in die Höhe getrieben hatten, nicht überlebensfähig.

Die Wirtschaft des Iran steckte nach 8jährigem Krieg gegen den Irak ebenfalls in einer tiefen Krise. Ein großer Teil der Ölraffinerien waren zerstört und aus eigener Kraft nicht wieder aufgebaut worden. Der Iran konnte 1991 weniger als die Hälfte seines Öles selber raffinieren. Um Ersatzteile und Maschinen auch für den Nichtölsektor einzukaufen, fehlten die Devisen und die guten Beziehungen zu den Industrienationen. So arbeitete die iranische Industrie nach dem Krieg nur mit nur 30% ihrer Kapazität. Versuche, politisch moderatere Töne anzuschlagen und sich den westlichen Industrienationen wieder als vertrauenswürdigerer Partner zu nähern, wie sie Rafsandschani schon in den letzten Kriegsjahren unternommen hatte, stießen auf erbitterten innenpolitischen Widerstand der Mullah-Fraktion, die ihren Einfluß im Parlament auch nach den Wahlen im Frühjahr 1992 nicht verlor. Auch aus dem Iran wird für 1992 eine Inflationsrate von über 70% gemeldet.

"Wichtig

aber billig"

Die eher zögernde Haltung der westlichen Industrienationen in Bezug auf Zentralasien und den Kaukasus scheint die Ausgangsposition der beiden "Hegemonieanwärter" noch zu begünstigen. In einem Artikel der Vierteljahresschrift "Foreign Policy" kritisiert der Autor James Rupert die amerikanische Regierung, die seiner Meinung nach die neuentstandenen Republiken nicht schnell genug anerkannt hat. Aber auch er räumt ein, daß "es unrealistisch ist, mit dem innenpolitschen ökonomischen Druck, dem die Vereinigten Staaten ausgesetzt sind, erhebliche Unterstützung für eine Region zu erwarten, die für Washington nicht von herausragender Bedeutung und Attraktivität ist. Aber", heißt es weiter, "können die USA eine wichtige aber billige Rolle bei der Stabilisierung der Region spielen." (1)

"Wichtig aber billig" heißt für Rupert, die Republiken anzuerkennen und diplomatisch zu unterstützen, so lange aber keine ökonomischen Initiativen zu unternehmen, wie die notwendige Infrastruktur nicht vorhanden ist. Genau auf diesem Gebiet haben alle Republiken noch enorme Defizite zu verzeichnen. Obwohl der Lebensstandard und Industrialisierungsgrad der "Schlußlichter" der Sowjetunion immer noch wesentlich über dem der Nachbarstaaten wie z.B. Pakistan und Afghanistan liegt, ist deren Infrastruktur, also Transport- und Kommunikationsnetze, völlig nach Moskau orientiert. Kasachisches und turkmenische Öl wird heute noch zu einem erheblichen Teil in russischen Raffinerien verarbeitet. Aufbau der Infrastruktur und Voraussetzungen für westliche Anbindungen scheinen die USA - aber auch die westeuropäischen Staaten - nur zu gern den regionalen "Hegemonieanwärtern" zu überlassen. In der Tat hatten die ersten bi- oder multilateralen Abkommen des Iran und der Türkei mit den zentralasiatischen Republiken vornehmlich den Ausbau von Verkehrs- und Kommunikationsstrukturen zum Inhalt. Der Iran plant Mitte 1993 den Flugverkehr mit der turkmenischen Hauptstadt Aschchabad, Fluglinien von Istanbul nach Baku (in Aserbaidschan) und Kasachstan existieren schon seit fast einem Jahr. In einem Anfang 1992 abgeschlossenen Kooperationsvertrag zwischen dem Iran, Kasachstan, Turkmenistan und der Ukraine sind ebenfalls der Ausbau verschiedener Verkehrswege in die südlichen und westlichen Nachbarstaaten verankert. Die Türkei hat mittlerweile solche Kooperationsverträge mit nahezu allen Republiken abgeschlossen. Die türkische Firma Teletas wird den Ausbau des Telekommunikationsnetzes für Usbekistan und später auch Georgien, Aserbaidschan, Kasachstan und Kirgisien übernehmen. In Aserbaidschan, das sich ohne Zweifel am engsten an der Türkei orientiert, werden im Jahr 1993 von türkischen Fachleuten alle Voraussetzungen für einen funktionierenden Fremdenverkehrssektor geschaffen. Die türkische Eximbank hat dafür einen Kredit in der Höhe von 250 Mio. US-Dollar zur Verfügung gestellt. Die türkische Wirtschaftszeitung "Dünya" berichtet jede Woche einmal auf ihrer letzten Seite über neue türkische Vorstöße in den asiatischen und kaukasischen GUS-Republiken: Dabei handelt es sich um den Verkauf von Bussen, Zügen, elektrischen Geräten, den Bau von Flughäfen oder Straßen. Echte joint ventures wie ein gemeinsamens Ölförderungsprojekt der türkischen Petrosan und Aserbaidschans oder der Bau von baumwollverarbeitenden Fabriken sind da eher Ausnahmen.

Schenkt man den Zeitungsnachrichten - nicht nur von türkischer Seite - Glauben, so liegt die Türkei "gut im Rennen". Einer der Gründe für ihren relativen Vorteil gegenüber dem Iran ist sicher ihre engere Anbindung an den Westen. Berichten aus den zentralasiatischen Republiken zufolge stellt der Islam zwar einen wichtigen Faktor in der Identitätsfindung der jungen Republiken dar, doch nur in Tadschikistan scheinen sich auch starke

Gruppierungen innerhalb der Gesellschaft für eine Verknüpfung von Staat und Religion auszusprechen. Im Gegensatz zu den nordafrikanischen und Mitteloststaaten, in denen der Islam oft auch den Charakter einer Protestbewegung gegen westorientierte Politik angenommen hat, ist diese Westorientierung in Zentralasien durchaus nicht negativ besetzt. Die Idee, über eine "turkische" Identität eine Anbindung an größere internationale Zusammenhänge (sprich Türkei und über die an den Westen) zu finden, scheint weitere Verbreitung erreicht zu haben. Während vor allem Usbekistan eine solche Orientierung bevorzugt - von dessen Präsident Karimov stammt der Ausdruck vom "türkischen Modell für Zentralasien" - hat sich nur in Tadschikistan, dessen Landessprache vom Persischen abstammt, stärkere Orientierung am Iran bemerkbar gemacht. Usbekistan ist nach Kasachstan die zweitreichste der Turkrepubliken und verfügt nicht nur über Baumwollplantagen und reiche Öl-, Gas- und Goldreserven, sondern auch über eine mehr oder weniger funktionierende Textilindustrie. Tadschikistan ist der kleinste und bei weitem der ärmste GUS-Staat. Nur 7% der Fläche der Gebirgsrepublik liegen niedriger als 1.000 m ü.M., die Mehrheit der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Viele russische Fachleute haben im Verlauf der gesellschaftlichen Unruhen 1992 das Land verlassen. Der Iran hat im eigenen Land mit vergleichbaren Problemen zu kämpfen und sicherlich wenig Mittel, dem Abhilfe zu schaffen. (2) Nicht gerade das ideale Sprungbrett nach Zentralasien.

Ein weiterer Vorteil der Türkei liegt in der Tatsache, daß das Auslandskapital in den 80er Jahren zwar nicht in dem erwarteten Maße in der Türkei investiert hat, aber heute doch ein anderes Maß an joint venture Projekten existiert als im Iran. Ein 1989 gegründeter "Türkisch-Amerikanischer Unternehmerverein" hat schon zwei Inspektionsreisen nach Aserbaidschan und Zentralasien unternommen und überläßt die konkrete Projektplanung, wie z.B. Ölförderung aus dem kaspischen Meer, weitgehend den türkischen Partnern. (3)

Der Iran, der selber Rohstoffe - sprich Öl - anzubieten hat und eher Bedarf an Maschinen und Technologie hat, ergänzt die Bedürfnisse der jungen Republiken nicht so gut wie die Türkei. Hinzu kommt, daß der dritte Bewerber um die Gunst der jungen Republiken, nämlich Saudi-Arabien, sowohl religiös wie auch politisch eher im Konkurrenzverhältnis zum Iran steht als zu der Türkei. Saudi-Arabien hat sich allerdings bis heute eher auf rein religiösem Gebiet betätigt und 30 Mio. US-Dollar für Moscheebau und Korankauf zur Verfügung gestellt. Größere politische Ambitionen will sich das Königreich, das über weit lukrativere Abkommen mit Moskau spekuliert, nicht leisten.

Weitere mögliche oder reale Investoren, vor allem aus dem ostasiatischen Raum, bewegen sich nach dem gleichen Muster wie die Interessenten aus dem Westen: Während sogenannte Schwellenländer wie Indonesien oder Singapur Wirtschaftsberater nach Zentralasien schicken und Investitionsmöglichkeiten prüfen, hält sich die eigentliche ökonomische Großmacht Japan eher zurück.

Achse Ankara-Baku

Mit Aserbaidschan als "Tor nach Zentralasien" verfügt die Türkei über einen weiteren nicht zu unterschätzenden Wettbewerbsvorteil. Als einziger der muslimischen GUS-Republiken gab es in Aserbaidschan eine wirklich starke gegen Moskau orientierte Bewegung, die große Teile der Bevölkerung hinter sich hatte.

Die erste Regierung des Unabhängigen Aserbaidschans unter Ministerpräsident Muttalibov mußte nach kurzer Zeit der stark nationalistisch-türkisch orientierten "Nationalen Front" weichen. Deren Vorsitzender, der neue Ministerpräsident Elcibey, hatte schon seit den 70er Jahren enge Kontakte zu rechtsextremen türkischen Kreisen unterhalten. Schon vor der aserischen Unabhängigkeit hatte die Nationale Front aktive Unterstützung dieser Kreise erhalten.

Als die Türkei im Februar 1993 nach der Flutkatastrophe in Armenien um Hilfeleistungen für die zerstörten armenischen Landstriche angefragt hat, kamen diese erst nach mehrmaligen bilateralen Gesprächen mit aserischen Vertretern zustande. Die Türkei lieferte Strom nach Armenien und erteilte Hilfsgütern aus Europa Passiererlaubnis, nachdem dies mit der aserischen Seite ausgehandelt worden war. Die ganze erste Februarhälfte, über die sich die Diskussion über humanitäre Hilfe in Armenien hinzog, hatte es einerseits von europäischer Seite Druck auf die Türkei gegeben, andererseits erklärte Armenien, es werde sich an den Iran wenden, sollte die Türkei seinem Appell nicht nachkommen. Diese Ankündigung dürfte auch einer der Gründe gewesen sein, die die aserische Regierung zum Einlenken brachten. Ihr liegt eine starke Position der Türkei ebenso am Herzen, wie sie ein Anwachsen des iranischen Einflusses fürchtet. An den, so hat es Elcibey

zumindest im Programm der Nationalen Front stehen, gedenkt man früher oder später Territorialansprüche in Bezug auf Südaserbaidschan zu stellen.

"Ein Bündnis zuviel"

Auf den ersten Blick zumindest scheint die "Rettungsringpolitik" der Türkei gelungen. Einer der Indikatoren für ihr politisches Gewicht ist sicherlich die Frage, wie international auf den Bürgerkrieg des türkischen Heeres in Kurdistan reagiert wird. Genau an diesem Punkt läßt sich feststellen, daß der Türkei gerade in den vergangenen zwei bis drei Jahren, dem Zeitraum, in dem die Auseinandersetzungen gegen Guerilla und Zivilbevölkerung eskaliert sind, zunehmend freie Hand gelassen wurde. Der kurzzeitige Waffenlieferungsstop von bundesdeutscher Seite ist eher die Ausnahme, die die Regel bestätigt; er wurde schon im Mai schnell und gründlich wieder aufgehoben. Auch als die Türkei im Oktober 1992 mit Luftwaffe und Bodentruppen auf irakisch-kurdisches Territorium eindrang, sprach niemand von einer Verletzung des Völkerrechts; auch nicht, als der türkische Generalstabsvorsitzende Güres ankündigte, "auch die amerikanischen Flugzeuge abzuschießen, falls sie die türkischen Jäger hindern wollten." (4) Die Alliierten zogen es vor, nicht auf diese Ankündigung zu antworten.

Während die beiden Gegner Iran und Türkei in den vergangenen Jahren - wenn auch zähneknirschend - in Bezug auf Zentralasien mehr oder weniger zur Zusammenarbeit gezwungen waren - beide waren Mitglieder in der islamischen Economic Cooperation Organisation (ECO), der auch Pakistan angehörte, und in die 1992 fast alle zentralasiatischen Republiken aufgenommen wurden - schien in den vergangenen Monaten eher der Konkurrenzkampf zu eskalieren. Iran ist nicht Mitglied in der von der Türkei initiierten Schwarzmeerwirtschaftsunion (5), die Türkei ihrerseits nimmt nicht an der Union der Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres teil (6), die Staatspräsident Özal dann auch sarkastisch als "eine Union zuviel" bezeichnete. Auch hier zeichnen sich aber, was Ambitionen der Annäherung an den europäischen Markt angeht, mit dem hochindustrialisierten Rußland und der Ukraine erhebliche Vorteile für die Schwarzmeerunion ab.

Zudem kam es in den vergangenen drei Monaten zu einer meiner Ansicht nach weitgehend von der Türkei inszenierten Krise in den iranisch/türkischen Beziehungen. Ziemlich unvermittelt tauchten in der Türkei im Februar Dokumente auf, die erstens die Morde an verschiedenen populären kemalistischen Wissenschaftlern und Journalisten einer "vom iranischen Geheimdienst gesteuerten Organisation" zur Last legten; in der kurdischen Stadt Batman berichtete die türkische Polizei von der ebenfalls iranisch gesteuerten Hizbollah, die ihrer Meinung nach für einen großen Teil der über 400 ermordeten kurdischen Intellektuellen und Politiker verantwortlich ist. (7) Mit dieser Diskussion - deren konkrete Beweise oft angekündigt wurden, aber immer noch ausstehen und auch iranischen Diplomaten auf mehrere Anfragen hin nicht vorgelegt wurden - will sich die Türkei erneut als Bollwerk gegen den Fundamentalismus profilieren und ihre neuerworbene internationale Anerkennung weiter ausbauen. Ein - zynisch gesagt - angenehmer Nebeneffekt dürfte sein, daß sie nun unbequemen Fragern aus dem Westen einen Verantwortlichen für die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und Morde in Kurdistan präsentieren kann. Die Vermutung liegt nahe, daß die türkische Regierung mit dieser "Initiative" konkrete Unterstützung des Westens bei der "Erschließung" Zentralasiens auf sich konzentrieren will. Gerade die Bundesrepublik hatte ja in den vergangenen Jahren durchaus Ambitionen gezeigt, sich dem Iran anzunähern und ist auch heute noch der größte Außenhandelspartner der Islamischen Republik.

Ein Blick auf die innenpolitische Situation in der Türkei zeigt, daß sie, trotz aller gewonnenen Plus-Punkte, eine solche Initiative durchaus nötig hat. Die ökonomische Stabilität, die Voraussetzung für die Rolle ist, für die sich die Regierung zu empfehlen versucht, läßt gerade zum momentanen Zeitpunkt mehr als zu wünschen übrig. Seit einem Inspektionsbesuch von Vertretern der Weltbank in der ersten Märzwoche beherrscht die Debatte über das Scheitern der Privatisierungskampagne die türkische Wirtschaftspresse. Große Staatsbetriebe, vor allen Dingen auf dem Lebensmittel- und Stahlsektor, haben keinen Abnehmer gefunden, Konzerne wie Siemens z.B. investieren eher in Polen und Ungarn, statt Anteile an der staatlichen türkischen Telekommunikation zu erwerben. Die OECD kritisierte ebenfalls in der ersten Märzwoche auf einer Tagung in Istanbul den starken hemmenden Einfluß der großen Gewerkschaften auf den Privatisierungsprozeß in der Türkei. (8) In den osteuropäischen Staaten, heißt es bei Weltbank und OECD übereinstimmend, verlaufe dieser Prozeß reibungsloser, in der Türkei gebe es verschiedene Gruppen innerhalb der Gesellschaft, die seinen Erfolg immer wieder in Frage stellten.

Die Diskussion in verschiedenen US-amerikanischen Publikationen (9) zeigt, daß die Gefahr eines fortschreitenden Fundamentalismus in Zentralasien nicht eben hoch eingeschätzt wird. Vielmehr warnen die Autoren vor "dem Wiedererstehen von extremem, potentiell unkalkulierbarem und expansionistischem Nationalismus, insbesondere Pantürkismus. Ungehindert fortgesetzt und von einer westlichen Politik, die nur auf die kurzfristige Nützlichkeit schielt, bewußt oder unbewußt ermutigt, werden solche Vorstellungen zu sicheren Rezepten für regionale Konflikte. Sie könnten letztlich denjenigen Staaten - und ganz besonders der Türkei - schaden, die meinten, davon profitieren zu können." (10)

Sollte die Türkei sich von einem aggressiven und expansiven Pantürkismus distanzieren und nicht Land-, sondern nur Wirtschaftskontakte anstreben, so hat sie die besten Aussichten, in diesen Bemühungen gesponsort zu werden.

me 15.3.93

Anmerkungen:

1) James Rupert, Dateline Tashkent, in: Foreign Policy, Sommer 1992

2) Im Frühjahr 1992 hatte Rafsandschani im Radio an die emigrierten iranischen Techniker und Ingenieure appelliert, zurück in den Iran zu kommen, da sie benötigt würden. Eine Woche später widerrief Chameini persönlich diesen Appell und erklärte, "die Verräter können bleiben, wo sie wollen."

3) Ein Vertrag der türkischen Petrosan (mit US-amerikanischen Anteilen) und der aserischen Ölgesellschaft über Ölförderung am Kaspischen Meer ist im Februar 1993, nach fast einjährigen Verhandlungen unterzeichnet worden.

4) Milliyet vom 28.10.92

5) Der im Februar 1992 gegründeten Union gehören die Türkei, Rußland, die Ukraine, Moldawien, Griechenland, Rumänien, Bulgarien, Georgien, Armenien und Aserbaidschan an.

6) Mitgliedstaaten sind Iran, Aserbaidschan, Turkmenistan, Usbekistan und Kasachstan (mit Beobachterstatus).

7) vgl. die Berichterstattung der türkischen Zeitungen Hürriyet, Cumhuriyet und Milliyet nach dem 12.2.1993

8) vgl. Wirtschaftszeitung Dünya 6.-12.3.1993

9) vgl. S.T. Hunter: The Moslem Republics of the Former Sovjet Union, in Washington Quarterly, Sommer 1992 und James Wyllie: The Bigger Middle East, in Jane's Intellegence Revue 5/92.

10) Hunter, S. 58.

10. Für eine "antifaschistische Wochenzeitung" in der ehemaligen UdSSR (Dokumentation)

Rubrik: Antifaschistischer Kampf; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:12

Vor rund einem Vierteljahr veröffentlichten wir einen Brief des Hamburger Journalisten Kai Ehlers, der das Projekt einer "antifaschistischen Wochenzeitung" für die frühere Sowjetunion vorstellte und um Unterstützung warb. Träger des Vorhabens sind russische Demokraten, die mit einer Zeitung, die in russischer, englischer und deutscher Sprache erscheinen soll, über rechtsradikale Tendenzen, Gruppen und Vorgänge informieren soll. Da wir das Projekt im Prinzip für unterstützenswert halten, dokumentieren wir hier den zweiten Rundbrief von Kai Ehlers. Er informiert darin über erste Reaktionen und konkrete Vorhaben.

***

Kai Ehlers

2000 Hamburg 1

Koppel 22

Tel.: 040/246953

Fax: 040/243423

Konto: 1230/455980 - BLZ: 20050550

Sehr geehrte, sehr geehrter,

lieber Freund, liebe Freundin

Bitte haben Sie Verständnis, daß ich mich an Sie, an Euch als Kollektiv wende, obwohl ich eine Reihe sehr persönlicher Zuschriften bekommen habe, in denen detaillierte Vorstellungen zu dem Projekt einer "antifaschistischen Zeitung" entwickelt, Angebote gemacht oder auch kritische Fragen gestellt werden. Eine individuelle Beantwortung aller Briefe übersteigt meine Kapazitäten als Einzelperson. Das Netz soll ja erst entstehen.

Fast drei Monate mußten vergehen, bevor ich mich wieder an Sie wenden konnte, obwohl die Zeit drängt. Grund: ich wollte nicht mit leeren Händen vor Sie treten. Jetzt aber nehme ich das Angenehme vorweg:

Anfang Mai wird in Berlin in Zusammenarbeit mit der "Internationalen Liga für Menschenrechte" eine Veranstaltung mit anschließendem Seminar zum Thema des möglichen oder drohenden Faschismus in der ehemaligen UdSSR stattfinden. Dort wird auch das Projekt der "antifaschistischen Zeitung" Thema sein. Damit ist nun ein erster Kristallisationspunkt für den Aufbau eines Unterstützerkreises gegeben.

Und noch etwas: Rund sechshundert Mark sind bisher auf meinem Konto als Spende für die Kampagne eingegangen. An alle Spenderinnen und Spender einen herzlichen Dank!

Ein paar Worte zum bisherigen Verlauf dieser Initiative: Die Reaktion auf meinen Aufruf vom Dezember '92 war ermutigend, wenn sie auch zugleich die Schwierigkeiten erkennen läßt, die auf dem Weg eines solchen Projekts wie überhaupt einer Politik zu Fragen eines möglichen post-sowjetischen Faschismus liegen.

Obwohl ich das Schreiben an das gesamte Spektrum der linken und demokratischen Presse verschickt habe, ist mir doch nur von zwei Zeitungen bekannt, daß sie den Aufruf verbreiten hätten. Das war als erste "Neues Deutschland", danach der in Hamburg erscheinende "ak" ("analyse und kritik"), frühere Zeitung des "Kommunistischen Bundes". Die "Argumente" meldeten immerhin ihr Interesse am weiteren Verlauf der Kampagne an. Die Zeitschrift "GEO" entschuldigte sich mit schlechten Erfahrungen bei anderen früheren Projekten. Alle übrigen Zeitungen haben den Aufruf mit Schweigen übergangen.

Als unansprechbar erwiesen sich bisher die Institutionen und Stiftungen, an die ich mich gewendet hatte. Sofern überhaupt geantwortet wurde: Kein Geld, Gelder schon verplant, wünsche Ihnen alles Gute. - Das gilt

namentlich auch für die Heinrich-Böll-Stiftung, die Hans-Böckler-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung nicht anders wie für Philipp Reemtsma oder die Körber-Stiftung. Die interessanteste Absage formulierte der Stuttgarter Hauptvorstand der IG-Medien: "So sehr wir Ihre Aktion unterstützenswürdig finden, müssen wir jedoch aus grundsätzlichen und finanziellen Erwägungen eine Unterstützung ablehnen." - Auch die besonderen Hamburger Partnerschaftsbeziehungen mit St. Petersburg vermochte ich in dieser Frage bisher nicht zu aktivieren.

Die Realität erweist sich damit als ganz anders denn die, die Daniil Granin im Auge hatte, als er meinte, ich brauche doch nur den Bundespräsidenten anzusprechen. Die Deutschen wüßten doch, was eine faschistische Entwicklung in Rußland für sie bedeute ...

Unterstützungsbereitschaft wurde von der Stiftung "Buntstift" signalisiert - hier allerdings sind große bürokratische Hürden (nicht zuletzt: Finanzplan auf drei Jahre) bei der Stellung der Unterstützungsanträge zu überwinden. Das ist beim Stand der Vorbereitungen noch nicht zu leisten und übersteigt zudem die Kapazität einer Einzelperson. Es wird demnächst kollektiv anzugehen sein. Im Ergebnis ist es jetzt die "Liga für Menschenrechte", verbunden mit der Stiftung "Umdenken" in Berlin, außerdem der "deutsch-russische Austausch", ebenfalls Berlin, auf die die Aktivitäten sich im ersten Schritt - auch materiell - stützen können. Das ermöglicht einen Anfang, ist aber natürlich noch eine recht schwache materielle Grundlage. Da muß also noch einiges in Gang gesetzt werden, sinnvollerweise wohl auch, wie in einigen Zuschriften angeregt, in die Form eines (steuerabzugsvergünstigten) Freundes- und Unterstützerkreises gefaßt werden.

Rund fünfzig private Zuschriften habe ich erhalten. Sie lassen sich grob unter drei etwa gleich starken Aspekten gliedern:

- unterschiedlichste Gruppen, die entweder schon selbst Kontakte in die ehemalige Union haben oder soeben suchen. Das beginnt bei der schon genannten "LIGA" und dem "deutsch-russischen Austausch" und dem deutschen Korrespondenten von "Searchlight". Diese Gruppen haben bereits eigene Kontakte geknüpft, "LIGA" und "deutsch-russischer Austausch" zu dem "Moskauer antifaschistischen Zentrum", "Searchlight" und "deutsch-russischer Austausch" darüber hinaus zu der Redaktion der St. Petersburger "Barriere", deren erste Nummer sie unterstützt haben. Weiter: So unterschiedliche Gruppen wie der "Leseclub Ogonjok" in Dresden, die "Fokus Forschungsgemeinschaft", eine Soziologengruppe in Sachsen-Anhalt, die "Antifa AG" der PDS, eine unabhängige "Antifa Rußland Gruppe" in Berlin sowie verschiedene, sagen wir, Kultur-Initiativen, die nach Wegen suchen, sich in der post-sowjetischen Entwicklung zu engagieren. Das Gros dieser Zuschriften kam aus dem östlichen Teil des heutigen Deutschland.

- wissenschaftlich Interessierte sowie Publizisten und Publizistinnen, die an einer Vernetzung ihrer Einzelarbeiten interessiert sind. Hier ist der Umkreis bisher ein wenig vom Zufall meines Adreßbuchs, bzw. dem einiger Freunde, die ich um Hilfe bat, abhängig. Dies kann nach dem ersten Treffen sicher systematischer angegangen werden.

- schließlich Einzelpersonen, die in irgendeiner Weise an dem Thema interessiert sind und etwas tun möchten.

Eines wurde vor allem anderen aus den Zuschriften deutlich: Auf das Stichwort "Antifaschismus" sind die Reaktionen so gemischt, wie dieser Begriff unklar bzw. definitionsbedürftig ist. Darin stimme ich mit allen, die das in ihren Briefen problematisiert haben, unbedingt überein. Der Begriff "Antifaschismus" ruft neben schlichtem demokratischen Engagement auch undifferenziertes altes Denken wach, schreckt zum anderen Menschen, die sich unabhängig von Zuordnungen für eine menschenwürdige Entwicklung und vor allem friedliche Wandlung im post-sowjetischen Raum engagieren wollen, kurz: er riecht nach vermufften Schubladen. Die Kampagne zur Unterstützung einer "antifaschistischen Wochenzeitung" wird daher selbstverständlich notwendig verbunden sein mit einem kritischen Dialog darüber, was heute, und nicht nur in der ehemaligen UdSSR, der Inhalt von "Faschismus", bzw. "Antifaschismus" sein kann oder wie man das nennen muß, was sich da für die Zukunft zusammenbrauen könnte. Dies gilt um so mehr angesichts der Tatsache, daß sich auch die "braun-rote" Koalition in der ehemaligen Union als "antifaschistisch" bezeichnet und sich auf Georgi Dimitrow beruft, wie überhaupt im Rußland von heute die Bezeichnung "Faschist" von allen Lagern gleichermaßen benutzt wird, wenn es darum geht, jemanden als "volksfeindlich" zu kritisieren oder auch nur zu diffamieren.

Zum zweiten wird deutlich, daß es bereits verstreute Aktivitäten gibt, die alle mit erheblichen Anfangsschwierigkeiten zu kämpfen haben: mangelnde Kenntnisse der Situation im Lande, mangelnde Öffentlichkeit hier, mangelnde Vernetzung oder eben auch sehr unterschiedliche Partner in der ehemaligen UdSSR, vor allem aber eine bemerkenswerte Tabuisierung dieser Fragen in der deutschen demokratischen oder linken Öffentlichkeit. Es ist klar, daß diese Aktivitäten im organisierten Dialog erheblich an publizistischer und organisatorischer Qualität und Effektivität gewinnen können.

Zum dritten wird aus den Zuschriften klar: Die Bereitschaft zur Unterstützung ist groß - niemand weiß jedoch, wie das anzufangen, wie konkret umzusetzen ist. Nicht zu unrecht wird in einigen Zuschriften auch darauf hingewiesen, daß eine "antifaschistische Wochenzeitung" auf Deutsch, Russisch und Englisch als Einstieg vielleicht eine Nummer zu groß sei, daß man mit kleineren Brötchen beginnen solle. Gefragt wird auch, warum denn nicht der schon vorhandene Ansatz der St. Petersburger "Barriere" weiter ausgebaut werde ... Das allergrößte Problem aber ist zweifellos der Informationsmangel und die mangelnde Kenntnis der besonderen Bedingungen in dem ehemaligen sowjetischen Raum, die auch bei gutwilligstem Herangehen oft dazu führen, daß hiesige Maßstäbe auf die dortigen Verhältnisse schematisch übertragen werden. Ein darauf basierender "Antifaschismus" würde vermutlich aber niemandem nützen.

In Absprache mit den Vertreterinnen und Vertretern der "Liga" und denen des "deutsch-russischen Austausches" schlage ich also vor, die Veranstaltung und die Seminare der "Liga" zu dem Kristallisationspunkt zu machen, wo die aufgeworfenen politischen, organisatorischen und finanziellen Fragen gemeinsam mit allen Interessierten diskutiert und von dem aus weitere publizistische und organisatorische Schritte beschlossen und koordiniert werden können.Im einzelnen:

- Die Veranstaltung wird am Donnerstag, dem 6. Mai, ab 19.30 Uhr im Gemeindesaal der Heiligkreuz-Kirchengemeinde, Nostizstr. 6-7, 1000 Berlin 61 stattfinden. Sie ist deklariert als "Diskussionsabend zum Thema ‚Faschismus und Antisemitismus in Rußland`". Vortragende sind Jefgeni Prochotschkin, Vorsitzender des "Antifaschistischen Zentrums Moskau", sowie ein weiteres, mir bisher nicht namentlich bekanntes Mitglied dieser Organisation; außerdem ich selbst. Die Gesprächsleitung liegt bei der "Internationalen Liga für Menschenrechte", Sektion Berlin, von der auch die Initiative zu dieser Veranstaltung und die Einladungen ausgingen.

- Am 8. Mai ab 10 Uhr findet im Haus der Kirche, Goethestr. 27, 1000 Berlin 12, ein Seminar statt, das einzelne Aspekte der Abendveranstaltung vertiefen soll. Die "Liga" hat folgende Fragen gestellt: "Unter welchen Bedingungen konnten sich so viele rechtsextremistische Gruppen entwickeln? Wie können sie ihre Zeitungen bzw. Zeitschriften finanzieren? Welche Ziele verfolgen sie dabei? Wer ist für ihre ‚Ideologien` empfänglich? Mit welchen Mitteln kann man/frau gegen sie vorgehen? Gibt es in den Gesetzen der Russischen Föderation Verbote von Volksverhetzung u.ä.? Welche Rolle spielt das Antifaschistische Zentrum (regional/überregional)? Gibt es noch andere Gruppen, die für den demokratischen Block eintreten?".

Ich selber, darf ich hinzufügen, werde auch die Frage einbringen, was unter den gegebenen Bedingungen "Faschismus" und dementsprechend "Antifaschismus" in der ehemaligen UdSSR sein kann. So wenig ich diesen Dialog in meinem ersten Rundschreiben vorwegnehmen wollte, so klar ist, daß er auf der Veranstaltung und bei dem Seminar nicht nur stattfinden muß, sondern wird. Ich will ihn auch jetzt nicht vorwegnehmen. Soviel aber: Die Moskauer werden vor allem den Aspekt des Antisemitismus einbringen. Im übrigen sind für Herrn Prochotschkin und das "Antifaschistische Zentrum" Hitler und Stalin gleichermaßen Faschisten.

Kampf gegen Antisemitismus und totalitäres Denken ist zweifellos eine richtige Aufgabenstellung für ein "antifaschistisches Zentrum" im heutigen Moskau. Ohne die Bemühungen nach einer wissenschaftlichen Erfassung der sozio-ideologischen Elemente eines möglichen post-sowjetischen Faschismus, wie sie zum Beispiel die St. Petersburger "Soziologische Assoziation" versucht, würde das jedoch zu kurz greifen.

Drei Kernpunkte können nach Ansicht der St. Petersburger "Assoziation", die ich aus eigener Untersuchung teile, einen postsowjetischen Faschismus definieren:

- die Ideologie des Euro-Asiatismus,

- die Notwendigkeit eines despotischen Arbeitsregimes,

- die Reaktion des Zentralismus, der nicht bereit ist, den Zerfall des Imperiums hinzunehmen.

Damit sind erste Pflöcke gesetzt: Antifaschismus, wenn man auch vorerst noch mit dem traditionellen Begriff vorlieb nehmen muß, wird folgerichtig anti-zentralistisch, anti-imperial, anti-national und für den Aufbau selbstbestimmter föderaler wirtschaftlicher, kultureller und staatlicher Einheiten sowie für die Selbstbestimmung des Einzelnen sein, auch wenn dies sich notwendigerweise im Rahmen der kollektivistischen Grundstrukturen dieses Landes entwickelt. (Ausführlich dazu ein Artikel von mir in "Freitag" vom 19.2.93, S. 8, unter der Überschrift "Rußlands Neue Rechte")

Im Interesse eines lebendigen Dialogs habe ich den Veranstaltern vorgeschlagen, zusätzlich zu den Vertretern des Moskauer "Antifaschistischen Zentrums" für das Seminar noch jemanden aus St. Petersburg einzuladen. Ob das gelingt, ist vor allem aus finanziellen Gründen noch offen. Möglicherweise muß das einem zweiten Schritt vorbehalten bleiben.

Aus organisatorischen Gründen bittet die "Liga" um schriftliche Voranmeldung für das Seminar (und die Veranstaltung) und ggf. Angabe, ob Schlafplätze benötigt werden (in Notfällen).

Internationale Liga für Menschenrechte

Mommsenstr. 27

1000 Berlin 12

Tel.: 030/324 36 88

Fax: 030/324 02 56

Unbeschadet der in Berlin zu treffenden weiteren Beschlüsse, insbesondere vielleicht auch eines organisatorischen Rahmens, der Spenden abzugsfähig machen kann, bitte ich Sie um eine Fortsetzung der von mir mit meinem ersten Brief eingeleiteten Spenden-Kampagne unter dem Stichwort "Brücke" auf das im Kopf dieses Briefes angegebene Konto. Vielleicht haben Sie auch Vorschläge für die Gewinnung von Sponsoren oder sonstige Vorstellungen, die Sie für den Termin zur Diskussion stellen wollen. Lassen Sie es mich bitte wissen.

Mit freundlichen Grüßen

Kai Ehlers

Hamburg, 5.3.93

11. Schwangerschaft im Zeitalter der Technokratie

Über "Grenzfälle" und die Extremität des "Normalfalls"

Autor: Erika Feyerabend · Rubrik: Gentechnologie; Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:38

Ein sogenannter medizinisch-ethischer Grenzfall hat in den letzten Monaten viele Debatten ausgelöst. Der Ruf nach einem definierten Handlungsrahmen für medizinisches Eingreifen wurde laut, als im Herbst letzten Jahres in der Universitätsklinik Nürnberg-Erlangen mit aufwendigen medizinischen Interventionen der Versuch unternommen wurde, das Sterben der verunglückten Marion Ploch zweckgebunden zu verzögern, denn Marion Ploch war im vierten Monat schwanger.

Herr Würmeling, Vorsitzender der hauseigenen Ethik-Kommission, und andere Experten in Sachen Medizin, Recht und Ethik hatten zuvor diesem Experiment die "ethischen Weihen" verliehen. Solange ein prognostizierter Kostenrahmen nicht überschritten werde und die "Normalität des Föten" gesichert sei, solange sei im Sinne einer Güterabwägung dem "Recht des Ungeborenen auf Leben" ein höherer Rang einzuräumen als "dem Anspruch der Frau auf ein würdiges Sterben".

Nachdem die, juristisch als Leiche, ökonomisch und medizinisch als Sache gewertete Frau eine Fehlgeburt hatte, wurden die Maschinen ab- und alle weiteren Eingriffe eingestellt. Die angefragte Sektion der jungen Frau zur Vervollständigung des medizinischen Versuchs und Erkenntnisgewinns scheiterte am "Nein" der Mutter. Die Eltern bestätigten danach, was viele zuvor vermutet hatten: Die Erduldung des Experiments war durch medizinische Autorität und juristischen Druck erzwungen worden.

Auch die später öffentlich gewordenen Phantasien der beteiligten Ärzteschaft offenbarten - zumindest im Bereich des Denkbaren - die Diskrepanz zu den Eltern und zu großen Teilen der Bevölkerung: Einem möglicherweise auftretenden Nierenversagen wollte mann gegebenenfalls mit einer Nierentransplantation begegnen. Das wäre die erste Nierentransplantation zwischen zwei zu Hirntoten erklärten Menschen gewesen.

Damit war die Grenze des medizinisch Vorstellbaren noch nicht erreicht: Dem Auftreten einer Infektion am Auge der schwangeren Frau folgte die Überlegung, eine Kaputation (Enthauptung) vorzunehmen, um die Ausbreitung der Infektion zu verhindern. Der Frau wurde dann "lediglich" das Auge entfernt. (Diese "Enthauptung" hat nichts gemein mit unseren Vorstellungen von einer öffentlichen Hinrichtung. Es handelt sich um ein weiteres medizinisches Experiment, bei dem mittels technischer Apparaturen die Durchblutung des Kopfes vollständig unterbrochen wird.)

Ich möchte im folgenden der Auffassung Geltung verschaffen, daß der beschriebene Vorgang nicht als einzigartige, grenzüberschreitende Handlung verstanden werden sollte, sondern als Verweis auf die Extremität der Situation, in der wir alltäglich leben müssen. Kennzeichnend für diese Situation ist die "Medizinisierung, die von der Empfängnis bis zur Weiterverwertung von Organen reicht ... Die Medizin hat aufgehört, den Blick auf die Leiden von Menschen zu richten: Objekt der Fürsorge ist das sogenannte ‚Leben` geworden..." (Ivan Illich, In the Mirror of the Past, New York/London, 1992, S.232)

Die medizinische Durchdringung und Bearbeitung des Frauenleibes, seine Vermessung, seine Verbilderung, seine Veröffentlichung hat zur wissenschaftlich hergestellten Kreation "Fötus" geführt, der zum Emblem des "Lebens" schlechthin avanciert ist. Dieses "Leben" muß gemanagt werden, d.h. es muß bewertet, verhindert, optimiert, geschaffen, verwertet werden. Dieses wissenschaftliche Objekt "Fötus" wird auf der Ebene des Redens und des Rechts in ein "eigenständiges Subjekt mit Rechtsansprüchen" transformiert, die von Wissenschaft, Staat und Kirche formuliert werden.

Frauen interessieren nur als Umgebung dieser Kreation und als jene, die zu verpflichten sind, dem medizinischen, professionellen und administrativen Management auf dem neuesten Stand von Technik und Rechtsprechung Leib und Leben zu verschreiben. Das ist die Grenze, die überschritten wurde, die weit vor Erlangen, vor den schon gewesenen und vor den noch kommenden "Grenzfällen" der Medizingeschichte liegt.

In seinem Buch "Die Antiquiertheit des Menschen" entwirft Günther Anders eine "philosophische Anthropologie im Zeitalter der Technokratie" und führt dazu aus: "Unter Technokratie verstehe ich dabei nicht die Herrschaft von Technokraten, ... sondern die Tatsache, daß die Welt, in der wir heute leben und die über uns befindet,

eine technische ist - was so weit geht, daß wir nicht mehr sagen dürfen. in unserer geschichtlichen Situation gebe es u.a. auch Technik, vielmehr sagen müssen: in dem ‚Technik` genannten Weltzustand spiele sich nun die Geschichte ab, bzw. die Technik ist zum Subjekt der Geschichte geworden, mit der wir nur noch ‚mitgeschichtlich` sind." (Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen. Bd. II, München 1980, Vorwort)

Das "Mitgeschichtlichsein" in diesem "Technik" zu nennenden "Weltzustand" kann für Frauen beschrieben werden als Substitution/Simulation ihres Leibes und als öffentliche Inszenierung /Digitalisierung ihrer Leibesfrucht.

Die Simulation und Substitution des Leibes

In der Fortpflanzungstechnologie, die den "Fötus" als außerhalb der Frau handhabbares Objekt herstellte, bricht sich der Wille zur vollständigen Substitution der Frau Bahn. In der medizinischen Universität Tokio ließen Wissenschaftler 1992 in einer künstlichen Gebärmutter eine Ziege heranreifen. Das letzte Drittel der Schwangerschaft verbrachte der Ziegenfötus in einer Gummi-Gebärmutter, gefüllt mit künstlichem Fruchtwasser. Der verantwortliche Gynäkologe hält die Übertragung derartiger Experimente auf den Menschen für möglich und wünschenswert. (Genethischer Informationsdienst Nr.78, Juni 1992, S.23)

Die italienische Arbeitsgruppe um Carlo Bulletti aus Bologna arbeitete Jahre an der Aufzucht menschlicher Embryonen außerhalb der Frau. Ihr "Forschungsmaterial" waren herausoperierte Gebärmütter und menschliche Embryonen aus der Retortenbefruchtung. (Bulletti u.a. in: Fertility Sterility, Vol 49, No 6, June 1988, S.991-996)

Aus der Automobilindustrie erhielt der Gynäkologe Wischnik die Anregung für eine computersimulierte Geburt. In einer Fernsehsendung verfolgte er einen Crash-Test zweier Automobile auf dem Computer. "Crash ist nichts anderes als die relative Bewegung zweier Körper zueinander unter deren gegenseitiger Verformung. Diese Definition trifft letztlich auch für die Geburt zu." Zusammen mit dem Informationstechniker für Autocrash-Simulation entwickelte der Gynäkologe ein Modell für die "Computergeburt". (Ärzte-Zeitung, 15.9.1992)

Die Sichtbarmachung

des Unsichtbaren

Die Ärzte-Zeitung berichtete euphorisch über die "humanembryologische Dokumentationssammlung" von Prof.Dr. Erich Blechschmidt, Direktor des anatomischen Instituts der Universität Göttingen von 1941(!)-1973. "Einzigartig" sei die Sammlung mit ihren 60 Kunststoffmodellen - vom gerade befruchteten Ei bis zum Modell eines 17 Millimeter großen Embryos. "Einzigartig" ist hier tatsächlich die Verbindung von Zerstörung und Darstellung demonstriert: Für diese Sammlung wurden Embryonen künstlich erhärtet, zerlegt, gefärbt, auf Wachsplatten in der gewünschten Größe rekonstruiert und mit farbigem Kunststoff neu ausgegossen. (Ärzte-Zeitung, 25.4.1992)

Die wohl durchschlagendste und erfolgreichste Inszenierung des Unsichtbaren ist mit der Einführung des Ultraschalls gelungen. Seit Ende der 70er Jahre im massenhaften Einsatz, bleibt heute kaum mehr eine Schwangerschaft durch das konstruierte Bild des Ultraschallgerätes undokumentiert und unveröffentlicht. Auch Videofilme vom Ungeborenen können im Familienkreis bewundert werden. Prof. Hansmann, Ultraschallspezialist aus Bonn, präzisierte die Wirkung und Bedeutung dieser "blickbildenden Technik" (Barbara Duden) im Rahmen der Pressekonferenz zum internationalen Kongreß "Der Fötus als Patient": "Wir sind jetzt an dem Punkt, daß wir natürlich sagen müssen ... eine Personifizierung hat stattgefunden. Dank der Entwicklung der Realtime-Verfahren (bestimmte Bildgebungstechnik, Anm. Red.) steht es praktisch jedem frei, mal eben einen Blick in den Uterus zu werfen. Dabei wird offenkundig, daß die Sache Fet einem Küken vergleichbar, bereits phänotypisch wie im Verhalten dem Untersucher als Menschlein begegnet. Wer heute Geburtsmedizin betreibt, gehört zur ersten Generation, der es vergönnt ist, nahezu die gesamte Entwicklungszeit des Feten in utero life zu erleben. Inzwischen ist die B-Bild Auflösung (Ultraschall) so gut geworden, daß wir eben dieses Menschsein im dunklen Raum transparent vor Augen liegen haben." (zit. nach: Erika Feyerabend, Der Fötus und die Französische Revolution, in: Schlangenbrut Nr.35, Nov.1991, S.17)

Hier wird der "Fötus" Person. Hier wird die Leibesfrucht, gebannt auf ein massenhaft reproduzierbares Bild, zum Produkt - für jedermann sichtbar, transportabel, international, ortlos. Im Bildschirmzeitalter erhält es so besonderen Gebrauchs- und Unterhaltungswert.

Die Betrachterin vorm Bildschirm ist wandlos geworden, die Grenze zwischen Innen und Außen ist aufgehoben. Sie kann und soll den Blick "von außen" ins eigene Körperinnere einüben. Dieser Blick gilt als der einzig wahre, vermittelt er doch die Suggestion der verallgemeinerbaren Teilhabe am eigenen Inneren.

Fehlersuche

und "Therapieterror"

Der Blick "von außen" provoziert und bestätigt den Zugriff "von außen" als den einzig adäquaten. Die Leibesfrucht - als Schwangerschaftsprodukt verstanden, benannt und bildlich hergestellt - wird in der pränatalen Diagnostik bewertend in Statistiken, Chromosomenraster und DNA-Systematik eingeordnet. Für den Einstieg in eine solch invasive Diagnostik und risikobehaftete Therapiebehauptung muß die Frau herhalten. An ihr, ihrem Alter, ihrer Familie, ihren Körperdaten wird das Risiko festgemacht, die Vermutung auf Föten ausgedehnt und zu dessen vermeintlichem Nutzen die Frau verletzt - von Medikamentenversuchen bis zu chirurgischen Eingriffen.

Im Zeitalter der Technokratie geraten Frauen auch als "lebende Gewebebanken" (Ingrid Schneider, Der Frauenkörper als Plantage, in: Freitag 5.2.93) ins Blickfeld der Medizin. Was in Erlangen und in der §218-Debatte als "Leben" gewertet wird, wird hier zum verwertbaren, patentierbaren und veräußerbaren Zellhaufen. Die Verwendung von menschlichem Fötalgewebe sei für die Medizin, "was die Superleitfähigkeit für die Physik ist", erklärte ein New Yorker Arzt bereits 1987. (Newsweek, 14.9.87) 1986 führte der Knochenmarkspezialist Robert Gale Experimente mit fötalem Gewebe bei den hoffnungslos verseuchten Tschernobylopfern durch. (Ärztezeitung 202, 1988) 1987 wurde in Mexiko fötales Gewebe ins Hirn eines Parkinsonkranken verpflanzt. Weltweit sollen mittlerweile 400 Kranke gleichen Versuchen unterzogen worden sein. (taz, 13.3.1991)

In Großbritannien, USA, Frankreich, Kuba, Mexiko, Polen, Spanien und China stehen Therapie-Versuche bei Diabetikern, Patienten mit Alzheimer, Chorea Huntingdon, Schlaganfall, Epilepsie u.a.m. auf der medizinischen Tagesordnung. 1992 wurde folgerichtig das internationale Informationsnetzwerk NECTAR zum Austausch unter den Implantations"therapeuten" gegründet. (Freitag, 5.2.1993) Schier unbegrenzt scheinen auch die Verwendungsmöglichkeiten in der Umwelt- und Medikamentenverträglichkeitsprüfung, bei der Impfstoffgewinnung, der Interferon-Produktion, in der Aids- und Krebsforschung bis hin zur bakteriologischen Kriegswaffenforschung zu sein. Föten aus Südkorea wurden von US-amerikanischen Militärs für 25 Dollar pro Stück eingeführt. (Kölner Stadtanzieger, 24.8.84)

Frauen sind Lieferantinnen eines begehrten Rohstoffes für die Medizin geworden. Die Produktion von Gewebe und die Zeugung von Menschen zum Zwecke ihrer Verwertung liegt nicht nur nahe, sie ist gedanklich schon vollzogen und praktisch erprobt. Das amerikanische Magazin "Time" vom 17. Juni 1991 berichtet über die Befragung unter Medizinern der bedeutendsten amerikanischen Transplantationszentren. Die Untersuchung ergab, daß in den letzten Jahren Kinder wegen Organ- und Gewebe-Transplantationen gezeugt wurden. Frauen wurden schwanger, damit dem leukämiekranken älteren Kind Knochenmark zur Verfügung gestellt werden konnte; Frauen ließen sich mit dem Sperma des geschiedenen Mannes künstlich befruchten, um dem Kind aus der gemeinsamen Ehe eine Knochenmarkstransplantation zu ermöglichen; Frauen wurden schwanger, um dem kranken Kind eine "passende" Niere bereit stellen zu können; Frauen wollten sich mit dem Samen kranker Familienangehöriger künstlich befruchten lassen, um nach erfolgter Abtreibung fötales Gewebe zur "Behandlung" abgeben zu können. (taz, 13.3.91/Freitag 5.2.93) Erste Transplantationsversuche von Fötus zu Fötus sind bereits unternommen worden (Ärzte-Zeitung, 22.11.91), und mit "erfolgreichen" Einfrierversuchen von älteren Embryonen dürfte der technologische Grundstock für Embryonen-Banken gelegt worden sein. (FAZ, 14.12.1988)

Derartige Bericht sind als Propaganda gedacht. Sie verbreiten die Illusion, daß es selbst in "hoffnungslosen" Situationen noch die "Wahl der Gewebeproduktion" gebe. Sie deuten die Konsequenzen eines medizinischen Handelns an, die mir nur noch als "Terror der Therapie" beschreibbar scheinen.

Analog zur sogenannten Organspende, die Sterben ohne Organabgabe zur nutzlosen Vergeudung von Körperteilen erklärt, erscheint hier der Schwangerschaftsabbruch nur noch unter dem "guten" Zweck der Gewebeabgabe vertretbar. Analog zum Organhandel entsteht hier der neue Markt der Gewebeproduktion.

Über Reden und Recht

im Zeitalter der Technokratie

Die beschriebene Ebene des konkreten medizinischen und wissenschaftlichen Handelns verbleibt nicht im sogenannten Elfenbeinturm der Wissenschaft und auch nicht in der längst schon abgeschafften Privatheit des Arzt-Patientinnen-Verhältnisses. Es wird ein Rederahmen angeboten, der die neue Wirklichkeit beschreibbar macht, der Argumentationsweisen zur Absicherung des schon eroberten Handlungsrahmens anbietet.

Über Ethik-Kommissionen, gesellschaftliche Dialoge und Medien wird die technologisch geschaffene Wirklichkeit popularisiert, zur neuen Möglichkeit, zum Bedürfnis, zum Recht umgedeutet. Ein eindrückliches Beispiel für die öffentliche Demonstration des Verschwindens von Frauen ist die neue Sony-Reklame. Sie wirbt für ein Ultraschallgerät in Bild und Schrift wie folgt: "Alle hatten Anteil daran, daß Brittas Geburt so gut verlief: die Ärzte, die Pfleger, die Schwestern und sony" - die Frau fehlt!

Ratiopharm setzt den Fötus als Emblem des "Lebens" verkaufsfördernd ein und plaziert ihn inmitten eines Globus.

Diese Darbietung verbindet sich mit den Ausführungen des Perinatalmediziners Professor Saling: "Nicht nur der Weltraum ist zu unseren Lebzeiten so spektakulär erschlossen worden, sondern es ist auch auf biologischem Gebiet eine vergleichbar wichtige Entwicklung in Gang gekommen und längst nicht abgeschlossen: Ich meine die medizinische Erschließung unserer ‚eigenen vorgeburtlichen Wiege`, unseres eigenen ‚Weltraums im Unterleib`." (Ärzte-Zeitung, 1.10.1992)

Spätestens seit der ersten Mondlandung und aktuell mit den täglichen Meldungen über die Vergrößerung des Ozonlochs erscheint die wissenschaftliche Außenansicht der Welt als Errungenschaft und als notwendig für die Problembewältigung (die in der Regel lediglich eine Problembeobachtung ohne Handlungskonsequenzen ist). Die Außenansicht des Inneren der Frau wird mit dieser Analogie ebenfalls zur Errungenschaft und zum Lösungsansatz.

Neben diesen wahrnehmungsprägenden Angeboten von sprachlichen und visuellen Bildern sind wir mit der Umdeutung uns noch vertrauenswürdig erscheinender Begriffe konfrontiert. Die Rede von der "Würde der Frau" meint nicht mehr die körperliche und geistige Unversehrtheit, die es zu wahren und zu verteidigen gilt, sondern meint vielmehr die Zwangsbehandlung mit medizinischen Standards, so menschenverachtend und vernichtend sie auch sein mögen.

Die Rede von der "Entscheidungsfreiheit" meint nicht mehr die Möglichkeit, sich gegen eine medizinische Behandlung zu entscheiden, sondern meint vielmehr das ordnungsgemäße Wahrnehmen eines vorgefertigten Angebots.

Auch die Art des Argumentierens prägt den Rahmen, in dem über medizinisierte Schwangerschaft geredet werden darf. Mit der Versäumnisdrohung - Dreh- und Angelpunkt des Argumentierens - wird jegliches medizinisches Experiment durchgesetzt und zur einzig lebensrettenden Maßnahme erklärt. Das Versäumnis - also das Nicht-Wahrnehmen eines statistisch "erwiesenen" oder noch nicht erprobten Therapieangebots - wird mit der Drohung des "selbstverschuldeten Todes" verknüpft oder als "unterlassene Hilfeleistung", als Pflichtverweigerung gewertet.

Das juristische Gerüst, in dem Schwangerschaft verhandelt wird, bestätigt das neue "Objekt der Fürsorge" moderner Medizin - das "Leben". Das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1975 konstituiert den "Embryo/Fötus" als "selbständiges menschliches Wesen ... Das sich im Mutterleib entwickelnde Leben steht als selbständiges Rechtsgut unter dem Schutz der Verfassung" (zitiert nach Vera Bayer, Beratung ist der Schlüssel zum Leben, Wechselwirkung Nr.59, Feb.1993)

Von einer "Pflicht zum Austragen der Schwangerschaft" - wie in Erlangen bis über den medizinisch angenommenen Tod hinaus - wird nur bei eugenischen Bedenken abgesehen. Für diese Fälle steht schon ein weiteres juristisches Reglement zur Verfügung: Schadensersatzansprüche bei nachgewiesenem Versäumnis

seitens des Arztes/der Ärztin, über die Möglichkeiten der pränatalen Diagnostik Aufklärung geboten zu haben, sind per Gericht einklagbar, falls das geborene Kind behindert ist.

Die Erarbeitung von Distanzen gegenüber den wissenschaftlichen "Tatsachen" scheint mir ein wichtiger Schritt zu sein, um der beschriebenen Totalität moderner Medizin zu entgehen. Mir scheint wesentlich, uns sprachlich zu distanzieren, uns nicht den "Föten", den "Normvarianten" medizinischer Experten anzudienen. Wir brauchen eine Sprache, die sich zur Vernutzung durch die Medizin nicht eignet, die entlarvend der wissenschaftlichen Praxis gegenüber ist und die beharrlich nicht-medizinisierten Vorstellungen vom Schwangergehen, Gebären und Sterben Ausdruck verleiht.

Mir scheint wesentlich, uns in unseren Zukunftsvorstellungen zu distanzieren, uns unsere Lebensphantasien nicht von Zahlen, Prozenten und Lehrbuchbildern vorschreiben zu lassen. Wir brauchen Lebenszusammenhänge und -vorstellungen, die keiner wissenschaftlichen Absicherung bedürfen.

Mir scheint wesentlich, uns von der Unvermeidlichkeit der medizinischen Drohung zu distanzieren. Krankheit, Leid und Erleben richten sich nicht nach medizinischen Weissagungen und sollten den Blick weg von den Zahlen und hin zu der Mehrzahl von Menschen richten, die ihr Leben der Medizin zum Trotz eben nicht nach der pathologischen Norm vollbringen und vollenden.

Erika Feyerabend

Genarchiv/Finrrage

Die Betrachterin vorm Bildschirm ist wandlos geworden, die Grenze zwischen Innen und Außen ist aufgehoben. Sie kann und soll den Blick "von außen" ins eigene Körperinnere einüben. Dieser Blick gilt als der einzig wahre, vermittelt er doch die Suggestion der verallgemeinerbaren Teilhabe am eigenen Inneren.

Fehlersuche und "Therapieterror"

Der Blick "von außen" provoziert und bestätigt den Zugriff "von außen" als den einzig adäquaten. Die Leibesfrucht - als Schwangerschaftsprodukt verstanden, benannt und bildlich hergestellt - wird in der pränatalen Diagnostik bewertend in Statistiken, Chromosomenraster und DNA-Systematik eingeordnet. Für den Einstieg in eine solch invasive Diagnostik und risikobehaftete Therapiebehauptung muß die Frau herhalten. An ihr, ihrem Alter, ihrer Familie, ihren Körperdaten wird das Risiko festgemacht, die Vermutung auf Föten ausgedehnt und zu dessen vereintlichen Nutzen die Frau verletzt - von Medikamentenversuchen bis zu chirurgischen Eingriffen.

Im Zeitalter der Technokratie geraten Frauen auch als "lebende Gewebebanken" (Ingrid Schneider, Der Frauenkörper als Plantage, in: Freitag 5.2.93) ins Blickfeld der Medizin. Was in Erlangen und in der §218-debatte als "Leben" gewertet wird, wird hier zum verwertbaren, patentierbaren und veräußerbaren Zellhaufen. Die Verwendung von menschlichem Fötalgewebe sei für die Medizin, "was die Superleitfähigkeit für die Physik ist" erklärte ein New Yorker Arzt bereits 1987. (Newsweek, 14.9.87) 1986 führte der Knochenmarksspezialist Robert Gale Experimente mit fötalem Gewebe bei den hoffnungslos verseuchten Tschernobylopfern durch. (Ärztezeitung 202, 1988) 1987 wurde in Mexiko fötales gewebe ins Hirn eines Parkinsonkranken verpflanzt. Weltweit solen mittlerweile 400 Kranke gleichen Versuchen unterzogen worden sein. (taz, 13.3.1991)

In Großbritannien, USA, Frankreich, Kuba, Mexiko, Polen, Spanien und China stehen Therapie-Versuche bei Diabetikern, Patienten mit Alzheimer, Chorea Huntingdon, Schlaganfall, Epilepsie u.a.m. auf der medizinischen Tagesordnung. 1992 wurde folgerichtig das internationale Informationsnetzwerk NECTAR zum Austausch der Implantations"therapeuten" gegründet. (Freitag, 5.2.1993) Schier unbegrenzt scheinen auch die Verwendungsmöglichkeiten in der Umwelt- und Medikamentenverträglichkeitsprüfung, bei der Impfstoffgewinnung, der Interferon-Produktion, in der Aids- und Krebsforschung bis hin zur bakteriologischen Kriegswaffenforschung zu sein. Föten aus Südkorea wurden von US-amerikanischen Militärs für 25 Dollar pro Stück eingeführt. (Kölner Stadtanzieger, 24.8.84)

Frauen sind Lieferantinnen eines begehrten Rohstoffes für die Medizin geworden. Die Produktion von Gewebe und die Zeugung von Menschen zum Zwecke ihrer Verwertung liegt nicht nur nahe, sie ist gedanklich schon vollzogen und praktisch erprobt. Das amerikanische Magazin "Time" vom 17. Juni 1991 berichtet über die

Befragung unter Medizinern der bedeutendsten amerikanischen Transplantationszentren. Die Untersuchung ergab, daß in den letzten Jahren KInder wegen Organ- und Gewebe-Transplantationen gezeugt wurden. Frauen wurden schwanger, damit dem leukämiekranken älteren Kind Knochenmark zur Verfügung gestellt werden konnte; Frauen ließen sich mit dem Sperma des geschiedenen Mannes künstlich befruchten, um dem Kind aus der gemeinsamen Ehe eine Knochenmarkstransplantation zu ermöglichen; Frauen wurden schwanger, um dem kranken Kind eine "passende" Niere bereit stellen zu können; Frauen wollten sich mit dem Samen kranker Familienangehöriger künstlich befruchten lassen, um nach erfolgter Abtreibung fötales Gewebe zur "Behandlung" abgegen zu können. (taz, 13.3.91/Freitag 5.2.93) Erste Transplantationsversuche von Fötus zu Fötus sind bereits unternommen worden (Ärzte-Zeitung, 22.11.91) und mit "erfolgreichen" Einfrierversuchen von älteren Embryonen dürfte der technologische Grundstock für Embryonen-Banken gelegt worden sein. (FAZ, 14.12.1988)

Derartige Bericht sind als Propaganda gedacht. Sie verbreiten die Illusion, daß es selbst in "hoffnungslosen" Situationen noch die "Wahl der Gewebeproduktion" gebe. Sie deuten die Konsequenzen eines medizinischen Handelns an, die mir nur noch als "Terror der Therapie" beschreibbar scheinen.

12. Essener Erklärung zum "Mustergesetzentwurf für Organtransplantation" (Dokumentation)

Rubrik: Gentechnologie · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:43

Wir drucken im folgenden die "Essener Erklärung" in wesentlichen Teilen ab. Der vollständige Text, kombiniert mit einer Unterschriftenliste zur Unterstützung dieser Erklärung kann bezogen werden vom Genarchiv/Impatientia e.V. Friederikenstr. 41, 4300 Essen 1

Tel.: 0201/784248.

Die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) der Länder hat sich auf einen "Mustergesetzentwurf für Organtransplantationen" geeinigt, der weitestgehend mit dem Entwurf der Arbeitsgemeinschaft der Transplantationszentren übereinstimmt (sog. Informationslösung). Nun soll über die Bundesländer ein bundeseinheitliches Gesetz herbeigeführt werden, das die Voraussetzungen und Bedingungen der Organentnahme rechtlich regeln soll.

In der Begründung des Entwurfs ist die Rede davon, daß es die Absicht des Gesetzes sei, die "Spendebereitschaft" zu erhöhen. Das Gesetz soll also die Voraussetzungen dafür schaffen, um den Zugriff auf die Organe Sterbender zu erleichtern.

Im Sinne dieser Ausrichtung waren an den Beratungen für ein Transplantationsgesetz maßgeblich jene beteiligt, die am Ausbau der Transplantationsmedizin interessiert sind: u.a. die Deutsche Stiftung Organtransplantation, die Arbeitsgemeinschaft der Transplantationszentren, die Interessenverbände der Dialysepatienten und Organtransplantierten sowie der Arbeitskreis Organspende.

Mit diesem Vorgehen wird dem schon vorhandenen Bestreben zum Ausbau dieser medizinischen Struktur die juristische Absicherung, ja, der Rang einer gesetzlichen Verpflichtung, verliehen.

Wir lehnen eine derartige Regelung, die unseren Leib und unser Empfinden den behaupteten medizinischen Notwendigkeiten anpaßt, im Grundsatz ab.

Wir lehnen ein Gesetz ab, das die Abgabe von Organen zum Standard, zur sozialen Pflicht erklärt.

Menschen, die sich im Grundsatz nicht über den Gebrauchswert ihres Leibes Gedanken machen wollen, die meinen, daß die Grenze zwischen Leben und Tod keine Definitionssache von Experten ist, werden so öffentlichrechtlich ins "Unrecht" gesetzt.

Weil der Entwurf für ein Transplantationsgesetz faktisch ein Organbeschaffungs-Gesetzentwurf ist, wird der "Hirntod" als Tod des Menschen anerkannt. (Paragraph 4)

Die Definition des Hirntodes dient als Voraussetzung zur Organentnahme. Sie schafft eine medizinische Diagnose, um menschliche Organe entnehmen zu können, ohne sich dem Vorwurf des Totschlags aussetzen zu müssen.

Was vor 1968 noch "irreversibles Koma" hieß, wurde nach der ersten öffentlichen Herztransplantation umdefiniert. Willkürlich wurden unterschiedliche diagnostische Daten zum "Hirntod" vereint. Willkürlich wurde vereinbart, einen Moment im Sterben eines Menschen herauszugreifen, zeitlich zu fixieren, um sich transplantabler Organe bemächtigen zu können, weil wirklich Gestorbene für die Transplantationsmedizin unnütz sind. (Paragraphen 3 und 4)

Die Grenze zwischen Leben und Tod aber entzieht sich einer präzisen Definition. Eindeutigkeit kann auch nicht dadurch erzielt werden, daß mehrere Mediziner die Erfüllung bestimmter Kriterien beobachten.

Dies wird u.a. auch daran deutlich, daß die Hirntodkriterien international unterschiedlich gehandhabt werden. Das bedeutet, daß ein sterbender Mensch in der Bundesrepublik Deutschland für "tot" erklärt werden kann, während er in Großbritannien noch als "lebend" gilt.

PatientInnen, die zu Hirntoten erklärt werden, sind keineswegs kalt, starr, bleich und leblos, sondern warm und durchblutet. Das Herz schlägt, dokumentiert ist auch die Fähigkeit, Bewegungen zu vollziehen. Was wir

Lebenszeichen nennen (Herz-Kreislauf-Aktivität, Bewegung, Fehlgeburt wie im sog. Erlanger Fall u.a.m.), definieren Mediziner neurologisch als Reflexe - gemäß ihrer Kriterien.

Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns daher gegen die laufende Praxis der Transplantationsmedizin, wie auch gegen das gesetzliche Vorhaben, die Definition "Hirntod' als Tod des Menschen juristisch anzuerkennen.

Die im Entwurf gewählte sprachliche Bezeichnung "Leichnam", ein Begriff, der mit Totenstarre, Verwesung u.a.m. assoziiert ist, ist absolut unzutreffend. Die Verwendung dieses Begriffes leistet der Absicht Vorschub, sich menschlicher Organe wie Sachen (Dinge) bemächtigen zu können. (Paragraph 7 u.a.)

Auch von der "Würde des Leichnams" (Paragraph 7) kann bei der gängigen Praxis und deren hier gewollter Legitimierung keine Rede mehr sein. Der Begriff der "Würde" wird in diesem Kontext auf die "Einhaltung vorschriftsmäßiger Behandlungsweisen" (z.B. das Zunähen nach der Organwegnahme) reduziert.

Weil mit dem vorliegenden Entwurf die Organbeschaffung intendiert ist, wird ein Recht auf das Organ eines anderen Menschen konstruiert und damit die Sozialpflichtigkeit zur Veräußerung von Körperteilen vorausgesetzt. Wird ein Recht seitens Dritter am Körper eines anderen Menschen behauptet, dann ist in der Praxis davon auszugehen, daß ein/e hilfsbedürftige/r Patient/in immer auch als potentielle/r Organspender/in betrachtet wird, daß therapeutische Perspektiven vorenthalten werden, daß Hilfe unterlassen wird, um dem vermeintlichen Recht Dritter nachzukommen.

Wir wenden uns entschieden gegen die im Gesetzentwurf zugrunde gelegte Unterstellung, es gäbe ein Recht Dritter an den Organen eines anderen Menschen. Ein solches Recht kann und darf es nicht geben.

Die beabsichtigte Übertragung von Verfügungsrechten über den Körper eines Sterbenden auf Angehörige und Erziehungsberechtigte zielt einzig auf die Organbeschaffung. (Paragraph 10)

Wir bestreiten jedes Verfügungsrecht über den Körper eines Menschen, der im Sterben liegt, ebenso die Übertragung eines solchen konstruierten Rechtes auf Angehörige, Erziehungsberechtigte und staatliche Behörden.

Auch der Gesetzgeber scheint "Mißbrauch" seitens der medizinischen und organisatorischen Struktur, die den Bedarf an Körperteilen geschaffen hat und dessen Befriedigung gewährleisten soll, einzukalkulieren.

Dem soll mit der Datenerfassung von Meinung und Entscheidung des Einzelnen begegnet werden. Die persönliche Haltung soll gegenüber einer Behörde zentral registriert werden. (Paragraphen 5 und 11)

Was als "Schutz" des Individuums präsentiert wird, ist auf dem Hintergrund der o.g Sozialpflichtigkeitserklärung, der öffentlichen Debatte zur Transplantation und der explizit formulierten Zielsetzung des Gesetzes nichts weiter als ein Legitimationsrahmen fdr die Organbeschaffung.

Auf diese Weise wird jeder/jedem Einzelnen eine Entscheidung und deren Veröffentlichung abgerungen, die nur den Zwängen folgt, die von der Transplantationsmedizin bzw. dem angestrebten Transplantationsgesetz selbst auferlegt werden.

Weil der Entwurf ein Organbeschaffungs-Gesetzentwurf ist, ist die Steigerung der finanziellen, personellen und apparativen Kapazitäten beabsichtigte Folge und Konsequenz.

Damit wird von Gesetzes wegen der Weg freigegeben, andere therapeutische Ansätze zu vernachlässigen, die therapeutischen Möglichkeiten der Medizin insgesamt einzuengen, die Alltagsversorgung von Kranken einzuschränken zugunsten dieser personal- und apparate-intensiven Medizin.

Wir wenden uns entschieden gegen die hier angedeutete Schwerpunktverschiebung in der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung.

(...)

Essener Erklärung zum "Mustergesetzentwurf für Organtransplantation"

Wir drucken im folgenden die "Essener Erklärung" in wesentlichen Teilen ab. Der vollständige Text, kombiniert mit einer Unterschriftenliste zur Unterstützung dieser Erklärung kann bezogen werden vom Genarchiv/Impatientia e.V. Friederikenstr. 41, 4300 Essen 1

Tel.: 0201/784248.

Die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) der Länder hat sich auf einen "Mustergesetzentwurf für Organtransplantationen" geeinigt, der weitestgehend mit dem Entwurf der Arbeitsgemeinschaft der Transplantationszentren übereinstimmt (sog. Informationslösung). Nun soll über die Bundesländer ein bundeseinheitliches Gesetz herbeigeführt werden, das die Voraussetzungen und Bedingungen der Organentnahme rechtlich regeln soll.

In der Begründung des Entwurfs ist die Rede davon, daß es die Absicht des Gesetzes sei, die "Spendebereitschaft" zu erhöhen. Das Gesetz soll also die Voraussetzungen dafür schaffen, um den Zugriff auf die Organe Sterbender zu erleichtern.

Im Sinne dieser Ausrichtung waren an den Beratungen für ein Transplantationsgesetz maßgeblich jene beteiligt, die am Ausbau der Transplantationsmedizin interessiert sind: u.a. die Deutsche Stiftung Organtransplantation, die Arbeitsgemeinschaft der Transplantationszentren, die Interessenverbände der Dialysepatienten und Organtransplantierten sowie der Arbeitskreis Organspende.

Mit diesem Vorgehen wird dem schon vorhandenen Bestreben zum Ausbau dieser medizinischen Struktur die juristische Absicherung, ja, der Rang einer gesetzlichen Verpflichtung, verliehen.

Wir lehnen eine derartige Regelung, die unseren Leib und unser Empfinden den behaupteten medizinischen Notwendigkeiten anpaßt, im Grundsatz ab.

Wir lehnen ein Gesetz ab, das die Abgabe von Organen zum Standard, zur sozialen Pflicht erklärt.

Menschen, die sich im Grundsatz nicht über den Gebrauchswert ihres Leibes Gedanken machen wollen, die meinen, daß die Grenze zwischen Leben und Tod keine Definitionssache von Experten ist, werden so öffentlichrechtlich ins "Unrecht" gesetzt.

Weil der Entwurf für ein Transplantationsgesetz faktisch ein Organbeschaffungs-Gesetzentwurf ist, wird der "Hirntod" als Tod des Menschen anerkannt. (Paragraph 4)

Die Definition des Hirntodes dient als Voraussetzung zur Organentnahme. Sie schafft eine medizinische Diagnose, um menschliche Organe entnehmen zu können, ohne sich dem Vorwurf des Totschlags aussetzen zu müssen.

Was vor 1968 noch "irreversibles Koma" hieß, wurde nach der ersten öffentlichen Herztransplantation umdefiniert. Willkürlich wurden unterschiedliche diagnostische Daten zum "Hirntod" vereint. Willkürlich wurde vereinbart, einen Moment im Sterben eines Menschen herauszugreifen, zeitlich zu fixieren, um sich transplantabler Organe bemächtigen zu können, weil wirklich Gestorbene für die Transplantationsmedizin unnütz sind. (Paragraphen 3 und 4)

Die Grenze zwischen Leben und Tod aber entzieht sich einer präzisen Definition. Eindeutigkeit kann auch nicht dadurch erzielt werden, daß mehrere Mediziner die Erfüllung bestimmter Kriterien beobachten.

Dies wird u.a. auch daran deutlich, daß die Hirntodkriterien international unterschiedlich gehandhabt werden. Das bedeutet, daß ein sterbender Mensch in der Bundesrepublik Deutschland für "tot" erklärt werden kann, während er in Großbritannien noch als "lebend" gilt.

PatientInnen, die zu Hirntoten erklärt werden, sind keineswegs kalt, starr, bleich und leblos, sondern warm und durchblutet. Das Herz schlägt, dokumentiert ist auch die Fähigkeit, Bewegungen zu vollziehen. Was wir Lebenszeichen nennen (Herz-Kreislauf-Aktivität, Bewegung, Fehlgeburt wie im sog. Erlanger Fall u.a.m.), definieren Mediziner neurologisch als Reflexe - gemäß ihrer Kriterien.

Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns daher gegen die laufende Praxis der Transplantationsmedizin, wie auch gegen das gesetzliche Vorhaben, die Definition "Hirntod" als Tod des Menschen juristisch anzuerkennen.

Die im Entwurf gewählte sprachliche Bezeichnung "Leichnam", ein Begriff, der mit Totenstarre, Verwesung u.a.m. assoziiert ist, ist absolut unzutreffend. Die Verwendung dieses Begriffes leistet der Absicht Vorschub, sich menschlicher Organe wie Sachen (Dinge) bemächtigen zu können. (Paragraph 7 u.a.)

Auch von der "Würde des Leichnams" (Paragraph 7) kann bei der gängigen Praxis und deren hier gewollter Legitimierung keine Rede mehr sein. Der Begriff der "Würde" wird in diesem Kontext auf die "Einhaltung vorschriftsmäßiger Behandlungsweisen" (z.B. das Zunähen nach der Organwegnahme) reduziert.

Weil mit dem vorliegenden Entwurf die Organbeschaffung intendiert ist, wird ein Recht auf das Organ eines anderen Menschen konstruiert und damit die Sozialpflichtigkeit zur Veräußerung von Körperteilen vorausgesetzt. Wird ein Recht seitens Dritter am Körper eines anderen Menschen behauptet, dann ist in der Praxis davon auszugehen, daß ein/e hilfsbedürftige/r Patient/in immer auch als potentielle/r Organspender/in betrachtet wird, daß therapeutische Perspektiven vorenthalten werden, daß Hilfe unterlassen wird, um dem vermeintlichen Recht Dritter nachzukommen.

Wir wenden uns entschieden gegen die im Gesetzentwurf zugrunde gelegte Unterstellung, es gäbe ein Recht Dritter an den Organen eines anderen Menschen. Ein solches Recht kann und darf es nicht geben.

Die beabsichtigte Übertragung von Verfügungsrechten über den Körper eines Sterbenden auf Angehörige und Erziehungsberechtigte zielt einzig auf die Organbeschaffung. (Paragraph 10)

Wir bestreiten jedes Verfügungsrecht über den Körper eines Menschen, der im Sterben liegt, ebenso die Übertragung eines solchen konstruierten Rechtes auf Angehörige, Erziehungsberechtigte und staatliche Behörden.

Auch der Gesetzgeber scheint "Mißbrauch" seitens der medizinischen und organisatorischen Struktur, die den Bedarf an Körperteilen geschaffen hat und dessen Befriedigung gewährleisten soll, einzukalkulieren.

Dem soll mit der Datenerfassung von Meinung und Entscheidung des Einzelnen begegnet werden. Die persönliche Haltung soll gegenüber einer Behörde zentral registriert werden. (Paragraphen 5 und 11)

Was als "Schutz" des Individuums präsentiert wird, ist auf dem Hintergrund der o.g Sozialpflichtigkeitserklärung, der öffentlichen Debatte zur Transplantation und der explizit formulierten Zielsetzung des Gesetzes nichts weiter als ein Legitimationsrahmen fdr die Organbeschaffung.

Auf diese Weise wird jeder/jedem Einzelnen eine Entscheidung und deren Veröffentlichung abgerungen, die nur den Zwängen folgt, die von der Transplantationsmedizin bzw. dem angestrebten Transplantationsgesetz selbst auferlegt werden.

Weil der Entwurf ein Organbeschaffungs-Gesetzentwurf ist, ist die Steigerung der finanziellen, personellen und apparativen Kapazitäten beabsichtigte Folge und Konsequenz.

Damit wird von Gesetzes wegen der Weg freigegeben, andere therapeutische Ansätze zu vernachlässigen, die therapeutischen Möglichkeiten der Medizin insgesamt einzuengen, die Alltagsversorgung von Kranken einzuschränken zugunsten dieser personal- und apparate-intensiven Medizin.

Wir wenden uns entschieden gegen die hier angedeutete Schwerpunktverschiebung in der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung. (...)

13. Bunkerleben und Kinderlandverschickung (Buchvorstellung)

Eimsbüttler Jugend im Krieg - Buchvorstellung

Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:37

Unter diesem Titel hat kürzlich die Galerie Morgenland in Hamburg ein interessantes Buch herausgebracht. Der Titel verrät es schon, es geht um das Leben Jugendlicher (Jahrgang 1924 bis 1930) während des Faschismus in der Kriegszeit im Hamburger Arbeiterwohnviertel Eimsbüttel.

Das Leben in den Bunkern war dabei von doppelter Bedeutung. Denn seit 1943, dem Großangriff auf Hamburger Wohnviertel in der Aktion "Gomorrha", waren rund 50% des Hamburger Wohnraums zerbombt, rund 2% der Bevölkerung war dabei umgekommen. Täglich wurden einige Stunden im Bunker verbracht. Für Jugendliche war dieser Bunkeraufenthalt aber nicht nur Unterschlupf, viele organisierten sich selbst während des Bombenalarms darin Schmuseecken und Tanzveranstaltungen, obwohl Tanzen während der Kriegszeit nur in der Tanzschule erlaubt war. Die verwendete Musik war sowieso verboten.

Die Kinderlandverschickung hatte eine alte Tradition sowohl in der bündischen Jugend als auch in der Arbeiterbewegung. Sie wurde von den Faschisten nicht nur aufgegriffen, sondern insbesondere nach den Bombenangriffen und dem weitgehenden Zusammenbruch des Schulwesens zu einem allgemeinen "freiwilligen" Programm erhoben. Es sollte dem Schutz, aber auch der nazionalsozialistischen Indoktrination bzw. Kriegsvorbereitung dienen und umfaßte immerhin rund 20% aller Jugendlichen in Hamburg. Während die verschickten Jugendlichen dieses Lagerleben offensichtlich ganz in Ordnung fanden, mußten die Verantwortlichen feststellen, daß die Eltern die langen Verschickungen eher als Kinderraub betrachteten und ohne Rücksicht auf die Bestimmungen auf die Rückkehr ihrer Kinder drängten oder sie häufig einfach abgeholt haben.

Das besondere und interessante an dem Buch ist, daß die beiden AutorInnen, Jutta Deide-Lüchow und Volker Böge, sich zwar auch auf Archiv-Material stützen, aber ihr Buch im wesentlichen auf Interviews mit damals jugendlichen Zeitzeugen aufbauen. Sie verzichten dabei - wie es im Vorwort heißt - bewußt auf die Methode der 68er, sich mit den Äußerungen politisch auseinanderzusetzen oder weiter bei den Befragten zu insistieren. Natürlich ist das Ergebnis, auch darauf wird die LeserIn im Vorwort ausdrücklich hingewiesen, subjektiv und im wahrsten Sinne des Wortes geschönt, und die Methode ist wissenschaftlich umstritten. Zustandegekommen ist das Projekt dadurch, daß die Galerie Morgenland zuvor ein Buch über den Widerstand in Eimsbüttel herausgebracht hatte. Das Buch war von einem ehemaligen KPD-Mitglied geschrieben. Einige hatten sich daraufhin direkt als Zeitzeugen angeboten, weitere wurden gesucht.

Das Ergebnis ist dann in zweierlei Hinsicht interessant. Man bekommt ein plastisches Bild und beschäftigt sich mit der Frage, wie man das verstehen soll. Die Interviewten stammen in der Regel aus Familien der Arbeiterbewegung des vormals roten Eimsbüttel. (Andere haben sich nicht gemeldet.) Sie zeigen ein Bild, wieviel Jugendleben es auch im Krieg quer und entgegen der nazionalsozialistischen Ideologie und Vorschriften gegeben hat. Wieviel Drückebergerei gegenüber der staatlich verordneten HJ- und BDM-Mitgliedschaft, wieweit nicht nur die Begeisterung für verbotene Musik reichte, sondern daß diese auch allenthalben gehört und gespielt wurde. Was alles unternommen oder daß sogar Ausweise gefälscht wurden, um noch nach 18 Uhr sich auf der Straße, in verbotenen Veranstaltungen, Kinos oder Kneipen herumzutreiben oder um auch "nur" in der Öffentlichkeit rauchen oder als Mädchen Hosen tragen zu können. Man erfährt, daß es sogar in dieser Zeit des Kriegs und allgemeiner Staatsdiktatur, striktester Verbote für Jugendliche und deren Überwachung ein breiteres Spektrum ähnlichen Jugendverhaltens gegeben hat, wie es heute üblich ist. Es werden die zum Teil handfesten Konflikte mit den HJ-Streifen beschrieben. Die HJ-Streifen setzten sich nämlich aus der "Elite", aus jugendlichen SS-Kandidaten zusammen, die auf der Straße jeden "zersetzenden" Einfluß auf die Jugend bekämpfen sollten. Es wird von der erschrockenen und massiven Reaktion des Staates berichtet. Nach einer Prügelei mit einer HJ-Streife wird in großer Staatsaktion die "kriminelle Pfennig-Bande", wie es heute heißen würde, für ein halbes Jahr hinter Schloß und Riegel gesteckt, ohne den Eltern Gründe anzugeben. Mit allen Regeln der damaligen Verhör-"Kunst" hatte man sich lange Zeit vergeblich bemüht, die

kommunistischen Drahtzieher im Hintergrund ausfindig zu machen. Spätestens seit den Berichten über die Edelweißpiraten sind solche Vorgänge bekannt geworden. Das Buch macht deutlich, daß es sich um eine sehr viel verbreitetere Erscheinung gehandelt hat, als man vielleicht gedacht hat. In dem Buch wird, gestützt auf andere Untersuchungen und Bewertungen, hervorgehoben, wo die nationalsozialistische Ideologie auch auf Grenzen gestoßen ist, wie wenig sie für alle funktioniert hat; wie sich Arbeiterjugendliche, ohne persönliche Erinnerungen an die Zeit davor, massivem Anpassungsdruck und der Integration widersetzt haben.

Mich selbst hat etwas anderes mehr in Erstaunen versetzt. Überspitzt gesagt, wie gut der Nationalsozialismus auch in dem Teil funktioniert hat, der als gefährlich galt, wo das Viertel und auch die Jugendlichen in der Gefahr der "Zersetzung" und als mögliches Widerstandspotential eingeschätzt wurden. Nach der Aktion "Gomorrha" wurde allgemein offen gesprochen, heißt es in dem Buch, Anweisungen des Staates galten nichts. In fast allen interviewten Familien wurde illegal "Feindsender" gehört. Aber entgegen den Befürchtungen der Staatsbehörden passierte politisch gar nichts. Selbst wenn der kommunistische Onkel "zerbeult" aus dem KZ zurückgekehrt vor der Tür stand und aus Angst nicht reingelassen wurde, wenn der "Zigeuner-Freund", mit dem man tolle Musik gehört hatte, dann "verschwunden" war. Auch als die Juden aus dem Viertel erst kaserniert wurden und dann verschwunden waren und ihre Möbel zur Versteigerung abgeholt wurden. Als ausgemergelte Kriegsgefangene oder auch halbverhungerte ungarische Juden nicht nur im Viertel untergebracht waren, sondern zum Beispiel Aufräumarbeiten unter aller Augen verrichten mußten, geben die Interviewten von sich als Jugendlichen ein Bild, bei dem nicht einmal ein Erkenntnisdrang, über diese Vorgänge etwas zu erfahren, zu erkennen ist. Obwohl z.B. berichtet wird, daß die "Pfennig-Bande" etwas prahlerisch der HJ-Streife damit drohte, sie werde als nächstes die alten (roten) Fahnen (ihrer Eltern) wieder vom Boden holen.

Es wird weiterhin allgemein unterstrichen, wie wichtig diesen Jugendlichen der Familienzusammenhalt war. Aber obwohl es sich in vielen Fällen um Familien mit sozialdemokratischer oder auch kommunistischer Vergangenheit oder zumindest Verwandtschaft und Umgang handelte, war zwar eine alltägliche Solidarität vorhanden, aber ansonsten jede politische Verständigung tabu. Zum Schluß des Buches wird gesagt, daß die Interviewten diese Einstellung auch in der Nachkriegszeit beibehalten haben: Eine distanzierte und ‚skeptische` Generation, aber auf das konkrete eigene Leben bezogen.

Ich kann also am Schluß den Anfang wiederholen, es ist auf jeden Fall ein interessantes, spannend zu lesendes Buch.

HH

Bunkerleben und Kinderlandverschickung, Eimsbüttler Jugend im Krieg. Herausgegeben von der Galerie Morgenland. Dölling und Galitz Verlag, DM 19,80

14. Chronologie rassistischer Anschläge (1.3.29.3.93)

und der bundesdeutschen rassistischen und antisemitischen Alltäglichkeit

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:35

Anfang März

In Hamburg hat die Stadtentwicklungsgesellschaft einem Roma-Club die Räume gekündigt. Parallel zur Kündigung hat die Gesellschaft einen rassistischen "Bericht zur Situation der Roma im Karolinenviertel" vorgelegt. In dem "Bericht" heißt es u.a., daß Roma "lauter und exotischer" seien als Sinti. "Beiden Gruppen gemeinsam ist aber eine traditionelle Händlermentalität: Ein Lebensziel, das in Deutschland für sie kaum auszuleben ist. Die Folgen sind häufig Sozialhilfebezug." Die Erkenntnis, daß zur "kulturellen Identität" der "Zigeuner" "ihre Offenheit für das Irrationale, ihr Sinn für Schönheit und ihr Verhältnis zur Musik" gehört, steht neben der lapidaren Feststellung, Roma hätten so viele Kinder wegen der "damit verbundenen materiellen Versorgung (u.a. Kindergeld)". (FR, 2.3.93)

In Berlin wird bekannt, daß Polizeibeamte Ausländer auf Polizeiwachen zusammengeschlagen und bei Verkehrskontrollen übel beschimpft haben. Allein auf dem Polizeiabschnitt 33 in Moabit soll es gleich mehrere Exzesse dieser Art gegeben haben. Opfer dieser Prügeleien wurden als "Saujuden" beschimpft. Die rassistischen Überfälle wurden von den anderen Beamten durch deren Korpsgeist gedeckt. Doch auch in anderen Revieren oder auf Straßen wurden Ausländer grundlos von Polizisten zusammengeschlagen und falsch angeschuldigt. So wurde ein Ausländer in unmittelbarer Nähe der Gedächtniskirche von einem Zivilpolizisten von hinten angegriffen, in eine dunkle Ecke gezogen, blutig geschlagen und mit "Scheiß-Kanake" beschimpft. In Marzahn sei einem Vietnamesen grundlos von einer Polizeistreife Reizgas in die Augen gesprüht worden. Die Ausländerbeauftragte des Senats, Barbara John, hatte im Herbst bereits auf zwei Fälle von Übergriffen gegen Koreaner hingewiesen. Der Polizeipräsident leitete Ermittlungen gegen Beamte wegen des Verdachts der Körperverletzung ein. (Tagesspiegel, 9.3.93 und Berliner Zeitung (BZ), 10.3.93)

1.3.

In Coswig in Sachsen-Anhalt kommt es zu einer Schlägerei zwischen rechtsextremen und antifaschistischen Jugendlichen. (FAZ, 5.3.93)

2.3.

In Frankfurt/Main kritisierten Schulrektoren die Schuldezernentin Jutta Ebeling, weil diese SchülerInnen zu antirassistischem und antifaschistischem Engagement während der Schulzeit "angestiftet" habe. Nachdem Ebeling die SchülerInnen, die nach den Ausschreitungen von Rostock während der Unterrichtszeit auf die Straße gegangen waren, öffentlich für ihr Verhalten gelobt hatte, rüffelten die Oberstudiendirektoren: Dies sei "wenig hilfreich" und die Dezernentin möge sich doch künftig "etwas mehr Zurückhaltung auferlegen". Die Meinung der Oberstudiendirektoren teilt auch der hessische Kultusminister Holzapfel (SPD). (FR, 3.3.93)

Allein in Berlin registrierte das "Schwule Überfalltelefon" im letzten Jahr 211 Gewalttaten gegen Schwule. 1991 waren es noch 181 Fälle. Der Schwulenverband in Deutschland rechnet mit einer Dunkelziffer von 90 Prozent. Die Täter, so ein Sprecher des Verbandes, seien "ganz normale Jungs von nebenan", die sich der Zustimmung der schweigenden Mehrheit gewiß fühlen. (taz, 3.3.93)

3.3.

In Köln setzt die neofaschistische "Deutsche Liga" ein Kopfgeld von 1.000,- DM "Belohnung" zur "Ergreifung" einer Roma-Frau aus, die sich trotz Abschiebung in der BRD aufhält. Der Verantwortliche der "Deutschen Liga", Florian Brand: "Ihre Tage in Köln sind nunmehr gezählt". (Welt, 4.3.93)

In Berlin übermalen Mitglieder der "Falken", der Jugendorganisation der SPD, über 400 Hakenkreuze sowie neofaschistische und rassistische Parolen. (BZ, 4.3.93)

In Ostthüringen ist mit Hakenkreuzen für Spezialitäten einer Nürnberger Firma geworben worden. Auf den Werbeschriften befindet sich ein thüringisches Wappen aus der Nazizeit: Der Thüringer Löwe hält ein Hakenkreuz in der Pfote. (Welt, 4.3.93)

In Coswig versuchten neofaschistische Jugendliche, einen Freizeitclub zu überfallen. Die Polizei, die rechtzeitig informiert worden war, konnte den Überfall verhindern. 14 mit Baseballschlägern, Eisenketten, Messern und Zaunlatten bewaffnete Neofaschisten wurden vorübergehend festgenommen. (FAZ, 5.3.93)

4.3.

In Luckenwalde in Brandenburg sind drei rumänische Asylbewerber wiederum angegriffen, bedroht und verfolgt worden. 15 neofaschistisch orientierte Jugendliche inszenierten eine regelrechte Verfolgungsjagd. Die Polizei konnte drei der Täter festnehmen. (BZ, 6.3.93)

In München-Obersendling wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende verübt. Personen wurden nicht verletzt. Es entstand 22.000 DM Sachschaden. (SZ, 6.3.93)

6.3.

In Essen-Kray mußte eine sechsköpfige Familie aus Sri Lanka aus einem Fenster ihrer Wohnung auf ein Garagendach flüchten, weil im Haus ein Kellerbrand ausgebrochen war. Die 36jährige Frau stürzte dabei ab und erlitt mehrere Wirbel- und Rückenbrüche. Auch der 43jährige Familienvater und die vier Kinder im Alter von zwei bis zehn Jahren mußten wegen Rauchvergiftungen ins Krankenhaus gebracht werden. Ermittlungen ergaben, daß seit dem Einzug der tamilischen Familie in das Haus bereits mehrmals kleine Kellerbrände entdeckt worden waren. (FR, 9.3.93)

7.3.

In Essen wurde ein 30jähriger Asylbewerber aus Ex-Jugoslawien nach einem Discothekenbesuch von mehreren Deutschen angegriffen und schwer verletzt. Einer zerschlug eine Dachlatte auf dem Kopf des Opfers. Mindestens zwei Personen traktierten den Asylbewerber mit Fäusten und Fußtritten. Die Täter flüchteten unerkannt; sie waren zuvor durch ausländerfeindliche Sprüche aufgefallen. (FR, 9.3.93)

In Essen-Altendorf versuchten Unbekannte vergeblich, ein von Spätaussiedlern bewohntes Haus in Brand zu setzen. (FR, 9.3.93)

8.3.

In Cottbus ist das sowjetische Ehrenmal für die gefallen sowjetischen Soldaten mit Hakenkreuzen beschmiert worden. (Neues Deutschland (ND), 10.3.93)

In Erlenmoos in Baden-Württemberg ist ein 55jähriger Arbeiter von drei jungen Neofaschisten brutal überfallen worden. Die drei Männer legten umfangreiche Geständnisse ab. Dabei zeigten sie sich "stolz", zur rechten Szene zu gehören. Einer der Täter soll vor dem Überfall Asylbewerber mit einer Pistole bedroht haben. Der 20jährige wurde in Haft genommen. (taz, 12.3.93)

In Berlin-Zehlendorf brach ein Brand in einer Unterkunft für Asylsuchende aus. Die Kripo schloß einen Anschlag aus. Menschen wurden nicht verletzt. (BZ, 9.3.93)

In Norderstedt bei Hamburg brannte ein Kindergarten aus, in dem auch Jungen und Mädchen von AsylbewerberInnen betreut werden. (Konkret-Chronologie 4/93)

9.3.

In Nordrhein-Westfalen wurden nach Angaben des Innenministeriums im Februar 100 fremdenfeindliche Straftaten registriert. (Konkret-Chronologie 4/93)

In Gladenbach in Hessen brennt es in einer Unterkunft für Asylsuchende. (Konkret-Chronologie 4/93)

10.3.

In Mühlheim an der Ruhr haben zwei Neofaschisten einen 56jährigen Türken mit einer "Scheinhinrichtung" derart in Panik versetzt, daß der Mann einen tödlichen Herzinfarkt erlitt. Die beiden Neofaschisten hatten den

Türken an einer Bushaltestelle zunächst übel beschimpft und dann zu Boden geworfen. Einer der Täter hielt dem 56jährigen dann eine Gaspistole an den Kopf und drückte mehrfach ab, ohne daß sich ein Schuß löste. Die beiden Täter wurden wenig später festgenommen. (FR, 11.3.93)

11.3.

In Königs Wusterhausen wurden zwei Polizisten wegen gefährlicher Körperverletzung vom Dienst suspendiert. Die beiden Polizeibeamten hatten einen Zivilbeschäftigten der Westgruppe der russischen Streitkräfte geschlagen und verletzt. Die Polizisten hatten sich nach Dienstschluß mit Bekannten auf einem Firmengelände getroffen und Alkohol getrunken. Dabei bemerkten sie Personen, die offenbar Gegenstände von dem Gelände stehlen wollten. Ein 21jähriger Mann sei von den Polizisten gestellt und geschlagen worden. (BZ, 12.3.93)

12.3.

In Wittenberge in Brandenburg wurden auf einem sowjetischen Ehrenfriedhof 15 Grabsteine umgeworfen. (BZ, 15.3.93)

13.3.

In Goyat im Kreis Lübben wurde eine Schule mit Nazi-Parolen beschmiert. (BZ, 15.3.93)

14.3.

In Cottbus ist das Mahnmal für die Nazi-Opfer von Unbekannten geschändet worden. Das aus einer Gruppe von drei Personen bestehende Mahnmal wurde mit der vier Meter langen Aufschrift "Judas verrecke" beschmiert. Den drei Sandsteinfiguren sei außerdem in Brusthöhe jeweils ein Davidstern aufgemalt worden. Der Anschlag sei unmittelbar vor dem Eintreffen einer Schülerdelegation aus Israel verübt worden. (ND und FR, 16.3.93)

In Güstrow in Mecklenburg-Vorpommern wurde ein türkischer Asylbewerber von sechs Neofaschisten zusammengeschlagen. Die Angreifer brachen dem 25jährigen Türken das Handgelenk. Auch ein Polizist wurde verletzt, als er in die Schlägerei eingriff. Die Jugendlichen wurden vorübergehend festgenommen. (taz, 16.3.93)

In Stuttgart wurde das "Haus der Heimat Baden-Württemberg" geschlossen, da in der Bibliothek der Vertriebeneneinrichtung rechtsextremistische Bücher, Flugblätter und Zeitungen entdeckt worden waren. Der Leiter des Heimes soll erst vor kurzem Flugblätter des "Freundeskreis Freiheit für Deutschland" verteilt haben, in denen gegen Asylsuchende gehetzt wurde. (ND, 16.3.93)

In Dresden mußte die stellvertretende Bundesvorsitzende der PDS, Christine Ostrowski, zurücktreten, nachdem bekannt geworden war, daß sie ein Gespräch mit dem sächsischen Landesvorsitzenden der verbotenen "Nationalen Offensive", Mayer, geführt hatte. Ostrowski hatte öffentlich erklärt, daß es in der sozialen Frage in der Programmatik der PDS und der "Nationalen Offensive" große Gemeinsamkeiten gäbe. (ND, 16.3.93)

Mitte März

In Brandenburg wurde bekannt, daß es beim Polizeinachwuchs rechtsextreme Tendenzen gibt. Ein Sprecher der Landespolizeischule bestätigte, daß gegen drei Polizeidienstanwärter wegen mutmaßlicher Beteiligung an neofaschistischen Ausschreitungen ermittelt wird. Einer der Schüler sei bereits vom Dienst suspendiert worden. (taz, 16.3.93)

In Niedersachsen laufen sechs disziplinarrechtliche Vorermittlungen gegen Lehrer wegen rechtsradikaler oder ausländerfeindlicher Äußerungen. So habe etwa ein Lehrer wörtlich zu seinen Schülern gesagt: "Sie gehören vergast", ein anderer habe den Satz gebraucht: "Wegen euch gehören die Gasöfen wieder angeworfen". Gegen einen weiteren Lehrer werde wegen des Vorwurfs ermittelt, er benote ausländische Schüler grundsätzlich mit "ungenügend" oder "mangelhaft". Ein hannoverscher Gymnasiallehrer, der Mitglied der "Republikaner" ist, soll auf einer Parteiveranstaltung Heinz Galinski einen "dreckigen Juden" genannt haben. (taz, 18.3.93)

15.3.

In Erfurt hat eine 17jährige aus der rechten Szene stammende Frau eine 16jährige Schülerin brutal mißhandelt und beraubt. Die 17jährige schlug auf die Schülerin ein, sprühte ihr Reizgas ins Gesicht und trat sie mit Springerstiefeln. Dann nahm sie dem Mädchen eine Halskette und Zigaretten ab. Die 16jährige erlitt so schwere Verletzungen, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußte. (taz, 17.3.93)

In Rechlin in Mecklenburg-Vorpommern hat die Polizei auf einem Gehöft ein illegales Waffenlager ausgehoben. Eine Fliegerbordkanone, mehr als achtzig Granaten sowie Signal-, Alarm- und Nebelpatronen russischer Herkunft wurden sichergestellt. (Welt, 16.3.93)

16.3.

In Brandenburg ist in einem Wohnheim ein 17jähriger Lehrling von drei anderen Lehrlingen mißhandelt und zu "Heil Hitler"-Rufen gezwungen worden. Die Täter drangen in das Zimmer des Opfers ein, schlugen und knebelten ihn, schnitten ihm die Haare ab und schmierten seinen Körper mit Schuhcreme ein. Der Mißhandelte erlitt Blutergüsse am ganzen Körper und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Zwei Täter wurden festgenommen. (taz, 18.3.93)

In Beeskow haben Unbekannte den sowjetischen Ehrenfriedhof geschändet. Von den 20 Gräbern des Soldatenfriedhofs sind 18 rote Sterne entwendet worden. Die Kripo ermittelt. (BZ, 17.3.93)

In Potsdam haben unbekannte Täter den russischen Ehrenfriedhof mit Nazi-Symbolen, u.a. mit SS-Runen, besprüht. (Welt, 17.3.93)

17.3.

In Cottbus ist erneut das sowjetische Ehrenmal geschändet worden. Unbekannte hatten es mit Buchstaben beschmiert, die aber keinen sinnvollen Zusammenhang ergaben. (taz, 18.3.93)

19.3.

In Mecklenburg-Vorpommern kann laut Erlaß aus dem Innenministerium nur Arzt werden, wer nicht nur über einen deutschen Paß verfügt, sondern einen Ahnennachweis erbringt, in dem er haarklein nachweist, daß seine Vorfahren seit 1914 deutschstämmig waren. (Schweriner Volkszeitung, 25.3.93)

In der "Frankfurter Rundschau" wurde enthüllt, daß der Frankfurter Hochschullehrer und Biomechaniker, Rainer Ballreich, die sogenannte "Auschwitz-Lüge" am Rande von Sitzungen des Wissenschaftlichen Beirates des Deutschen Sportbundes verbreitet hatte. (FR, 19.3.93 und 25.3.93)

In Mölln verübten ein 15jähriger und ein 19jähriger neofaschistischer Jugendlicher einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende. Sie warfen einen Brandsatz gegen einen Wohncontainer. Es wurde niemand verletzt und es entstand geringer Sachschaden. Der Container ist einer von zehn, in denen rund 30 Asylbewerber, vor allem aus Rumänien, leben. Die jugendlichen Täter konnten einen Tag später festgenommen werden. Als Motiv gaben sie Ausländerfeindlichkeit an. Die Staatsanwaltschaft erließ Haftbefehl wegen versuchten Mordes und versuchter schwerer Brandstiftung. (taz, 22.3.93)

20.3.

In Lassan im vorpommerschen Landkreis Wolgast ist aus zunächst ungeklärten Ursachen ein zukünftiges Heim für AsylbewerberInnen abgebrannt. Die Polizei schließt Brandstiftung nicht aus. (Junge Welt, 22.3.93)

22.3.

In Potsdam ist ein 16jähriges Mädchen von zwei Neofaschisten mit Messerstichen in Oberschenkel und Gesicht verletzt und geschlagen worden. Sie hatte einen "Hitlergruß" verweigert. Die Täter entkamen. (taz, 24.3.93)

In Wörth haben Neofaschisten einen Brandanschlag auf eine Geschäftsstelle der "Mittelbayerischen Zeitung" verübt. Es entstand ein Sachschaden von rund 10.000 DM. An die Scheibe malten die Täter ein etwa 50 mal 50 Zentimeter großes Hakenkreuz. Über zwei Aufkleber "Ausländerhaß, wir sagen nein" wurden ebenfalls zwei kleinere Hakenkreuze gemalt. (taz, 23.3.93)

23.3.

In Teltow bei Potsdam haben mehrere Skinheads einen vietnamesischen Händler zusammengeschlagen. Sie hatten den vor einem Kaufhaus stehenden Vietnamesen aufgefordert, seine Standgenehmigung zu zeigen. Als der Mann dies tun wollte, schlugen die Faschisten auf ihn ein. Die Täter konnten flüchten. (FR, 25.3.93)

In Berlin-Prenzlauer Berg ist ein Brite von neofaschistisch orientierten Jugendlichen zusammengeschlagen worden. Die Jugendlichen beschimpften den Mann als Ausländer, weil er englisch sprach, und schmetterten ihm eine Eisenstange auf den Kopf. Das Opfer wurde mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. (FR, 25.3.93)

In Leipzig erklärte der Oberbürgermeister, Hinrich Lehmann-Grube, die Anträge von Juden auf Rückübertragung "behinderten den Aufbau Leipzigs". Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, wies darauf hin, daß solche Äußerungen dem "Antisemitismus Vorschub leisten". (Kölner Stadtanzeiger, 25.3.93)

In Frankfurt/Main durchsuchte die Polizei aufgrund von Hinweisen einen Sikh-Tempel nach Waffen. Dabei mißachteten die Polizisten die religiösen Gefühle der Sikhs, brachen Schränke auf und warfen heilige Bücher der Sikhs auf den Boden. Die Sikhs haben Dienstaufsichtsbeschwerden gegen die an der Durchsuchung beteiligten Polizisten angekündigt. (FR, 24.3.93)

In Neckarsulm verunglückte ein 27jähriger Asylsuchender aus noch ungeklärten Umständen bei einem Sturz aus einem Fenster tödlich. Nach den bisherigen Ermittlungen hatte ein Wachmann den stark angetrunkenen Asylbewerber außerhalb des Heimes am Boden entdeckt und ihn in ein Zimmer im Innern der Unterkunft geführt. Weil kurz darauf die nur von außen zu öffnende Tür des Raumes zugefallen sei, habe der Wachmann versucht, in der Nähe parkende Taxifahrer durch Zurufe aus dem Fenster auf sich aufmerksam zu machen. Unterdessen habe sich der Afghane in seinem Nachbarzimmer eingeschlossen. Wenig später stürzte er etwa vier Meter tief in den Kellerabgang. (taz, 25.3.93)

Nach Angaben der Bundesregierung wurden von den 6.336 fremdenfeindlichen Straftaten des vergangenen Jahres lediglich jede fünfte aufgeklärt. (BZ, 24.3.93)

24.3.

In Eichhof im Kreis Ückermünde wehren sich Einwohner mit einer Straßenblockade gegen die Einquartierung von Flüchtlingen. Die Einwohner verhinderten die Durchfahrt von drei Bussen mit 156 AsylbewerberInnen, die in einem Gebäude der ehemaligen Nationalen Volksarmee untergebracht werden sollten. Die Busse mußten umkehren. Innenminister Geil hat daraufhin die Einrichtung einer Aufnahmestelle in Eichdorf vorläufig gestoppt. (taz, 26.3.93 und Welt, 27.3.93)

25.3.

In Brandenburg nimmt die feindliche Haltung gegenüber AusländerInnen offenbar zu. Fast jeder zweite bejaht Parolen wie "Deutschland den Deutschen" und "Ausländer raus", während es 1991 etwa 42 Prozent waren. Knapp 28 Prozent finden, daß Ausländer "aufgeklatscht" werden sollten. Das ergibt eine vorläufige Studie des Potsdamer Instituts für Familien- und Kindheitsforschung. Fast ein Viertel der jungen Brandenburger empfinden AsylbewerberInnen im Vergleich zu Deutschen als minderwertig. 46 Prozent meinen, daß die meisten Ausländer Kriminelle sind. (BZ, 26.3.93)

26.3.

In Berlin-Reinickendorf stachen drei Skinheads einen 28jährigen Angolaner nieder. Das Opfer wurde mit Stichverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. (Welt, 27.3.93)

27.3.

In Oranienburg haben Unbekannte eine Gedenktafel "Zur Erinnerung an das erste Konzentrationslager Deutschlands" beschädigt. Sie warfen Farbbeutel gegen die Tafel und machten damit deren Aufschrift unleserlich. (BZ, 29.3.93)

28.3.

In Ballenstedt im Harz stürmten 30 mit Baseballschlägern und Eisenstangen bewaffnete Skinheads eine Diskothek. Sie verwüsteten das Mobiliar und griffen Gäste und das Personal an. Unter den Tätern befand sich auch ein Neofaschist, der erst vor vier Tagen zu einer Bewährungsstrafe wegen der pogromartigen Krawalle von Quedlinburg verurteilt worden war. Der Richter hatte sein mildes Urteil u.a. damit begründet, daß der Angeklagte aus Frust wegen seiner Ziel- und Arbeitslosigkeit gehandelt und sich inzwischen von der Szene losgesagt habe. Die Polizei schließt nicht aus, daß es sich bei dem Überfall der Neofaschisten um Schutzgelderpressung handeln könnte. (taz, 25.3.93 und 30.3.93)

29.3.

In Kiel hat die Staatsanwaltschaft gegen zwei Polizeibeamte Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung im Amt erhoben. Einem Beamten wird vorgeworfen, einen Esten während eines Einsatzes in einer Unterkunft für AsylbewerberInnen geschlagen und getreten zu haben. Der andere habe tatenlos zugesehen. Nachdem der Mann aus Estland wegen illegalen Aufenthaltes in der Bundesrepublik vorläufig festgenommen worden war, soll der Polizist ihn erneut getreten, mit der Faust und einem Ledergürtel geschlagen und mit der Dienstpistole bedroht haben. Dabei soll der Beamte geschrien haben: "Deutschland den Deutschen, Ausländer raus. Wir Polizisten sind alle Faschisten, das sollst du dir merken, ich mache dich fertig." (taz, 30.3.93)

In Berlin verschickt die Polizei Bußgeldbescheide an Türken, in denen der Geburtsort in rassistischer Weise mit "Doenertown" anstatt mit Istanbul angegeben ist. (BZ, 30.3.93)

Durch Enthüllungen der Fernsehsendung "Panorama" wurde bekannt, daß lettische Angehörige der Waffen-SS Rente zwischen 100 und 300 DM vom Bundesversorgungsamt erhalten. Circa 12.000 SS-Angehörige haben demnach Anspruch auf Rentenzahlungen. Die lettischen Opfer des Naziterrors haben hingegen keine Entschädigungen von bundesdeutschen Stellen erhalten. (BZ, 30.3.93)

Büro Ulla Jelpke (PDS/Linke Liste)

15. Rassismus tötet. Eine Bilanz der Opfer in Westeuropa

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:01

Daß eine britische und nicht etwa eine deutsche Anti-Rassismus-Initiative eine Bilanz der Opfer rassistischer und rechtsextremistischer Gewalttaten in Westeuropa veröffentlicht, ist kein Zufall. Für die von vielen deutschen Linken betriebene ausschließliche Beschäftigung mit der Situation im eigenen Land werden vor allem zwei Gründe angeführt: Erstens läßt das wiedervereinigte Deutschland in der Terrorstatistik alle vergleichbaren westeuropäischen Länder weit hinter sich. Zweitens birgt die Anklage gegen den Rassismus jenseits der Grenzen die Gefahr der Relativierung der Katastrophe im eigenen Land. "Von Schweden bis Spanien - überall in Europa nehmen rechtsextreme Gewalttaten zu", schreibt z.B. der Spiegel (Nr.49/1992) und belegt diese nicht zu leugnende Tatsache mit einem Sammelsurium beliebig herausgegriffener Fälle: Ein Mord in Madrid, ein Bombenanschlag in Schweden, antisemitische Schmierereien in Rom, Folterung von Nordafrikanern durch französische Polizisten, Naziparolen in Wien und volksverhetzende Texte einer Rockgruppe aus Ungarn - solche völlig willkürlichen Zusammenstellungen machen eine differenzierte Beurteilung des Problems von vornherein unmöglich.

Die Mängel der von der britischen CARF (Campaign Against Racism & Fascism) veröffentlichten Bilanz liegen auf einer ganz anderen Ebene. Notwendigerweise unberücksichtigt bleibt der Zusammenhang rassistischer Morde mit dem Rassismus "im Zentrum der Gesellschaft", also der jeweiligen staatlichen Einwanderungs-, Asyl- und "Ausländer"politik wie auch der einschlägigen Pressekampagnen und Meinungsäußerungen der Bevölkerung. Ehrlicherweise heftet CARF seiner Bilanz nicht das falsche Etikett "Rassismus in Westeuropa" an. Der Report trägt den Zusatz "Rassistische Morde - Tötungen durch die Polizei - Tode von Asylsuchenden - Selbstmorde".

Die Liste der Opfer ermöglicht einen quantitativen und qualitativen Vergleich der unmittelbaren rassistischen Gefahr in den untersuchten Ländern. Registriert wurden 25 Todesopfer in Deutschland, 11 in Frankreich, 8 in Großbritannien, je 4 in Belgien und Italien, 3 in den Niederlanden und je 2 in Dänemark und Spanien. Auch bei einer Umrechnung der absoluten Zahlen auf die jeweilige Bevölkerungszahl bleibt Deutschland das Land, das die mit Abstand meisten Opfer rassistisch motivierter oder von Rechtsextremen begangener Morde zu beklagen hat.

Aufschlußreich, wenn auch nicht ganz unproblematisch, ist der von CARF unternommene Versuch einer qualitativen Differenzierung der einzelnen Fälle. Gezählt wurden 26 Opfer rechtsextremer Täter (21 davon in Deutschland), 16 Opfer von Rassismus, 7, die von der Polizei getötet wurden, 3 Fälle von Selbstmord, einer von unterlassener Hilfeleistung und 6, die ungeklärt blieben. Für fast alle (21 von 25) der in Deutschland registrierten Morde macht CARF rechtsextreme Täter (Skinheads oder organisierte Nazis) verantwortlich. Zwar könne man nicht in jedem Fall organisierte Nazi-Verbindungen nachweisen, heißt es im Kommentar der Broschüre, "aber die Tötungen waren alle eindeutig von rechtsextremem Denken inspiriert". In Frankreich dagegen werden 6 Menschen als Opfer von Rassismus gezählt, mindestens 2 wurden von der Polizei getötet. In Großbritannien fielen 7 Menschen rassistisch motivierter Gewalt zum Opfer, einer wurde von Rechtsextremen ermordet.

Im Einzelfall ist diese Zuordnung nicht immer zwingend. Die Ermordung eines 66jährigen Asiaten durch eine "rassistische Gang" in Newcastle, die unter "Rassismus" registriert wird, könnte mit einiger Berechtigung ebenso als Tat von Rechtsextremen gezählt werden wie die von deutschen Skinheads begangenen Morde. Aber auch dann bliebe ein wesentlicher Unterschied zwischen der Situation in Deutschland und der in den anderen erfaßten Ländern bestehen: Die Aktionen rechtsextremistischer Totschlägerbanden in Deutschland zeigen wesentlich mehr zielgerichtete kollektive Planung. Die aus deutscher Sicht erst einmal befremdliche Verwendung des Oberbegriffs "killings" (Tötungen) statt "murders" (Morde) im CARF-Report ist berechtigt: Die Umstände, unter denen Menschen außerhalb Deutschlands zu Tode kamen, lassen in einigen Fällen auch Nichtjuristen eine Qualifizierung als "Totschlag" oder "Körperverletzung mit Todesfolge" plausibel erscheinen.

Über die - sämtlich außerhalb Deutschlands registrierten - Todesfälle, die unter Rassismus kategorisiert sind, schreibt CARF: "Das Motiv in dieser Kategorie ist oft heiß umstritten. Denn die Täter ziehen nicht los mit dem

ausdrücklichen Ziel, eine rassistische Greueltat zu begehen, sondern finden sich in Situationen, wo der Kontakt mit einem ‚Ausländer` es ihnen erlaubt, aufgestauten Rassismus auszuleben."

Zu den von CARF aufgeführten Opfern polizeilicher Gewalt sind einige Anmerkungen notwendig. Nach CARF ginge in Deutschland, abweichend von anderen europäischen Ländern, keine einzige der erfaßten Tötungen auf das Konto der Polizei. In Frankreich und Italien sind es jeweils zwei Fälle, in Belgien einer, in denen Nicht-Europäer durch Polizeikräfte getötet wurden. Hinzu kommen insgesamt vier Fälle, in denen Menschen aus der Dritten Welt in Polizeigewahrsam Selbstmord begingen (zwei in Belgien, je einer in Dänemark und Frankreich). CARF setzt das Wort suicide (Selbstmord) nicht in Anführungszeichen, unterstellt also keine unmittelbare (Mit-)Täterschaft der Polizei; ob das in den vorliegenden Fällen dem tatsächlichen Ablauf der Ereignisse entspricht, können wir von hier aus nicht beurteilen.

Von CARF offensichtlich nicht erfaßt ist der Fall des ägyptischen Asylbewerbers Osama Mohamed, der im Juni 1992 in Hamburg von der Polizei erschossen wurde. Die Polizei sprach damals von einer "eindeutigen Notwehrsituation", die näheren Umstände lassen diese Version zumindest zweifelhaft erscheinen. (vgl. ak 344, S.2) So oder so hätte der Fall nach den Kriterien von CARF mitgezählt werden müssen.

Die Rubrik "polizeiliche Tötungen" weist in besonderem Maße auf die Probleme einer rein quantitativen Betrachtung hin. In den Händen geübter Wahrheitsverdreher könnten die Zahlen gar zur Begründung der These herhalten, deutsche Polizisten wären weniger rassistisch als ihre französischen oder italienischen Kollegen oder würden wenigstens mit Festgenommenen "humaner" verfahren. Die Realität sieht anders aus. Erst kürzlich berichtete die ZDF-Sendung "Kennzeichen D" von der Mißhandlung eines tamilischen und eines iranischen Flüchtlings auf Westberliner Polizeiwachen im Dezember 1992. Die Polizei gab auf Anfrage der Frankfurter Rundschau an, in Berlin seien 1992 "etwa 590 Anschuldigungen von Deutschen und Ausländern wegen Polizeiübergriffen erhoben worden. In nur 20 Fällen sei ‚ein ernsthafter Verdacht` übriggeblieben." (FR, 10.3.93) Innensenator Heckelmann hatte noch am 25.2. auf eine Anfrage des Bündnis90/Die Grünen geantwortet, "rassistische und kriminelle Übergriffe seitens der Polizei hätten sich nicht bestätigen lassen" - obwohl die vom ZDF geschilderten Fälle ihm spätestens seit Januar bekannt waren.

Was von Teilen der Presse als neuer Polizeiskandal gehandelt wird, ist keine Berliner Besonderheit, sondern Teil des deutschen Alltags. Laut amnesty international werden überall in Deutschland, Ost wie West, immer wieder Flüchtlinge und "ausländisch" wirkende Menschen von der Polizei beleidigt und mißhandelt. Am 22. Januar gab es dabei einen weiteren Toten. In Staßfurt wurde ein rumänischer Asylbewerber von einem Polizeibeamten erschossen. Der unbewaffnete Mann war der Polizei "irgendwie aufgefallen" und mit einem weiteren Asylsuchenden zum Polizeirevier gebracht worden. Dort habe er sich auf dem Wege zum Toilettenhäuschen im Hof losgerissen. Der ihn begleitende Polizist gab zwei Schüsse ab, von denen einer durch den Rücken und durch das Herz des Rumänen gegangen sei. (zu rassistischen Übergriffen durch westeuropäische Polizeikräfte siehe nebenstehenden Bericht von amnesty international)

Js.

Der CARF-Report "Death in Europe - the Toll for 1992" ist zu beziehen über die Antirassistische Initiative e.V., z. Hd. Britta Grell, Yorckstr. 59, 1000 Berlin 61; Tel.: 030/7857281, Fax.: 030/7869984. Die Postadresse von CARF ist BM BOX 8784 London WC1N 3XX; Tel. 0044/71/8371450.

Der Tod in Europa - Zahlen für 1992

Der Rassismus in West-Europa hat 1992 mehr als 50 Menschen das Leben gekostet. Das ist das Ergebnis einer Studie der britischen Organisation CARF (Campaign Against Racism and Fascism). "Der Tod in Europa - Zahlen für 1992" ist ein vierseitiger Bericht, der in der Januar-Ausgabe der Zeitschrift CARF veröffentlicht wurde. Dokumentiert werden 59 Morde und Todesfälle aus dem Jahre 1992, die das Ergebnis rassistischer, rechtsextremer und polizeilicher Übergriffe und Gewalttätigkeiten darstellen oder durch das Fehlverhalten staatlicher Behörden verursacht wurden.

Der Bericht zeigt beunruhigende Tendenzen innerhalb des europäischen Rassismus auf: "Es besteht die reale Gefahr, daß die organisierten neonazistischen Gewalttaten in Deutschland auf andere Länder übergreifen könnten. Und wir sind der Meinung, daß eine weitere Tolerierung der staatlichen Repressionen gegenüber

Flüchtlingen zu einer allgemein wachsenden Mißachtung der Rechte von Flüchtlingen und womöglich zu weiteren Todesopfern führen wird."

In Deutschland und Italien waren unter den Opfern von rechtsextremen Gewalttaten nicht nur Schwarze, ImmigrantInnen oder Flüchtlinge, sondern darüberhinaus auch solche Menschen, die sich weigerten, den Nazi-Gruß zu leisten. Aus Frankreich und Belgien werden Fälle gemeldet, wonach die Polizei auf "ImmigrantInnen" geschossen hat, um vermeintliche Verbrechen zu verhindern. Ein französischer Bäcker, dem vorgeworfen worden war, auf einen Algerier geschossen zu haben, wurde mit der Begründung freigesprochen, daß er das Opfer auf frischer Tat beim Diebstahl von Croissants erwischt hatte und daher ein Fall von "zulässiger Verteidigung des Eigentums" vorläge. In Holland starb eine im siebten Monat schwangere Frau in einem Übergangslager für Flüchtlinge, weil ihr ärztliche Hilfe verweigert wurde. Ein weiterer Flüchtling erlitt schwere Gehirnschäden, die durch das Verkleben seines Mundes während seiner Abschiebung verursacht wurden. Diese menschenunwürdige Behandlung von Flüchtlingen ist in Europa gängige Praxis.

CARF will aufzeigen, daß in Europa wie auch in Großbritannien nicht nur die Gewalttaten der Neo-Nazis bekämpft werden müssen. Es ist der Rassismus, der tötet. Ob er sich nun in dem Niederschießen von schwarzen Jugendlichen - oft wegen kleinster Lappalien - äußert oder in der brutalen und menschenunwürdigen Umgangsweise der staatlichen Stellen mit Flüchtlingen und ImmigrantInnen.

Campaign Against Racism

& Fascism (CARF)

London, den 11.1.1993

16. Rassisten als "Sicherheitskräfte". Folter und Mißhandlung in Westeuropa (Dokumentation des ai-Reports)

Folter und Mißhandlung durch die Polizei

Rubrik: Polizei; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:02

Deutschlands "kritische Presse" beschränkte sich auf Kurzmeldungen. 56 Zeilen in der taz, noch weniger in der Frankfurter Rundschau über einen Tatbestand, den Menschen, die an den Rechtsstaat und das staatliche Gewaltmonopol glauben, eigentlich als himmelschreienden Skandal empfinden müßten: "Rassistische Übergriffe auf Ausländer werden nicht nur von rechtsextremen Zivilpersonen begangen. Vielmehr werden die Betroffenen oft auch von Angehörigen von Polizeikräften, die sie eigentlich schützen sollten, in fremdenfeindlicher Weise angegriffen." Über den Inhalt des Berichts von amnesty international (ai), der mit den zitierten dürren Worten in der taz (3.2.) vorgestellt wurde, erfahren die LeserInnen so gut wie nichts. Wir dokumentieren den ai-Report über polizeilichen Rassismus in Westeuropa leicht gekürzt.

Rassismus:

Folter und Mißhandlung in Westeuropa

Ein in Frankreich lebender Mann aus Benin wird von einem Auto von seinem Motorrad gestoßen, dann von dem Fahrer verprügelt. In Deutschland wird ein 14jähriger Asylsuchender aus der Türkei so heftig auf den Boden geworfen, daß sein Arm bricht. Ein junger Afrikaner, der in Portugal lebt, wird getreten und geschlagen; man gibt ihm, wie seine Angreifer sagen, ein "Bad" mit einem Hochdruckschlauch.

Diese gewalttätigen Angriffe wurden nicht von rassistischen Organisationen ausgeführt, deren Aktivitäten in Westeuropa immer mehr zunehmen. In allen drei Fällen waren die Angreifer Polizeibeamte - genau die Leute, die für den Schutz der Öffentlichkeit vor rassistischen Übergriffen verantwortlich sind. (...)

Angriffe durch Vertreter der Exekutive, darunter solche, wo der Rassismus offensichtlich ist, bleiben weitgehend ungeahndet. Solche Fälle werden selten mit der gebotenen Sorgfalt untersucht, und die Opfer haben es für gewöhnlich schwer, zu ihrem Recht zu kommen. Auch wenn die Angriffe schwerwiegend sind - oder tödlich - bleiben die Schuldigen oft ungeschoren.

Rassistische Vorurteile erscheinen manchmal als einziges Motiv für Polizeibrutalität. In Frankreich wurde im September 1989 der Staatsbürger von Benin, Lucien Djossouvi, durch ein ziviles Polizeifahrzeug von seinem Motorrad gestoßen. Dann wurde er von Polizeibeamten angegriffen, die ihn "schmutziger Nigger" nannten und mit Knüppeln schlugen. Als er sagte, er wolle Anzeige erstatten, drohte man ihm mit Ausweisung und ließ ihn blutend auf dem Boden zurück. Einige Stunden später wurde er bewußtlos ins Krankenhaus geschafft. Ärzte stellten einen heftigen Schlag auf seinen Kopf und ausgedehnte Blutergüsse im Gesicht fest. Trotz der Ausweisungsdrohung erstattete Lucien Djossouvi Anzeige gegen die Polizei. 1990 aufgenommene gerichtliche Ermittlungen waren bis Dezember 1992 noch nicht abgeschlossen.

In Spanien wurden, wie verlautet, im September 1991 die arabischen Touristen Mohamed Hegazy und Raed Shibli festgenommen und brutal geschlagen, nachdem Mohamed Hegazy einen Polizisten der Guardia Civil, den er zu kennen meinte, auf Italienisch angesprochen hatte. Der Polizist war aber der falsche Mann und griff die zwei entsetzten Touristen sogleich an, wobei er laut "Italiener, Italiener" rief. Verstärkung wurde herbeigerufen, die beiden Männer wurden eingesperrt, schwer mit Knüppeln geschlagen, getreten, geboxt und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt. Sie beschwerten sich vor Gericht über ihre Behandlung, aber es ist nicht bekannt, ob ihren Aussagen nachgegangen wurde.

Ein Mann wurde von der Polizei angegriffen, als er ihren Schutz suchte. Babür Partener, ein türkischer Staatsbürger, der in Österreich lebt, wollte in einer Bar in Wien Zigaretten kaufen und wurde dort von zwei Männern bedroht. Er rief die Polizei, um eine Anzeige zu machen, aber als zwei Polizeibeamte zum Ermitteln am Ort des Geschehens erschienen, war es Babür Partener, den sie festnahmen. In Polizeigewahrsam wurde er geschlagen, mit den Knien in die Hoden gestoßen, "Scheiß-Türke" genannt, und ihm wurde mit Ausweisung

gedroht. Seine Forderung nach einem Rechtsanwalt und einem Übersetzer wurde zurückgewiesen. Nach seiner Freilassung diagnostizierte ein Arzt bei ihm Schwellungen und Blutergüsse an Kopf, Armen und Oberkörper. Babür Partener erstattete gegen die Polizei Anzeige wegen Körperverletzung. Die Polizei leugnete seine Behauptungen und warf ihm in einer Gegenklage vor, gegen seine Festnahme Widerstand geleistet und einen Polizisten verletzt zu haben. (...)

(Nach Schilderung weiterer rassistisch motivierter Polizeiübergriffe in Portugal und Frankreich zieht der amnesty-Bericht eine Zwischenbilanz): Sorgfältige Ermittlungen mit dem Ergebnis, daß Angehörige der staatlichen Exekutivorgane vor Gericht gestellt werden, sind selten. Üblicherweise leugnet die Polizei, daß es rassistische Mißhandlungen gegeben hat, oder behauptet, daß die Opfer verletzt wurden, als sie Polizisten angriffen oder zu fliehen versuchten. Wenn die Ermittlungen doch einmal Anklagen gegen Polizeibeamte zur Folge haben, führen die Gerichtsverfahren selten zu einer Verurteilung. Das kann bedeuten, daß Opfer, auch solche von schwerwiegenden Angriffen, außerhalb der Strafgerichtsbarkeit ihr Recht suchen müssen.

Einige Opfer haben vor Zivilgerichten Prozesse gegen Polizeibeamte geführt. In Großbritannien gab es kürzliche mehrere Fälle, in denen die Polizei Menschen, von denen sie wegen ungerechtfertigter Festnahme oder Körperverletzung verklagt worden war, Entschädigungen zahlte - bis jetzt in einer Höhe von mehreren Hunderttausend Pfund Sterling - ohne damit ihre Verantwortung einzugestehen. (...)

In Österreich verhinderte eine polizeiliche Verschwörung des Schweigens die gerichtliche Verfolgung von Beamten, die einen Häftling geschlagen und durch ein Glasfenster gestoßen hatten. Der Häftling, Mustafa Ali, ein österreichischer Staatsbürger ägyptischer Herkunft, war im März 1989 in Wien zusammen mit einem Freund wegen Unachtsamkeit im Straßenverkehr angehalten worden. Ihrem Anwalt zufolge waren die beiden Männer die einzigen Nicht-Europäer unter einigen Fußgängern, die die Straße überquerten. Sie wurden nach ihren Papieren gefragt, rassistischen Beleidigungen ausgesetzt und auf der Stelle gebührenpflichtig verwarnt. Als Mustafa Ali sich weigerte, das Bußgeld zu zahlen, wurden er und sein Freund festgenommen und geschlagen. In Polizeigewahrsam wurde Mustafa Ali schwer geschlagen und durch ein Fenster gestoßen, bevor er das Bewußtsein verlor. Er wurde stark blutend ins Krankenhaus gebracht. (Ein von Mustafa Ali angestrengter Prozeß endete ohne Ergebnis. Das österreichische Verfassungsgericht urteilte, Mustafa Alis Verletzungen seien "durch einen nicht identifizierten Polizeibeamten" verursacht worden.)

In Italien verlangten Parlamentsabgeordnete eine Untersuchung des Falles von Daud Addawe Ali, eines somalischen Asylsuchenden, der nach seiner Festnahme ins Krankenhaus gebracht wurde. Wegen Störung in der Ausländerbehörde in Rom, wo er seine Aufenthaltsgenehmigung verlängern lassen wollte, wurde er festgenommen. In Haft wurde Daud Addawe Ali bewußtlos geschlagen. Im Krankenhaus diagnostizierten die Ärzte eine Kopfverletzung und Blutergüsse am linken Bein und am Oberkörper. Er wurde ins Gefängnis verlegt, wo seine Schwester ihn am folgenden Tag fand. Sie sagte gegenüber der Presse, daß ihr Bruder starke Schmerzen habe, humpele, mit Blutergüssen übersät sei und einen verwirrten Eindruck mache. Er war beschuldigt worden, sich seiner Verhaftung widersetzt und einen Polizisten verletzt zu haben.

Daud Addawe Ali wurde später freigelassen. Eine medizinische Untersuchung ergab Verletzungen, die mit seiner Darstellung, daß Polizisten ihn geschlagen, getreten und seinen Kopf gegen die Wand geknallt hätten, übereinstimmten. Wegen seiner Mißhandlung erstattete er Anzeige. Im April 1992 teilte die italienische Regierung dem Komitee der Vereinten Nationen mit, Daud Addawe Ali sei verletzt worden, als er sich gegen seine Festnahme gewehrt habe.

1987 verschwand ein 19jähriger schwarzer Jugendlicher, Trevor Monerville, drei Tage lang während seiner Polizeihaft in London. (...) Sein Vater fand zufällig heraus, daß er sich mit einem Schädelbruch in der medizinischen Abteilung eines Londoner Gefängnisses befand. Die Polizei ließ später alle Anklagen gegen ihn fallen. Trevor Monerville strengte einen Prozeß gegen die Polizei an wegen der ihm zugefügten schweren Verletzungen, die seiner Klage nach aus systematischen Schikanen der Polizei gegen ihn und seine Familie folgten. Während der 23 Monate nach seiner Verhaftung wurde er noch fünfmal festgenommen - unter dem Vorwurf kleinerer Vergehen bis hin zu schweren Körperverletzungen. Er wurde von allen Anschuldigungen freigesprochen mit Ausnahme eines Verkehrsvergehens, das er selbst zugegeben hatte. Schließlich sah er sich veranlaßt, das Land zeitweilig zu verlassen, um den Schikanen zu entgehen. Keine Untersuchung konnte die Ursache für seine Kopfverletzung feststellen.

Im März 1992 erhielt Trevor Monervilles Großmutter, die 70jährige Marie Burke, 50.000 Pfund zugesprochen, nachdem sie die Polizei wegen Körperverletzung verklagt hatte. Sie und ihr Mann Edgar, 76, wurden im Januar 1989 festgenommen und mißhandelt, nachdem sie einen leichten Verkehrsunfall gemeldet hatten.

Aissa Ihich, ein 18jähriger französischer Staatsbürger und Sohn marokkanischer Einwanderer starb im Mai 1991 in einer Polizeistation bei Paris an einem Asthmaanfall. Die Polizei hatte ihm die nötige Behandlung seines Asthmas verweigert. Als er nach 36 Stunden in Polizeigewahrsam mit dem tödlichen Asthmaanfall zusammenbrach, war der Ventilator, den er ständig bei sich trug, leer.

Aissa Ihich war während Unruhen in Mantes-la-Jolie, einem Vorort westlich von Paris, festgenommen und mit Knüppeln geschlagen worden. Nach seinem Tod ergab die Autopsie "kleinere Verletzungen", verursacht durch Schläge gegen Kopf und Becken. Im Februar 1992 wurde der Polizeiarzt, der Aissa Ihich untersucht und ihm Haftfähigkeit bescheinigt hatte, wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Gegen die Polizeibeamten, die Aissa Ihich angriffen, wurde nichts unternommen. Sie müssen erst noch identifiziert werden. Die gerichtliche Untersuchung des Falles ergab, es sei nicht zu beweisen, welche Polizeieinheit den Jugendlichen festgenommen hatte.

(Es folgen Schilderungen weiterer rassistischer Mißhandlungen durch Polizeikräfte in Italien, Portugal und Griechenland. Noch ein weiteres dieser Verbrechen endete tödlich: Ein türkischer Flüchtling starb acht Tage nach seiner Verhaftung durch die Athener Drogen-Polizei im Krankenhaus. Als offizielle Todesursache wurde Lungenentzündung angegeben. Der Autopsiebericht erwähnt zusätzlich Kopfverletzungen, Verletzungen an den Genitalien, einen Darmriß und gebrochene Rippen.

Der Abschnitt über Deutschland beginnt mit dem Rostocker Pogrom und dem speziellen Anteil der Polizei an dem bisher spektakulärsten "Sieg" der Nazis.)

(...) Im September 1992 verurteilte ein Bezirksgericht im Osten Deutschlands fünf Jugendliche zu Gefängnisstrafen zwischen zwei und vier Jahren, weil sie den 28jährigen Angolaner Amadeu Antonio Kiowa totgetreten hatten. Während der Verhandlung wurde berichtet, daß gegen drei Polizeibeamte wegen des Vorwurfs ermittelt werde, sie hätten es unterlassen, den Mann zu retten.

In den Vormonaten des selben Jahres erhielt ai einige Berichte über Angriffe auf Asylsuchende durch Polizeibeamte in allen Teilen Deutschlands. Im März 1992 brachen Polizeibeamte einem 14jährigen Jungen bei dessen Festnahme in Bremen den Arm. Der Junge, ein türkischer Kurde, der in Deutschland Asyl beantragt hat, war im Zusammenhang mit Drogenvergehen festgenommen worden. Er erstattete Strafanzeige gegen die Polizei. Im Mai 1992 schrieb ai an die Bremer Behörden wegen Berichten, daß in der Stadt lebende schwarzafrikanische Asylbewerber von Polizisten mißhandelt und gefoltert würden. Wie berichtet wurde, traten und schlugen Polizisten Festgenommene und gaben ihnen Elektroschocks. (1)

Im Juni 1992 machte die Polizei eine Razzia in einer Unterkunft für Asylsuchende in Gränitz nahe der ostdeutschen Stadt Freiberg. Bei der vor Tagesanbruch veranstalteten Razzia traten die Beamten Türen ein, zerrten Menschen aus ihren Betten, boxten sie und schlugen sie mit Gummiknüppeln. (...)

amnesty international, aus: FOCUS, Februar 1993

(Übersetzung aus dem Englischen: Js.)

Anmerkung:

1) Eine Dokumentation über "Folter und Polizeigewalt gegen Schwarzafrikaner und Kurden auf Bremer Wachen" kann bestellt werden beim Anti-Rassismus-Büro Bremen, Sielwall 38, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/706444 (78744), 23 Seiten, DM 3,- plus Porto

17. Abgrenzung und "europäische Identität". Bücher über (Anti-)Rassismus in Westeuropa

Drei lesenswerte Bücher über Rassismus und Antirassismus in Europa

Rubrik: Rassismus-Debatte; Antirassismus, Antinationalismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:06

Bücher zum Thema Rassismus und Rechtsextremismus in (West-)Europa sind - wegen der nicht abreißenden Kette von rassistischen Anschlägen, rechten Wahlerfolgen und immer neuen Gesetzesverschärfungen gegen Asylsuchende und ImmigrantInnen - zwangsläufig bereits bei ihrem Erscheinen von den Ereignissen überholt. Es wäre also unlauter, den Neuerscheinungen ihren Mangel an Aktualität vorzuwerfen. Bewertungsmaßstab muß vielmehr sein, ob die jeweilige Publikation zum besseren Verständnis der in der Tagespresse zu verfolgenden Ereignisse bzw. zur Diskussion um Gegenstrategien beiträgt.

Organisierter Rechtsextremismus

Das 1991 in zweiter, überarbeiteter und erweiterter Auflage erschienene Buch aus dem Wiener Europa-Verlag "Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa" stellt die Organisationen und Parteien der extremen Rechten in den Mittelpunkt der Untersuchung. In zumeist nur wenige Seiten langen Texten werden rechtsextreme Gruppierungen aus 13 westeuropäischen Ländern vorgestellt. Der jeweils angefügte kurze historische Überblick erleichtert die Einordnung aktueller rassistischer und rechtsextremer Tendenzen in den einzelnen Ländern. Drei Aufsätze behandeln die DDR vor 1990.

"Auf die übliche kriminologische Beschreibung von militanten Schlägertrupps wird hier bewußt verzichtet", schreibt Herausgeber Walter Oswalt im Vorwort. Nicht thematisiert werden also auch die personellen Identitäten von Schlägertrupps und rechten Parteien und deren Interaktion. Weiter heißt es im Vorwort: "Der Rechtsradikalismus wird von Antifaschisten wie Verfassungsschützern immer wieder als Randphänomen unter die Lupe genommen, obwohl er - gerade auch in den Ländern der ehemaligen DDR - aus dem Zentrum der Gesellschaft entsteht." Richtiger hätte nach dem "gerade auch" wohl das ganze Deutschland genannt werden müssen, wo der Zusammenhang der "Asyldebatte" mit den Aktionen des brandschatzenden Mobs besonders offensichtlich ist.

Der richtige Ansatz, das Problem "im Zentrum der Gesellschaft" zu suchen, wird denn auch vor allem auf die DDR angewandt. Und leider kann die Autorin Freya Klier der Versuchung nicht widerstehen, die rigide "Ausländerpolitik" der SED mit den rassistischen Visionen westdeutscher Reaktionäre gleichzusetzen: "Über ihren verlogenen Internationalismus schuf sich die SED-Führung eine deutsche Stube, wie sie sich auch ein Gauweiler nicht reiner hätte erträumen können."

Benno Hafenegers Aufsatz über die "Vernetzung der extremen Rechten in Westeuropa" leidet besonders an mangelnder Aktualität. Eminent wichtige Fragen können dort gar nicht gestellt werden: Hat das "Fanal" der deutschen Pogrome und Anschläge in anderen westeuropäischen Ländern nur "spontane" Nachahmer gefunden? Wird auch organisiert und gezielt für die Übernahme dieses widerwärtigsten deutschen Exportartikels geworben? Oder spielt das deutsche Vorbild beim Anwachsen der westeuropäischen rassistischen Welle gar keine Rolle (schließlich gab es schon vor Hoyerswerda und Rostock Tote durch rassistisch motivierte Gewalttaten auch in Großbritannien, Frankreich, Italien und anderswo)?

Am Beispiel des französischen Front National und der deutschen Reps arbeitet der Autor heraus, daß die europäischen Rechten - bei allem sektiererischen Gezänk untereinander - durchaus zu koordiniertem Handeln in der Lage sind. Beide Parteien propagieren einen "europäischen Patriotismus", der sich in scharfer Abgrenzung nach außen konstituiert. "Wir sind für Europa, für die Grenzniederlegungen zwischen unseren Staaten, unter der Bedingung, daß die Grenzen zwischen Europa und dem Rest der Welt tatsächlich aufrechterhalten werden", sagt Bruno Megret (FN). Selten wird die Übereinstimmung der extremen Rechten mit dem Rassismus "im Zentrum der Gesellschaft" deutlicher.

Aus dem letzten Abschnitt - "Perspektiven gegen Rechts" - soll hier der Beitrag des ehemaligen taz-Redakteurs Klaus Hartung herausgehoben werden - der mit Abstand peinlichste Aufsatz des ganzen Buches. Hartung schreibt, worüber er am liebsten schreibt: die altmodische, blöde und sektiererische deutsche

Linke. Einige Zitate: "Die rechte Gefahr wird von der Linken beschworen, weil sie in ihr noch am ehesten so etwas wie eine Quelle der verbindenden Ideologie sehen. (...) Nun haben wir den Kampf gegen die rechte Gefahr, die nicht groß genug sein kann, damit wir alle wieder einig sind. (...) Ein Beispiel unter vielen, das mich zur Behauptung bringt,daß der Kampf gegen die Gefahr von rechts, der für die Linke obligatorisch ist, zwar auch mit den Rechten zu tun hat - aber mehr den legitimatorischen Bedürfnissen der Linken selbst entspringt..."

So ärgerlich dieser Beitrag sein mag - als lehrreiches Beispiel für intellektuelle Verantwortungslosigkeit und Verharmlosung des Rechtsextremismus sollte er auch in einer überarbeiteten dritten Auflage dieses insgesamt empfehlenswerten Buches erhalten bleiben.

Martina Kirfel, Walter Oswalt (Hrsg.): Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa. Wien/Zürich (Europaverlag) 1991, 372 Seiten, DM 39,80

Rassismus in Europa

Das von Christoph Butterwegge und Siegfried Jäger herausgegebene Buch "Rassismus in Europa" soll dazu beitragen, "den Blick für unsere besondere Situation im vereinigten Deutschland zu schärfen" (Einleitung). Zu diesem Zweck wurden Beiträge zur Situation in Deutschland (West und Ost), Frankreich, Italien, Belgien, Österreich und Großbritannien zusammengetragen. Ein Aufsatz behandelt Antisemitismus in Rußland von der Zarenzeit bis heute, ein anderer die Neue Rechte in den ehemaligen realsozialistischen Ländern.

Ein Beispiel für die Zusammenarbeit von extremer Rechter, Massenpresse und Regierungsparteien gegen ImmigrantInnen liefert Großbritannien. Nach Beginn der Zuwanderung von Menschen aus der Karibik, aus Indien und Pakistan und nach rassistischen Kampagnen der äußersten Rechten und der Presse kam es Ende der fünfziger Jahre zu ersten Gewalttätigkeiten gegen asiatische Einwanderer. 1962 erließ die konservative Regierung ein restriktives Einwanderungsgesetz, das von der ab 1964 regierenden Labour Party in Teilen verschärft wurde. 1971 und 1981 waren wieder die Konservativen mit weiteren Gesetzesverschärfungen an der Reihe. 1978 machte sich Margaret Thatcher zum Anwalt derer, die der "Überflutung" Einhalt gebieten wollten.

Was uns aus eigener Erfahrung ziemlich bekannt vorkommt, weicht doch in einigen Punkten von der deutschen Situation ab; nicht nur in der aktuell erheblich geringeren Zahl der Opfer und der größeren Bereitschaft der Bevölkerung, Einwanderer als gleichberechtigte MitbürgerInnen zu akzeptieren. Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, daß fast alle sog. Einwanderer die britische Staatsangehörigkeit besitzen. Das erleichtert es ihnen u.a., Organisationen zu gründen und offen für ihre Rechte einzutreten.

Im zweiten Teil des Buches - "Rassismus: Ursachen - Erscheinungsformen - Gegenstrategien" - sind, wie könnte es anders sein, letztere nur spärlich vertreten. Hervorzuheben sind hier die Überlegungen von Nora Räthzel vom Hamburger Institut für Migrations- und Rassismusforschung. Sie diskutiert die Frage, die sich viele Linke schon gar nicht mehr zu stellen wagen: "Ob und welche gemeinsamen Interessen es zwischen den Arbeitenden in den Metropolen und den Arbeitenden in der sog. Dritten Welt gibt?" Nora Räthzels Folgerung: "Es geht nicht um einen idealisierten Internationalismus, der unterstellt, die Ausgebeuteten der Erde seien ein einig Volk von Schwestern und Brüdern; sie müßten es nur einsehen. Es gibt im Gegenteil scharfe Interessengegensätze zwischen den Beherrschten im Norden und denen im Osten und Süden, eine Komplizenschaft zwischen dem in den Metropolen fungierenden Kapital und ‚seinen` Arbeitenden. Ich sehe aber keine andere Möglichkeit, die Ursachen des Flüchtlingsproblems überhaupt zu thematisieren, wenn man nicht diese Komplizenschaft aufzubrechen sucht und ein jeweils anderes ‚Wir` und ‚Ihr` konstruiert."

Wo Nora Räthzel vage die "Entwicklung neuer Zugehörigkeiten eines neuen Weltbewußtseins" propagiert, plädieren Gule Lletmis und Rainer Moitz dafür, "eine lebendige europäische Identität wachsen zu lassen" (Hervorhebung Js.) - eine überraschende Wendung im Schlußabsatz des letzten Beitrags, die den anderen Aufsätzen der Sammlung mehr oder weniger offen widerspricht. Von der real existierenden "europäischen Identität" schreibt Bahman Nirumand im Vorwort: "Dabei handelt es sich nicht allein um Fremdenfeindlichkeit, die es überall auf der Welt gibt. Was man in Europa zusätzlich spürt, ist eine besondere Art der Abgrenzung, vermischt mit einer den Anderen erniedrigenden Überheblichkeit, die selbst bei Menschen durchschimmert, die Fremden gegenüber freundlich sind."

Der "Europagedanke", wie gut gemeint auch vorgetragen, ist mit Internationalismus nicht in Einklang zu bringen. Auch der einst von den Grünen geprägte Begriff vom "Europa der Regionen" führt nur dazu, wie Gerhard Köpf schreibt, daß sich "durch die Hintertür... wieder dieser fatale Begriff Heimat als Gegenbegriff zum Ausländer" einschleicht. Der Regionalismus der norditalienischen Ligen ist keine Deformation einer "im Prinzip" fortschrittlichen Idee, sondern nur deren folgerichtige Umsetzung in rassistische Politik.

Christoph Butterwegge, Siegfried Jäger (Hrsg.): Rassismus in Europa. Köln (Bund) 1992, 286 Seiten, DM 29,90

Anti-Rassismus in Europa

Der von dem bekannten AutorInnentrio Ulla Jelpke/Albrecht Maurer/Helmut Schröder herausgegebene Band "Rassismus in Europa" besteht aus zwei Teilen: Im ersten sind Beiträge zu einem Hearing der Bundestagsgruppe der PDS/Linke Liste dokumentiert, das im Januar 1992, wenige Monate nach den pogromartigen Ausschreitungen von Hoyerswerda, stattfand. Die Veranstaltung sollte dazu dienen, "Kenntnisse über die Situation in anderen Ländern " zu sammeln und den "Austausch von Erfahrungen mit antirassistischer bzw. antidiskriminierender Gesetzgebung" zu organisieren (Vorwort).

Der Schweizer Referent Beat Leuthardt hebt in seinem Beitrag die "Vorreiterrolle der Schweiz im technologischen Bereich der Erfassung von AusländerInnen" hervor: "Die Schweiz hinkt nicht hintennach. Jenen Eintrittspreis zur Festung Europa, den sich Italien mit den häßlichen Massendeportationen albanischer Flüchtlinge teuer erkaufen mußte, hat sie sich diskret mit informationellem Know-how und juristischen Abschreckungsmodellen erwirtschaftet." Der französische Hearing-Teilnehmer Norbert Haddad stellt die Frage: "Warum gibt es einen Jean-Marie Le Pen in Frankreich?" Andere Beiträge behandeln die Abschottung Westeuropas nach Süden und Osten und das Zusammenspiel der "Biedermänner in den Parlamenten" und der "Brandstifter vor den Sammelunterkünften" in Deutschland.

Schwerpunktthema des Buches ist das Für und Wider einer speziellen Antirassismusgesetzgebung. Im zweiten Teil sind dazu Gesetzesvorschläge aus der PDS/LL abgedruckt. Darüberhinaus werden die antidiskriminierenden Passagen des niederländischen Strafgesetzbuches und die französische Gesetzgebung gegen Rassismus vorgestellt. Den HerausgeberInnen ist bewußt, "daß ein Anwachsen des Rassismus, auch das Anwachsen rassistischer Parteien, durch derartige Gesetze nicht verhindert wird." Die Diskussion könne also nur um die Frage gehen, "ob derartige Gesetze die Bedingungen der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit rassistischen Strömungen verbessern und die davon Betroffenen stärken und besser schützen können." Jelpke/Maurer/Schröder beantworten diese Frage mit einem "generellen Ja", ohne die "ganze Reihe von Problemen" zu übersehen, "die zum Teil juristischer, vor allem aber politischer Natur sind".

Wie die gängige Rechtsprechung auch das schönste Antidiskriminierungsgesetz unterlaufen würde, beschreibt Nora Räthzel u.a. an folgendem Fall: "In einem Verfahren wegen ‚Aufstachelung zum Rassenhaß` (§131) ging es um ein Plakat der NPD, das in der Anklageschrift folgendermaßen beschrieben wurde: Abgebildet ist ‚in der Mitte in einem Kreis mit Schrägbalken, der an ein Verkehrsschild erinnert, ein Negerkopf (!) mit Ohrringen, aufgerissenen Augen, offenen Nasenlöchern und offenem Mund mit Zahnlücken`. Über dem Verkehrsschild befand sich die Aufschrift:‚Statt Abtreibung in Deutschland`, unter ihm die Aufschrift: ‚Kondome für die Dritte Welt`." Das bayrische Oberlandesgericht wollte hier von rassistischer Hetze nichts bemerken: "Der Text wendet sich gegen den Abbruch der Schwangerschaft und verweist - bezüglich der Dritten Welt - auf ein Mittel zu deren Verhütung."

Trotz dieser skandalösen Rechtsprechung, die nicht der Menschenwürde, sondern dem Schutz des "öffentlichen Friedens" Priorität einräumt, plädiert Nora Räthzel auch für gesetzliche Antidiskriminierungsmaßnahmen. Sie seien "nötig, damit EinwanderInnen überhaupt ein Mittel haben, sich gegen unmittelbare Benachteiligung zur Wehr zu setzen, die Bekämpfung des Rassismus im Alltag, auf der Persönlichkeitsebene, muß zusätzlich stattfinden und andere Mittel als juristische einsetzen."

Ulla Jelpke/Albrecht Maurer/Helmut Schrö- der (Hrsg.): Rassismus in Europa. Bonn (Pahl-Rugenstein Nachfolger; Podium Progressiv 16) 1992, 96 Seiten, DM 13,80

Js.

18. Tatverdächtig weil antinational? Antifaschist in Wiesbaden seit 6.1.93 in U-Haft

Antifaschist aus Wiesbaden seit 6.1.93 in Untersuchungshaft

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:20

Am 6. Januar '93 haben in Mainz Anhänger der verbotenen Nazi-Organisation "Deutsche Alternative" einen "Kameradschaftsabend" organisiert. Bei dem Versuch linker Gruppen, dieses Treffen zu verhindern, wurden zwei Autos der Faschos demoliert und einige Neonazis leicht verletzt. Während die Polizei die Zusammenkunft der DA-Anhänger duldete, errichtete sie noch Stunden später Straßensperren in Mainz und Umgebung auf der Suche nach AntifaschistInnen. Dreieinhalb Stunden nach der Auseinandersetzung wurde Gunther bei einer solchen Straßenkontrolle auf der Schiersteiner Brücke in Mainz/Wiesbaden angehalten und sein Auto durchsucht. Eine gefundene Wollmütze, ein paar Handschuhe und ein abgesägtes Stuhlbein unter seinem Fahrersitz genügten, um Gunther, der nach "polizeilichen Erkenntnissen" als Antifaschist bekannt ist, zu verhaften.

Er wurde ins Mainzer Polizeipräsidium verfrachtet und am nächsten Tag mit dem Vorwurf "schwerer Landfriedensbruch" dem Haftrichter vorgeführt. Dieser verfügte Untersuchungshaft, die bis zum heutigen Tag aufrechterhalten wird, obwohl keinerlei eindeutige Beweise für Gunthers Beteiligung an den Auseinandersetzungen gegeben sind. Die Staatsanwaltschaft führt zwar an, daß an Gunthers Schuhen und auf dem Fußboden seines Wagens Glasscherben gefunden wurden, mußte jedoch gleichzeitig einräumen, daß diese nicht einem bestimmten Wagentyp zuzuordnen seien, und damit von einem x-beliebigen Glasbruch herrühren können. Gunthers Verteidigung legte gegen die Untersuchungshaft Haftbeschwerde ein. Das Landgericht Mainz lehnte diese am 24.2.1993 als unbegründet ab. Die Begründungen des Landgerichts auf Fortsetzung der Untersuchungshaft bleiben juristisch genauso fadenscheinig wie bei den beiden Haftprüfungsterminen (7.1. und 21.1.). So erachtet man es gar nicht für nötig, auf den bisherigen Haftgrund Verdunkelungsgefahr einzugehen, sondern führt jetzt den Haftgrund Fluchtgefahr ins Feld. Zur Begründung der Fluchtgefahr begibt sich das Landgericht ausschließlich auf ein politisches Gleis - ideologische Denkmuster ersetzen juristische Feststellungen. Objektiv wird Gunthers Haftfortsetzung auf Grundlage politischer Motive getroffen.

Wie anders sollen die Ausführungen des Landgerichts zu verstehen sein, "als Mitglied der sogenannten autonomen Szene (kann er) jederzeit in den Untergrund abtauchen"? Das Konstrukt "autonome Szene - Untergrund" ist völlig aus der Luft gegriffen. Weiterhin stellt das Landgericht fest, "der Beschuldigte ist (...) Mitglied einer sich antinational sozialistisch bezeichnenden linksautonomen Gruppe". Die Wortwahl "antinational" gibt Einblicke.

Offensichtlich erhält der sich im Zuge der deutschen Wiedervereinigung ausbreitende Nationalismus jetzt auch am Landgericht Mainz eine beherrschende Bedeutung als juristischer Bezugsrahmen. Wie die Geschichte lehrt, verbindet sich gerade in Deutschland mit dem Begriff Nation die Vorstellung einer völkischen Gemeinschaft, die sich in Ab- und Ausgrenzung alles Anderen konstituiert, gegen Flüchtlinge, Sinti und Roma, Jüdinnen und Juden, usw. Auch die neuerliche Welle rassistischer und faschistischer Gewalt legitimiert sich im "Namen des Volkes". Das Landgericht Mainz stellt sich mit der politischen Diffamierung "antinational" auf die Seite derer, die mit der Parole "Deutschland zuerst" die Verschärfung der Gesetze gegen alle Nichtdeutschen fordern und rassistische Anschläge verharmlosen und entschuldigen.

Die Begründung des Haftgrundes Fluchtgefahr mit der Mitgliedschaft Gunthers in einer "antinational sozialistisch linksautonomen Gruppe" knüpft gewollt oder ungewollt an die Tradition der Verfolgung von "Volksfeinden" durch die NS-Justiz an.

Die rheinland-pfälzischen Staatsschutzbehörden legen bei der Verfolgung von AntifaschistInnen einen auffälligen Eifer an den Tag: Sie veranlaßten im Jugendzentrum Bingen einen Spitzeleinsatz ohne richterliche Genehmigung über mehrere Monate hinweg. Der verdeckte Ermittler wurde jedoch Anfang des Jahres enttarnt. Bei öffentlichen Rechtfertigungen des V-Mann-Einsatzes wurden immer wieder "gewaltbereite Autonome" aus dem Rhein-Main-Gebiet und deren Engagement in Bibelsheim genannt.

Dort hatte sich ein breites antifaschistisches Bündnis gebildet, nachdem bundesweit organisierte rechte Kreise für den Erhalt des Kriegsgräberfriedhofs in Bibelsheim mobilisiert hatten, um diesen zum Wallfahrtsort ihres Revanchismus zu etablieren.

Ein Zusammenhang des Spitzeleinsatzes im JUZ Bingen mit Gunthers Verhaftung ist nicht auszuschließen. Gunther war vor seiner Verhaftung im Bibelsheimbündnis aktiv.

Die Härte, mit der die Kriminalisierung eines Antifaschisten jenseits gängiger juristischer Spielregeln betrieben wird, ist augenfällig. Es liegt die Vermutung nahe, daß hier ein Exempel statuiert werden soll, das alle meint, die sich gegen Rassismus und Faschismus zur Wehr setzen.

Inzwischen sehen sich die Mainzer Justizbehörden auch einem öffentlichen Druck ausgesetzt: Sie reagierten auf die vielen Protestschreiben und Unterschriftenlisten für Gunthers Freilassung, mit über 1.000 UnterzeichnerInnen aus der gesamten BRD, mit einem Antwortschreiben. Der Mainzer Justizminister Caesar (FDP) warnt in diesem Schreiben vor "Selbstjustiz gegen Rechtsextremismus" und erklärt, nicht mit "antifaschistischer Selbsthilfe", sondern mit "gewaltlosen politischen Mitteln" müsse man sich zur Wehr setzen. Offensichtlich heißt das für ihn in der Praxis, daß dem Treiben und Treffen - nicht nur verbotener - neonazistischer Gruppen von Seiten der Polizei friedlich zugesehen wird. Mit der Aktion gegen das "Kameradschaftstreffen" der DA am 6.1. und den vielen Solidaritätsaktionen zu Gunthers Verhaftung ist zum Leidwesen von Polizei und Justiz auch deren seit Jahren gängige Praxis unter Beschuß geraten, nichts gegen die Mainzer Neonaziszene zu unternehmen. Es ist mittlerweile bundesweit bekannt, daß Mainz unter den Augen von Polizei und Justiz zu einem Zentrum der militanten bundesdeutschen Neonaziszene avanciert ist. Die Staatsschutzbehörden haben am 17.3. deshalb gezwungenermaßen mit einer Großrazzia die Flucht nach vorne angetreten, wohl um ihr schlechtes Image aufzubessern. Ohne nennenswerte Ergebnisse (Verhaftungen) verlief denn auch die pressewirksam initiierte Polizeiaktion gegen Sympathisanten der DA mit dem Schwerpunkt Mainz. Alleiniges Ziel der Razzia war anscheinend, dem Vorwurf entgegentreten zu können, auf dem rechten Auge blind zu sein.

* gegen die Organisierung der Faschisten!

* für die Freiheit von Gunther!

* für die Freiheit von uns allen, die nur ohne Faschismus denkbar ist.

Demo und Kundgebung

am 17.4.'93 um 13 Uhr

Juxplatz Mainz Gonsenheim

Antifaschistische Aktion

19. Stimmen zu den hessischen Kommunalwahlen

Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:08

Schwarz-Braun und Rosa-Grün

Stimmen zu den hessischen Kommunalwahlen

Nur knapp zwei Tage hielt das vollmundig verkündete Versprechen der bürgerlichen Parteien, sie würden keinerlei Zusammenarbeit mit den Republikanern betreiben. Der CDU-Landesvorsitzende Kanther erklärte unumwunden, daß seine Partei die Unterstützung der Reps bei einer Abwahl sozialdemokratischer Bürgermeister und Landräte mit einplant: "Wir werden uns in Hessen durch die Tatsache, daß es Republikaner gibt, nicht jede politische Aktionsmöglichkeit nehmen lassen und damit den sozialdemokratischen Amtsinhabern die Chance einräumen, im Schatten der Republikaner zu überwintern." (FR, 10.3.93)

Diese Situation wird in etlichen Städten und Kreistagen eintreten, denn die Republikaner schafften überall, wo sie antraten, den Einzug in die Parlamente. Im Kreis Darmstadt-Dieburg und in Bad Hersfeld kam an Stelle der Reps die NPD mit 5,9% bzw. 9,1% in den Kreistag bzw. Stadtrat. Bedingt durch den massiven Stimmenrückgang der SPD wurden die bisherigen Regierungsverhältnisse kräftig durcheinander gerüttelt.. In Kassel (-20,7% für die SPD) und in Wiesbaden (-15,8%) verlor die SPD ihre bisherige absolute Mehrheit, so daß auch eine Neubesetzung der OB-Posten ansteht. Einen freiwilligen Rücktritt lehnen die Oberbürgermeister ab (aus versorgungsrechtlichen Gründen, wie es so schön heißt), so daß nur eine Abwahl in Frage kommt. In Kassel ist dies mit den Stimmen der CDU und der Grünen möglich. In Wiesbaden wäre die CDU auf die Stimmen der Reps angewiesen und will die wohl auch in Anspruch nehmen. Die schon in der letzten Legislaturperiode stattgefundenen Absprachen zwischen CDU und Reps werden bei solchen Konstellationen noch zunehmen. Wenn darüberhinaus die Wiesbadener Grünen die Reps "gnadenlos" in allen Gremien der Landeshauptstadt vertreten sehen wollen, um sie nicht wie weiland die Grünen durch miese Tricks auszugrenzen (FR, 10.3.93), dann ist es nicht mehr weit bis zur Anerkennung einer "demokratischen Reputation" der Rechtsextremen. Um die "kleinen Leute" wieder zu erreichen, will die SPD "an die Stammtische hinuntergehen" (FR, 15.3.93), wie es Landrat Eyerkaufer im Main-Kinzig-Kreis verkündet. Bei dort von den Reps erreichten 12,4% wird die SPD wohl noch mehr rechte Stichworte für ihre Politik von diesen Besuchsrunden mitbringen.

Daniel Cohn-Bendit, der das "Phänomen Rechtsextremismus" gerne normalisieren würde, hat zumindest in dem Kreisvorsitzenden der Frankfurter Republikaner Klaus Sauer einen Bewunderer gefunden. Von Cohn-Bendit, dem einzigen, der dem Rechtsextremen nach der Wahl in den Römer gratulierte, hält Sauer sehr viel "als Politiker". (FR-Interview, 22.3.93) Schwer vorstellbar, daß diese Art der "Normalisierung" die Rechten zurückdrängt.

Ergebnisse linker Listen

"Die Verschärfung der politischen Krise für die Regierung der Monopole und ihre Parteien verbessert die objektiven Bedingungen für den Übergang zur Arbeiteroffensive, aber diese kommt nicht im Selbstlauf. Ausgeprägt wie selten zuvor ist die noch unbefriedigte Suche nach einer positiven Alternative." (Rote Fahne, 10/93) Vielleicht meint die MLPD damit ihre "kritische Unterstützung" der Ökolinx in Frankfurt oder ihren Anbändelversuch mit der PDS.

Die Wahlergebnisse von linken Wahlbündnissen sind mitunter überraschend. Im wesentlichen handelte es sich um Einzelkandidaturen der DKP oder Bündniskandidaturen in ehemaligen DKP-Hochburgen. Die Ergebnisse im einzelnen (in Klammern die Ergebnisse von 1989):

Langenselbold (DKP), 8,8%, (15,4%)

Neuberg

(DKP-Offene Liste), 7,1%, (11,2%)

Maintal (DKP), 0,9%, (1,4%)

Mörfelden-Walldorf (DKP-Offene Liste), 10,3%, (10,2%)

Mainz-Kastel

(Arbeitskreis Umwelt u. Frieden - Ortsbeirat), 24,8%, (12,2%)

Gersfeld (Linke

Bürgerliste), 11,6%, (18% DKP)

Dietzenbach (DKP), 1,6%, (6,8%)

Reinheim (DKP), 9,0%, (9,6%)

Hessisch Lichtenau

(Alternative Liste), 10,6%, (9,9% DKP)

Offenbach (NiemanD), 2,6%, (1,3%)

Marburg

(Marburger Linke);, 3,5%,

die Grün-Alternative Linke kam auf 4,9%. (Angaben nach UZ vom 19.3.93)

Harri Grünberg, hessischer Landesgeschäftsführer der PDS/Lili und Kandidat auf der Ökolinx-Liste in Frankfurt, bleibt auch nach dem miserablen Abschneiden von Ökolinx (1,2%) dem antigrünen Tenor, der ihren Wahlkampf im wesentlichen bestimmte, treu: "Aber in den letzten Wochen vor dem Wahltag wurde systematisch die Angst vor Schwarz-Braun geschürt, so daß selbst Menschen, die uns erklärten, daß sie sehr unzufrieden mit der Politik der dortigen Grünen sind, hohe Sympathie für die Ökologische Linke Liste besitzen, vielleicht vorerst doch lieber bei Grün bleiben - einfach aus Angst vor Schwarz-Braun. Man muß weiterhin sehen, daß den Grünen der Hoechst-Skandal wahlpolitisch zugute kam." (ND, 11.3.93) Eine etwas dünne Erklärung und ein Nichtanerkennen der berechtigten Ängste vor Schwarz-Braun, ein Moment, das Ökolinx in ihrem antigrünen Wahlkampf fast gänzlich unberücksichtigt ließ.

Georg Fülberth - mit der "Marburger Linken" an der 5%-Hürde gescheitert - zieht nicht nur für die hessische Linke folgende Lehre: "Eine Politik, die sich damit begnügt, den sogenannten Verrat der Grünen zu geißeln und die Lücken aufzuspüren, welche diese auf ihrem eigenen Feld lassen, ist viel zu schmal und zappelt sich an Themen ab, die von diesen fest besetzt sind. Wer etwas Sinnvolles unternehmen will, sollte sich in den Quartieren umtun, in denen die ‚Republikaner` besonders viele Stimmen erhalten haben. Das wäre allerdings eine langwierige Arbeit, bei der vielleicht niemals Mandate herausspringen." (Konkret 3/93)

gg

Anzeige

20. Rechtsradikale finden Unterschlupf bei der CDU (Presseerklärung)

Rubrik: CDU/CSU; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:39

Die Antifaschistische Arbeitsgemeinschaft der Universität Hannover verurteilt aufs schärfste die Unterstützung und Beherbergung der rechtsradikalen "Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V.", die ja bekanntermaßen ein Bindeglied zwischen rechtem CDU-Flügel, führenden Republikanern und einschlägig bekannten rechten Ideologen und Publizisten ist.

Trotz öffentlicher Distanzierung von Rechtsradikalen und dem Versuch mit der Präsentation eines neuen Spitzenkandidaten, sich ein jugendlich-liberales Image zu verschaffen, kooperiert die CDU mit bekannten Rechtsradikalen, darunter führenden Republikanern und hält sich so auch in diesem Spektrum alle Optionen, nicht zuletzt die einer schwarz/braunen Koalition, offen. Dabei dient die "Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV)" in der CDU offensichtlich als Bindeglied zwischen den Christdemokraten und dieser rechtsradikalen Gruppierung. Dies zeigt sich in Niedersachsen besonders durch die doppelte Mitgliedschaft des Felix Schecke, der sowohl Kreisvorsitzender der OMV in Hannover, als auch Koordinator der "Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V." ist.

Die "Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V." ist besonders dadurch gekennzeichnet, daß in ihr prominente Republikaner und Rechtsradikale führende Positionen einnehmen.

Da wäre z.B. der stellvertretende Vorsitzende Emil Schlee, seit 1989 Europaabgeordneter der REP und hauptverantwortlich für deren 1990 erschienenes und bis heute gültiges Parteiprogramm. Schlee ist zwar seit 1992 nicht mehr Mitglied der REP (aufgrund einer internen gescheiterten Intrige gegen Franz Schönhuber), ist aber nach wir vor MdEP im Rahmen der sog. Europäischen Rechten. Über seine Tätigkeit berichtet er regelmäßig gemeinsam mit vier anderen für die REP in das Europaparlament gewählten Abgeordneten in der rechts von den REP angesiedelten Zeitung "Deutsche Rundschau", die der Deutschen Liga nahesteht.

Für den Fall, daß auch die nächste Veranstaltung der "Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V." am 23.4. in der CDU-Bezirksverbandsgeschäftsstelle stattfinden wird, kann mensch sich auf einen Vortrag des 1990 in Oberbayern als Spitzenkandidat angetretenen Republikaners Rudolf Überacker gefaßt machen. Danach, wenn alles so weiterläuft, wird in diesem Hause am 16.5. der Osnabrücker Soziologieprofessor Robert Hepp zu Wort kommen. Über Hepp stellten 1958 137 WissenschaftlerInnen der Uni Osnabrück fest: "Wissenschaftlich gesehen halten wir Hepps Äußerungen für pseudo-akademisch verbrämt Ansammlungen hetzerischer Klischees. Unter politischem Aspekt vertreten wir die Auffassung, daß Hepp jener Richtung in die Hände arbeitet, die durch Forcierung der sogenannten Überfremdungsdiskussion eine Massenbasis für den Neofaschismus zu finden hofft. Moralisch betrachtet widert die menschenverachtende Einstellung Hepps uns an." (Stuttgarter Zeitung vom 21.6.1985)

Wir empfinden es als einen Skandal, daß eine derartige Veranstaltung, von der sich der Verein Hannover 96 und der Pächter der gleichnamigen Gaststätte distanzierten und eine Veranstaltung in ihren Räumlichkeiten absagten, von jetzt an in den Räumen der CDU stattfinden soll und kündigen für den Fall einer ausbleibenden Distanzierung und Weiterführung dieser Veranstaltungen von Seiten der CDU weiterhin erbitterte Proteste an.

Antifa AG der Uni Hannover

P.S. Eine Kopie dieser Presseerklärung wurde an den CDU-Bezirks- und Landesvorstand mit der Aufforderung zur Stellungnahme gesandt. Als Anlage die Einladung zu der Veranstaltung am vergangenen Dienstag.

21. Gerhard Bögelein: Ich will keine Gnade! Ich will Recht! Auszüge aus einem Interview am 17. Februar 1993

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:27

Gerhard Bögelein ist am 9. März in Hamburg gestorben. Der 69jährige Antifaschist und ehemalige DDR-Bürger war im Mai 1992 zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt worden. Vorwurf des Hamburger Landgerichts: Er habe 1948 in der Sowjetunion einen Nazi-Kriegsrichter erschlagen. (Vgl. ak 340, 342, 343, 344, 348, 349)

Dieser Hamburger Prozeß gegen zwei alte Antifaschisten aus der DDR - der Mitangeklagte Karl Kielhorn wurde freigesprochen - hatte 1991/92 für Presseschlagzeilen und zahlreiche Proteste gesorgt. Im Dezember 1992 wurde dem schwerkranken Gerhard Bögelein von der Hamburger Justiz endlich Haftverschonung zugestanden. Anfang März 1993 war es ihm gerade gelungen, eine kleine Wohnung in Hamburg zu finden. Er mußte sich bis zu seinem Tod wöchentlich bei der Hamburger Polizei melden.

Gerhard Bögelein stritt die ihm vorgeworfene Tat immer ab und hatte Revision gegen das Urteil eingelegt. Er hoffte sehr auf ein zweites Verfahren und eine Verbesserung seines Gesundheitszustandes.

Am 17. Februar haben wir im Zusammenhang mit einem geplanten Filmprojekt (KAOS-Film, Köln) damit begonnen, Gerhard zu interviewen. Auszüge aus diesem Interview sind hier abgedruckt, um den Leserinnen und Lesern des ak einen Eindruck zu vermitteln über den Hamburger Prozeß und das, was Gerhard wollte und dachte.

Wir haben ihn als kranken, aber ungebrochenen Antifaschisten kennengelernt, als einen, der viel wußte und es nicht einfach hatte im Leben. Wir hätten gern noch mehr von ihm erfahren und sind traurig über seinen Tod.

Katja Leyrer

Zur Verhaftung 1990

Am 5. November 1990 wurde ich in einer psychiatrischen Klinik in Leipzig festgenommen, dem Ermittlungsrichter vorgeführt und mußte auf Protest der Ärzte freigelassen werden, weil ich haftunfähig war. Man machte mir die Auflage, wenn ich aus dem Krankenhaus entlassen werde, vorher den Ermittlungsrichter anzurufen. Nach einigen Tagen rief ich den Ermittlungsrichter an und stellte fest, daß er nicht anwesend war. Daraufhin fragte ich den Arzt, weil ich auf eigenen Wunsch nach Hause wollte. Da müssen wir den Ermittlungsrichter anrufen, sagte er. Er versuchte es auch vergeblich und nahm es auf seine Kappe, daß er mich entließ.

Zu Hause räumte ich auf, verbrannte sämtliche Dokumente, alles was aus der Sowjetunion da war. Ich wußte nicht, weswegen ich verhaftet werden sollte. Und am 13. Dezember wurde ich dann das zweite Mal festgenommen. (...)

Am 14. Dezember stellte der Gefängnisarzt zusammen mit anderen Ärzten wieder meine Haftunfähigkeit fest und erhielt den Befehl aus Hamburg, mich trotzdem im Sanitätsauto mit Arztbegleitung nach Magdeburg zu bringen ins Gefängnis. Dort übernachtete ich und wurde über Hannover nach Hamburg gebracht ins Zentrale Krankenhaus des Gefängnisses. Dort eröffnete man mir, daß ich jetzt haftfähig sei.

Knast und Prozeß

in Hamburg 1991/92

Ich habe dreiundzwanzig Jahre Psychopharmaka genommen.

Man setzte plötzlich die Psychopharmaka ab. Ich konnte nicht mehr schlafen, wurde unruhig, magerte ab. Das störte die Leute überhaupt nicht.

Etwa einen Monat vor dem Prozeß begann man mich zu behandeln mit Neurocil und steigerte die Dosis bis auf 100 mg täglich. Beim Prozeß war ich mehr abwesend als da, ich befand mich wie im Trancezustand, und einmal erlitt ich einen Nervenzusammenbruch, da mußten der Arzt geholt werden und Betreuer. Ein zweites

Mal verließen mich meine Kräfte, und ein drittes Mal, als ich nicht mehr konnte, bat ich das Gericht um Verschiebung des Termins um einige Tage. Das Gericht lehnte ab.

Daraufhin sang ich das sowjetische Kampflied, die "Katjuscha", woraufhin ich des Saales verwiesen wurde. Und der Richter kam am nächsten Tag zu mir ins Untersuchungsgefängnis und sagte, ich bekomme Vernehmungsaufschub, einige Tage frei.

Während der ganzen sieben Monate Prozeßdauer habe ich keine Freistunde mitgemacht. Ich war also laufend in meiner Zelle eingesperrt und trank Kaffee und rauchte, konnte trotz dem vielen Neurocil nicht schlafen. Also, ein Blinder hätte sehen müssen, daß ich haftunfähig war!

Zum Tatvorwurf

Der Oberstabsrichter Kallmerten ist schuld am Tod von vielen deutschen Kriegsgefangenen, die als Parlamentäre (für die Rote Armee, Anm. Red.) in den Kurlandkessel geschickt wurden, um die Kapitulationsbedingungen abzugeben. (1944, Anm. Red.) Parlamentäre sind nach internationalem Recht immun und dürfen nicht angetastet werden.

Sie wurden erschossen! Auf Befehl von Kallmerten, diesem faschistischen Henkersknecht!

Ich habe ihn verhört, damit er verurteilt werden kann vor sowjetischen Gerichten. Ich habe seine Akte und ich habe seine Aufzeichnungen, die man bei einer Durchsuchung der Sachen bei ihm gefunden hat, gelesen. Seine Aufzeichnungen waren in sehr zynischer Weise geschrieben, z.B. Frühstück bei General Sowieso, zwei Todesurteile unterschrieben, schöne Stunden mit Lilo usw.

Ich habe den Oberstabsrichter während seiner Niederschrift nicht geschlagen oder mißhandelt. Ich habe ihn überhaupt nicht berührt. Er schrieb das freiwillig. Nur bei den Angaben der zum Tode verurteilten Russen mogelte er. Er gab an, zwei Russen, elf Esten, sieben Letten, fünf Litauer und hundertzweiundfünfzig Deutsche zum Tode verurteilt zu haben. Das hat er unterschrieben.

Im Prozeß hielt man es für unwahrscheinlich, daß ein dreiundzwanzigjähriger ehemaliger Strafgefangener der deutschen Wehrmacht einen Oberstabsrichter, Doktor, Rechtsanwalt und Notar zu einem Geständnis bewegen konnte.

Ich habe das gleich zu Anfang des Prozesses ausgesagt. Man hat mir nicht geglaubt.

Als die Dokumente aus Moskau für zweitausend DM - das ist ein Vermögen im heutigen Rußland! - gekauft wurden (1992, Anm. Red.), bestätigten sich meine eingangs gemachten Angaben, daß der Richter ein Geständnis geschrieben hat.

Und ich betone nochmals: An der Tötung des Kriegsrichters war ich nicht beteiligt!

Ich bin zu Unrecht verurteilt worden!

Zum sowjetischen Urteil 1948

In der Sowjetunion habe ich mich nach der Tat hinter den Täter, Klaus Weniger, gestellt. Ich gab ihm mein Ehrenwort auszusagen, daß ich mitgemacht habe. Ich war Gruppenkommandeur in der Roten Armee, geheimer Mitarbeiter der Staatssicherheitsorgane. Ich wußte, daß mir nichts passiert.

Weniger wäre irgendwo in einem sibirischen Zwangsarbeitslager vergammelt. Und so wurden wir zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt und begnadigt zu fünf Jahren Bewährung.

Klaus Weniger wurde übernommen in das Ministerium für Staatssicherheit. (...) Und er ist 1949 im Dezember oder im nachfolgenden Januar im Kampf gegen faschistische litauische Banden als Leutnant der Sowjetunion gefallen.(...)

Zu den "Zeugen" 1991/92

Die meisten Zeugen, die anwesend waren, waren zu 25 Jahren Zwangsarbeit in der Sowjetunion verurteilt, teils durch meine Mitwirkung als Verhörender oder als Dolmetscher. Ich habe Verhöre selbst geleitet, ich habe auch bei Verhören gedolmetscht. Ich habe auch den Flugzeugführer von Hitler vernommen.

Zu dem Zeugen Gebhardt, SS-Polizeiobersturmbannführer, in der Bundesrepublik avanciert zum Polizeioberrat, kann ich nur sagen, daß er einen Meineid geleistet hat! Er hat einen Eid geleistet, daß er viermal 25 Jahre Zwangsarbeit bekommen hat. Laut sowjetischem Gesetzbuch gibt es nur dreimal 25 Jahre. Das kann man in jedem sowjetischen Gesetzbuch nachlesen.

Der Mann ist ein mehrfacher Kriegsverbrecher und Mörder, ein Menschenschinder! Wenn Blicke hätten töten können, hätte er mich im Gerichtssaal zehnmal getötet. (...)

Kindheit und Soldat

Ich bin deutsch-national erzogen worden, weil mein Vater fünfzehn, sechzehn oder siebzehn Jahre in der kaiserlichen Armee gedient hat. Mein Vater stammte aus einer Familie mit zwanzig Kindern. Er war der ältestgeborene Sohn und mußte für die Kinder aufkommen, weil der Vater und die Mutter mit 48 Jahren bereits gestorben sind. Da ging er aufs Militärkonservatorium und lernte Musik. Er wurde Militärmusiker und war später Militärmusikkapellmeister. Er spielte dreizehn Instrumente.

Er erzog mich aber deutsch-national: Deutschland braucht Raum, aber Hitler ist ein Dummkopf.

Wenn Hitler sprach im Radio, sagte er: Radio aus, der Herr Gefreite spricht!

Daß man mich als vaterlandslosen Gesellen hingestellt hat vor Gericht, ist eine infame Lüge! Mit sechzehn Jahren habe ich mich freiwillig gemeldet zur deutschen Wehrmacht, mit siebzehn Jahren wurde ich eingezogen. Mit siebzehn Jahren stand ich im kalten Winter vor Moskau, hab' meine Zehen erfroren und war bereits dreimal verwundet.

Während des Krieges wurde ich fünfmal verwundet.

Deserteur und Überläufer

im faschistischen Krieg

1943 stand für mich schon fest, daß ich überlaufe zur Roten Armee. Das ist erst 1944 möglich geworden, nachdem ich zur Feldstrafgefangenenabteilung VI gekommen bin.

Ich habe die Greueltaten und Untaten an der Front ... die haben mich angestunken. Ich konnte nicht mehr mitmachen.

Nach meinem Einsatz gegen Partisanen in Jugoslawien stand das für mich schon fest. Ich habe mich auch von meinem Vater und von meiner Mutter 1943 im Urlaub verabschiedet und habe gesagt: Wenn ich wieder an die Ostfront komme, laufe ich zum Russen über. Meinen Geschwistern getraute ich das nicht zu sagen.

Mein Vater bat mich, das nicht zu tun, ich würde das Ansehen der Familie schädigen. Ich sagte: Nein, wenn du das siehst, in jedem Dorf Aufgehängte, Erhängte, Erschossene! Kleine Kinder schlägt man mit dem Beil, hält man an den Füßen und schlägt sie mit dem Kopf gegen die Wand ... Hab' ich selbst gesehen, was die SS gemacht hat ...

Die erste Flucht wurde verraten, dann habe ich zwei weitere Fluchten gemacht, ein Fluchtversuch ist nochmal gescheitert.

Zwei Fahnenfluchten, Wehrkraftzersetzung und Landesverrat warf man mir vor im Untersuchungshaftlager in Dünaburg.

Ich wurde in Wilna in die Todeszelle gesperrt. Man hat mich verhört, nachdem das Partisanenjagd-Kommando meine Angaben dem Feldgericht übergeben hatte, wo ich selbst geschrieben hatte, daß ich bereit bin, mit der Waffe in der Hand gegen den Faschismus zu kämpfen. (Gerhard Bögelein war einem NS-Partisanenjagd-Kommando in die Hände gefallen, das sich als Sowjets getarnt hatte. Anm. Red.) Da habe ich praktisch mein eigenes Todesurteil unterschrieben. (...)

Und auf dem Weg vom Lager zum Bahnhof zur Gerichtsverhandlung habe ich alles auf eine Karte gesetzt und bin links in Richtung Westen. Ich wollte nach dem Osten, aber ich bin nach dem Westen abgehauen, um die auf eine falsche Spur zu leiten. Man hat noch lange hinter mir hergeschossen. Ich vermute, daß aus dem Zug, es waren 18 Mann, noch andere Leute geflohen sind. (...)

In der Roten Armee

und der Sowjetunion

Dann wurde ich von der Roten Armee ausgebildet als Kundschafter und wurde mit Fallschirm abgesetzt im Hinterland der Deutschen mit einer Gruppe mit Funkern. Ich war Gruppenkommandeur.

Russisch lernte ich schon 1941 aus dem Wehrmachtswörterbuch. Da war das erste Wort: Hände hoch!

Und dann besorgte ich mir weitere Bücher. Ich hatte engen Kontakt mit der sowjetischen Zivilbevölkerung, machte Tauschgeschäfte - ein Rasiermesser gegen ein Huhn und so weiter -, um unsere Verpflegung aufzubessern.

Ich war in den sowjetischen Kriegsgefangenlagern geheimer Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Vorher bei der Abteilung "Kampf dem Banditentum" und führte aktiv Kämpfe durch gegen Banditen. Bei den Banditen waren meist Leute, die in der deutschen Wehrmacht gedient hatten, die bei der SS waren, die bei der Polizei waren, die Spitzel waren, - also vollkommen faschistisch durchsetzt.

1948, im April, wurde ich versetzt zum Ministerium für Staatssicherheit zweite Geheimabteilung (...). Ich kam zuerst in die Spezialgruppe "Sokolow", nachher führte ich Sonderaufträge durch im Dienstrang eines Oberinspektors der Forst- und Papierwirtschaft. Das entspricht dem Dienstrang eines Oberleutnants.

Ich habe bis 1956 in der Sowjetunion gelebt. Die Sowjetunion ist meine zweite Heimat. Ich lebte in der Sowjetunion, ich lernte in der Sowjetunion mehr, als ich vorher in der ganzen Zeit in Deutschland und im Gymnasium gelernt hatte. Ich lernte die deutsche Literatur erst richtig in der Sowjetunion kennen. Nietzsche zum Beispiel, den Philosophen des Faschismus, habe ich in russischer Sprache gelesen. Drum schreibe ich ihn falsch, ich schreibe ihn ohne "ie", weil auf russisch gibt's kein "ie".

Zur Situation nach der Haftverschonung

Mein jetziger Arzt, Herr Doktor Karl-Heinz Roth, hat mich endlich von dem Psychopharmakon Neurocil befreit. Aber ich bekomme andere Psychopharmaka.

Ich bin, wie man sagt, psychisch krank.

Ich komme mir vor wie ein Anarchist. Ich habe in vier verschiedenen Staatssystemen gesessen, bei Hitler, bei Stalin, bei Ulbricht und jetzt auch in der BRD - nur für das Ziel, Menschlichkeit zu erreichen, Gerechtigkeit. Für dieses Ziel ging ich ins Gefängnis und habe jetzt elfeinhalb Jahre Gefängnis hinter mir.

Das erste Mal, daß ich kriminalisiert wurde, das ist hier in Hamburg geschehen. Man hat meinen Prozeß als kriminellen Akt abgetan. Bei Hitler ist das nicht gelungen, bei Stalin nicht gelungen und bei Ulbricht nicht gelungen.

Ich wünsche mir einen zweiten Prozeß! Und ich weiß, bei einem zweiten Prozeß verliert das Gericht das Gesicht. Wenn ich im Vollbesitz meiner Kräfte bin, werde ich dem Gericht einen solchen Prozeß liefern, wie es ihn noch nicht gesehen hat!

Ich habe meinen Rechtsanwalt Schwenn angewiesen, ja nicht ein Gnadengesuch zu schreiben! Ich will keine Gnade! Ich will Recht!

Am 8. Dezember 1992 wurde ich entlassen. Ich erfuhr es zwei Tage vorher, daß ich entlassen werde auf Haftverschonung.

Und kam ins Ausland, in dem man zufällig deutsch spricht. Für mich ist Hamburg Ausland. Ich fühle mich vollkommen als Fremder. Von Hamburg habe ich noch nicht viel gesehen, weil ich mich schlecht vorwärts bewegen kann. Ich habe den real existierenden Kapitalismus jetzt in der BRD kennengelernt: Obdachlose, Arbeitslose, Sozialfürsorge, Hilfebedürftige. Und ich verdamme den Kapitalismus.

Ich möchte mich noch an dieser Stelle vielmals bedanken bei den Hunderten von Sympathisanten, die mich moralisch unterstützt haben. (...) Das erste Flugblatt gegen meinen Prozeß druckten die Spartakisten, dann tauchte jemand von der Projektgruppe für die vergessenen Opfer des Faschismus auf, und ich merkte, daß

sich der Saal auch mit Sympathisanten füllte und bekam neuen Mut. Dank all denen, die das bewerkstelligt haben!

22. 22 Jahre Isolationshaftbedingungen und Sondermaßnahmen gegen die politischen Gefangenen in der BRD

Von Rechtsanwalt Gerd Klusmeyer

Autor: RA Gerd Klusmeyer · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:04

Wenn ich hier über 22 Jahre Sonderhaftbedingungen und Sondermaßnahmen gegen die politischen Gefangenen spreche, dann fällt mir das schwer.

Nicht etwa deshalb, weil mir das Material fehlt. Es gibt unzählige medizinische Gutachten über die zerstörerischen Auswirkungen der Isolationshaft. Es sind hunderte von Büchern und Broschüren geschrieben und tausende von Vorträgen gehalten worden. Qui habet aures audiendi, audiat - wer Ohren hatte zu hören, der konnte hören. Nein, es fällt mir schwer, weil ich nicht über Zahlen spreche, sondern von Menschen. Zeit ist für den Menschen keine unerschöpfliche Ressource. Ich spreche von Irmgard Möller, die demnächst in ihr 21. Haftjahr geht. Ich spreche von Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo, Hanna Krabbe, Knut Folkerts und Stefan Wisniewski, die 18, 16 und 15 Jahre in Haft sind. Ich spreche von Rolf Heißler, Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt, Manuela Happe, Eva Haule, Ingrid Jakobsmeier, Sieglinde Hofmann, Helmut Pohl, Heidi Schulz, Norbert Hofmeier, Erik Prauß, Andrea Sievering, Sigrid Happe, Gabi Hanka, Ali Jansen, Stefan Feifel und Sven Schmidt, alle zwischen 4 und 14 Jahren in Haft. Ich spreche von Günter Sonnenberg und Angelika Goder, die zwar jetzt aufgrund unser aller Arbeit in Freiheit sind, aber deren Haftverschonung jederzeit widerrufen werden kann.

Und ich spreche auch von zehn Hungerstreiks, mit denen sich die Gefangenen gegen die Isolationshaft zur Wehr gesetzt haben. In diesen Streiks hat es Tote gegeben.

Als ich vor elf Jahren, damals noch als Referendar, anfing, politische Gefangene zu vertreten, waren alle Tatsachen über die Auswirkungen der Isolationshaft bereits bekannt. Ich habe in der Folgezeit als Verteidiger der Gefangenen hautnah miterlebt, wie die Auswirkungen sind.

Nach zwei oder drei Jahren unter verschärfter isolierender Haft zeigen alle Gefangenen dieselben Symptome körperlicher Erschöpfung, Orientierungslosigkeit in der Zeit, Verlust von Sprachfähigkeit, wie wir es aus den Erfahrungen der Gefangenen aus den frühen 70er Jahren kennen, die als erste mit Isolation konfrontiert waren.

Die Gefangenen haben gelernt, gegen diese Haft Widerstand zu leisten. Aber der reale Zerstörungsprozeß kann dadurch immer nur verlangsamt, nicht gestoppt werden, und nach 5, 10, 15 und mehr Jahren gibt es bei jedem Gefangenen qualitative Einbrüche in der Gesundheit, die irreversibel sind. Die seelische Qual, die es für jede und jeden bedeutet, die eigenen Erfahrungen nicht austauschen zu können - bei aller Differenzierung der Haftbedingungen ist der geplante und bis ins kleinste gesteuerte Entzug von Kommunikation immer noch das zentrale Bekämpfungsmittel der Justiz - dieser psychische Druck produziert körperlichen Schmerz, der umschlägt in Krankheiten. Genauso erzeugt auch die körperliche Tortur, die Trennscheibe, dauerndes nackt ausziehen und das tausende Male für die meisten Gefangen, eine Beeinträchtigung des Fühlens, des Denkens und der Vorstellungskraft. Gefangene, die jahrelang unter diesen Bedingungen versucht haben zu überleben, zu leben und zu kämpfen - diesen Gefangenen gegenüber kann nichts mehr "normalisiert" werden.

Die Haftbedingungen sind Ergebnis der Folterlogik des Staates, die sich als Kontinuum bis heute durchzieht.

Ich will dies kurz durch Zitate aus Beschlüssen von Staatsschutzgerichten verdeutlichen: Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes führt in seinem Beschluß vom 22.10.1975 aus, daß "es nicht ernsthaft bezweifelt werden (kann), daß die Angeklagten die Auswirkungen der isolierenden Haftbedingungen auf ihre Verhandlungsfähigkeit seit langem erkannt haben. Wenn sie gleichwohl seit Jahren das Verhalten fortsetzen, das die staatlichen Organe zur Anwendung dieser Haftbedingungen zwingt, so haben sie damit die Herbeiführung ihrer Verhandlungsunfähigkeit in Kauf genommen."

Die Gefangenen selbst werden für die gesundheitlichen Schäden verantwortlich gemacht, als "verschwindend kleine Minderheit", die gesellschaftliche Verhältnisse in der BRD mit Gewalt verändern wolle.

Diese Entscheidung wurde vom Bundesverfassungsgericht im Januar 1976 bestätigt. Seitdem ist in der Bundesrepublik die Folter des politischen Gegners verfassungskonform. Ganz auf dieser Linie liegt das OLG Frankfurt am 21.4.1992 mit seinem Beschluß, den schwerkranken Ali Jansen nicht zu entlassen: "Diese Erkrankung mag zwar seine Strafempfindlichkeit erhöhen, eine daraus sich ergebende Sinneswandlung ist jedoch nicht feststellbar."

Das OLG Hamburg am 16.2.1993 in seiner Begründung, warum Christine Kuby nach 15 Jahren nicht entlassen werden soll: "Eine Untersuchung ist geboten, weil die Verurteilte selbst erklärt hat, durch die lange Inhaftierung auch psychisch beeinflußt worden zu sein. Ob sich aus der vorgebrachten psychischen Beeinträchtigung positive oder negative Auswirkungen auf die Gefährlichkeitsprognose ergeben, wird durch eine psychiatrische Begutachtung zu klären sein."

Dies sind die neuesten Folterbeschlüsse der deutschen Justiz. In der ersten Entscheidung macht das Gericht die Krankheit des Gefangenen zum Druckmittel, um bei ihm einen "Sinneswandel" hervorzurufen. Ali Jansen, der unter schwerem Asthma leidet und in den letzten Jahren durch akute Anfälle in lebensbedrohende Situationen kam, soll damit täglich weiter unter Druck gesetzt werden, solange er seine politische Haltung nicht aufgibt.

Der Hamburger Beschluß wiederum besagt, daß das Gericht zunächst psychische Schäden durch die Haftbedingungen zugesteht, daraus dann aber den Schluß zieht, ob dies nun "positiv" oder "negativ" zu beurteilen wäre, wenn die Gefangene durch die Haftbedingungen dazu gebracht werden könnte, ihre politische Identität aufzugeben. Negativ, wenn die Haft dem Staat dieses Ergebnis nicht gebracht hat.

Die Gefangenen sitzen dafür, weil sie den Staat angegriffen haben. Aber kein Staat hat das Recht, seinen politischen Gegner zu foltern. Die Einzelheiten und Ausformungen der Haftbedingungen darzustellen, würde hier den Rahmen sprengen. Ich kann hier nur exemplarisch sein. Alle Maßnahmen gegen die Gefangenen zeichnen sich dadurch aus, daß sie Ausnahmecharakter haben. Sie waren teilweise illegal und mußten erst nachträglich durch Ad-hoc-Gesetze legalisiert werden. Die Haftbedingungen wurden in den letzten Jahren immer weiter ausdifferenziert, sie sind für Außenstehende weniger durchschaubar in ihrer Zielsetzung.

Anfang der 70er Jahre wurden die Gefangenen in einem leeren abgetrennten Flügel eines Gefängnisses allein untergebracht (Ossen__dorf, Lübeck, Hannover, Straubing). Zu jener Zeit bis etwa zum Jahre 1987 wurde gegen die Gefangenen während der U-Haft durchweg das sog. 24-Punkte-Programm verfügt. Dieses Programm sah ausnahmslos die strikte Trennung von anderen politischen Gefangenen und von anderen Gefangenen überhaupt vor. Durch die i.d.R. mehrjährige U-Haft hieß das für die Gefangenen über einen langen Zeitraum 23 Stunden allein in der Zelle und eine Stunde allein auf dem Hof. Ich will aus einem Bericht von Karl-Heinz Dellwo aus dem Jahre 1988 zitieren, aus dessen spröden Worten das ganze Ausmaß deutlich wird.

"Zusammenfassend: Ich bin nun fast 13 Jahre inhaftiert, seit über 9 Jahren im Hochsicherheitstrakt. Ich war insgesamt 21 Monate allein, 29 Monate zu zweit. 47 Monate zu dritt, 49 Monate zu viert (5 Monate davon beschränken sich auf die Stunde Hofgang), 5 Monate zu fünft, anderthalb Monate in Kontaktsperre und vor fast 10 Jahren zu drei verschiedenen Zeitpunkten insgesamt 3 Monate während der Stunde Hofgang mit mehreren sozialen Gefangenen zusammen.

Von April 77 bis Februar 85 habe ich 12 Hungerstreiks durchgeführt, kollektiv oder allein, zeitweilig auch als Durststreik - von insgesamt 14 Monaten und 15 Tagen Dauer. Während der Hungerstreiks wurde ich über 90 mal von Rollkommandos aus der Zelle geschleppt und unter Fesselung gewaltsam intravenös oder mit Sonde zwangsernährt. Das Abschleppen und Fesseln im Bunker mitunter 50 Stunden auf dem Rücken liegend, insbesondere in den ersten Jahren wegen ‚Ungehorsam` oder Widerstand gegen terrorisierende Wärter usw. nicht mitgerechnet.

Während einem Jahr, von Oktober 77 bis Dezember 78, gehörte ich ebenso zu jenen Gefangenen, die aus Rache für die Angriffe der Guerilla mit allen nur möglichen Mitteln drangsaliert wurden: Monatelang saß vor meiner Zelle ein Wärter, guckte alle 3 Minuten durch den Spion und notierte danach in einem Buch was ich

gerade tat. Zwischendurch schlugen sie gegen die Tür oder riefen Beleidigungen oder höhnende Bemerkungen rein. Ein Jahr lang brannte auch nachts über das Licht, kamen nachts Rollkommandos rein, um von mir angebrachte Verdunkelungen herunterzureißen und mich oft in den Bunker zu schleppen. Ein Wink beim Hofgang zu irgendeinem unbekannten Fenster reichte aus, um den Hofgang gewaltsam abzubrechen. Was mir aus der Zelle geholt werden konnte, wurde herausgeholt. Täglich wurde die Zelle buchstäblich auf den Kopf gestellt, immer wieder Papiere zerstreut, mit Essen vermischt oder einfach zertrampelt, es gab Tage, da mußte ich mich 10 mal vollständig umkleiden, denn jedesmal wenn ich die Zelle verließ oder zurück kam, mußte ich einen neuen Satz Kleider anziehen.-

Dieser Bericht steht exemplarisch für die einer Vielzahl anderer Gefangener. Gefangene, die in Stuttgart ihren Prozeß hatten, waren über einen langen Zeitraum den in Stammheim praktizierten verschärften Isolationsbedingungen ausgesetzt. Christian Klar und Manuela Happe waren beide sechs Jahre dort.

Isolation ist heute differenzierter. Sie ist nicht mehr mit den Stichworten "Toter Trakt" oder "camera silens" zu fassen. Aber qualitativ hat sich nichts geändert. Die Gefangenen, die allein im Knast sind, haben Kontakte zu anderen Gefangenen. Aber, und das ist der entscheidende Punkt, nicht zu ihren Genossinnen und Genossen. Die medizinischen Gutachten von 1976 sind weiter gültig. Eine interaktionsfähige Gruppe ist erst dann gegeben, wenn 15 Gefangene, die etwas verbindet, zusammen sind. Kontakte zu anderen Gefangenen bedeuten keine qualitative Verbesserung der ursprünglich strengen Einzelhaft. Kontakte mit anderen Gefangenen werden durch dauernden Wechsel, Kleinhalten der Belegung in einem Flügel u.a. Methoden total gesteuert. Nichts um den politischen Gefangenen herum soll dem Zufall überlassen bleiben.

Hier nur ein Beispiel aus dem letzten Jahr: Brigitte Mohnhaupt, seit November 1982 in Haft, seitdem unter wechselnden Isolationsbedingungen immer nur mit ausgesuchten Gefangenen beim Hofgang zusammen, wurde die Teilnahme an einer Sportgruppe verweigert, mit dem Hinweis des Anstaltsleiters von Aichach, sie hätte noch nicht einmal die Hälfte ihrer Haftzeit abgesessen.

22 Jahre Sonderhaftbedingungen heißen auch 22 Jahre Häftlingsüberwachung. Für die sog. "Häftlingsüberwachung" gibt es kein Gesetz. Es gibt sie, seitdem es die ersten Gefangenen aus der RAF gibt - jeder politische Gefangene aus bewaffneten oder Widerstandsgruppen unterliegt dieser Überwachung, die im BKA zentralisiert wird. Hier werden alle Informationen über die Gefangenen gesammelt, ausgewertet, die dem Staatsschutz nur irgendwie in die Hände kommen. In keinem Prozeß wurden diese Akten jemals offengelegt.

Die Daten aus der "Häftlingsüberwachung" werden gespeist durch die Überwachung aller Besuche der politischen Gefangenen (nach der Verhaftung durch das BKA, später durch das LKA), der gesamten aus- und eingehenden Post, durch Berichte des Vollzugspersonals über das Verhalten der einzelnen Gefangenen in der Haft, durch Spitzelberichte und illegal abgehörte Gespräche der Gefangenen, auch, wie eine neue Anweisung der KGT (Koordinierungsgruppe Terrorismus) belegt, Telefongespräche der Gefangenen mit ihren Anwälten.

1989 wurden durch den Streik zum ersten Mal Ausnahmen von dieser Regel erkämpft: unbewachte Besuche vob Angehörigen für die meisten der Gefangenen. Und erste unbewachte Besuchsgruppen in zwei Knästen.

Aber sonst wird die Häftlingsüberwachung immer weiter ausgebaut und institutionalisiert. Besuchsberichte werden an die Bundesanwaltschaft, den Verfassungsschutz und die Landeskriminalämter in der ganzen BRD weitergeleitet. Besucher, Angehörige, Freunde, Anwälte werden in diesem System miterfaßt als "Kontaktpersonen", die darüber selbst wieder weiter überwacht werden. Die Folge ist direkte Repression und Kriminalisierung. Zuerst gegen die Gefangenen, aber potentiell ist jeder, der Kontakt mit ihnen aufnimmt, davon betroffen. Da die Überwachung nachrichtendienstlichen Zwecken dient - Ausforschung, als Funktion für Fahndung oder Entsolidarisierungskampagnen in der Öffentlichkeit - ist sie in ihrem Wesen manipulativ. Aus "Erkenntnissen" aus den Zellen werden sog. "Sicherheitslagen" konstruiert und gezielt in die Medien gestreut. "Die Gefangenen planen Hungerstreik" oder "Die Gefangen planen die Aktion der Illegalen", "Zellensteuerung" usw. - diese alle Jahre wieder kehrenden psychologischen Kampagnen sind jedem Interessierten hinreichend bekannt.

Es soll hier nur gezeigt werden, daß der oder die einzelne Gefangene - solange sie an ihrer politischen Geschichte festhalten und auch in der Gefangenschaft um politische Diskussion, Auseinandersetzung und Organisierung, immer Objekt der staatlichen Kriegsführung sind - jede und jeder einzelne sowie die Gruppe der politischen Gefangenen als politischer Zusammenhang.

Für die politischen Gefangenen gibt es keine normale Lebenssituation im Gefängnis. Sie sind weder Untersuchungs- noch Strafgefangene, sondern wie der Justizminister von NRW 1991 feststellte, "Gefangene des Bundes".

Für diese Gefangenen gilt die zentrale Zuständigkeit von Bundesanwaltschaft und BKA vom ersten bis zum letzten Tag der Haft. Sondergesetze und Sondergerichte bestimmen die Verfahren. Selbst gegen Gefangene, die bereits zu mehrmals lebenslänglich verurteilt wurden, finden neue Prozesse statt aufgrund von erdealten Kronzeugenaussagen.

Das Kontaktsperregesetz ist bis heute nicht abgeschafft. Die Gefangenen sind Staatsgeiseln unabhängig von ihrem Verhalten in der Haft.

Hier nur je ein Beispiel aus den 70er und aus den 90er Jahren: Als im September und Oktober 1977 über 100 politische Gefangene unter Kontaktsperre gehalten wurden, die drei der Gefangenen nicht überlebt haben, hatte die damalige Regierung unter Kanzler Schmidt dies mit einer angeblich bestehenden "Zellensteuerung" der RAF-Aktionen begründet.

Auch wann sich in der Folgezeit herausstellte, daß es dafür weder Anhaltspunkte gab noch von den Verantwortlichen auch nur angenommen wurde, wurde im Sommer 1991 von Bundes- und Landesjustizministerien gemeinsam beschlossen, bei einer nächsten Aktion der RAF, die Gefangenen, die zu der Zeit zusammen waren, auseinander zu legen.

Diese kurzen Beispiele sollen hier genügen, um die wesentliche Bedrohung von Gesundheit und Leben der politischen Gefangenen - ihren Geiselstatus - zu dokumentieren.

Um die Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand besteht seit über 20 Jahren ein Ausnahmezustand, der nur durch eine zentrale Entscheidung der politischen Apparate beendet werden kann. Statt dessen wird seit Frühjahr 1991 durch die Schaffung der "Koordinierungsgruppe Terrorismus" - KGT - die staatliche Gewalt noch weiter gebündelt und konzentriert gegen die Gefangenen eingesetzt. In der KGT sind unter der Leitung des BKA Bundesanwaltschaft, Verfassungsschutzämter, LKAs, Länderinnen- und -justizministerien zusammengefaßt. Dabei hat sich schnell gezeigt, daß das Hauptziel der operativen Maßnahmen, die dort koordiniert werden, die politischen Gefangenen sind.

"Dringende Verbesserung der Häftlingsüberwachung - dabei ist der Justiz, insbesondere den Leserichtern bei der Überwachung der Häftlingspost die sachkundige Unterstützung der Polizei und des Verfassungsschutzes anzubieten. Die Justiz wird gebeten, sicherzustellen, daß sachdienliche Erkenntnisse sofort an die Polizei und die Verfassungsschutzbehörden übermittelt werden ... Verbesserung der Häftlingsüberwachung einschließlich der der Kommunikationsbeziehungen zwischen einsitzenden Gefangenen und ihren Verteidigern sowie Einführung einer Übermittlungspflicht der Haftbehörde gegenüber der Polizei. ... Ständige und anlaßbezogene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Bevölkerung ...!" (Ständige Konferenz der Innenminister der Länder, 3.5.1991, zitiert nach einer Presseerklärung der PDS vom 16.7.1991).

Ungeachtet der bestehenden gesetzlichen Zuständigkeitsregelungen soll die Kriegsführung gegen die Gefangenen noch weiter ausgebildet werden.

Die einzig richtige, politisch und menschlich richtige Konsequenz aus 22 Jahren Sonderhaft ist die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Zur Frage der Mehrfachanrechnung

verbüßter Isolationshaft

In unserer Pressemitteilung vom 24.2.1992 hatten wir Verteidiger der Gefangenen u.a. gefordert, die erlittene Sonderhaft mindestens dreifach anzurechnen. Diese Anrechnung hätte zur Folge, daß alle Gefangenen aufgrund der Länge der Haft freizulassen sind.

Diese Forderung war und ist nicht aus der Luft gegriffen. Hinter dieser Forderung steht der Wiedergutmachungs- und Entschädigungsgedanke, der eben aus dem UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte hergeleitet wird. Wir haben diese Forderung der Ankündigung entgegengesetzt, die Gefangenen sollten sich nach den entsprechenden Zeitabläufen den "normaler" Entlassungsverfahren

unterziehen. Wir haben klargemacht, daß es nach so vielen Jahren der Sonderbehandlung der Gefangenen keine normalen Verfahren geben kann, sondern daß hier eine Wiedergutmachung erfolgen muß. Die Forderung impliziert ebenso, daß eine Lösung alle Gefangenen umfassen muß und nicht einige ausgeklammert werden.

Da der Staat seine politische Entscheidung gegen eine Lösung alle Gefangenen getroffen hatte, konnten nunmehr die Staatsschutzsenate die ihnen zugewiesene Arbeit aufnehmen.

Wie die Forderung der Mehrfachanrechnung dort aufgenommen wurde, zeigt ein Zitat aus dem Beschluß des OLG Hamburg vom 16.2.1993, mit dem die Reststrafenaussetzung für Christine Kuby abgelehnt wurde: "Die Ausführungen der Verteidigung zu einer höheren Anrechnung der bisher vollzogenen Strafe finden im Gesetz keine Stütze, so daß sich ein weiteres Eingehen darauf erübrigt."

Ein in seiner Kürze arroganter Satz von Richtern, die selbst für die Anordnung der Isolationshaftbedingungen verantwortlich waren und deren Auswirkungen kennen.

Wenn ein deutscher Staatsschutzrichter für die Frage, ob möglicherweise eine Entscheidung zugunsten des Angeklagten oder Verurteilten erfolgen muß, im Gesetz keine Stütze findet, dann entscheidet er auch nicht zugunsten. Im umgekehrten Fall entscheidet er freier.

Da wird z.B. bei der Frage, ob Verteidigergespräche illegal abgehört werden dürfen, der Rechtfertigungsgrund des übergesetzlichen Notstandes herangezogen. Dies nur als Beispiel. Ein Blick ins Gesetz zeigt nun, daß dem allgemeinen Strafrecht die Mehrfachanrechnung einer verbüßten Strafe durchaus nicht fremd ist. § 51 Abs.4 StGB bestimmt: "Wird eine ausländische Strafe oder Freiheitsentziehung angerechnet, so bestimmt das Gericht den Maßstab nach seinem Ermessen." Das OLG Hamburg hat also nur deshalb keine Stütze im Gesetz gefunden, weil dort explizit von einer ausländischen Strafe gesprochen wird. Selbstverständlich könnte ein Gericht diese Vorschrift analog auf im Inland verbüßte schwere Sonderhaft anwenden. Das im Strafrecht geltende Analogieverbot betrifft lediglich Analogien zu Lasten des Angeklagten. Niemand soll für etwas bestraft werden, was im Gesetz nicht ausdrücklich als Straftat bestimmt ist. Die Analogie zugunsten des Angeklagten ist aber zulässig und geboten, wenn Sinn und Zweck der analog herangezogenen Vorschrift auch auf ihn zutreffen.

Sinn und Zweck der Mehrfachanrechnung von im Ausland verbüßter Haft ist es, erlittene besondere Härten auszugleichen. Für in Spanien verbüßte Haft gehen Gerichte z. B. bis zu einem Anrechnungsmaßstab von 1:3.

Ich will keineswegs die Haftbedingungen in spanischen Gefängnissen beschönigen. Die Gerichtsentscheidungen sprechen von unzumutbaren hygienischen Verhältnissen, von Ungeziefer auf der Zelle und Belegung mit 10 Häftlingen.

Aber um wieviel zerstörerischer waren und sind die Isolationshaftbedingungen der politischen Gefangenen hier.

Wenn hier und da "Überreaktionen" des Staates zugegeben werden, so trifft dies nicht zu. Wie ich vorhin gesagt habe, handelt es sich nicht um Überreaktionen, sondern um eine kontinuierliche Ausnahmepolitik. Dieser Tatsache haben sich alle zu stellen. Die mehrfache Anrechnung der Haft ist dabei der erste Schritt.

Gerd Klusmeyer

23. Alle Gefangenen müssen raus!

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:41

Unter dem Titel "Freiheit für alle Gefangenen aus RAF und Widerstand" fand am 20.3. in Mainz eine Veranstaltung statt, zu der die AnwältInnen der Gefangenen eingeladen hatten. Etwa 100 Menschen aus der Republik kamen, um die Möglichkeiten eines erneuten Ansatzes zu diskutieren.

Nach den Vorstellungen der AnwältInnen sollte eine Bilanz gezogen werden, "... welche Schritte für die Freiheit unternommen wurden und welche staatlichen Maßnahmen dagegen erfolgt sind. In diesem Rahmen müssen die neuen Prozesse gegen unsere Mandanten und Mandantinnen, die Methodik der gerichtlichen Anhörungsverfahren und deren aktueller Stand sowie die unvermindert zerstörerischen Haftbedingungen gesehen werden. ... Auf dem Hintergrund bis vor kurzen noch unvorstellbarer internationaler Umbrüche hat sich auch die gesellschaftliche Realität der BRD im Laufe der letzten Jahre radikal verändert." (aus der Einladung)

Rechtsanwalt Gerd Klusmeyer brachte in seinem Beitrag "22 Jahre Isolationshaftbedingungen und Sondermaßnahmen gegen die politischen Gefangenen in der BRD" die Sonderbehandlungen, denen sie unterzogen waren und auch heute noch sind, plastisch nahe. Rechtsanwalt Martin Heiming berichtete über die acht neuen Verfahren gegen Gefangene aus der RAF. (siehe Beiträge in diesem ak)

Ein Vertreter des AK Politische Justiz aus Heidelberg stellte die völkerrechtliche Begründung der Forderung nach Freiheit für die politischen Gefanggenen in der BRD vor. "Menschenrechtsausschuß und andere mit Menschenrechten befaßte UN-Organe stimmen darin überein, daß die ‚langandauernde Einzelhaft` menschenrechtswidrig ist." (1) Die Haftbedingungen, denen die Gefangenen unterworfen sind, beinhalten diese langandauernde Einzelhaft. Diese "Erkenntnis" beruht auf dem "Menschenrecht auf Kommunikation", das Gefangenen, die einzel- oder kleingruppenisoliert sind, genommen wird. "Leben im Sinne des Menschenrechtsschutzes ist nicht allein die physische Existenz, sondern ein sinnvolles Dasein." (1) So wurde z. B. in Indien die Regelung, daß ein Gefangener nur einmal im Monat und nur von Familienangehörigen Besuch bekommen darf, vom Obersten Gerichtshof für menschenrechtswidrig erklärt; er schlägt Besuche von Angehörigen und Freunden zweimal in der Woche vor.

Gisela Dutzi, seit fast zwei Jahren draußen und Gabriele Rollnik, erst Ende letzten Jahres nach 15 Jahren Haft entlassen, wollten das Projekt "Freiheit für die politischen Gefangenen" vorstellen. Während die Anwälte ihre Beiträge vorbereitet hatten und dadurch in der Lage waren, Fakten und Informationen zu liefern, hatten die beiden ehemaligen Gefangenen sich offensichtlich ein diskussionsfreudiges Publikum vorgestellt, mit dem sie ihre Ideen und Vorstellen diskutieren und weiterentwickeln wollten. Leider war das nicht so, und die beiden Frauen versuchten, den Stand ihrer Diskussion zu vermitteln, was m.M. nach inhaltlich über das, was schon überall nachzulesen war, nicht hinausging und aufgrund des - so schien es jedenfalls - weder vorbereiteten noch irgendwie strukturierten Beitrages auch keinen Diskussionsansatz bot.

Daß die Einstürzenden Neubauten in Weiterstadt die Debatte um die Freilassung der Gefangenen wieder neu entfacht und breit in die Presse gebracht haben, ist unstrittig. Daß die Stillstandssituation, die eingetreten war, jetzt wieder aufgebrochen werden kann, bleibt zu hoffen.

Wer nicht schon den Gegenstand des Anschlages in den Zusammenhang mit den politischen Gefangenen gebracht hat, der bekommt es spätestens in der jetzt kursierenden Erklärung der RAF erklärt. Aber die Erklärung geht durchaus weiter, greift Kritik an der Erklärung vom letzten Jahr auf und versucht an einigen Punkten Einschätzungen und notwendiges Handeln weiterzuentwickeln (Rassismus). Wir dokumentieren die vollständige Erklärung in diesem ak.

ga.

(1) Aus dem Redebeitrag des Vertreters AK Politische Justiz Heidelberg

Briefe von Gefangenen

aus der RAF

vom Januar + Februar 1993

Knut Folkerts, Rolf Heissler,

Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar, Heidi Schulz, Lutz Taufer

Zu bestellen über:

Infostelle für die

Freiheit der politischen Gefangenen,

c/o Weisses Haus

Heddernheimer Landstr. 155

6000 Frankfurt a.M. - Heddernheim.

DM 6,- in Briefmarken beifügen oder

bei größeren Mengen überweisen an:

A. Wäldele, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 501 02, Kto.-Nr. 822 698

Wir benötigen dringend Geld für

unsere Arbeit und bitten um Spenden!

24. Acht neue Verfahren gegen Gefangene aus der RAF

Von Rechtsanwalt Martin Heiming

Autor: RA Martin Heiming · Rubrik: Haftbedingungen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:16

Es gibt insgesamt, soweit uns bekannt, acht neue Verfahren gegen Gefangene aus der RAF. Ausgelöst wurden sie ganz überwiegend durch Aussagen der ehemaligen RAF-Mitglieder aus der ehemaligen DDR, die mit der Aussicht auf ein Lebenslänglich in ihren eigenen Prozessen so unter Druck gesetzt wurden, daß sie andere denunzierten und sich unter Inanspruchnahme der berüchtigten Kronzeugenregelung freikauften.

Wie dieser Handel genau über die Bühne ging, wird verschwiegen. Im Prozeß gegen Christian Klar im letzten Herbst hat ein Bundesanwalt lediglich ausgesagt, der Verfassungsschutz sei insoweit initiativ gewesen; Anträge auf entsprechende Akteneinsicht wies das Gericht ab.

In diesem ersten Prozeß, der sich derzeit in der Revision befindet, wurde wegen eines Bankraubs 1979 in Zürich, bei dem eine unbeteiligte Passantin getötet wurde, möglicherweise, so das Gericht, durch eine Polizeikugel, verhandelt, obwohl Christian Klar schon mehrfach zu lebenslänglich verurteilt war. Dahinter steckt eine zweifache Absicht:

Einmal geht es dem Generalbundesanwalt (GBA) darum, erklärtermaßen, nach Möglichkeit jedes einzelne RAF-Mitglied als eigenhändigen Mörder zu präsentieren und alle RAF-Aktionen bis ins kleinste Detail strafrechtlich aufzuarbeiten. Auf diese Weise gelangt man zu vielen und vor allem hohen Urteilen, in denen man dann auch jeweils die sogenannte "Schwere der Schuld" feststellt. Dies ist ein Kriterium, das Bedeutung gewinnt bei der Frage, ob ein zu lebenslänglich Verurteilter nach 15 Jahren freigelassen wird. Ist die "Schwere der Schuld" im Urteil bereits festgeschrieben, geht diese Prüfung negativ aus, das heißt: Das Lebenslänglich wird weiter vollstreckt.

Hier erkennt man einen weiteren Aspekt der sog. Kinkel-Initiative, die ja angeblich nichts weiter als die rein justizielle Behandlung des Konflikts RAF - Staat bedeuten soll: Streng gesetzlich wird nach 15 Jahren geprüft, doch vorher werden in neuen Prozessen weitere Urteile fabriziert, die das negative Ergebnis vorwegnehmen. Die zerstörerischen Haftbedingungen, die Rechtsanwalt Gerd Klusmeyer bereits ausführlich beschrieben hat, werden so perpetuiert. Dies steht weiterhin an bei

- Rolf Clemens Wagner, der bereits dreimal zu lebenslänglich verurteilt ist und jetzt erneut angeklagt ist wegen versuchten Mordes an US-General Haig 1979; der Prozeß ist eröffnet und soll im September '93 vor dem OLG Frankfurt verhandelt werden.

- Adelheid Schulz, die bisher zu zweimal lebenslänglich verurteilt ist und sich seit etwa zwei Jahren neuen Ermittlungen des GBA gegenübersieht wegen Mordes und versuchten Mordes an niederländischen Zollbeamten 1978, wegen Haig wie bei Rolf Clemens Wagner, wegen versuchten Mordes an US-General Kroesen 1981 und wegen eines Sprengstoffanschlages auf den US-Flughafen Ramstein 1981.

- Brigitte Mohnhaupt, bei der neue Ermittlungen anhängig sind wegen Haig, Kroesen und Zürich. Sie ist auch bereits zu fünfmal lebenslänglich und 15 Jahren verurteilt.

- Helmut Pohl, bisher zu einmal lebenslänglich wegen Ramstein verurteilt; es gibt Pressemeldungen, daß gegen ihn ermittelt wird.

Bei Ingrid Jakobsmeier und Sieglinde Hofmann zeigt sich eine noch zugespitztere Situation: Beide sind bisher nicht zu lebenslänglich verurteilt, sondern müßten nach neun Jahren in diesem Jahr (Ingrid Jakobsmeier) bzw. nach 15 Jahren 1995 (Sieglinde Hofmann) entlassen werden. Hier sollen mit neuen Verurteilungen lebenslängliche Strafen ausgesprochen und die "Schwere der Schuld" festgestellt werden.

Bei Sieglinde Hofmann ist ein neues Verfahren anhängig wegen Schleyer, Haig, des Bankraubes in Zürich und des Raketenwerferangriffes auf die BAW in Karlruhe. Da sie damals für ihr erstes Verfahren von Frankreich ausgeliefert wurde, muß die französische Regierung bzw. Justiz auch jetzt einer neuen Anklage erneut

zustimmen. Die französischen Richter haben zwecks Überprüfung sämtliche Kronzeugenaussagen angefordert. Diese werden zur Zeit übersetzt.

Bei Ingrid Jakobsmeier gibt es seit eineinhalb Jahren eine Anklage wegen Ramstein und Kroesen. Ab Mitte Mai soll deswegen in Stammheim verhandelt werden. Diese Verzögerung führt möglicherweise noch zu einer besonderen "Brutalität": Ergeht das Urteil erst nach dem Entlassungstermin Ende Oktober, wird eine völlig neue Strafe ausgesprochen, ohne daß die bis dahin verbüßten ersten neun Jahre einbezogen würden. Das bedeutet, daß sie dann das neue Lebenslänglich wieder ganz von vorn absitzen muß.

Das letzte Verfahren in dieser Reihe gegen Eva Haule fällt insoweit etwas aus dem Rahmen, als es nicht auf Aussteiger-Aussagen beruht. Sie war 1984-86 in der RAF organisiert und ist die einzige, die seit '84 überhaupt festgenommen wurde. Verurteilt wurde sie bisher zu 15 Jahren.

Sie wird erneut angeklagt werden wegen der RAF-Aktion gegen die US-Airbase in Frankfurt 1985. Auch hier ist das Ziel dasselbe wie bereits beschrieben.

Der GBA wertet Beiträge von ihr zu der politischen Diskussion über die Airbase-Aktion - Stichwort: Erschießung des GI Pimental - als Geständnis und wird darauf die Anklage aufbauen. (Sie hat dazu selbst eine Stellungnahme gemacht.)

Der Sinn dieser Verfahren ist deutlich: Die Aktionen der RAF, die immer Ausdruck ihrer Politik waren, zu personalisieren, als lediglich kriminelles Unrecht zu stigmatisieren, von Anfang bis Ende abzuurteilen und auf diese Weise die Politik herauszueliminieren.

Eine Chance auf einen anderen Weg hat nur der oder die, die dies selbst mitmacht, die eigene Politik eliminiert und abschwört.

Für alle anderen wird ein Lebenslänglich im tatsächlichen Sinne dieses Wortes "streng justiziell" vorbereitet.

25. Erst Lügen, dann Schweigen. Der Kronzeuge in den Kurden-Prozessen

Der Kronzeuge der Kurden-Prozesse

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:21

Die Entwicklung der Kurden-Prozesse nahm abermals eine abenteuerliche Wendung: Während der Vernehmung durch die Verteidigung fing der Kronzeuge Ali Cetiner an zu schweigen und konnte sich so aus den drei derzeit in der BRD laufenden Verfahren abseilen. Dabei lief doch zunächst alles wie am Schnürchen. Zunächst hatte Cetiner 1990 seinen eigenen Prozeß in Westberlin heil überstanden. 1991 war er als Kronzeuge im Düsseldorfer, 1992 im Celler und Stuttgarter Kurden-Prozeß aufgetreten. Dort hatte er seine Denunziationen munter fortgesetzt.

Zwei Entwicklungen des letzten Jahres führten nun dazu, daß der Kronzeuge aus den Kurden-Verfahren herausgezogen wurde. Zum einen wurde bekannt, daß Cetiner sehr viel früher als bisher angenommen, Kontakte zu Staatsschutzbehörden Schwedens und vermutlich auch der BRD hatte.

Zum anderen drohte Cetiner sich mit all seinen Kronzeugenaussagen endgültig in seinen Lügengeschichten zu verheddern. Er hätte schließlich mit ernsten strafrechtlichen Konsequenzen zu rechnen gehabt. Davor bewahrte ihn als erstes im Januar der Celler, einen Monat später der 7. Düsseldorfer und am 30.3. schließlich auch der 5. Düsseldorfer Staatsschutzsenat. Alle drei Gerichte billigten Cetiner ein umfassendes Aussageverweigerungsrecht gemäß §55 StPO zu. Alles nach dem Motto: Erst anschwärzen und dann die Klappe halten - der Kronzeuge könnte ja der "falschen Verdächtigung" überführt werden.

Die sprudelnde "Quelle A"

Die VerteidigerInnen waren im Laufe der verschiedenen Kurden-Prozesse auf interessante Punkte gestoßen. Diese betrafen die Rolle, die Cetiner seinerzeit in Schweden und hier speziell bei der Kriminalisierung der dort lebenden KurdInnen gespielt hatte.

Am 28.2.1986 war in Stockholm der damalige sozialdemokratische Ministerpräsident, Olof Palme, unter bis heute nicht aufgeklärten Umständen erschossen worden. Die berüchtigte schwedische Geheimpolizei "Säpo" verfolgte monatelang ausschließlich und erfolglos eine angebliche "Kurdenspur". Nachdem die PKK bereits 1984 öffentlich denunziert und kriminalisiert worden war, wurden nun erneut KurdInnen monatelang inhaftiert. Auch nachdem die offiziellen Ermittlungen gegen KurdInnen in dieser Sache abgebrochen werden mußten, "ermittelten" der abgesetzte Polizeichef Holmer, zusammen mit Privatfahndern, Regierungsmitgliedern und Bullenkollegen auf eigene Faust weiter - ohne Erfolg.

Cetiner war seinen Kronzeugen-Angaben zufolge 1983/84 von der PKK angeblich damit beauftragt worden, die oppositionelle Gruppe um "Semir" zu bekämpfen. "Semir" wurde 1985 in Schweden ermordet. Ein aus Duisburg stammendes PKK-Mitglied wurde deswegen von einem dortigen Gericht verurteilt. Als Palme erschossen worden war, verbreiteten die Nachrichtenagenturen zunächst das Foto Ali Cetiners, der als mutmaßlicher Hauptverdächtiger ausgegeben wurde.

1987 ging Cetiner nach Schweden. Der Kronzeuge stellte dies tränenreich als "Flucht vor der PKK" dar. Dort wurde er am 5.9.1988 aufgrund eines deutschen Haftbefehls festgenommen und im Januar 1989 an die BRD ausgeliefert. In Schweden hatte Cetiner aber, wie er in seinem Westberliner Prozeß einräumte, "unter Kontrolle der schwedischen Kriminalpolizei gestanden" (Prozeßprotokoll der Roten Hilfe Westberlin, S. 19).

Das bedeutet nicht nur - wie jüngst in Düsseldorf herauskam - daß die schwedische Polizei für Cetiner eine Wohnung besorgt und für ihn die Miete überwiesen hatte. In den polizeilichen Akten zu der erfundenen "Kurdenspur" tauchte auch immer wieder die "Quelle A" auf. Sie wurde von der Säpo als verdeckter Hinweisgeber geführt. Im Düsseldorfer Kurden-Prozeß gaben nun schwedische Polizeibeamte zu, bei der "Quelle A" habe es sich Ali Cetiner gehandelt.

Ein Diener vieler Herren

Der die Kriminalisierung der PKK leitende Bundesanwalt Lothar Senge räumte im Rahmen des Celler Kurden-Prozesses ein, daß er den Kontakt zu dem in Schweden befindlichen Ali Cetiner nicht direkt hat herstellen können. Dies ging nur über den Umweg einer "deutschen Dienststelle". Ob hiermit das BKA, der Verfassungsschutz oder der Bundesnachrichtendienst gemeint ist, wollte Senge lieber nicht sagen und zog sich schnell auf seine nur eingeschränkte Aussagegenehmigung zurück.

Im Jahr 1987 erreichte die Kriminalisierung politisch aktiver KurdInnen in der BRD einen ersten Höhepunkt: Es gab mehrere bundesweit koordinierte Bullen-Razzien, bei denen umfangreiches Material beschlagnahmt und zahlreiche KurdInnen verhaftet worden waren. Nun kam heraus, daß die Durchsuchungsbeschlüsse des 24.7.1987 offiziell mit der angeblichen "Gefährdung" des zukünftigen Kronzeugen Ali Cetiner begründet worden waren.

Der zeitliche Ablauf der Durchsuchungswelle, die Aussagen von BKA-Bullen und BAW in Cetiners Prozeß in Westberlin und der Umstand, daß Cetiner, seinen bisherigen Kronzeugen-Aussagen gemäß, erst im Jahr 1987 "von der PKK inhaftiert" worden sein will, lassen jedoch erheblichen Zweifel an der Version des Staatsschutzes aufkommen. Es stellt sich die Frage, ob die Repressionsorgane bereits zum damaligen Zeitpunkt direkten Zugang zu ihrem späteren Kronzeugen hatten.

Zum einen: Wollte die BAW Cetiner nun "schützen" oder festnehmen? Fakt ist jedenfalls, daß die BAW 1987 neben den Durchsuchungsbeschlüssen auch den gegen Cetiner gerichteten internationalen Haftbefehl erwirkt hat. Zum anderen: Cetiner will noch im Juni 87 unbehelligt Funktionärsaufgaben für die PKK erledigt haben. Auf beschlagnahmte Asservate läßt sich die "Kenntnis" um die angebliche "Gefährdung" Cetiners nicht stützen, weil es zwischen Juni und dem 24.7. keine Durchsuchungen gab. Wer war also die tatsächliche Informationsquelle der Staatsschutzbehörde?

Der Kronzeuge

verhaspelt sich ...

Im Laufe seiner Vernehmungen vor dem Celler Kurden-Prozeß machte der Kronzeuge Aussagen, die seine eigenen Tatbeiträge in strafrechtlich neuem Licht erscheinen lassen. Sowohl in Celle, wie auch in dem im Herbst 1992 begonnenen Stuttgarter Kurden-Prozeß ging es um die angebliche Ermordung des angeblichen PKK-Abweichlers Hosgören, für die angeblich die beiden kurdischen Politiker Adil Kilic bzw. Abdullah Oran verantwortlich sein sollen.

Zum Erstaunen aller Prozeßbeteiligten widersprach Cetiner in einem wichtigen Punkt ausdrücklich seinen Aussagen, die er in den letzten Jahren bei Vernehmungen durch das BKA, BAW und diversen Staatsschutzgerichten immer wieder abgespult hatte. Bisher wollte Cetiner im Frühjahr 1987 den telefonischen Auftrag erhalten haben, jemanden anzurufen und demjenigen mitzuteilen, "die Sache sei erledigt". Messerscharf schlossen Cetiner und mit ihm die BAW darauf, daß hiermit nur der angebliche Mord an Hosgören gemeint sein könnte. Cetiner gab an, von Adil Kilic angerufen worden zu sein. Kilic wurde deswegen des Mordes an Hosgören angeklagt.

Nun sagte Cetiner vor dem Celler OLG aus, daß er nicht erst im nachhinein von der Tötung des Hosgören erfahren habe. Vielmehr habe er an einer Besprechung teilgenommen, an der die Tötung des Hosgören angeblich beschlossen worden sein soll. Träfe dies zu, dann hätte sich Cetiner zweifelsohne der Mittäterschaft an der Ermordung Hosgörens schuldig gemacht.

... und taucht unter

Die Anwältin Cetiners, die Berliner Rechtsanwältin Barbara Merkel, die dem Kronzeugen schon in seinem Westberliner Prozeß 1990 hilfreich zur Seite stand, wurde sichtlich nervös. Im September letzten Jahres bereits faxte sie von einem Celler Gerichtstermin aus an die BAW: Ihr gemeinsamer Schützling sei offensichtlich im Düsseldorfer Kurden-Prozeß seiner gesetzlichen Zeugenpflicht nicht nachgekommen. Cetiner habe dort nicht die volle Wahrheit gesagt und sich deswegen vermutlich strafbar gemacht. Wie der jüngst wegen einer Herzattacke aus dem Kurden-Prozeß in die Revisionsabteilung am BGH abgeschobene Bundesanwalt Senge vor kurzem in Düsseldorf aussagte, unternahm Frau Merkel ihren Schritt erst, nachdem sie vorher mit der BAW das künftige Aussageverhalten des Kronzeugen festgelegt hatte.

Die VerteidigerInnen Adil Kilics forderten den Abbruch der Kronzeugenvernehmung, nachdem Cetiner es abgelehnt hatte, die Frage zu beantworten, bei welcher seiner Aussagen er denn nun die Wahrheit gesagt habe. Es sei, so die AnwältInnen des Angeklagten, nunmehr nicht mehr zu bestreiten, daß der Kronzeuge falsch aussage. Tatsächliche Feststellungen, die auf Grundlage der Aussagen Ali Cetiners die Schuld Kilics belegen sollten, wären haltlos.

Zu dieser Einsicht wollten die Celler Staatsschutzrichter natürlich nicht gelangen. Sie redeten sich ein, daß Cetiner - ungeachtet vierjähriger intensiver Zeugenbefragung - durch "scharfes Nachdenken" und aufgrund der "eindringlichen Vernehmung durch den Senat" dieser entscheidende Detailsachverhalt plötzlich eingefallen sei.

Am 8.12.92 gab Cetiners Anwältin vor dem OLG Celle bekannt, ihr Mandant würde nur noch bis zum 16.12. mittags auf Fragen der Verteidigung antworten. Er laufe Gefahr, sich selbst zu belasten. Als das Gericht nicht innerhalb der geforderten Frist über das Auskunftverweigerungsersuchen befunden hatte, begann der Kronzeuge pünktlich nach der Mittagspause des 16.12. die Klappe zu halten.

Der Kronzeuge hielt sich hierbei genau an den zuvor mit der BAW abgestimmten Stufenplan: Als erstes bestätigte er die Anschuldigungen der Anklagebehörde. Dann setzte Cetiner der Verteidigung eine zeitliche Frist für ihre ihn betreffende Vernehmung und fing nachfolgend an, sich zunehmend auf sein Auskunftverweigerungsrecht zu berufen. Schließlich verfiel der Kronzeuge pünktlich in Schweigen. Diesen Dreischritt hat Cetiner vor allen drei Staatsschutzgerichten wiederholt. Zuletzt am 29. und 30.3. in Düsseldorf.

Die Staatsschutzrichter machten ihrer Berufsbezeichnung alle Ehre und zeigten sich als willfährige Figuren in diesem offenkundig manipulierenden Vorgehen des Kronzeugen. Sie gaben mit gleichlautenden Begründungen den Anträgen Cetiners auf umfassende Auskunftverweigerung statt: Zum einen könne sich der Kronzeuge der "falschen Verdächtigung" bzw. der "Falschaussage" schuldig gemacht haben. Zudem laufe bei der BAW ein gegen ihn gerichtetes §129a-Ermittlungsverfahren. Dies könne - im Einklang mit dem eingeschränkten Auslieferungsbeschluß Schwedens - dann weiterverfolgt werden, wenn Cetiners Bewährungsfrist aus seinem Westberliner Prozeß abgelaufen sei. Somit könne sich der Kronzeuge, mit jeder Aussage, sowohl über seine Tätigkeit innerhalb der PKK bzw. über die den Angeklagten zur Last gelegten Delikte strafrechtlich selber gefährden. Er könne sich deswegen zurecht auf §55 StPO berufen. Niemals zuvor haben die BAW bzw. die Staatsschutzrichter einem §129a-Beschuldigten derartig umfassend zugebilligt, die Aussage zu verweigern.

Ein heilloser Schlamassel

Ali Cetiner befindet sich nun in einer Zwickmühle, in die früher oder später jeder Kronzeuge hineingerät.

Ein Kronzeuge muß, um seinen Wert zu erhöhen, möglichst viele Personen möglichst schwer belasten. Nur darauf kommt es den Repressionsorganen an. Und dabei ist es zunächst völlig gleichgültig, ob seine Beschuldigungen nun wahr oder falsch sind. Der Hosgören-Mord ist ein gutes Beispiel hierfür: Wo sachliche Beweise fehlen, werden Leute allein aufgrund der Aussagen eines Kronzeugen inhaftiert, angeklagt und - wie im Stuttgarter Prozeß - auch verurteilt.

Vor Gericht muß jeder Zeuge - auch der Kronzeuge - vollständig und wahrheitsgemäß aussagen. Andernfalls läuft er Gefahr, sich wegen "Falschaussage" oder "Falscher Verdächtigung" strafbar zu machen. In diesen gerichtlichen Zeugenvernehmungen droht dem Kronzeugen, der persönlichen Unglaubwürdigkeit überführt zu werden. Sollte der Kronzeuge es aber vorziehen - wie im vorliegenden Fall - vor Gericht zu schweigen, bricht er den Deal, den er mit der BAW bzw. dem ihm die Kronzeugenregelung zubilligenden Gericht eingegangen ist. Sein Wert für die Repressionsorgane sinkt rapide auf Null.

Aus Sicht der Roten Hilfe wäre es ein entscheidender Fehler, nun die durch das Schweigen des Kronzeugen provozierten Vermutungen für bare Münze zu nehmen, also von einer tatsächlich schuldhaften Verstrickung des Kronzeugen in Tötungshandlungen auszugehen. Eine derart individuelle Bewertung des Verhaltens Cetiners liefe Gefahr, schließlich dort zu enden, wo der Staatsschutz der BRD die linke Meinung die ganze Zeit haben wollte. Es besteht überhaupt keine Veranlassung - ohne daß hierfür sachliche Gründe vorliegen - nun ausgerechnet davon auszugehen, was die BAW vergeblich zu beweisen versucht hat, nämlich von der über Leichen gehenden "terroristischen Vereinigung" PKK.

Die Kronzeugenregelung hat sich als das erwiesen, was sie tatsächlich ist: als verlogen und gefährlich. Personen werden ohne tatsächliche Beweise - allein aufgrund von Kronzeugenaussagen - verhaftet und in offensichtlich absurden Staatsschutzprozessen verurteilt.

Der Wahrheitsgehalt von Kronzeugenaussagen ist für den Staatsschutz zweitrangig. Ihm geht es darum, im richtigen Moment eine politisch unliebsame Gruppe kriminalisieren zu können. Und da sich taktische Erwägungen der Repressionsorgane ändern, ist eine unbegrenzte Lebensdauer von Kronzeugen nicht erforderlich. Dann kommt es nur noch darauf an, auf welchem Wege der Kronzeuge aus dem jeweiligen Prozeß herauszubekommen ist. Aufgrund im Moment noch nicht rechtsgültigen strafprozessualen Alternativen wurden alle drei Bullen- bzw. Kronzeugen der Kurden-Prozesse (Hassan Dogan, Nusret Arslan, Ali Cetiner) über den wenig eleganten Umweg des Auskunftverweigerungsrechts vor der gefürchteten Vernehmung durch die Verteidigung bewahrt.

Rote Hilfe Berlin

Die Hosgören-Mord-Story

In insgesamt drei Kurden-Prozessen sind Personen wegen der angeblichen Ermordung des angeblichen PKK-Abweichlers, Abdullah Hosgören, 1987 angeklagt.

Die Staatsschutzversion lautet folgendermaßen: Der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan höchstpersönlich, soll die Ermordung Hosgörens angeordnet haben, da dieser angeblich "Agent einer anderen Organisation" gewesen sei. Hierfür erteilte Öcalan angeblich "zwei bisher nicht identifizierten Parteifunktionären" einen entsprechenden "Auftrag". Diese wiederum sollen die Weisung an Abdullah Oran (angeblicher Deckname: "Hamit") und Adil Kilic (angeblicher Deckname: "Cahit") weitergegeben haben. Daraufhin sollen die beiden Kurden - den ursprünglichen Anklagevorwürfen entsprechend - Hosgören im März oder April 1987, in der Nähe von Köln in einen Hinterhalt gelockt und getötet haben.

Tatsächlich weiß man aber auch auf Seiten der Repressionsorgane nichts Substantielles über den "Hosgören-Mord". Weder hat man die Tatwaffe, geschweige denn Tatzeugen. Doch nicht nur das: Als gegen Kilic Anklage erhoben wurde hatte - ja selbst als der erste Kurden-Prozeß im Herbst 1989 losging - hatte man noch nicht mal eine Leiche! Erst am 24. Februar 1990 fand man in einem Waldstück im rheinischen Wipperfürth einen vollständig skelettierten Leichnam, von der man annimmt, dies sei Hosgören ...

Aber auch der Tatzeitpunkt mußte erst noch zu Lasten der Angeklagten zurecht gebogen werden. Hosgören wurde nämlich noch im Mai 1987 in Schweden gesichtet. Der Zeitraum der Tötung wurde erst nachträglich auf die Wochen Mai/Juni 1987 verschoben ...

Es gibt keine sachlichen Hin- oder Beweise im Mordfall Hosgören, weder für den Tathergang, noch für die Tatbeteiligten und auch nicht für die von den Repressionsorganen konstruierte Verantwortung der PKK. Es existieren in dieser Angelegenheit einzig und allein die Belastungsaussagen des Kronzeugen Ali Cetiner ...

Kurzübersicht der Kurden-Prozesse in der BRD

"Düsseldorf I": Seit dreieinhalb Jahren wird vor dem 5. Staatsschutzsenat am Düsseldorfer OLG ohne Unterbrechung "der größte Terroristen-Prozeß in der Rechtsgeschichte der BRD" (Rebmann) verhandelt. Von den ursprünglich 19 Verfahren sind 15 ohne eine Verurteilung nach §129a beendet, die meisten hiervon endgültig. Weiter verhandelt wird gegen Ali Aktas, Erdem Selahattin, Hassan Hayri Güler und Ali Haydar Kaytan.

Seit einem Beschluß des Staatsschutzgericht vom 30.3. sind "nur noch" drei Angeklagte - Ali Aktas nicht mehr - nach § 129a angeklagt. Sie sollen in der ominösen "terroristischen" PKK-Abteilung "Parteisicherheit, Kontrolle und Nachrichtendienst" gewirkt haben. Des weiteren stehen sie "nur noch" (die angeblichen Freiheitsberaubungen, Stichwort: Volksgerichte, sind weggefallen) wegen diverser Tötungen vor Gericht, die man der kurdischen Befreiungsbewegung anhängen möchte: den Bingöl-Mordversuch (Aktas, Güler), den Bayrakli-Mord (Aktas), die Morde an Gök und Adigücel (Güler), sowie - entgegen dem deutschen Strafrechtsanwendungsrecht und dem Völkerrecht - angebliche Tötungen in einem PKK-Ausbildungslager im Libanon (Kaytan).

"Düsseldorf II": Vor dem 7. Staatsschutzsenat am OLG Düsseldorf wird seit Oktober 1992 gegen die beiden Kurden Casim Kilic und Celal Göktas verhandelt. Das Verfahren vor einer zweiten Staatsschutzkammer war nötig, da Kilic zu Beginn des ersten Düsseldorfer Kurden-Prozesses in französischer Auslieferungshaft saß.

Beide sind nach §129a angeklagt (s.o.). Daneben steht Göktas wegen Freiheitsberaubung ("Volksgefängnisse" in Köln bzw. Kleve; im letzteren will auch der Kronzeuge Cetiner inhaftiert gewesen sein) vor Gericht. Kilic wird beschuldigt, an der Ermordung des kurdischen Komkar-Politikers Ramazan Adigücel 1987 in Hannover mittäterschaftlich beteiligt gewesen zu sein. Die konkreten Umstände dieses Anschlags sind allerdings derartig mysteriös, daß die Verteidigung in Düsseldorf davon ausgeht, daß der türkische Geheimdienst MIT in diese Tat verwoben ist (vgl. Schultz, "von stammheim bis düsseldorf", Kiel 1989, 34f).

Stuttgart: Dieser Kurden-Prozeß dauerte 1992 nur ganze zweieinhalb Monate. Abdullah Oran wurde darin wegen gemeinschaftlichen Totschlags an dem angeblichen PKK-Abweichler Hosgören (vgl. nebenstehenden Kasten) zu dreizehn Jahren Isolationshaft verurteilt. Als Beweise seiner "Schuld" dienten ausschließlich die Aussagen des Kronzeugen Ali Cetiner. Cetiner, der zunächst selber gar nicht dabei gewesen sein und von der Tötung nur im nachhinein erfahren haben wolle, war sich aber "ganz sicher", daß Oran an der Gefangennahme und Fesselung Hosgörens beteiligt gewesen sei...

Celle: Dieser Kurden-Prozeß wurde Anfang 1991 eröffnet. Angeklagt waren zunächst vier Kurden. Im Sommer 1992 wurde drei Verfahren durch inzwischen rechtskräftige Urteile beendet: Zweimal wegen Freiheitsberaubung und einmal wegen Urkundenfälschung (nicht jedoch wegen §129a!). Es ergingen Haftstrafen zwischen acht und 50 Monaten Knast. Diese Verurteilungen ergingen aufgrund der Aussagen des Kronzeugen Cetiner und dem Gestammel des Bullenzeugen Nusret Arslan.

Weiter prozessiert wird in Celle gegen Adil Kilic. Diesem wird versucht - neben der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK" (§129a), auch eine Beteiligung an der Hosgören-Tötung in die Schuhe zu schieben. In den diesbezüglichen Vernehmungen kam es zum Einbruch des Kronzeugen Ali Cetiner.

Zwischenbilanz: Immerhin, bisher ist in keinem der vier Kurden-Prozesse ein Urteil gemäß § 129a ergangen. Noch stehen aber insgesamt sechs Kurden in drei verschiedenen Verfahren unter §129a-Anklage.

Abgesehen von Cetiners Kronzeugen-Urteil (und einem Urteil gegen Aktas aus dem Jahr 1985), ist bisher allein gegen Oran ein Urteil wegen eines Tötungsdelikts ergangen. Daneben sind in Celle drei Schuldsprüche von untergeordneter Bedeutung (Freiheitsberaubung und Urkundenfälschung) gefällt worden.

Ansonsten wurden im ersten Düsseldorfer Kurden-Prozeß jeweils ein Verfahren wegen andauernder Verhandlungsunfähigkeit bzw. einem Verfahrenshindernis, zwei wegen Abwesenheit und sieben wegen Geringfügigkeit eingestellt.

Für diese Geringfügigkeiten waren die kurdischen politischen Gefangenen jahrelang inhaftiert. Die übriggebliebenen Kurden des ersten Düsseldorfer Verfahrens sitzen nunmehr seit fünf, Adil Kilic in Celle seit drei Jahren in Isolationshaft. Weitgehend unbeachtet sitzen die kurdischen politischen Gefangenen damit so lange in U-Haft, wie keine § 129a-Gefangenen vor ihnen.

26. "Siegerjustiz"? Eine kritische Anmerkung vom AK Politische Justiz, Heidelberg

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:14

1. Die bundesdeutsche Justiz führt eine Reihe von Strafverfahren gegen ehemalige Repräsentanten der DDR, z.B. gegen Willi Stoph, Erich Mielke und bis vor kurzem auch gegen Honecker. Teile der Linken, insbesondere diejenigen, die in der ehemaligen DDR das bessere, weil anti-faschistischere Deutschland sehen, kritisieren diese Prozesse. Die Justiz der BRD ist nach ihrer Auffassung nicht dazu legitimiert, gegen Regierungsmitglieder und Beamte der ehemaligen DDR strafrechtlich vorzugehen; es handele sich hier um politische Prozesse, die den in der DDR unternommenen Versuch, einen sozialistischen Staat zu errichten, und damit die Idee des Sozialismus überhaupt diskreditieren sollen. Dieser Argumentation stimmen wir zu. Ein in mehreren Artikeln (1) und in einer Erklärung des damaligen Vorsitzenden der PDS, Gregor Gysi, (2) benutztes Schlagwort lautet jedoch: es gehe hier um "Siegerjustiz". Unter diesem Titel haben auch der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein und die Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (Regionalgruppe Hamburg) eine Veranstaltung durchgeführt (Hamburg, 11.12.1992) (3). Gelegentlich werden ähnliche, vom Schlagwort "Siegerjustiz" abgeleitete Formulierungen wie "Siegerprozesse" o.ä. verwendet (4).

Im Jahre 1945 begannen in Nürnberg die Kriegsverbrecherprozesse gegen Führer des NS-Systems. Das Internationale Militärtribunal hatte den Anspruch, die Angeklagten nach dem Maßstab des geltenden Völkerrechts zu beurteilen; es verstand sich darüber hinaus als eine moralische Instanz, die im Namen der Menschheit über die dort Angeklagten zu Gericht sitzen wollte. Demgegenüber behaupteten deren Verteidiger, das Internationale Militärtribunal könne sich nicht auf das Völkerrecht, sondern lediglich auf Besatzungsrecht stützen. Die Verteidiger rügten, daß das Gericht nur aus Richtern der Siegermächte zusammengesetzt war, also z.B. keine Richter aus neutralen Staaten umfaßte, und daher in eigener Sache urteilte. Sie bestritten damit den moralischen Anspruch des Tribunals sowie die Rechtmäßigkeit des Verfahrens und behaupteten praktisch, das Tribunal beruhe lediglich auf dem "Recht des Stärkeren". Im Nürnberger Urteil vom 30.9. und 1.10.1946 betonte das Gericht deshalb, in dem Verfahren sei es nicht um die "willkürliche Ausübung der Macht seitens der siegreichen Nation" (5) gegangen, sondern um die Anwendung und Weiterentwicklung des Völkerrechts. Nach dem Abschluß der Kriegsverbrecherprozesse setzten jedoch deutsch-nationale Kreise ihre Kritik an dem Verfahren fort. Sie faßten ihre Ablehnung der Prozesse in dem Schlagwort "Siegerjustiz" zusammen (6). Das Wort ging dann als ein fester Begriff in die deutsche Sprache ein, der benutzt wird, um die Legitimität der Nürnberger Prozesse zu bestreiten und die Verbrechen des NS-Regimes zu verharmlosen.

Wir wollen nicht den Nationalsozialismus und die DDR einander gleichsetzen und auch nicht behaupten, die bundesdeutsche Justiz habe die Berechtigung dazu, gegen die ehemaligen Repräsentanten der DDR strafrechtlich vorzugehen. Was uns jedoch beschäftigt, ist die Frage, wie es dazu kommt, daß Teile der Linken ein Schlagwort aufgreifen, das vor fast fünfzig Jahren von deutsch-nationalen Kreisen in Umlauf gesetzt wurde.

2. Das Wort "Siegerjustiz" suggeriert, die ehemalige DDR sei ein von der BRD, genauer gesagt: dem westdeutschen Kapital und seinem Staat, besetztes Gebiet. Häufig wird auch von einer "Annexion" der DDR durch die BRD gesprochen (7). So heißt es z.B. in dem Aufruf zu der bereits erwähnten Veranstaltung über den Prozeß gegen Erich Honecker: "Der Prozeß ist Folge der Annexion der DDR und Siegerjustiz." (8) Sowohl der Begriff der Besetzung als auch der Annexion impliziert die Anwendung militärischer Gewalt, im Fall der Annexion zumindest die Ausübung von militärischem Druck. Die genannten Begriffe bringen jedoch den Sturz des DDR-Regimes und die Wiedervereinigung nicht zutreffend zum Ausdruck. Tatsächlich ist die Wiedervereinigung nicht auf Grund der Anwendung militärischer Gewalt oder durch militärischen Druck zustandegekommen, sondern weil die Mehrheit der Bevölkerung in der DDR sich gegen das damalige Regime aufgelehnt und seinen Sturz herbeigeführt hat. Dies geschah nicht ohne die ideologische Unterstützung von Seiten der BRD; auch hatte die Mehrheit der Bevölkerung in der DDR sicher eine andere Gesellschaft als Ziel vor Augen, als den jetzt dort herrschenden Kapitalismus. All dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die Bevölkerung der DDR es war, die das alte Regime stürzte. Durch den hier kritisierten Sprachgebrauch wird diese Tatsache unterschlagen und damit auch die Frage ausgeblendet, welche Gründe zum Sturz des

DDR-Regimes geführt haben. Sich dieser Frage zu stellen, würde wohl das Selbstverständnis von Teilen der bundesdeutschen Linken und ihr Bild von der DDR als einem achtbaren Versuch, einen anti-faschistischen, sozialistischen Staat zu schaffen, in Zweifel ziehen.

Wenn das westdeutsche Kapital und der bundesdeutsche Staat als Besatzer gekennzeichnet werden, ist darin stillschweigend die Aufforderung enthalten, das Volk der DDR möge sich gegen die Besatzer erheben. Ein nationaler Befreiungskampf gegen die bundesdeutsche Fremdherrschaft wird indirekt propagiert, vergleichbar mit dem Kampf der Résistance während des zweiten Weltkrieges oder den Befreiungskriegen von anti-kolonialen Bewegungen in der sog. Dritten Welt. Die Begriffe "Volk" und "Nation" und die damit verbundene Vorstellung eines nationalen Befreiungskampfs gegen Fremdherrschaft können in der sog. Dritten Welt einen Sinn haben; für die Gesellschaften, die sich im Zentrum des Imperialismus befinden, gilt dies nicht und in bezug auf Deutschland schon gar nicht. Der Nationalismus hat in Deutschland heute nur reaktionäre Züge. Die Rede von der Besetzung oder der Annexion der DDR und einer Siegerjustiz sind ebenfalls reaktionäre, nationalistische Phrasen. Deshalb ist es kein Zufall, daß das Schlagwort von der "Siegerjustiz" bereits von nationalistisch gesinnten Deutschen im Hinblick auf die Nürnberger Prozesse benutzt wurde.

3. Wenn wir unsere Position als Anti-Faschismus, Anti-Kapitalismus und Anti-Imperialismus definieren, laufen wir Gefahr, uns in einer "Anti-Haltung" zu erschöpfen und Leerformeln zu verwenden (9), ohne "positive" Werte zu vertreten, um deretwillen der Kampf gegen Kapitalismus, Faschismus und Imperialismus überhaupt erst sinnvoll ist. So genügt es nicht, die DDR damit zu legitimieren, sie habe dem Kapitalismus "eine Grenze gesetzt", sei "antifaschistisch" gewesen o.ä. Dies ist Ausdruck eines bloßen Feind-Denkens nach der Devise: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Nach dem gleichen Schema könnten wir dann auch das irakische Regime unter Saddam Hussein als Feind der USA und des Imperialismus unterstützen oder uns mit Rechtsradikalen verbünden, sofern diese nur "gegen" Kapital und Imperialismus zu Felde ziehen.

Als ein positives Kriterium zur Beurteilung der BRD und ihrer Justiz, aber auch der Verhältnisse in der DDR, kommen nach unserer Auffassung die Menschenrechte in Frage. Wir verstehen darunter sowohl die bürgerlichen und politischen Rechte, wie das Folterverbot, das Recht auf "menschliche" Haftbedingungen, das Recht auf einen fairen Prozeß, die Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, als auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, z.B. das Recht auf Arbeit, auf gesunde Arbeitsbedingungen, auf die Bildung von Gewerkschaften u.a. Wer sich in den hier angesprochenen Prozessen auf die Menschenrechte beruft, provoziert allerdings die Frage, wie es mit den Menschenrechten in der DDR bestellt war, insbesondere auch in politischen Strafverfahren und gegenüber politischen Gefangenen. Eine "Verteidigung" der DDR ist deshalb nur möglich, wenn sie eine Untersuchung der ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Verhältnisse einschließt, in denen die Mehrzahl der Menschen dort gelebt hat, aber auch die Situation von Frauen und von "Minderheiten" ins Auge faßt, wie z.B. von Gefangenen, alten, kranken und behinderten Menschen, von Jüdinnen und Juden, Ausländerinnen und Ausländern, schwulen Männern und lesbischen Frauen. Die Menschenrechte sind aber auch das geeignete Kriterium, um zu begründen, warum die bundesdeutsche Justiz in den Prozessen gegen die Repräsentanten der DDR nicht legitimiert ist. Sie selbst verletzt die Menschenrechte. Wenige Stichworte, wie: Isolationshaft, Kontaktsperre und die "Todesfälle" in Stammheim und München-Stadelheim während des "Deutschen Herbstes" im Jahre 1977, aber auch die Berufsverbote, mögen hier genügen; ganz zu schweigen von dem ausbeuterischen und destruktiven, die Menschenwürde mißachtenden Charakter des kapitalistischen Systems insgesamt, das diese Justiz schützt.

AK Politische Justiz, Heidelberg

Anmerkungen:

1) Vgl. z.B.: Angehörigen-Info Nr. 104 (22.10.1992), S. 3; Nr. 110 (14.1.1993), S. 1; Clockwork 129a Nr. 31 (11.12.1992), S. 1 und 2.

2) ak Nr. 346 (23.9.1992), S. 26.

3) Vgl. Angehörigen-Info Nr. 107 (3.12.1992), S. 5; Nr. 109 (31.12.1992), S. 5.

4) Vgl. z.B. Clockwork 129 a Nr. 31 (11.12.1992), S. 7.

5) Das Urteil von Nürnberg 1946. München dtv 1979, S. 84f.

6) Zuerst wurde dieses Wort wohl im Zusammenhang mit den Tokioter Prozessen gegen japanische Kriegsverbrecher verwendet, die parallel zu den Nürnberger Verfahren geführt wurden. Darin wurde auch der ehemalige japanische Premierminister Tojo Hideki zum Tode verurteilt. Kurz vor seiner Hinrichtung im Dezember 1948 äußerte er, das gegen ihn geführte Verfahren sei ein politischer Prozeß gewesen, "es handelte sich nur um Siegerjustiz"; vgl. Richard H. Minear. Victors' Justice. Princeton 1971, S. 3.

7) Kritisch zu einem ähnlichen Sprachgebrauch im Hinblick auf das Verhältnis der BRD zu den USA in Texten der RAF: Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. Hamburg: konkret-Verlag, 1992, S. 40ff. Die RAF bezeichnet auch das Verhältnis zwischen der BRD und der DDR als Annexion o.ä. In der Erklärung zum Anschlag der RAF auf Detlef Karten Rohwedder wird dieser z.B. als "Bonner Statthalter in Ost-Berlin" charakterisiert und von einem "Kolonial-Status" der Ex-DDR gesprochen (Tolmein, S. 173). In der Erklärung zum Anschlag auf Hans Neusel (29.7.1990) ist von einem "faschistischen Durchmarsch der BRD" und einem "dritten Überfall" des deutschen Kapitals auf die Völker Europas in diesem Jahrhundert die Rede (Tolmein, 167f.); in der Grußadresse der RAF an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstration und des Internationalen Kongresses gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München (1992) an zwei Stellen von einer "Annexion" der DDR durch die BRD (Tolmein, S. 188).

8) Angehörigen Info Nr. 104 (22.10.1992), S. 3.

9) Für die RAF seinerzeit im "Front-Papier" vom Mai 1982 "klassisch" formuliert: "Revolutionäre Strategie ist hier einfach die Strategie gegen ihre Strategie" (vgl. Tolmein, S. 98).

27. Es ging nur um die Art zu sterben. 50 Jahre Warschauer Ghettoaufstand

50 Jahre Warschauer Ghettoaufstand - Von Ingrid Strobl

Autor: Ingrid Strobl · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:28

Am 19. April 1943 begannen die letzten 60.000 noch nicht verhungerten, abtransportierten und ermordeten Bewohner des jüdischen Ghettos von Warschau mit ihrem Kampf gegen ihre deutschen Mörder. Einer der wenigen Überlebenden des Aufstandes, Marek Edelman, schrieb 1945 einen Bericht über das von ihm Erlebte, der noch im selben Jahr in Polen und ein Jahr später auf englisch in New York verlegt wurde. Im April 1993 erscheint der Bericht Edelmans erstmals in deutscher Übersetzung (Marek Edelman: Das Ghetto kämpft, Harald Kater Verlag, Berlin, 14,80 DM). Ingrid Strobl hat zu diesem Buch ein Vorwort verfaßt, das wir im Folgenden abdrucken.

"Er versuchte dennoch (...) klarzumachen, (...) daß der Tod in der Gaskammer nicht schlechter sei als der Tod im Kampf und daß der Tod nur unwürdig sei, wenn man versucht habe, auf anderer Menschen Kosten zu überleben."

Hanna Krall über Marek Edelmann (1)

Es haben nicht viele überlebt von den etwa 60.000 Menschen, die sich am 19. April 1943 im Warschauer Ghetto gegen die Vollstrecker der deutschen Vernichtungspolitik erhoben. Wer nicht während des Aufstands fiel, wurde nach Treblinka oder Majdanek verschleppt. Auch von den in der Jüdischen Kampforganisation, der ZOB, Zydowska Organizacja Bojowa, organisierten Kämpferinnen und Kämpfern blieben nur wenige am Leben. Und nicht alle von ihnen griffen zur Feder, um festzuhalten, was sie überlebt hatten. Um so kostbarer sind die wenigen Zeugnisse, die vorliegen, zumal, wenn sie, wie Marek Edelmans Bericht, sofort nach der Befreiung aufgeschrieben wurden.

Marek Edelman, Führungsmitglied der ZOB, wurde 1921 in Warschau geboren. Er wird Mitglied der Jugendorganisation des (sozialistischen) Bund, der größten jüdischen Partei im Vorkriegspolen, und, als sich im Ghetto der organisierte Widerstand formiert, Vertreter des Bund in der Führung der ZOB. Während des Ghettoaufstands kommandiert er die Kämpfe im Bürstenmacherviertel. Am 10. Mai 1943, drei Wochen nach Beginn des Aufstands, gelingt es ihm, aus dem Ghetto auf die arische Seite zu fliehen. Marek Edelman nimmt zusammen mit anderen überlebenden Kämpferinnen und Kämpfern der ZOB am Warschauer Aufstand 1944 teil und erlebt am 17. Januar 1945 die Befreiung. Er bleibt in Polen, wo er zum, wenn auch schwierigen, offiziellen Helden gemacht wird. Er schließt sich gleich nach ihrer Gründung der Gewerkschaft Solidarität an und fällt daraufhin kurzfristig in Ungnade. Marek Edelman lebt und arbeitet als Herzspezialist in Lodz.

Sein Bericht Das Ghetto kämpft erschien 1945 in Polen und ein Jahr später in englischer Übersetzung im Verlag des Bund in New York. Nun liegt das Buch erstmals in deutscher Sprache vor. 50 Jahre mußten vergehen, bis - von rühmlichen Ausnahmen abgesehen - (meist kleine) Verlage es wagen, in Deutschland solche Bücher zu verlegen: Bücher von und über Juden, die auf Deutsche geschossen haben. Von denen also angenommen werden kann, daß sie kein Verkaufserfolg sein werden. Der Widerstand in den von den Deutschen besetzten Ländern stößt weder in der deutschen Öffentlichkeit noch in der Forschung auf größeres Interesse. Der jüdische Widerstand in Polen bildet innerhalb dieses ignorierten und zum Teil bewußt vernachlässigten Bereiches noch einmal eine spezielle Dunkelzone. Das (von den deutschen Besatzern kalkuliert produzierte) Elend der Ghettojuden stößt auch die Nachkommen der Endlöser noch ab und dämpft ihr Interesse an fast drei Millionen ermordeten Menschen. Von Trauer um diese Menschen ganz zu schweigen.

Marek Edelmans Zeugnis ist typisch für die (wenigen) Berichte, die sofort nach der Befreiung niedergeschrieben wurden: Die Verfasserinnen und Verfasser stehen noch unter dem Eindruck des Geschehens, haben aber bereits erfahren, daß das, was sie zu erzählen haben, Unglauben und Staunen hervorruft. So sind sie bemüht, noch das kleinste Detail festzuhalten, quasi als Beweisstücke in einem unsichtbaren Prozeß. Sie nennen die Namen aller Kameradinnen und Kameraden, und stets in Verbindung mit ihren Taten. Die Gemeinsamkeit und Vermischung des Kampfes sind zudem bereits Geschichte, die

Überlebenden haben sich wieder in ihre einzelnen Organisationen eingeordnet und jede dieser Organisationen ist bemüht, ihren eigenen Anteil an der Geschichte darzustellen - wissend oder befürchtend, daß dieser jeweils eigene Anteil von den anderen vernachlässigt, wenn nicht sogar verfälscht werden wird. Edelman würdigt in seinem Bericht vor allem die Bedeutung des Bund in der Formierung des Widerstands und im Aufstand selbst, gelegentlich auf Kosten der anderen Gruppierungen. So schreibt er etwa, der Bund habe die ersten Kampfgruppen gebildet - dasselbe sagen die Kommunisten von sich und die Linkszionisten von ihren Organisationen. Tatsächlich haben die jüdischen Kommunistinnen und Kommunisten, vor allem aber die Frauen und Männer der linkszionistischen Pionierbewegung (in erster Linie von Haschomer Hazair und Dror) eine entscheidende Rolle sowohl in der Gründung und im Aufbau der Widerstandsorganisationen als auch in den Aufständen in Warschau und den vielen anderen Ghettos in Polen und Litauen gespielt.

Edelmans Bemühen, die Bedeutung der eigenen Organisation hervorzuheben, mischt sich in Das Ghetto kämpft mit der unmittelbaren Trauer um die Toten, der frischen Erinnerung an das Grauen, dem Staunen über das eigene Überleben, dem Stolz auf den geführten Kampf. Als Marek Edelman 30 Jahre später der Journalistin Hanna Krall noch einmal vom Aufstand berichtet, sind das Pathos und der Stolz verflogen zugunsten einer nüchternen und ernüchternden Sicht der Dinge. Der offizielle Held flieht von seinem Sockel und zieht dabei alle anderen mit, zum Entsetzen derer, die Helden auf Sockeln brauchen:

"Wir waren damals zweihundertzwanzig in der ZOB. Kann man das überhaupt einen Aufstand nennen? Es ging darum, sich nicht abschlachten zu lassen, wenn sie kamen, uns zu holen. Es ging nur um die Art zu sterben." (2)

***

",Als zögen sie in den Krieg`, sagte ich zu meiner Kameradin Zipora Lerer auf unserem Posten. Plötzlich hielt ich uns für viel zu schwach, um etwas gegen eine so schwer bewaffnete Truppe auszurichten. Wie sollten wir gegen Panzer und Panzerspähwagen kämpfen? Wir hatten nur einen Revolver und bestenfalls eine Handgranate. Aber wir verloren den Mut dennoch nicht, sondern sahen unseren Mördern entgegen, um endlich mit ihnen abzurechnen."

Simche Rathauser, Aktivist der jüdischen Kampforganisation im Warschauer Ghetto, ZOB (3)

Am 1. September 1939 überfällt die deutsche Wehrmacht Polen, am 28. September kapituliert - nach schweren Kämpfen - die Hauptstadt Warschau. Gemäß den geheimen Vereinbarungen im Nichtangriffsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion (dem sogenannten Hitler-Stalin-Pakt) über die Teilung Polens besetzen die Deutschen das Land bis zum Bug, während die Rote Armee in Ostpolen einmarschiert. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 fallen die Deutschen auch in die Gebiete östlich des Bug ein und halten nun ganz Polen besetzt. Die polnische Bevölkerung, die auf der rassistischen Werteskala der deutschen Herrenmenschen weit unten rangiert, wird weitaus brutaler unterdrückt und ausgebeutet als die Bevölkerung in den besetzten Ländern Westeuropas. Zigtausend polnische Kinder werden geraubt und in das Reich verschleppt, Millionen polnischer Frauen und Männer werden zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert, viele von ihnen sterben unter den unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die polnischen Juden jedoch werden in ihrer Gesamtheit zur Ausrottung bestimmt.

Im August 1941 bereits informiert Eichmann Höß, den Kommandanten des Konzentrationslagers Auschwitz, über Einzelheiten der geplanten Endlösung der Judenfrage. Nachdem sich die Leiter der Einsatzgruppen beschwert hatten, ihre Männer seien durch die Strapazen der (Tötungs-)Arbeit auf Dauer überfordert (in Babi Jar bei Kiew etwa erschießt die Einsatzgruppe C an die 34.000 jüdische Frauen, Männer und Kinder innerhalb von 48 Stunden), werden Busse eingesetzt, in denen die Menschen durch die in das Innere geleiteten Auspuffgase erstickt werden. Als nächstes werden die Vernichtungslager Chelmno, Belzec und Treblinka gebaut, in denen Hunderttausende Juden in Gaskammern mittels Motorabgasen ermordet werden. Bis schließlich in der Todesfabrik Auschwitz mit Hilfe von Zyklon B die industrielle Vernichtung von Menschenmassen durchgeführt werden kann. Aus Ab Mitte 1942 werden aus allen besetzten Ländern Europas alle Juden, derer die deutschen Besatzer habhaft werden können, in die Vernichtungslager verschleppt. Das polnische Judentum - die Menschen und mit ihnen eine ganze Kultur - wird fast vollständig ausgerottet.

Die jüdische Bevölkerung in Polen setzt sich aus allen Klassen und Schichten zusammen. Es gibt jüdische Kleinbauern und Viehhändler, Schankwirte und (allerdings nur in den für Juden zugelassenen Branchen) Fabrikbesitzer, es gibt eine Schicht von Intellektuellen und Angehörigen der freien Berufe und ein Heer von Arbeiterinnen und Arbeitern, Armen, "Luftmenschen". Bis zum Einmarsch der Deutschen existiert in Polen eine reiche jiddische und hebräische Kultur, eine hochdifferenzierte religiöse Gelehrsamkeit, eine vielfältige politische Parteien- und Organisations-Landschaft. Das jüdische Proletariat verfügt über eine langjährige Erfahrung im politischen und im Arbeitskampf und im Selbstschutz gegen antisemitische Pogrome.

Vor dem deutschen Überfall bemühten sich mehrere Parteien und Gruppen um politischen Einfluß auf die jüdische Bevölkerung. Auf der einen Seite (bis zu ihrer Auflösung durch die Komintern) die Kommunistische Partei Polens, die zu gut einem Viertel aus jüdischen Mitgliedern bestand. Auf der anderen Seite der rechte und der linke Flügel der zionistischen Arbeiterpartei Poale Zion, der Hechaluz, die linkszionistische Jugendbewegung, und die Revisionisten (Rechtszionisten). Die meisten Stimmen bei der Wahl von 1938 erhielt der sozialistische Bund.

Der Bund wurde 1896 von den jüdischen Mitgliedern der russischen Sozialdemokratischen Partei gegründet und agierte bis zu seinem Austritt im Jahre 1903 als autonome Organisation innerhalb der russischen Sozialdemokratie. Er wurde zur bedeutendsten Organisation der jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter in Rußland und Polen und einer der stärksten und aktivsten sozialistischen Kräfte im Zarenreich. Er gab zahlreiche Zeitschriften heraus, einige in Polnisch, die meisten aber in Jiddisch, der Agitations-Sprache des Bund und Muttersprache der meisten seiner Mitglieder. Der Bund begriff sich als Teil der sozialistischen Arbeiterbewegung und kämpfte für ein sozialistisches Polen, das qua seines Verständnisses von Sozialismus auch ein Polen frei von Antisemitismus sein würde. (4) Die Mitglieder des Bund versuchen noch aus dem Ghetto heraus, ihre Kontakte zur polnischen Sozialistischen Partei aufrechtzuerhalten - in der Hoffnung, daß ihnen diese zu Hilfe komme. Erst nach eine Reihe von Fehlschlägen und Enttäuschungen, so Marek Edelman in seinem Bericht, begreifen sie, daß sie von außen keine Unterstützung zu erwarten haben.

Die jüdischen Widerstandskämpferinnen und -kämpfer stehen den deutschen Besatzern und Endlösern fast völlig alleine gegenüber. Praktische Hilfe erhalten sie von Einzelpersonen, von kleinen Gruppen der polnischen Pfadfinder, vom kommunistischen Widerstand (der selbst nur schlecht ausgerüstet ist) und von kleinen Teilen der Heimatarmee, AK. Die der Exilregierung in London unterstellte AK (Armia Krajowa) stellt die größte Widerstandsbewegung Polens dar, ihre Offiziere sind erfahrene Militärs, die westlichen Alliierten versorgen sie mit Waffen, Informationen, Infrastruktur. Im Gegensatz zu den Kommunisten, die für den sofortigen Widerstand mobilisieren, verwirft die AK einen direkten Kampf gegen die Besatzer und entwickelt einen Aufstandsplan, nach dem sich die Bevölkerung erst erheben soll, wenn der Zusammenbruch der Deutschen absehbar ist und die - westlichen - Alliierten in der Lage sind, unmittelbar einzugreifen. Es gibt in der AK starke antisemitische Strömungen, einzelne Formationen kämpfen statt gegen die Deutschen gegen jüdische und kommunistische Partisanengruppen. (5)

Die ablehnende Haltung des bürgerlichen polnischen Widerstandes, der tradierte polnische Antisemitismus, verstärkt durch die deutschen Verordnungen, nach denen jeder, der einen Juden bei sich aufnimmt oder anderweitig unterstützt, zum Tode verurteilt wird, isolieren die in den Ghettos von der Welt abgeschnittene jüdische Bevölkerung noch mehr. Wer aus dem Ghetto entkommen kann, hat nur eine Chance: sich in den Wäldern zu verstecken, bis sie oder er auf eine Partisanengruppe stößt. Doch auch das kann tödlich enden, da auch Partisanengruppen nicht frei von Antisemitismus sind. Der jüdische Widerstand steht neben allen anderen - immensen - Problemen vor der ungeheuerlichen Frage: selbst wenn es uns gelänge, die Menschen freizuschießen - wohin sollen sie gehen? Wo sollen sich in einem in weiten Teilen antisemitischen und zusätzlich von der Besatzungsmacht überwachten und geknebelten Land dreieinhalb Millionen Frauen, Männer und Kinder verstecken?

In den Ghettos isoliert, ohne Hilfe von außen, ohne einen Zugang zu Waffen, inmitten einer terrorisierten Zivilbevölkerung, wissend um die Gaskammern in Chelmno und Treblinka, formieren sich 1942 junge Frauen und Männer in den polnischen und litauischen Ghettos zum Widerstand gegen die deutsche Vernichtungspolitik. Sie sind kaum älter als Mitte 20, unter ihnen sind ungewöhnlich viele Frauen, sie alle haben, bis auf wenige Ausnahmen, bislang Waffen nur aus Büchern gekannt. Sie treten gegen einen Gegner an, vor dem selbst die Rote Armee seit zwei Jahren zurückweicht.

Als sie sich 1943 erheben, ist der größte Teil der jüdischen Bevölkerung in Polen schon nicht mehr am Leben. Sie kämpfen um ein paar Seiten im Buch der Geschichte, um ehrenvoll und in Würde zu sterben, um die Ihren zu rächen, aber nicht, um zu gewinnen, um sich ihr Überleben zu sichern, um zu siegen.

"Der Sieg konnte nur das eine sein: so lange wie möglich auszuhalten und so viele Deutsche wie möglich zu töten (...) Stirb! Für meine Mutter, für den Vater, für unsere Kinder! Ich ziele auf dich! O Gott, gib, daß der Schuß trifft!", schreibt Noemi Szac-Wajnkranc in ihren Erinnerungen an den Warschauer Ghettoaufstand. (6)

***

"Je länger der Widerstand andauerte, desto härter wurden die Männer der Waffen-SS, der Polizei und der Wehrmacht, die auch hier in treuer Waffenbrüderschaft unermüdlich an die Erfüllung ihrer Aufgaben herangingen und stets beispielhaft und vorbildlich ihren Mann standen. (...) Wenn man berücksichtigt, daß die Männer der Waffen-SS zum größten Teil vor ihrem Einsatz nur eine 3- bis 4wöchentliche (sic!) Ausbildung hinter sich hatten, so muß der von ihnen gezeigte Schneid, Mut und die Einsatzfreudigkeit besonders anerkannt werden. (...) Nur durch den ununterbrochenen und unermüdlichen Einsatz sämtlicher Kräfte ist es gelungen, insgesamt 56.065 Juden zu erfassen bzw. nachweislich zu vernichten. Dieser Zahl hinzuzusetzen sind noch die Juden, die durch Sprengungen, Brände usw. ums Leben gekommen sind, aber zahlenmäßig nicht erfaßt werden konnten."

SS-Brigadeführer Jürgen Stroop in seinem Abschlußbericht über die Großaktion im Warschauer Ghetto, 16. Mai 1943 (7)

Am 2. Oktober 1940 erläßt der Gouverneur des Warschauer Distrikts Ludwig Fischer eine Sonderverordnung über die Errichtung eines Ghettos in Warschau. An die 450.000 Menschen werden in eines der alten jüdischen Arbeiterviertel gesperrt, in ein Areal, das ständig verkleinert wird, während sich die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner ständig erhöht durch Flüchtlinge aus anderen Städten und dem Umland. Die Deutschen umgeben das Ghetto mit einer drei Meter hohen Mauer, deren Tore streng bewacht werden. Es beginnt einer von mehreren Versuchen, die Endlösung der Judenfrage in Praxis umzusetzen. Durch systematisches Aushungern, durch Zwangsarbeit und Seuchen soll die jüdische Bevölkerung der polnischen Hauptstadt vernichtet werden. Ein Jahr nach Errichtung des Ghettos sind 100.000 seiner Zwangsbewohnerinnen und -bewohner bereits gestorben. Doch im darauffolgenden Jahr entdeckt man, mittels anderer Versuche, daß mit Hilfe von Gas Menschen quasi industriell vernichtet werden können, schneller, rationeller und sauberer als im Ghetto.

Im Juli 1942 beginnt die sogenannte erste aktzia, eine Liquidierungsaktion, die erst im September abgeschlossen wird: an die 450.000 Frauen, Männer und Kinder werden in das Vernichtungslager Treblinka verschleppt. Im Oktober 1942 schließen sich die verschiedenen Organisationen des jüdischen Widerstandes, unter dem Eindruck der aktzia, zur jüdischen Kampforganisation, der ZOB, zusammen. Der Hechaluz - die linkszionistische Jugendbewegung, mehrere gemäßigte zionistische Jugendverbände, die zionistische Arbeiterpartei Poale Zion, der sozialistische Bund und die Kommunisten - Gruppierungen, die bis zur traumatischen Erfahrung der aktzia nichts miteinander zu tun haben wollten und die um den politischen Einfluß auf die Ghetto-Bevölkerung konkurriert hatten, einigen sich darauf, daß ihre politischen Differenzen angesichts der Vernichtung des gesamten europäischen Judentums und der bevorstehenden endgültigen Vernichtung der eigenen jüdischen Gemeinschaft hinter die neuen Prioritäten zurückzutreten haben. Einzig der Kampfverband der Rechtszionisten, ZZW, schließt sich der ZOB nicht an. Im Aufstand kämpft er unabhängig, aber in strategischer Absprache mit dem ZOB-Kommando.

Anfang 1943 beschließt der Reichsführer SS, das Warschauer Ghetto müsse bis zum 15. Februar vernichtet werden. Am 18. Januar marschieren die Deutschen und ihre Hilfskräfte im Ghetto ein und stoßen auf Widerstand. Die Kämpfe dauern vier Tage, die endgültige Vernichtung wird vorläufig aufgeschoben: Eigene Verluste hatten die Endlöser nicht vorgesehen.

Das Ghetto bereitet sich nun auf die endgültige Liquidierung vor. Die Überlebenden der aktzia errichten ein System von Bunkern und Kanalisationswegen, die sowohl die Häuser untereinander verbinden, als auch nach draußen, auf die arische Seite der Stadt führen. Die Kombattantinnen und Kombattanten der ZOB kasernieren sich, bauen in Schichtarbeit Handgranaten und Molotowcocktails.

In der Nacht vom 18. auf den 19. April 1943 umstellen die Deutschen das Ghetto mit Maschinengewehren und einer Kette polnischer Polizei. Gegen ein paar hundert mit Pistolen, Handgranaten und Molotowcocktails, ein paar Gewehren und einem einzigen Maschinengewehr bewaffnete Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer und eine mit Äxten, Messern und ihren bloßen Fäusten ausgerüstete Bevölkerung treten an: ein Bataillon der Panzergrenadiere und eine Kavallerieabteilung der Waffen-SS, zwei Artillerieabteilungen und eine Pionierabteilung der Wehrmacht, eine Gruppe der Sicherheitspolizei, polnische Polizei, ein Bataillon der SS-Schule in Trawniki, ukrainische und lettische Hilfstruppen und die Feuerwehr.

Am vierten Tag der Kämpfe gehen die Deutschen dazu über, das Ghetto auszuräuchern: sie setzen systematisch die Häuser in Brand und zwingen damit die Bewohnerinnen und Bewohner, entweder lebendigen Leibes zu verbrennen oder aus den Fenstern zu springen oder sich zu ergeben. Viele wählen den Selbstmord. Als das Ghetto nur noch aus Ruinen besteht, beginnen die Eroberer mit dem Kampf um die Bunker. Am 8. Mai entdecken sie den Stabsbunker der ZOB in der Milastraße 18. Sie schießen Gasbomben in die Ein- beziehungsweise Ausgänge. Die meisten Mitglieder der ZOB-Führung töten sich selbst, um den Endlösern nicht in die Hände zu fallen. Einige wenige entdecken im letzten Moment noch einen Ausgang und können entkommen.

Der Leiter der Großaktion gegen das Ghetto, SS-Brigadeführer Jürgen Stroop, erstattet seinen Vorgesetzten jeden Tag schriftlich Meldung. Zusätzlich verfaßt er einen abschließenden Bericht, den er um eine Sammlung von Fotos ergänzt, die er zum Teil durch Bildzeilen erläutert, zum Teil für sich selbst sprechen läßt. Am 16. Mai, einen Monat nach Beginn des Aufstands, schließt er seine Täglichen Meldungen ab und verfaßt seinen Abschlußbericht. Sein Auftrag ist nun offiziell erfüllt. In Wirklichkeit aber gehen im Ghetto vereinzelte Kämpfe noch bis Mitte Juli weiter.

***

Am 12. Mai 1943, knapp einen Monat nach dem Beginn des Aufstands im Warschauer Ghetto, nimmt sich Szmuel Mordechai Zygielbojm in London das Leben. Zygielbojm, einer der Führer des Bund, flüchtete 1939 aus Polen und vertritt 1943 den Bund im polnischen Exilparlament in London. Seine Genossinnen und Genossen in Warschau informieren ihn (über komplizierte und lebensgefährliche Wege) ständig über die Ereignisse in Polen, damit er sie der Welt mitteile und die Welt dazu bewege, etwas dagegen zu tun. Zygielbojm informiert die polnische Exilregierung und die Alliierten über die Vergasungen in Chelmno und Treblinka - man glaubt ihm nicht oder will ihm nicht glauben. In seinem Abschiedsbrief schreibt er:

"Die letzten Nachrichten aus Polen lassen deutlich erkennen, daß die Deutschen offenbar entschlossen sind, auch die letzten noch lebenden Juden in Polen mit grausamer Brutalität auszurotten. Hinter den Mauern des Warschauer Ghettos rollt jetzt der letzte Akt einer Tragödie ab, die in der Geschichte ohne Beispiel ist. Gewiß tragen die Mörder im Grunde genommen selbst die Verantwortung für die Ausrottung des gesamten polnischen Judentums; indirekt aber erstreckt sich diese Verantwortung auch auf die übrige Menschheit, auf die Völker und Regierungen der Alliierten, denn sie haben nicht einmal den Versuch unternommen, solche Verbrechen zu verhindern oder ihnen ein Ende zu bereiten. (...) Ich kann das nicht stillschweigend hinnehmen. Ich kann aber auch nicht weiterleben, wenn dort noch die Reste des polnischen Judentums, dem anzugehören auch ich die Ehre habe, umkommen. Mit der Waffe in der Hand starben meine Freunde im letzten heldenhaften Kampf des Warschauer Ghettos. Mein Schicksal hat es nicht gewollt, daß ich mit ihnen gemeinsam sterbe. Doch auch ich gehöre zu ihnen in die Massengräber. Mit meinem Tod möchte ich zum letztenmal gegen jene Passivität protestieren, mit der die ganze Welt zusieht und es zuläßt, wie das jüdische Volk ausgerottet wird. Wie wenig ein Menschenleben heute gilt, weiß ich selbst. Lebend vermochte ich nicht viel zu wirken. Ich hoffe jedoch, daß mein Tod vielleicht dazu beitragen wird, jene aus ihrer Lethargie wachzurütteln, die selbst jetzt - im letzten Augenblick noch - vermöchten, die wenigen noch in Polen am Leben gebliebenen Juden zu retten." (8)

***

Jede Beschäftigung mit dem Warschauer Ghetto-Aufstand provoziert aufs neue die alte und überaus beliebte Frage: Warum haben sie sich nicht gewehrt? Warum gingen sie wie die Lämmer zur Schlachtbank? Warum gab es nur im Warschauer Ghetto einen Aufstand? In der innerjüdischen Debatte stellen (sich) diese Frage Menschen, die unter dem Tod der Millionen in der Gaskammer Ermordeten leiden und, noch im Rückblick,

gegen diesen Tod rebellieren. Wenn die Nachkommen der Zuschauer oder gar Täter diese Frage stellen, offenbaren sie damit im besten Falle eine gründliche Unkenntnis und Gleichgültigkeit, im schlimmsten Falle einen Zynismus, der sie in die direkte Nachfolge ihrer Väter und Großväter stellt.

Die Frage könnte, Gleichgültigkeit wie Zynismus ignorierend, langmütig beantwortet werden: Es gab in fast jedem Ghetto im besetzten Osteuropa eine Widerstandsorganisation, in vielen Ghettos kam es auch zu Aufständen. Zigtausend jüdische Frauen und Männer haben bei den Partisanen gekämpft. Und so weiter und so fort. Diese Antwort aber setzt diejenigen, die nicht bewaffnet gekämpft haben, ins Unrecht. Die Shoa, das Verhalten der Menschen, die von einer bis dahin nicht vorstellbaren Vernichtungsmaschinerie erfaßt und zermalmt wurden, waren keine Prüfung, für die irgend jemand Noten verteilen könnte.

Die deutschen Endlöser brachten all ihre Gründlichkeit, ihren Eifer, ihr technisches Können, ihren Erfindungsgeist und ihr unerschöpfliches Arsenal an Desinformation, Einschüchterung und Terror zur Anwendung, um eine hilflose Zivilbevölkerung auszurotten. Die Alliierten waren seit spätestens 1943 anhand glaubwürdiger Dokumente darüber informiert, was in Polen geschah. Sie hatten zu entscheiden über verzweifelte Aufrufe, die Todesfabriken oder wenigstens die Schienenwege, die nach Treblinka, Majdanek, Auschwitz führten, zu bombardieren. Sie entschieden sich dagegen. Auch der Aufstand im Warschauer Ghetto, auch der Selbstmord von Szmuel Zygielbojm änderten nichts an dieser Entscheidung. Die Opfer aber werden gefragt, warum sie sich nicht gewehrt haben. Dem nicht genug: Der jüdische Widerstand wird, sofern er überhaupt wahrgenommen wird, nicht selten als argumentative Waffe gegen die Opfer verwendet: Es war ja möglich, sich zu wehren, siehe Warschau. Es war nicht möglich, oder nur wenigen und nur unter bestimmten Bedingungen. Und dieses sich Wehren war kein sich Wehren, um dem Tod zu entgehen, sondern eine Wahl des Todes. In den 60er Jahren, als, anläßlich des Eichmann-Prozesses, das Verhalten der Opfer, wie er sagt, Thema auf jeder Party war, schrieb Elie Wiesel dazu:

"Bis heute wurden und werden die Juden für alles auf der Welt verantwortlich gemacht, für Jesus Tod, für Bürgerkriege, Hungersnöte, Arbeitslosigkeit und Revolutionen. Sie verkörperten das Böse. Jetzt werden sie für ihren eigenen Tod verantwortlich gemacht: Sie verkörpern diesen Tod. Wir sehen also, das jüdische Problem stellt weiterhin eine Art Niemandsland des menschlichen Geistes dar, in dem jeder alles auf jede erdenkliche Art sagen kann - ein Spiel, in dem alle gewinnen. Nur die Toten sind die Verlierer. Und in diesem Spiel - mehr ist es wirklich nicht - ist es ziemlich einfach, den Toten Vorwürfe zu machen, sie der Feigheit oder Komplizenschaft (im wörtlichen oder übertragenen Sinne des Wortes) zu beschuldigen. (...) Die Toten haben etwas anderes verdient als diese posthume Erniedrigung. (...) Lassen wir sie in Ruhe. Wir sollten diese unbestatteten Leichen nicht ausgraben. Laßt sie dort, wo sie für immer sind und laßt sie sein, was sie sein müssen: Wunden, ein unermeßlicher Schmerz, der Abgrund unseres Seins. Seid froh, daß sie nicht aufwachen, daß sie nicht auf die Erde zurück kehren, um über die Lebenden zu urteilen. An dem Tag, an dem sie anfangen würden zu erzählen, was sie gesehen und gehört haben, und was ihnen am meisten zu Herzen gegangen ist, werden wir nicht wissen, wohin wir rennen sollen, wir werden uns die Ohren zuhalten, so groß wird unsere Angst sein, so tief unsere Scham." (9)

***

Nach der ersten aktzia leben von den 500.000 Menschen, die im Warschauer Ghetto zusammengepfercht waren, noch 60.000. Knapp 40.000 davon offiziell registriert, der Rest illegal in Verstecken. Alte, Kinder, Kranke gibt es kaum noch. Die Überlebenden sind junge arbeitsfähige Frauen und Männer, die verstanden haben, daß sie nur übriggelassen wurden, um noch eine Weile Zwangsarbeit zu leisten. Sie müssen auf niemanden mehr Rücksicht nehmen: Die Wehrlosen, die Eltern, die kleinen Geschwister sind bereits in Treblinka ermordet worden. Sie haben keine Illusionen mehr, und sie sind nur sich selbst verantwortlich. So sind sie frei, den Tod zu wählen. "Die Leute schworen sich", berichtet Emanuel Ringelblum, der Archivar und Chronist des Ghettos, "nie wieder werden uns die Deutschen ungestraft hier wegbringen. Wir werden untergehen, aber die grausamen Eindringlinge werden mit ihrem Blut für unseren Tod bezahlen. Wir brauchen uns keine Gedanken um unser Überleben zu machen, denn jeder von uns trägt sein Todesurteil bereits in der Tasche. Wir sollten besser daran denken, mit Würde zu sterben, im Kampf zu sterben." (10)

Würde ist den Aktivistinnen und Aktivisten des Widerstandes gleichbedeutend mit Kampf. Sie selbst sind schon vor der deutschen Besatzung politisch aktiv gewesen, sind es gewohnt, für ein Ziel zu kämpfen, wenn auch nicht mit der Waffe in der Hand. In seinem Bericht von 1945 schreibt der 24jährige Kämpfer Marek

Edelman, dem es zusammen mit seinen Gefährtinnen und Gefährten gelungen war, die Überlebenden der ersten aktzia für den Kampf, den Aufstand zu gewinnen: "Wir schämten uns für die Unterwürfigkeit der Juden in Chelmno, dafür, daß sie sich nicht zu ihrer Verteidigung erhoben hatten. Wir wollten nicht, daß das Warschauer Ghetto sich ebenso verhielt. ‚Wir werden nicht auf Knien sterben`, sagte Abramek. ‚Nicht sie werden uns als Vorbild dienen, sondern Männer wie unser Genosse Alter Bas.` Während die Opfer in Chelmno passiv und demütig starben, widerstand er, als politischer Führer festgenommen, mit illegalen Papieren in der Tasche, auf jede den Deutschen bekannte Weise gefoltert, durch übermenschliche Anstrengung, obwohl schon ein paar Worte ihm das Leben gerettet hätten." (11)

30 Jahre später sagt der auf das Inferno zurückblickende Marek Edelman im Gedenken an die 400.000 Frauen, Männer und Kinder, die in der ersten aktzia an ihm vorbei in den Tod getrieben wurden: "Mein Kind, sagt er zu mir. Du mußt das endlich verstehen. Diese Menschen gingen ruhig und würdevoll. Es ist schrecklich, wenn man so ruhig in den Tod geht. Das ist wesentlich schwieriger als zu schießen. Es ist ja viel leichter, schießend zu sterben, es war für uns viel leichter zu sterben, als für einen Menschen, der auf den Waggon zugeht und dann im Waggon fährt und dann eine Grube für sich gräbt und sich dann nackt auszieht ... Verstehst du das jetzt? fragt er." (12)

In den anderen Ghettos des besetzten Polen empfinden die Widerstandskämpferinnen und -kämpfer angesichts der Nachrichten aus Warschau eine ähnliche Erleichterung, wie die, die ihre Genossinnen und Genossen in Warschau erlebt hatten, als sie sich erhoben: Die Mörder sind endlich auf Widerstand gestoßen, der Beweis dafür, daß auch die Juden kämpfen können, ist erbracht. Was die jungen Widerständler von sich selbst verlangen, fordern sie auch von allen anderen: Kämpfend zu sterben, nicht freiwillig in die Gaskammer zu gehen. Heute betonen Überlebende wie Marek Edelman die Würde derer, die in der Gaskammer starben. Und Chaika Grossman, eine der Führerinnen des Widerstands im Bialystoker Ghetto, sagt, daß sie, die Widerstandskämpferinnen und -kämpfer, auch damals schon geahnt haben, daß es für die Masse der Menschen unmöglich war, zu kämpfen. Daß die Entscheidung, nicht in die Gaskammer zu gehen, für die meisten keine Entscheidung sein konnte, und daß diejenigen, die sie für sich selbst trafen, sich, dank ihrer Jugend und ihrer Zugehörigkeit zu einer politischen Organisation, in einer quasi privilegierten Situation befanden. (13)

***

Was Stalingrad 1943 dem Widerstand im ganzen besetzten Europa bedeutet, das ist den Jüdinnen und Juden im Widerstand Warschau. Über ihr Ghettograd schreiben die Verfasser eines Memorandums des Bund an ihre Genossen in London. Die französische und belgische jüdisch-kommunistische Untergrundpresse reagiert auf die Nachrichten aus Warschau (die Radio London erst mit mehrwöchiger Verspätung bekannt gab) mit Aufrufen zur Verstärkung des eigenen Kampfes. Sie fordert die jüdische Jugend, die jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter auf, dem Beispiel von Warschau zu folgen: "Die Lektion von Warschau darf nicht ignoriert werden! Eure Brüder und Schwestern, die heldenhaft gefallen sind, würden euch niemals verzeihen, wenn ihr euch wie Sklaven verhaltet vor ihren Mördern, die auch die euren sind. (...) Wo immer ihr auch seid, bildet Kampfgruppen!", so ein Aufruf der Jüdischen Abteilung innerhalb der kommunistischen französischen Gewerkschaft C.G.T. im Untergrund. (14)

Adam Rayski, Leiter der Jüdischen Abteilung der M.O.I., der Immigrantenorganisation der französischen Kommunistischen Partei, berichtet: "Das Beispiel der Juden von Warschau führte zu einer intensiven Rekrutierung neuer Kombattanten. Im Juni und Juli 1943 hat sich die Zahl der Aktiven in den bewaffneten Gruppen (der M.O.I., Anm. I.S.) fast verdoppelt, aber die ganze veränderte Geisteshaltung läßt sich nicht nur quantitativ messen." (15)

***

1943 ist das Jahr, in dem die deutschen Endlöser die industrielle Vernichtung intensivierten und das Jahr, in dem der Widerstand im besetzten Europa seinen Höhepunkt erreichte. Die zu diesem Zeitpunkt kämpften, waren (neben der Roten Armee und mit Ausnahme der großen Partisanenformationen und -armeen in der Sowjetunion und in Jugoslawien) vielfach die Parias, Minderheiten, Fremde. In Belgien und Frankreich stellten die (in den Immigrantenverbänden der KPs organisierten) Arbeitsimmigrantinnen und -immigranten und politischen Flüchtlinge aus Polen, Rumänien, Spanien, Italien, Deutschland, Österreich, Ungarn einen großen

und entscheidenden Teil des Widerstandes. Viele von ihnen waren Juden. Viele von ihnen wurden entdeckt, gefoltert, ermordet. (16) In Polen waren es die Kämpferinnen und Kämpfer des jüdischen Widerstandes, die sich 1943 gegen die Deutschen erhoben, 1943, als, mit wenigen Ausnahmen, alle Ghettos in Osteuropa endgültig liquidiert wurden. Von den fast dreieinhalb Millionen polnischen Juden überlebten knapp 500.000.

1943, im Jahr von Stalingrad und damit der Hoffnung auf eine Wende im Krieg, läuft für die jüdische Bevölkerung in weiten Teilen Europas die Uhr ab. Als 1944 die zweite Front endlich eröffnet wird, die westlichen Alliierten im besetzen Europa landen, als die Rote Armee die Deutschen in Richtung Westen zurücktreibt, gibt es von Lyon bis Kiew kaum noch Juden, die sich darüber freuen könnten. Die lange ersehnte Befreiung erleben vereinzelte Menschen, deren gesamte Familien ermordet sind, die in Städte und Dörfer zurückkehren, aus denen sie wieder fliehen, weil es außer ihnen keine Juden mehr dort gibt. "Wir waren traurige Sieger", sagt Chaika Grossman, die mit den Partisanen in das befreite Bialystok einmarschierte, in dem von 60.000 jüdischen Bewohnern keine Handvoll Frauen und Männer überlebt hatte. (17) Die Autoren eines Berichts über den Warschauer Ghettoaufstand, den Mitglieder des Bund nach London schmuggeln, schreiben am 22. Juni 1943: "Das herzzerreißende Bild des brennenden Ghettos, erstickt im Rauch, im Lärm der Maschinengewehre, Kanonen, Feldartillerie, Explosionen, das Bild der zerstörten Gebäude, der Hölle, in die unser Volk geworfen wurde, wird für immer in unserem Gedächtnis festgeschrieben sein. Kein Schriftsteller, kein Maler wird je fähig sein, die Größe der Geschehnisse, die wir erfahren haben, noch der Gefühle, die uns in diesen tragischen und historischen Tagen überwältigten, nachzubilden. (...) Jetzt ist das Warschauer Ghetto ein großer Friedhof." (18)

Anmerkungen:

1) Hanna Krall: Dem lieben Gott zuvorkommen, Frankfurt/Main 1992. (Die deutsche Erstausgabe erschien 1980 unter dem Titel: Schneller als der liebe Gott.)

2) Ebenda

3) Zitiert nach Joseph Wulf: Das Dritte Reich und seine Vollstrecker. Die Liquidation der Juden im Warschauer Ghetto. Dokumente und Berichte, Wiesbaden 1989

4) Siehe John Bunzl: Klassenkampf in der Diaspora, Wien 1975

5) Siehe Reuben Ainsztein: Jewish Resistance in Nazi-Occupied Eastern Europe, London 1974

6) Noemi Szac-Wajnkranc: Im Feuer vergangen, in: Arnold Zweig (Hrsg.): Im Feuer vergangen, Berlin 1960

7) Zitiert nach Joseph Wulf, op. cit.

8) Zitiert nach Joseph Wulf, op. cit.

9) Elie Wiesel: A plea for the dead, in: Legends of our time, New York 1972

10) Zitiert nach Reuben Ainsztein, op.cit.

11) Marek Edelman: Das Ghetto kämpft, Berlin 1993

12) Hanna Krall, op. cit.

13) Zitiert nach Ingrid Strobl: "Mir zeynen do". Der Ghettoaufstand und die jüdischen PartisanInnen von Bialystok, Videofilm, Köln 1992

14) Adam Rayski: La résistance juive en France et le soulèvement du ghetto de Varsovie, in: Le Monde Juif, Nr. 49, Paris 1968

15) Adam Rayski, op. cit.

16) Siehe Ingrid Strobl: Sag nie du gehst den letzten Weg. Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung, Frankfurt/Main, 1989

17) Chaika Grossman: Die Untergrundarmee. Der jüdische Widerstand in Bialystok. Ein autobiographischer Bericht, Frankfurt/Main 1993

18) Marek Edelman, op. cit.

28. Bericht der UN-Kommission über die Bürgerkriegsverbrechen in El Salvador

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:22

Der Bericht der UNO-Wahrheitskommission schlug in El Salvador wie eine Bombe ein. Verteidigungsminister Ponce hatte wohl schon vor dessen offizieller Veröffentlichung Wind vom Inhalt bekommen. Er trat drei Tage vor der Bekanntmachung, die am Montag den 15. März in New York am Sitz des UNO-Generalsekretärs erfolgte, zurück. Der Kriegsminister wurde in einer Liste von 40 höchsten Militärs namentlich als Verantwortlicher für schwere Menschenrechtsverletzungen genannt. In El Salvador wurden während des Bürgerkrieges etwa 75.000 Personen getötet, weitere 7.000 gelten als "verschwunden".

Wir gehen nachfolgend auf die Arbeit der Ad-Hoc-Kommission ein und fassen die wichtigsten Ergebnisse des achthundertseitigen Berichts der Wahrheitskommission zusammen, in dem auch die ehemalige Guerillabewegung FMLN nicht ganz ungeschoren davonkommt.

Wir bewerten die Bedeutung des Berichts und führen die wichtigsten Argumente dafür an, warum es sich dabei um ein Dokument handelt, das nicht "die ganze Wahrheit" über Repression und Menschenrechtsverletzungen dokumentiert. Vielmehr handelt es sich um eine parteiische Stellungnahme, die "blinde Flecken" aufweist.

Die Arbeit der dreiköpfigen Wahrheitskommission hatte schon vor Abschluß ihres Berichts heftigen Streit ausgelöst. Während die gesamte Opposition des Landes forderte, daß die Untersuchungsergebnisse einschließlich der Namen der Täter veröffentlicht werden sollten, wiesen der ultrarechte Präsident Cristiani und die Armee dies wochenlang zurück. Ihr Argument: "die Stabilität des Landes gefährdet". Regierung und Armee mußten sich schließlich dem internen und internationalen Druck beugen.

Die Ad-Hoc-Kommission

Innerhalb von drei Monaten liegt damit der zweite Bericht über Menschenrechtsverletzungen vor, die im Krieg verübt wurden. Das erste Dokument konnte Cristiani noch geheimhalten. Eine Ad-Hoc-Kommission, die aus drei angesehenen und unabhängigen salvadorianischen Bürgern bestand, hatte drei Monate lang die Vergangenheit von Armeeangehörigen unter die Lupe genommen und im Dezember 1992 ihre Resultate vorgelegt. Präsident Cristiani und der UNO-Generalsekretär erhielten eine Liste mit den Namen von 103 Offizieren, die aus den Streitkräften ausscheiden sollten, um diese von Menschenrechtsverletzern zu säubern. Dazu hatte sich die Regierung im Friedensabkommen von Capultepec am 16. Januar 1992 verpflichtet. Die Säuberung der Armee war neben ihrer Reduzierung und ideologischen Neuorientierung ein zentraler Punkt des Friedensabkommens zwischen Regierung und Guerilla. Weder der FMLN-Führung noch der Öffentlichkeit wurden die Namen bekanntgegeben, die auf der Liste vermerkt waren. Als letztes Datum für die Verwirklichung der Empfehlungen der Ad-Hoc-Kommission war der 31. Dezember festgelegt. In der Armee kam es zu erheblichem Widerstand gegen die Konsequenzen aus dieser Vereinbarung. Als Präsident Cristiani am 1. Januar 1993 die Neubesetzung von militärischen Posten und Entlassungen bekanntgab, war der Eklat perfekt: Anstatt wie von der Ad-Hoc-Kommission und der UNO gefordert, 76 hohe Militärs zu entlassen und die übrigen aus verantwortlichen Positionen zu entfernen, präsentierte Cristiani etwas ganz anderes:

- 4 Entlassungen aus disziplinarischen Gründen,

- 19 Entlassungen aus administrativen Gründen (z.B. Pensionsalter),

- 38 Suspendierungen vom Dienst mit Bezahlung bis zur Pensionierung,

- 7 Ernennungen zu Militärattachés im Ausland,

- 8 Zurückstellungen der Entscheidung bis Mai 1994.

Die UNO hielt die Ernennung von sieben Offizieren zu Militärattachés sowie die zurückgestellten Entscheidungen in acht weiteren Fällen für völlig inakzeptabel. Von den Basisbewegungen sowie den Kirchen, vor allem der Jesuitenuniversität "UCA" wurde die Entscheidung Cristianis, welche in diesem Punkt die offene Nicht-Einhaltung des Friedensabkommens bedeutete, scharf kritisiert. Die Auseinandersetzung hielt den ganzen Monat Januar an.

Differenzen in der FMLN

Die Befreiungsbewegung FMLN war in dieser Frage wenig handlungsfähig, da sie durch interne Auseinandersetzungen gelähmt war. Zunächst hatte die FMLN-Spitze - unter Beteiligung aller Strömungen - Geheimverhandlungen mit Cristiani geführt. Die FMLN hatte dazu die Massenbewegungen und progressiven Parteien wie die im Parlament vertretene "Demokratische Konvergenz" weder befragt noch informiert. In einem internen Papier der "Volksbefreiungskräfte" (FPL) heißt es zum Ziel der Gespräche, daß sie bereit gewesen seien, "über den zeitlichen Verlauf des Ausscheidens einer reduzierten Zahl von Militärs" zu reden. Dies mag das Verhandlungsziel des "radikalen Flügels" der FMLN gewesen sein, der aus FPL, Kommunistischer Partei (PCS) und - mit Einschränkungen - der kleinen PRTC besteht. Ihre Position: Die Säuberung der Armee selbst ist unverhandelbar, über die Modalitäten läßt die FMLN mit sich reden.

Seit Herbst letzten Jahres bildet sich für die Öffentlichkeit immer deutlicher wahrnehmbar ein pro-sozialdemokratischer Flügel in der FMLN heraus. An dessen Spitze steht das "Revolutionäre Volksheer" (ERP) und insbesondere dessen Führungskräfte Joaquín Villalobos, Ana Guadelupe Martínez und Juan Ramón Medrano. Diesem Flügel ist auch der "Nationale Widerstand" (RN) zuzurechnen, der sich 1975 vom ERP abgespalten hatte. Dieser Flügel war in den Geheimgesprächen mit Cristiani im Gegenzug für wirtschaftliche Zugeständnisse offenbar für wesentlich weitergehende Konzessionen zu haben. Die Jesuitenuniversität UCA: "Zwei FMLN-Mitgliedsorganisationen sind bereit, den Vorschlag Cristianis als Säuberung zu akzeptieren; im Gegenzug für hochrentables Land, staatlichen Schutz für ihre Führungspersonen, wesentlich höhere Fonds für die Wiedereingliederung ihrer Kader und den Zugang zu Massenkommunikationsmitteln. Im Austausch für wirtschaftliche Zugeständnisse über die Säuberung zu verhandeln, bedeutet die Tür für die schlimmsten politischen Laster, unter denen wir soviel gelitten haben, zu öffnen: Der Korruption und den Manövern, die hinter dem Rücken des Volkes stattfinden." (2)

Da die Geheimgespräche bekannt und von vielen Seiten heftig kritisiert wurden und die FMLN sich zudem auf keine einheitliche Verhandlungsposition gegenüber der Regierung einigen konnte, suspendierte die FMLN die Gespräche am 22.12.1992. An dieser Frage traten deutliche Risse in der Einheit der ehemaligen Guerillabewegung auf, die erstmals auch nach außen hin sichtbar wurden. (3) Die mangelnde Einheit der FMLN hatte ihre Fähigkeit reduziert, Druck auszuüben. Das Ende vom Lied: Präsident Cristiani konnte die von der Ad-Hoc-Kommission geforderte Entlassung von 13 hohen Offizieren, darunter der Verteidigungsminister, zunächst vermeiden. Die FMLN zerstörte ihre 50 Boden-Luft-Raketen nicht wie ursprünglich vereinbart bis zum 29. Januar.

Der Bericht der Wahrheitskommission der UNO

Die von Salvadorianern gebildete Ad-Hoc-Kommission hatte ausschließlich die Aufgabe, die Vergangenheit der Offiziere zu untersuchen. Indessen sollte die mit Nicht-Salvadorianern bestückte Wahrheitskommission alle Menschenrechtsverletzungen überprüfen, die zwischen 1980 und Juli 1991 verübt worden waren. Diese Vereinbarung vom April 1991 wurde als Teil in den Friedensvertrag aufgenommen. Der ehemalige Präsident Kolumbiens, Belisario Betancur, Reynaldo Figueredo (Ex-Außenminister Venezuelas) sowie der US-amerikanische Jurist und Menschenrechtsexperte Thomas Buergenthal hatten sechs Monate lang Zeit, Augenzeugen zu vernehmen und Belastungsmaterial zu sammeln. Sie sprachen mit 2.000 Zeugen, werteten vertrauliche Dokumente aus und konnten zu insgesamt 25.000 Fällen Informationen beibringen, d.h. etwa zu einem Drittel der Fälle von Toten und "Verschwundenen" aus diesem Zeitraum.

Zum Untersuchungszeitraum: Die Abgrenzung des Untersuchungszeitraums verhinderte per definitionem, daß Übergriffe untersucht werden konnten, die beispielsweise im letzten Vierteljahr 1979 unter der Verantwortung der zivil-militärischen Juntas erfolgten. Nur als Hinweis: 1979 gab es 406 politische Morde (darunter zwei Geistliche), 44 "Verschwundene" und 307 Gefangene, die in aller Regel gefoltert wurden. (4) Es wurden auch keine Fälle untersucht, die zwischen Juli 1991 und März 1993 datieren. Dabei äußerte die neugeschaffene Staatsanwaltschaft zur Verteidigung der Menschenrechte, daß bei ihr allein von Juli bis Dezember 1992 insgesamt 832 Anzeigen erstattet worden seien. Hauptverantwortliche seien nach wie vor Nationalpolizei und Streitkräfte.

Untersuchungsmethode: Die Arbeit erfolgte "strikt vertraulich", weil das Material, das bearbeitet werden mußte, "sehr delikat" sei. Allen Zeugen wurde Vertraulichkeit zugesichert. Wenn es nur eine beweiskräftige Aussage

für eine Tat gab, und sei es eine noch so überzeugende Quelle, wurde dies als ungenügend angesehen. Die Kommission hatte nur sechs Monate Zeit, Beweise zu sammeln und auszuwerten. In dieser knappen Zeitspanne konnte sie unmöglich allen Verbrechen nachgehen. Die Kommission untersuchte "jene Gewaltakte, die besondere Bedeutung" hatten. Sie gesteht selbst zu, daß sie "nur einen kleinen Teil der Tausenden von Übergriffen, die im Krieg verübt wurden", bearbeiten konnte. Sie wählte zur Präsentation Fälle aus, die entweder besonders brutale Vorfälle oder aber Teil eines Systems von Übergriffen darstellen. (5)

Ergebnisse der Wahrheitskommission

Die Kommission stellt fest, daß die Armee und mit ihr eng zusammenarbeitende paramilitärische Gruppen für etwa 90% der Untaten verantwortlich sind. Für die Ermordung der sechs Jesuitenpater vom November 1989, die Bombenanschläge auf die Gewerkschaftsföderation FENASTRAS und die Menschenrechtsgruppe COMADRES (Oktober 1989), sowie die Massaker (z. B. Río Sumpul; Las Hojas) und außergerichtlichen Hinrichtungen, die Anfang der achtziger Jahre an der Tagesordnung waren, werden höchste Offiziere verantwortlich gemacht. So wurde die Ermordung der sechs Jesuitenpater, ihrer Hausangestellten sowie deren Tochter "von verschiedenen Offizieren des Generalstabs angeordnet und von Offizieren der Militärakademie organisiert." Deshalb, so heißt es in dem Dokument weiter, "empfiehlt die Kommission die sofortige Absetzung von Verteidigungsminister General Ponce und dessen Stellvertreter General Zepeda, von Oberst Montano, dem Chef des Generalstabs Rubio, dem ehemaligen Chef der Luftwaffe Bustillo, den Obersten Elena Fuentes und Benavides." Die Kommission erwähnt insgesamt 40 führende Militärs namentlich, die sofort von ihren Führungsposten entfernt werden sollen. Außerdem soll ihnen lebenslang verboten werden, "Positionen in der Armee oder den Sicherheitskräften zu bekleiden". Damit sind auch Offiziere, die schon von der Ad-Hoc-Kommission kritisiert wurden und die Cristiani im Dezember noch decken konnte, erneut unter Druck geraten. Der Verteidigungsminister Ponce und dessen Stellvertreter haben den Rücktritt eingereicht.

Der Gründer und mittlerweile an Zungenkrebs verstorbene ARENA-Chef D`Aubuisson wird für seine direkten Verbindungen zu den Todesschwadronen und die Ermordung von Erzbischof Romero verantwortlich gemacht. Auch der Oberste Gerichtshof, neben der Militärführung eine weitere Stütze von Präsident Cristiani, wird heftig kritisiert. Alle Mitglieder des Obersten Gerichtshofes und insbesondere dessen Vorsitzender, Dr. Gutiérrez Castro, werden zum Rücktritt aufgefordert, weil ihre "Arbeit extrem unzureichend" gewesen sei (immer bezogen auf einen "objektiven" Auftrag der Verfassung).

Wirklich neu ist all das nicht. Die Brisanz des Berichts liegt darin, daß nicht nur Taten erhellt sondern auch Täter bei Namen genannt werden. Dazu kommt, daß der Bericht nicht aus der Feder einer noch so geachteten Menschenrechtsorganisation kommt, sondern den Stempel der UNO trägt. Er hat keine unmittelbaren juristischen Konsequenzen. Geichwohl haben sich FMLN und Regierung im Friedensabkommen verpflichtet, den Empfehlungen der Wahrheitskommission Folge zu leisten. Außerdem schließt der Bericht die juristische Bestrafung nicht aus, wie die tageszeitung am 17. März fälschlicherweise schrieb, sondern fordert sie sogar explizit. Die Wahrheitskommission betont lediglich, daß sie derzeit keine spezifischeren Empfehlungen über das dazu erforderliche rechtliche Procedere abgeben könne, weil das Gerichtssystem "nicht in der Lage ist, mit der nötigen Objektivität zu urteilen und die Sanktionen zu verwirklichen."

Die Verfehlungen der FMLN

Wenngleich der Guerilla im Unterschied zur Armee keine systematischen Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden, so kommt die FMLN dennoch nicht ganz ungeschoren davon. Sie wird beschuldigt, für den Tod von 300 und das "Verschwinden" von weiteren 400 Personen verantwortlich zu sein. Die Wahrheitskommission bemängelte vor allem die Erschießung von 11 Bürgermeistern, sowie die Ermordung von zwei schwerverletzten gefangenen genommenen US-Beratern.

Was die drei US-Berater betrifft, die am 2. Januar 1991 von FMLN-Einheiten mit ihrem Hubschrauber abgeschossen wurden, wobei zwei Überlebende dann gefangen und noch am selben Nachmittag getötet wurden, so wurde darüber bereits im AK 328 (11. März 1991, S. 31) ausführlich berichtet. Wir wiesen auf die widersprüchlichen und unglaubwürdigen Behauptungen der FMLN hin, die zunächst verlautbarte, alle drei Teilnehmer seien beim Absturz ums Leben gekommen. Die Ermordung von zwei wehrlosen Kriegsgefangenen verstieß gegen die Genfer Protokolle sowie gegen die inneren Regeln der FMLN. Auf erheblichen Druck der Regierung und der Drohung, die Täter in die USA auszuliefern, überstellte die Befreiungsbewegung die

geständigen Verantwortlichen den salvadorianischen Gerichten. Hier brachte der Bericht der Wahrheitskommission nichts qualitativ Neues.

Bei den erschossenen Bürgermeistern ist die Lage komplizierter. Die FMLN betrachtete sie - zurecht - als zivile Arme des Aufstandsbekämpfungsprogrammes in Gebieten, die unter ihrem Einfluß standen. Die Guerilla hatte die christdemokratischen Bürgermeister aufgefordert, ihre Ämter aufzugeben. Da sie sich vielfach weigerten, verjagte die FMLN einige und entführte außerdem etwa drei Dutzend Bürgermeister und bot ihre Freilassung im Austausch für gefangene FMLN-Leute an. Da die Regierung nicht darauf einging, wurden insgesamt 26 Bürgermeister erschossen; elf davon exekutierte das von Joaquín Villalobos geführte "Revolutionäre Volksheer" (ERP); in den übrigen Fällen ist der Öffentlichkeit nichts über die Verantwortlichkeit bekannt. Auf diese Weise versuchte die Guerilla, territoriale Macht zu demonstrieren.

Wenn man davon ausgeht, daß die Bürgermeister Funktionen erfüllten, die militärisch relevant waren, so sieht das internationale Kriegsvölkerrecht vor, daß sie dafür vor einem Tribunal zu Rechenschaft gezogen und letztlich auch zum Tode verurteilt werden können. Ein faires Verfahren und die angemessene Verteidigung müssen jedoch gewährleistet sein. Offenbar hat die FMLN gegen diese Regeln verstoßen. In einem Interview, daß ich mit Joaquín Villalobos telefonisch führen konnte, betonte er, daß seine Organisation der Wahrheitskommission die Wahrheit über die von ihr zu verantwortenden elf Fälle gesagt habe: "Wir haben als politische Linie festgelegt, daß wir der Wahrheitskommission ehrlich Auskunft geben und daß wir darüberhinaus keine Verantwortung auf die mittlere Führungsebene abwälzen. Wir haben als Leitung des ERP für alles, was Resultat unserer politischen Linie war, direkt die Verantwortung übernommen. Dies erklärt, warum wir in dem Bericht genannt werden. Bei Ana Guadelupe Martínez ist dies besonders seltsam. Denn sie verbrachte fast die gesamte Kriegszeit im Ausland und beteiligte sich nie an militärischen Entscheidungen. Deshalb denken wir, daß die ausschließliche Erwähnung der ERP-Führung - eingeschlossen Ana Guadelupe Martínez -, eine politische Entscheidung darstellt. Unabhängig davon akzeptieren wir die Empfehlung der Kommission! Wir sind auch bereit, den Empfehlungen Folge zu leisten." Auf die Nachfrage, ob er die Erschießung heute als Fehler beurteile, antwortete der ERP-Chef: "Das Urteil, ob es nun ein Fehler war oder nicht, überlassen wir der Wahrheitskommission. Wenn sie zu dem Schluß kommt, daß dies keine Kriegshandlung mehr war, akzeptieren wir, daß wir einen Fehler begangen haben".

Die Wahrheitskommission nennt als Verantwortliche auf Seiten der FMLN nur sechs Führungskader des ERP. Hier empfiehlt sie die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für zehn Jahre. Die FMLN hat die Empfehlungen in einem Kommuniqué vom 15. März angenommen. Von den übrigen vier Organisationen wird niemand erwähnt. Dies dürfte für die ERP-Führung, namentlich für Joaquín Villalobos und Ana Guadelupe Martínez, ein schwerer politischer Rückschlag in dem Bemühen sein, eine zentristische politische Kraft aufzubauen. Indessen geht der radikale Flügel der FMLN - wegen Nicht-Nennung im Bericht - gestärkt hervor. Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, daß sich lediglich das ERP Übergriffe hat zuschulden kommen lassen.

Warum die Wahrheitskommission stellvertretend für die gesamte FMLN, die ja aus fünf Organisationen besteht, nur das ERP nennt, ist unklar. Außerdem ist offen, warum sie dieses Verdikt auf der Basis von 13 Todesfällen spricht, wenngleich sie selbst in der Einleitung zum Kapitel FMLN bei insgesamt 700 Fällen vermutet, daß dafür die FMLN verantwortlich sein könnte.

Elemente

für eine Einschätzung

Die Wahrheitskommission ist als wichtiger Teilsieg der revolutionären Bewegung in den Friedensverhandlungen zu bewerten. Sie verhindert das in Südamerika praktizierte "Vergeben und Vergessen" der Greueltaten der Armee. Aber auch die Guerilla, beziehungsweise einzelne Organisationen, haben Verantwortung für Übergriffe zu übernehmen. Da es sich jedoch bei den Vergehen der Guerilla um vereinzelt aufgetretene Randphänomene im Unterschied zu massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen durch die Armee handelt, erschüttert das Gesamtergebnis der Untersuchung nur das Ansehen der Streitkräfte wirklich schwer. Diese Bewertung, die vor zwei Jahren im AK (Nr. 331, 3. Juni 1991, S. 23) zu lesen war, hat sich in der Substanz als zutreffend erwiesen.

Es gilt hinzuzufügen, daß der Bericht der Wahrheitskommission zwar wichtige, jedoch nicht alle Elemente der historischen Wahrheit aufgreift. Es fehlen: Detaillierte Untersuchungen über die Rolle und Bedeutung der

Todesschwadronen sowie deren Verbindung zu Geschäftsleuten in Miami, zur US-Botschaft sowie zur Oligarchie. Hier werden außer dem "pathologischen Killer" Aubuisson (wie gut für die eine Seite, daß er tot ist und damit nicht mehr reden kann) keine Namen genannt.

Es fehlen Taten und Täter aus den Reihen der Christdemokratie, der ARENA sowie der alten Militärpartei PCN, welche das Land vor und im Krieg schließlich regiert haben. Es fehlt eine eingehende Betrachtung des Phänomens der Folter! In El Salvador wurde jahrzehntelang routinemäßig und in den letzten zehn Jahren mit zum Teil hochwissenschaftlichen Mitteln gefoltert. Es fehlt die Bewertung der Rolle des US-Geheimdienstes sowie der US-Militärberater. Schließlich sucht man auch eine ausgewogenere Betrachtung der Übergriffe der FMLN vergeblich. Der vorliegende Bericht ist ein hochpolitisches Dokument. Die Nennung von Namen bzw. deren Nicht-Erwähnung sind nichts anderes als weittragende politische Entscheidungen.

Die Salvadorianer haben ein Recht darauf, die ganze Wahrheit zu erfahren. So würde sich die Chance vergrößern, eine gesellschaftliche Katharsis herbeizuführen und damit die Grundlage für eine demokratische Zukunft des Landes zu legen. Eine schnelle Amnestie, wie sie von Präsident Cristiani durchs Parlament gepeitscht wurde, dient diesem Ziel nicht. Sie soll vielmehr zu "Vergeben und Vergessen" beitragen. 38 der 40 genannten Militärs und die 14 obersten Richter weigern sich bisher, den UNO-Anweisungen Folge zu leisten. Aber in dieser Frage ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Al., Nürnberg (30.3.1993)

Anmerkungen

1) Siehe: Friedensvertrag, Kapitel 1 "Streitkräfte", "Säuberung", S. 5-7

2) La Prensa Gráfica, 12.01.1992

3) Die inhaltlichen, konzeptionellen und praktischen Differenzen werden in einem der folgenden AKs ausführlich dargestellt.

4) Lateinamerika Nachrichten (Sondernummer), El Salvador - Ein Land im Kampf um seine Befreiung, Berlin Mai 1980, S. 72f.

5) Alle Angaben zu Arbeit und Ergebnissen der Wahrheitskommission nach: UNO-Presseerklärung vom 15.03.1993

29. Cubanische Wahlergebnisse - Zustimmung für den gegenwärtigen Kurs

Die cubanischen Wahlergebnisse signalisieren große Zustimmung für den gegenwärtigen Kurs

Rubrik: Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:07

Wahlen, und seien sie auch so geheim wie die jüngsten Parlamentswahlen auf Cuba, sind für die bürgerlichen Medien hierzulande nur dann von Interesses, wenn sie die erwünschten Resultate zeitigen. Da es in diesem Fall nichts wurde mit der erhofften Ohrfeige für Castro, blieb den Ergebnissen der cubanischen Wahlen vom 24. Februar von dieser Seite die Anerkennung versagt. Überraschung hingegen bei allen anderen ‚Cubaexperten`. Trotz der wirtschaftlichen Misere sprach eine nicht für möglich gehaltene Mehrheit von 92,8% der CubanerInnen ihrer Führung das Vertrauen aus. Dieses Signal wird zwar weder die ökonomischen Probleme des Landes noch die Blockade durch Teile des Westens beenden; es bedeutet aber eine nachhaltige Ermutigung sowohl für die politische Führung des Landes als auch für die weltweite Cuba-Solidarität. Das cubanische Volk hat dem Versuch, ein sozialistisches Gesellschaftsmodell in einer kapitalistischen Umwelt zu bewahren, ein eindeutiges Mandat erteilt.

Was wurde gewählt?

Nimmt man die Gemeinderatswahlen vom 20. Dezember 1992 hinzu, dann sind mit dem Urnengang vom Februar insgesamt drei Volksvertretungen neu konstituiert worden. Am 24. Februar wurden die 589 Abgeordneten (bisher 510) der Nationalversammlung und 1.190 Mitglieder der 14 Provinzparlamente neu bestimmt. Die größte Aufmerksamkeit galt den Wahlen zur Nationalversammlung, weil man darin eine Art Meinungsumfrage über die gegenwärtige Regierung sah. Ende Oktober 1992 war ein Wahlgesetz erlassen worden, daß erstmals seit 1959 direkte und geheime Wahlen zur Nationalversammlung ausschrieb. Bisher waren die Abgeordneten des Parlaments alle fünf Jahre indirekt von Regionalversammlungen gewählt worden. Die 1976 geschaffene Volksvertretung tritt zweimal im Jahr für drei Tage zusammen. Sie hat bisher noch keinem der an sie herangetragenen Gesetzesvorschläge die Zustimmung verweigert. Gesetzesvorschläge aus eigener Initiative hat das Parlament bisher noch nicht eingebracht. (Neue Zürcher Zeitung, 27.2.1993)

Im Gegensatz zu den Gemeinderatswahlen, bei denen zwei bis drei BewerberInnen um jeden Sitz konkurrierten, entsprach die Zahl der KandidatInnen für die Nationalversammlung genau der Anzahl der zu vergebenen Mandate. Parteinahe Basiskommissionen hatten aus 60.000 Vorschlägen eine Vorauswahl getroffen, die von Stadtversammlungen bestätigt worden war. "Über anderthalb Millionen Menschen waren in den Auswahlprozeß mit einbezogen, der sich auf Nachbarschaftstreffen, an den Arbeitsplätzen, unter Studenten und in den Massenorganisationen vollzog." (Granma International, 7.3.1993) Als gewählt galt, wer mehr als 50% der gültigen Stimmen auf sich vereinen konnte. 274 KandidatInnen gehörten zu dem Kreis der Gemeinderäte, in die sie im Dezember gewählt worden waren. Die übrigen 315 sind Persönlichkeiten, die sich entweder in ihren Provinzen oder landesweit ein gewisses Ansehen erworben haben. Nur 98 der BewerberInnen gehörten bereits der letzten Nationalversammlung an.

Zu den Nominierten zählten die 26 Mitglieder des Politbüros der Kommunistischen Partei sowie etwa 20 Mitglieder des derzeitigen Staatsrates. "Zum ersten Mal kandidierten zwei Pfarrer sowie die beiden bedeutendsten Sänger Cubas, Pablo Milanés und Silvio Rodriguez. Schriftsteller, Sportler und Fernsehansager, Arbeiter, Wissenschaftler und Ärzte sollten eine möglichst repräsentative Vertretung aller Bevölkerungsschichten und Berufe garantieren ... das Durchschnittsalter liegt bei 42 Jahren; auch einige 18jährige Bewerber wurden aufgestellt, womit die allgemeine Verjüngung in der Führungsspitze des Landes nun auch im Parlament fortgesetzt wird." (NZZ, 27.2.)

Über den Anteil der Kandidatinnen und Kandidaten, welche Mitglieder der Kommunistischen Partei oder der Union der Jungen Kommunisten sind, gehen die Angaben weit auseinander. El Pais (24.2.) nennt "mehr als 60%" und am 2.3. gar 99%, die FAZ mal 80% (23.2.), dann wieder 95% (27.2.).

Obwohl sich die kommunistische Partei bei der Kandidatenkür betont im Hintergrund hielt, waren keine bekannten DissidentInnen auf den Februarlisten vertreten. Sie hätten sich selber als Einzelpersonen

vorschlagen oder von dritten vorschlagen lassen können, aber das ist nicht geschehen. Sie hätten ihre Organisationen legalisieren lassen können, doch trotz einiger Versuche bekam niemand die dazu benötigten 10.000 Unterschriften zusammen. (ND, 24.3.) Ob dies an staatlichem Druck, fehlendem Zugang zu den Massenmedien oder einfach an ihrer Unattraktivität liegt, wird je nach politischem Standpunkt der BeobachterInnen unterschiedlich beurteilt.

Der Wahlkampf begann Anfang Februar. Propaganda und Wahlversprechen waren verboten, "um ‚jede Form von Opportunismus und Demagogie` zu verhindern. Die Wahlkampagne beschränkte sich auf die Vorstellung der Kandidaten, deren Photographien und Lebensläufe landesweit plakatiert und in der Presse verbreitet wurden." (FAZ, 24.2.) Fidel Castro hatte die Wahlen unter das Motto "Vaterland, Revolution und Sozialismus" gestellt. Ein überzeugender Sieg sei nötig, um "den Feinden unserer Einheit zu beweisen, daß sie uns nicht schwächen, nicht spalten, nicht demoralisieren können". Castro rief zur Abstimmung im Block auf, d.h. alle aufgestellten Kandidaten sollten bestätigt werden. (ND, 24.2.)

Der Wahltag

7.830.209 wahlberechtigte CubanerInnen, die ihr 16.Lebensjahr vollendet hatten, konnten am 24.2. in insgesamt 27.359 Wahllokalen von sieben Uhr morgens bis sechs Uhr abends ihre Stimmen abgeben. Nahezu alle nutzten - wie bereits im Dezember beobachtet - die Wahlkabinen zur geheimen Wahl. Der Wahlzettel für die Nationalversammlung enthielt die Namen aller 589 Kandidaten. Die WählerInnen konnten sich entscheiden, entweder mit dem Ankreuzen eines großen Kreises in der Mitte des Stimmzettels die gesamte Liste zu wählen oder lediglich hinter einzelne Namen das Zeichen der Zustimmung zu setzen.

Wer mit einzelnen KandidatInnen oder mit dem gesamten Ablauf unzufrieden war, hatte drei Möglichkeiten, seine Opposition auszudrücken:

- Einzelne Vorschläge konnten gestrichen werden.

- Der Stimmzettel konnte ungültig gemacht werden.

- Man/frau konnte der Wahl fernbleiben.

Die Exilcubaner sahen deshalb in dem Votum eine große Chance, die (vermutete) schwindene Unterstützung für die Regierung sichtbar werden zu lassen. Radio Marti (Florida) riet seinen Hörern eindringlich, auf jeden Fall zu den Wahlen zu gehen, den Stimmzettel aber ungültig zu machen. Die ‚gusanos` rechneten fest mit einer 50%igen Ablehnung.

Schätzungsweise 250 Korrespondenten (ABC, BBC, NBC, ZDF, die Japaner, alle großen lateinamerikanischen Zeitungen) waren angereist. Sie hatten jederzeit und unbegrenzt Zugang zu allen Wahllokalen und durften bei Urnenöffnung und Auszählung dabei sein. Es gab keine Meldungen über Unregelmäßigkeiten. (ND, 4.3.)

Castro heizte die Spannung an, als er den 100 Journalisten, die ihn bei seiner Stimmabgabe in Santiago begleiteten, sagte, daß im Falle einer Abstimmungsniederlage "die Revolution die Macht verlieren" und dies "den Kurs des Landes verändern würde". (El Pais, 25.2.) Auf Cuba gibt es keine Wahlpflicht. Für den Wahlgang wurde massiv geworben, indem er zur patriotischen Pflicht für jedermann erklärt wurde. Die NZZ (27.2.) weiß zu berichten, daß es selbst "in Spitälern und Altersheimen ... bettlägerigen Patienten ermöglicht (wurde), ihre Stimme abzugeben". Zu diesem Zweck wurden überall im Land ‚mobile Wahlkabinen` eingerichtet, um auch Menschen, die fern der Städte in der Landwirtschaft oder bei den Streitkräften arbeiten, zu erreichen. Parteimitglieder und Angehörige der "Komitees zur Verteidigung der Revolution" forderten bei Hausbesuchen zum Urnengang auf. "... in vielen Stadtteilen Havannas weckte schon früh am Morgen ein Orchester oder ein Chor junger Pioniere die Einwohner, um sie durch Musik und Gesang für den Urnengang einzustimmen." (NZZ, 2.3.) (Hier bietet sich reichlich Anschauungsmaterial für bundesdeutsche Wahlstrategen, um ähnlich blamable Wahlbeteiligungen wie in Hessen vergessen zu machen: Von Cuba lernen heißt ...) 99,62% der Wahlberechtigten ließen sich auf diese Weise motivieren. Nur 30.000 blieben den Wahllokalen fern.

Das staatliche Touristikunternehmen Cubanacan hatte in den Hotels der Hauptstadt Handzettel verteilen lassen, auf denen den ausländischen Gästen in Spanisch und in bestem Englisch mitgeteilt wurde: "Ein Volk,

daß sich weigert, auf seine erhabene Geschichte, seine nationale Identität und seine sozialen Errungenschaften zu verzichten. Cubanacan bietet Ihnen die Möglichkeit, den Wahlprozeß aus nächster Nähe mitzuerleben. Der Besuch eines Wahllokals: 8 Dollar; Besuch eines Wahllokals incl. Nachmittagsmahlzeit: 14 Dollar; Besuch eines Wahllokals incl. Mittagessen: 20 Dollar." (El Pais 24.2.1993) Dieser erstaunliche Geschäftssinn der Cubaner sollte optimistisch für die Zukunft stimmen.

Die Wahlergebnisse

Verfrühter Jubel und dann die Ernüchterung - das war die Reaktion der bürgerlichen Presse auf die Bekanntgabe der Wahlergebnisse. Ausländische Korrespondenten meldeten am Abend des Wahltages aus einigen Wahlbüros Havannas, daß 10 bis 20% der Stimmzettel nicht ausgefüllt oder ungültig gemacht worden seien. Dies veranlaßte die Süddeutsche Zeitung (26.2.1993) zu einem verfrühten Jubelausbruch: "Bei den Parlamentswahlen ... hat eine erstaunlich - und für das cubanische Regime erschreckend - hohe Zahl von Wählern ungültige Wahlzettel abgegeben ... Immerhin hätten nicht einmal die optimistischen Regime-Gegner zwischen zehn und zwanzig Prozent falsch angekreuzter oder gar mit einem ‚No` gekennzeichneten Stimmzettel erwartet ... Nun hat er (Castro) die Quittung: Die Wähler haben sich gerächt ..." Peinlich, peinlich, dieser Realitätsverlust - und so unterließ es die Zeitung dann lieber, ihren LeserInnen die korrekten Ergebnisse nachzuliefern.

Die landesweite Auszählung ergab nämlich lediglich 7,2% ungültige Wahlzettel: 3,3% (ca. 240.000) gaben einen leeren Wahlzettel ab, 3,9% (ca. 312.000) machten ihn auf andere Weise ungültig. Die größte Zustimmung mit 99,95% wurde in der im Osten Cubas gelegene Provinz Granma ermittelt. Für Havanna wurden mit 14,66% die meisten Ungültig-Stimmen (4,39% leere Zettel; 10,27% falsch ausgefüllt) gezählt. (Granma International 7.3.1993) Nicht alle der Ungültig-Wähler sollten automatisch als Oppositionelle eingestuft werden. Einige sind auch darunter, die es vor lauter Begeisterung an der nötigen Korrektheit fehlen lassen. So wurde z.B. in den cubanischen Medien immer wieder darauf hingewiesen, daß die Stimmzettel nicht mit revolutionären Parolen verschönert werden sollten, da dies einer Ungültigmachung gleichkäme. (El Pais, 25.2.1993)

Alle aufgestellten KandidatInnen erreichten die notwendige Stimmenzahl. 6.939.230 WählerInnen (95,17% der gültigen Stimmen) folgten dem Aufruf Fidel Castros, im Block abzustimmen ("Voto unido"). Knapp 5% machten von der Möglichkeit einer selektiven Wahl Gebrauch. (Granma Int. 7.3.1993) Fidel Castro ist in seinem Wahlkreis in Santiago mit 99% der Stimmen bestätigt worden. Sein Bruder Raúl erreichte ein ähnlich gutes Ergebnis.

Zusammen mit den Februarergebnissen wurden auch die Resultate der Gemeinderatswahlen vom Dezember bekanntgegeben. Die FAZ (23.2.1993) meldet, daß die aufgestellten KandidatInnen von 15% der WählerInnen abgelehnt worden seien. Am 7.3. meldet Granma Int. hingegen eine 90%ige Zustimmung. Demzufolge haben 3% der WählerInnen leere, 7% ungültig gemachte Stimmzettel abgegeben.

In der am 15.3. erstmals zusammengetretenen neuen Nationalversammlung beträgt der Frauenanteil 23%. 47 Abgeordnete sind jünger als 30 Jahre. Ihre Tätigkeit erfolgt auf ehrenamtlicher Basis. Die erste Aufgabe der neuen Nationalversammlung bestand in der Wahl der Mitglieder des Staatsrates und seines Vorsitzenden. Fidel Castro, der dieses Amt seit 1976 inne hat, wurde einstimmig für eine weitere Amtszeit von fünf Jahren gewählt. (ND, 17.3.) Damit übt er zwischen den Parlamentssitzungen die gesetzgebende Macht aus. Eine Verfassungsreform vom vergangenen Jahr ermöglicht ihm außerdem, im Fall äußerer oder innerer Unruhen den Notstand zu verhängen. Erster Vizepräsident, ebenfalls ohne Gegenstimme, wurde Raúl Castro. Zum Präsidenten der Volkskammer wurde der bisherige Außenminister Ricardo Alarcon de Quesada gewählt. Sein Nachfolger wird der bisherige stellvertretende Außenminister Fernando Ramirez Estenoz.

Auf den konstituierenden Sitzungen der neuen Provinzparlamente setzt sich der Trend zu einer personellen Erneuerung fort. In acht der 14 Provinzen wurden neue Parlamentspräsidenten gewählt. (ND, 10.3.)

Erwartungen und Reaktionen des Auslands

Nahezu jede Meldung über Cuba, die in den vergangenen Jahren durch die bürgerlichen Medien lief, wußte von einer zunehmenden Unzufriedenheit der Bevölkerung zu berichten. So war man ganz heiß auf die Wahlen - genauer gesagt, auf die Quote der Nein-Wähler. "Feuerprobe für Castro", "indirekte Meinungsumfrage über

den Regierungskurs" - so lauteten die Einschätzungen vor dem 24.2. In den bürgerlichen Zeitungen überboten sich die Korrespondenten mit Prognosen über die zu erwartenden Nein-Stimmen: "Manche Cubaner und die Mehrzahl der ausländischen Diplomaten und Journalisten rechnen ... mit einer bösen Überraschung für die castristische Revolution. Die ungültigen Stimmen werden 30% übersteigen." (El Pais, 24.2.) "Wenn 40% der Stimmzettel ungültig sind, dann weiß die Regierung, daß viele Menschen ganz schön sauer sind", erklärte ein Diplomat dem Tagesspiegel. (24.2.) Besonders neugierig war man auf die Ergebnisse von Havanna. Hier wurden 25% der Nationalversammlungssitze vergeben, hier sitzen die meisten Oppositionsgruppen, hier gibt es vergleichsweise viele unzufriedene Jugendliche.

Daß aus den USA nach den Wahlen dieselben Unverschämtheiten wie zu Bushs Zeiten zu hören waren, sollte eigentlich niemanden wundern. "Nach Ansicht der US-Regierung waren die Wahlen undemokratisch. Unter der gegenwärtigen cubanischen Regierung habe es niemals freie und faire Wahlen gegeben, erklärte der Sprecher des Außenministeriums, Snyder. Die USA unterstützten diejenigen Cubaner, die einen Reformprozeß einleiten wollten und hofften, daß diese bald Gelegenheit dazu bekämen. Washington sei der Ansicht, daß Cuba mit einem anderen Staatschef als Fidel Castro besser gedient wäre." (ND, 27./28.2.) Außerdem forderte Snyder, ein Mehrparteiensystem und freie Meinungsäußerung zuzulassen. Die Sanktionen gegen Cuba sollen solange verschärft werden, bis dort ein "wirklicher Wandel" eintrete. (FAZ, 27.2.)

Da es für die meisten Zeitungen nichts Schönes über die Wahlergebnisse zu berichten gab, stürzten sie sich auf die Rücktrittsandeutungen Castros. Der hatte die Möglichkeit in Betracht gezogen, in fünf Jahren nicht wieder zu kandidieren: "Auch Marathonläufer werden mal müde ... Andere werden das Werk genauso fortsetzen können, vielleicht sogar noch besser als ich." Voraussetzung sei allerdings eine verbesserte ökonomische Lage und die Aufhebung des amerikanischen Wirtschaftsembargos. (ND, 17.3.)

Wahlanalyse

Ratlosigkeit und lange Gesichter bei der bürgerlichen Presse. El Pais (27.2.1993) formulierte die Enttäuschung sehr treffend: "Diplomaten und Beobachter ... können nicht verstehen, wie es möglich ist, daß dieselben Cubaner, die die Regierung auf den Straßen offen kritisieren und die sich in den Warteschlangen über den Mangel an Medikamenten und Nahrungsmittel beklagen, dennoch mit ihrer Stimme das Regime von Fidel Castro unterstützen." Und einen Tag zuvor an gleicher Stelle: "Diese allgemeinen Wahlen haben bestätigt, was viele erwartet hatten: Die politische Realität auf Cuba läßt Überraschungen und Kurswechsel nicht zu. Sei es wegen des ‚Fidelismus`, sei es aus Überzeugung, Trägheit oder Resignation, etwa 70% der Cubaner haben so gewählt, wie es die Regierung wollte ..."

Zunächst stellt sich die Frage, warum allgemein ein schlechteres Ergebnis erwartet wurde. Journalisten, aber auch ausländische Besucher, gewinnen aus ihren Gesprächen mit CubanerInnen immer wieder den Eindruck einer weit verbreiteten Unzufriedenheit. Dies hinterläßt Wirkung in der Öffentlichkeit, zeichnet aber, so Leo Burghardt im ND vom 4.3.1993, ein falsches Bild: "Womöglich geht einem solches durch den Kopf, wenn man Cuba nur auf der Durchreise für einen schnellen Artikel kennenlernt und sich zu nahe bei den Touristenhotels aufhält, wo einem natürlich die Opportunisten in Scharen über den Weg laufen. Devisenschieber und Mädel fürs Geld taugen nirgendwo als Kronzeugen für politische Vorgänge." Dies erklärt zwar die schlechte Presse, aber noch nicht die hohe Zustimmung. Burghardt weiter: "Das Leben ist für die Cubaner sehr schwer, mitunter dramatisch. Aber drei Jahrzehnte Umzingelung haben ihre Sinne geschärft. Auch die nicht gerade beflügelnden Erfahrungen der ex-sozialistischen Brüder, auch Trotz, doch zuallererst wohl die Gewißheit, daß ihr mittlerweile von allen Seiten behindertes Experiment im lateinamerikanischen Kontext, dem Kontext der Dritten Welt, notwendig ist, eine Alternative sein könnte. Politisches Denken, politisches Gespür sind hier noch nicht degeneriert, wenn sie auch unter harte Probe gesetzt werden."

Direkt nach seiner Stimmabgabe sagte Fidel Castro zu Journalisten: "Wir haben eine Bevölkerung, die Nachdenken kann und wir haben lange dafür gekämpft, daß das so ist. Der Wahlprozeß ist ein Beispiel dafür. Wir haben eine Bevölkerung mit einem hohen Grad an staatsbürgerlichem und kulturellem Bewußtsein." (Granma Int., 7.3.) Daher rechne er mit einer hohen Zustimmung. Auf einer Pressekonferenz in Santiago, wenige Stunden nach Schließung der Wahllokale, sagte Fidel, daß die Wahlergebnisse sowohl den revolutionären Geist der Inselbevölkerung als auch ihre Bereitschaft, jedweder Not zu widerstehen, widerspiegele. Die begrenzte und aufmerksam kontrollierte ökonomische Öffnung nach außen werde fortgesetzt, es werde aber keine politischen Reformen nach westlichem Vorbild (Parteienvielfalt, bürgerliche

Demokratie) geben. Die schwere wirtschaftliche Krise des Landes würde dem Rückhalt der Regierung in der Bevölkerung nicht schaden, denn: "Der Mensch lebt nicht vom Brot allein ... Die moralischen Werte haben eine außerordentliche Bedeutung, die nicht unterschätzt werden darf." (El Pais, 26.2.)

Keine ermutigenden Signale aus dem Clinton-Amerika

Auf der Wahlpressekonferenz äußerte Castro sich das erste Mal öffentlich über den neuen amerikanischen Präsidenten Bill Clinton. "Er scheine ein ‚Mann des Friedens` mit hohen moralischen Grundsätzen zu sein. Doch erwarte er keine durchgreifende Änderung der Politik gegenüber Cuba. Denn Clinton habe nicht das Format eines Alexanders des Großen, um den gordischen Knoten zu durchschlagen, der durch das amerikanische Embargo gegen den Inselstaat in den vergangenen 30 Jahren entstanden sei." (FAZ, 26.2.)

Der neue amerikanische Präsident ist immer noch damit beschäftigt, Personalentscheidungen zu treffen, die den Kurs der zukünftigen Lateinamerikapolitik prägen werden. Dabei steht er unter starkem Druck der Cubanisch-Amerikanischen Nationalstiftung (FNCA), die über starken Einfluß in Senat und Repräsentantenhaus verfügt. Sie führt einen kompromißlosen Kampf gegen alle, die keinen knallharten Kurs gegenüber Cuba vertreten. Ihrem Widerstand ist es zu verdanken, daß Clinton den Posten des stellvertretenden Ministers für inneramerikanische Angelegenheiten nicht mit dem farbigen Cubano-Amerikaner Mario Baeza besetzen konnte. Baeza gilt Cuba gegenüber als gesprächsbereit.

Wenn man Leo Burghardt glauben darf, ist Clintons "Ersatzmann" Alexander Watson ebenfalls eine gute Wahl. Er sei kein Mann der FNCA, sondern genieße wegen seiner Sensibilität und seines diplomatischen Geschicks ein gewisses Ansehen in Lateinamerika. Den Posten der Lateinamerikaabteilung des Nationalen Sicherheitsrats hat Clinton mit Richard Feinberg besetzt. Der war bisher Präsident der privaten Expertengruppe ‚Interamerikanischer Dialog`. Diese Gruppe plädiert seit langem für einen Wandel in den Beziehungen zu Cuba: Sie schlägt vor, "Präsident Fidel Castro herauszufordern, indem wir die Beziehungen zu ihm verbessern und Erleichterungen im Embargo herbeiführen, um Besuche und Tourismus zu stimulieren und die Kommunikation ausbauen". (ND, 12.3.)

Diese Personalentscheidungen dürfen nicht als Wende zum besseren mißverstanden werden. Pragmatiker wie Feinberg oder Watson stimmen in der Zielsetzung mit Hardlinern wie Snyder (s.o.) überein: Castro muß weg, Cuba soll sich den USA unterordnen. Es ist bisher noch nicht absehbar, ob dieses Ziel durch Konfrontation bzw. Nichtbeachten oder durch eine taktische Annäherung verfolgt werden wird. Clinton selbst hatte sich in seinem Wahlkampf vor Exilcubanern in Miami mit markigen Besprüchen beliebt gemacht: Präsident Bush hätte die Gelegenheit verpaßt, "auf Fidel Castro und Cuba den Hammer fallen zu lassen". (FAZ, 24.3.)

Im Nationalen Sicherheitsrat wird jedenfalls weiterhin munter an Krisenszenarien gebastelt: Gegenwärtig wird innerhalb der nächsten vier Jahre mit einer Krise auf Cuba gerechnet. Etwas differenzierter äußert sich der ehemalige Chef der US-amerikanischen Interessenvertretung in Havanna, Wayne Smith: Nach seiner Ansicht "hat die Krise in Cuba ihren Tiefpunkt erreicht, in Zukunft werde es sehr langsam aufwärts gehen, bis - in ungefähr 10 Jahren - die Insel eine Regierung sozialdemokratischen Zuschnitts haben werde, nach wie vor orientiert am sozialen Fortschritt." (ND, 12.3.)

KUK, Berlin

30. Kaffeegenuß für Doña Elsa

Rubrik: Internationale Solidarität; El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:25

Es herrscht Frieden im Land. Zumindest an der Oberfläche. Radio Venceremos sendet ganz legal aus der Hauptstadt, das Elite-Bataillon "Atlacatl" wurde aufgelöst, und die Guerilla verwandelte ihre Waffen unter den Augen von UN-Beobachtern in Schrott. Ein zwölf Jahre dauernder Bürgerkrieg ist zu Ende. Die Probleme El Salvadors sind damit aber nicht gelöst. Der Krieg, der mehr als 75.000 Menschenleben kostete, Tausende von Witwen und Waisen zurückläßt und eine Million Menschen zu Flüchtlingen machte, hat sie eher noch verschärft.

Denn mehr denn je ist der "Floh Mittelamerikas" eine extreme Drei-Klassen-Gesellschaft: ein Drittel der 5,5 Millionen Salvadorianer lebt in "extremer", ein weiteres Drittel in "relativer Armut", der Rest gilt als nicht arm. Da bedarf es keiner hellseherischen Fähigkeiten, um vorauszusagen, daß die "soziale Frage" auch künftig die politische Diskussion im Land beherrschen wird. Dafür wird schon die militante Linke sorgen. Sie hat klarstellt, daß sie zwar ihre Waffen, nicht aber ihre Überzeugungen in den Bergen von Morazan zurückgelassen hat. Einen Einblick in die internen Prozesse des kleinsten mittelamerikanischen Landes liefert das Buch "El Salvador - Die Kaffeekolonie von innen", das Karin van Bracht, Ulf Baumgärtner und Tom Beier jetzt für die Kaffeekampagne El Salvador herausgegeben haben.

Worauf es ihnen dabei ankommt: Kaffee, der Deutschen liebstes Getränk, bestimmt in seinem Herkunftsland ganz maßgeblich die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse mit. Welche Folgen der nach 1846 einsetzende Anbau der kapitalintensiven Kulturpflanze hatte, beschrieb die Zeitung "Patria" bereits 1928: "Die Eroberung des Territoriums durch die Kaffeeindustrie ist alarmierend. Schon hat sie alles hoch gelegene Land besetzt und jetzt steigt sie in die Täler und verdrängt den Mais, den Reis und die Bohnen. Sie breitet sich aus wie ein Eroberer, verbreitet Hunger und Elend und unterwirft die vormaligen Eigentümer den miserabelsten Bedingungen."

Geändert hat sich daran wenig, wie das Buch zeigt. Es informiert über Vergangenheit, Gegenwart und mögliche Zukunft der Kaffeekolonie, wobei die Herausgeber Wert darauf gelegt haben, die Betroffenen selbst zu Wort kommen zu lassen. Diese beschreiben den ganz normalen Alltag auf den Kaffeeplantagen, aber auch ihre Versuche, sich gegen frühkapitalistische Ausbeutungsverhältnisse zur Wehr zu setzen. "Wir haben keinen Vertrag und keine Sozialversicherung und keine Krankenversicherung", schildert eine Kaffeepflückerin ihre Lage. "Wenn wir krank werden, verlieren wir für jeden Tag, den wir fehlen, noch zwei zusätzliche Tage, die uns abgezogen werden. Die Beschäftigung ist für maximal 14 Tage, mehr gibt es nicht. Wer länger arbeiten will, muß sich wieder neu einschreiben." Nicht besser sieht es in den meisten kaffeeverarbeitenden Betrieben aus.

Aber auch das Denken der Kaffeebarone wird dokumentiert. Weil die einzelnen Beiträge kurz gehalten sind und das Buch als Lesebuch konzipiert ist, kann der/die wissensdurstige Kaffeetrinker(in) an jeder Stelle einsteigen.

Am Ende steht vielleicht die Erkenntnis, daß Genossenschaftskaffee aus dem "Eine Welt"-Laden vielleicht etwas teurer sein mag, doch dafür auch-keinen bitteren Nachgeschmack hinterläßt. Nur so wird Doña Elsa letztlich die Chance erhalten, den Kaffee, den sie erntet, auch einmal selbst zu trinken.

Norbert Glaser

Kaffee- Kampagne El Salvador (Hrsg),

El Salvador - die Kaffeekolonie von innen. Ein Lesebuch.

Schmetterling Verlag, Stuttgart 1992, 245 Seiten, 26,80 Mark

31. "Gaza soll im Meer versinken" (Rabin)

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:50

Der Wunsch des israelischen Ministerpräsidenten, der Gaza-Streifen möge im Meer versinken, erinnert seltsam an die Äußerung des rechtsnationalistischen Vorsitzenden der PLO der Jahre 1964-67, Ahmad al-Shuqueiri, der "die Juden ins Meer jagen" wollte. Sagt nun diese Ähnlichkeit der Äußerungen etwas über die Annäherung von jüdischen Israeli und Palästinensern? Oder über die "Orientalisierung" Israels? Oder über Rabin?

In einer unmittelbar nach der Verbannung von 413 Palästinensern durchgeführten Repräsentativ-Umfrage unter jüdischen Israelis begrüßten 90 Prozent der Befragten die Maßnahme der Regierung. Auf die anschließende Frage, welchen Einfluß die Verbannung auf die "Bekämpfung des Terrorismus" haben werde, antworteten jedoch rund 50 Prozent, die Verbannung werde nichts bewirken oder aber die Gefahr des Terrorismus erhöhen. (1) Volkes Stimme erwies sich damit als zwar zynisch - ob die Verbannung nun irgendeinen oder auch keinen Sinn hat, ist egal, Palästinenser rausschmeißen ist immer gut -, aber zugleich als prophetisch.

Seit Beginn des palästinensischen Volksaufstands hat es keine so hohe Anzahl tödlich verlaufender Anschläge auf jüdische Israeli (Soldaten, Polizisten, Siedler, Zivilisten) gegeben, und die Anzahl der von Soldaten und Siedlern getöteten PalästinenserInnen nähert sich der Todesrate vom Anfang der Intifada. Auf einen getöteten jüdischen Israeli kommen zwar nach wie vor rund zehn getötete Palästinenser - dies liegt aber, trotz der höheren Anzahl der Toten auf israelischer Seite, daran, daß die israelischen Besatzer allemal Schritt halten mit den palästinensischen Angriffen. Ähnlich wie andere kritische Beobachter in Israel verurteilte Viktor Cygielman, einer der Veteranen im Bemühen um einen Ausgleich zwischen Israelis und Palästinensern, die Verbannung als "moralisch falsch, politisch ungeschickt, von geringem oder keinem Sicherheitswert". Sie könne sich "als einer der größten Fehler der Rabin-Regierung erweisen". Und genau so ist es auch - zukünftige Wahnsinnstaten der Rabin-Regierung, G`tt behüte, ausgeschlossen - gekommen: Israel steckt in der selbst gestellten Falle. Den höchsten Preis allerdings zahlt das palästinensische Volk.

Verelendung

Die Intifada begann im Gaza-Streifen, und dieser schmale Landstreifen am Mittelmeer ist es auch, der das erste Ziel der Repression wie das Zentrum des Widerstands ist. (2)

Als Ägypten 1948 den Gaza-Streifen eroberte und unter Militärverwaltung stellte, lebten dort 70.000 Menschen, mit der Staatsgründung Israels kamen 30.000 Flüchtlinge und Vertriebene hinzu. 1967 eroberte Israel das Gebiet, das nun zusammen mit den neuen Flüchtlingen 360.000 Einwohner zählte. Schon damals war der Gaza-Streifen mit 850 Menschen pro Quadratkilometer in den Flüchtlingslagern das am dichtesten besiedelte Gebiet der Welt. Heute leben dort 800.000 PalästinenserInnen und ein paar Tausend jüdisch-israelische Siedler. Von den 360 Quadratkilometern des Gebiets, das zudem z.T. unbewohnbar und für Landwirtschaft ungeeignet ist, steht den PalästinenserInnen nur etwas mehr als die Hälfte zur Verfügung. 40 Prozent der Fläche (davon 75 Prozent der Küstenlinie) sind von Militär oder Siedlern konfisziert worden. In den Flüchtlingslagern mit ihrer völlig unzureichenden Infrastruktur - offene Abwässergräben z.B. sind die Regel - leben zwölfköpfige Familien in Baracken, die nur aus ein oder zwei Zimmern bestehen, die gleichzeitig Küche, Wohnraum und Schlafzimmer sind.

Nur ein etwa ein Viertel der Arbeiter des Gaza-Streifens kann am Ort selbst Unterhalt finden. Ein weiteres Viertel arbeitet in Israel. Die Anzahl dieser Arbeiter ist jedoch seit 1987 von 65.000 auf weniger als 25.000 im Jahr 1993 gesunken. (3) (Da alteingesessene jüdische Israelis sog. dreckige oder schwere Arbeiten in der Regel ablehnen, ist anzunehmen, daß die Arbeitsplätze der Palästinenser von jüdischen Neueinwanderern aus der SU eingenommen worden sind. Diese Neueinwanderer kommen die Arbeitgeber zwar teurer zu stehen als Palästinenser, sind aber immer noch erheblich billiger als eingesessene Israeli.) Rund 50 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung des Gaza-Streifens sind somit ohne Einkommen. Da die Menschen in den besetzten Gebieten, und hier wiederum besonders im Gaza-Streifen, ohnehin schon ein karges Leben fristen und die vielköpfigen Familien meist von einem einzigen Verdiener abhängig sind, wiegt der Verlust des Arbeitsplatzes besonders schwer. Hinzu kommen die zur Aufrechterhaltung des Widerstands notwendigen,

aber einkommenszehrenden Streiks und die von den Besatzern verhängten Kollektivstrafen, wie Ausgangssperren in einzelnen Lagern oder auch die völlige Abriegelung des Gaza-Streifens, so daß die Inhaber israelischer Arbeitsplätze ihres Verdienstes verlustig gehen. "Verelendung ist zur Norm geworden", konstatierte die palästinensische Zeitung Al Fajr.

Daß Wut und Verzweiflung gerade im Gaza-Streifen explodieren, ist auch den israelischen Politikern unübersehbar geworden. Rabins im September des vergangenen Jahres geäußerter Wunsch, der Gaza-Streifen möge im Meer versinken, resultiert aus der Einsicht, daß Israel in diesem Teil der besetzten Gebiete schon längst verloren hat, oder, wie es ein Reporter der SZ jüngst beobachtete, "nur noch die Übermacht, aber nicht mehr, wie in den 20 Jahren nach dem Krieg von 1967, die Oberherrschaft" besitzt.

Verbannung

In den ersten sechs Monaten der Rabin-Regierung war die Anzahl palästinensischer Todesopfer im Vergleich zu den letzten sechs Monaten der Likud-Regierung um 20 Prozent gestiegen, die Anzahl der Opfer im Kindes- und Jugendalter sogar um 180 Prozent.

Auf palästinensischer Seite hat im Ergebnis des mehrjährigen, bisher aber erfolglosen Aufstands die Aktivität der Massen nachgelassen, an ihre Stelle ist die Aktivität kleiner, guerilla-ähnlich operierender Einheiten oder auch unorganisierter Einzelner getreten. Während in den ersten vier Jahren der Intifada elf israelische Soldaten mit Messern oder Feuerwaffen getötet wurden, waren es 1992 dreizehn, hiervon fünf alleine im Dezember. Vier dieser Soldaten waren in den besetzten Gebieten erschossen worden, der fünfte aber, ein Grenzpolizist, wurde in Israel entführt und kurz darauf ermordet aufgefunden. Mit der Behauptung, es sei "eine Wahl zwischen Frieden und Hamas" (deren militärischer Arm sich zu einigen der Anschläge bekannt hatte) zu treffen, veranlaßte Rabin mit Unterstützung der Meretz-Minister die Verbannung von 413 Palästinensern als angeblichen Aktivisten von Hamas und Dschihad Islami. (4) "Es ist nicht die Entscheidung selbst, die so erschreckend ist," kommentierte die israelische Tageszeitung Dawar, "sondern die heilige Übereinstimmung, die Abwesenheit jeglicher Zurückhaltung - etwas, das Massenhysterie sehr ähnlich ist, nur diesmal auf höchster Regierungsebene."

Der Sicherheitsrat der UNO verlangte in der Resolution 799 die sofortige Rückkehr der Verbannten. Das Oberste Gericht Israels befand, die Verbannung sei zwar nicht ganz legal, ansonsten aber nicht illegal gewesen. Rabin kam Anfang Februar mit dem - mit der US-Regierung abgesprochenen - Angebot auf den Markt, hundert der Verbannten sofort in ihre Heimatorte zurückkehren zu lassen, und die Verbannungsdauer der dreihundert Verbleibenden auf ein Jahr zu reduzieren. Der UNO-Sicherheitsrat plädierte daraufhin Mitte Februar in einer informellen Sitzung hinter verschlossenen Türen dafür, das israelische Angebot als Erfüllung der Resolution 799 anzusehen.

Die Verbannten, die seit nunmehr dreieinhalb Monaten am südlichen Rand der von Israel beanspruchten "Sicherheitszone" im Libanon in einem Zeltlager in den Bergen leben, haben es sowohl abgelehnt, im Rahmen einer "Einzelfallprüfung", die ihnen vom Obersten Gericht eingeräumt worden war, Berufung einzulegen, wie sie den Spaltungsversuch der israelischen Regierung zurückgewiesen haben. Die palästinensische Delegation bei den Nahostverhandlungen hat ihrerseits die Teilnahme an der Ende April vorgesehenen Wiederaufnahme der Gespräche von der vollständigen Rückführung der Verbannten abhängig gemacht. Ob die Palästinenser in ihrer solidarischen Haltung von den "arabischen Brüdern" unterstützt werden, scheint jedoch fraglich zu sein: Syrien, Jordanien, Ägypten und der Libanon sollen angedeutet haben, auch ohne vorherige Lösung der Verbannten-Frage an den Gesprächen teilnehmen zu wollen.

Eskalation

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Verbannungen setzten Massenproteste in den besetzten Gebieten ein, gegen die die Besatzer mit Ausgangssperren und massivem Schußwaffeneinsatz vorgingen - alleine in Flüchtlingslager Khan Yunis (Gaza-Streifen) wurden an einem Tag bei Demonstrationen sechs PalästinenserInnen erschossen. Zwar haben die Massenproteste seit Anfang des Jahres allmählich wieder abgenommen, nicht aber die Schießwut der Besatzer. Und, wie von jedem halbwegs klaren Politiker vorauszusehen und von Persönlichkeiten der Islamisten befürchtet, sind nach der Verbannung des ideologischen "Kopfs" die "jungen Militanten unkontrollierbar" geworden.

Ende Januar werden zwei Soldaten bei einem Feuerüberfall auf den Wagen einer Patrouille im Gaza-Streifen getötet. Hamas erklärt sich für den Anschlag verantwortlich. (Für diese wie insbesondere Bekennermeldungen nach Taten eindeutig Einzelner und aller Wahrscheinlichkeit nach Nichtorganisierter ist keinesfalls gesichert, ob nicht irgendwelche Gruppen aus Renommiersucht die "Verantwortung" für Anschläge übernehmen, mit denen sie gar nichts zu tun haben, oder ob es sich bei diesen Bekenntnissen schlicht um Geheimdienstproduktionen, nicht unbedingt allein von israelischen Diensten, handelt.)

Anfang Februar werden drei Palästinenser erschossen, die - nach Militärangaben - Schußwaffen in ihrem Wagen transportierten. Der Kommandeur einer sechsköpfigen Patrouille eröffnet sofort das Feuer, als er die Waffen im Wagen liegen sieht. Er habe geglaubt, daß auf ihn geschossen werden würde. Die Soldaten, in der Annahme, ihr Kommandeur werde beschossen, nehmen den Wagen ebenfalls sofort unter Feuer.

Am 6.2. werden im Gaza-Streifen bei Demonstrationen fünf Palästinenser erschossen und 26 weitere durch Schüsse verletzt. Am 14.2. wird ein Palästinenser erschossen, da er, nachdem der Wagen einer Militärpatrouille mit Steinen beworfen worden war, der Aufforderung, stehenzubleiben nicht nachkommt. Am 15.2. wird ein Iraeli an einer Bushaltestelle in Jerusalem erstochen. Am 17.2. wird ein Palästinenser, der sich kurz nach Beginn der Ausgangssperre noch auf der Straße aufhielt, im Gaza-Streifen erschossen. Am selben Tag erschießen israelische Soldaten auf der Westbank zwei Jugendliche und verletzen sieben weitere.

Am 1.3. werden zwei Israeli in Tel Aviv von einem Palästinenser erstochen, weitere sieben Israeli zum Teil schwer verletzt. Als Tatmotiv gibt der Attentäter an, er sei über seine Arbeitslosigkeit verzweifelt und habe deshalb "Israeli verletzen" wollen.

Aufgrund dieses Attentats wird der Gaza-Streifen am 2.3. in der üblichen Manier der Kollektivbestrafung (der Täter stammte aus dem Gaza-Streifen) bis auf weiteres gesperrt. Betroffen sind insbesondere Zehntausende palästinensischer Arbeiter, die nicht an ihre Arbeitsplätze in Israel gelangen können.

Der Rat der Siedler in Westbank und Gaza-Streifen ruft am 2.3. dazu auf, auf jeden Steinwerfer zu schießen. Waren es bisher einzelne Rechtsradikale oder rassistische Parteien, die sich mit solchen Aufforderungen hervortaten, hat nun erstmals eine offizielle Instanz - wie es der Rat der Siedler ist - einen solchen Aufruf erlassen.

Am 5.3. erschießt ein israelischer Lastwagenfahrer einen 74jährigen Palästinenser. Der Todesschütze gibt an, sein Wagen sei auf der Westbank mit Steinen beworfen worden. Nachdem die Windschutzscheibe zersplitterte, sei er ausgestiegen und habe in die Luft geschossen. Da er weiter mit Steinen beworfen worden sei, habe er auf die Menschen gezielt.

Unmittelbar nach der Aufhebung der Absperrung des Gaza-Streifens am 8.3. wird dort ein Siedler erstochen. Die dortigen Siedler kündigen daraufhin die Entlassung aller palästinensischen Arbeiter an.

Häuserkampf

Am frühen Morgen des 11.3. umzingeln 200 Soldaten einen Häuserblock im Gaza-Flüchtlingslager Khan Yunis. Die BewohnerInnen werden auf die Straße gebracht. Anschließend werden die Häuser mit großkalibrigen Maschinengewehren, Panzerabwehrraketen und 40mm-Granaten beschossen. Neunzehn Wohnungen in insgesamt sechzehn Häusern sind, berichtete ein Schweizer Reporter vom Ort des Geschehens, "teils verwüstet, teils ganz zerstört worden. In einem noch kaum fertiggestellten Neubau zeigt die Stube die Auswirkungen mehrerer Granatenexplosionen mit anschließendem Brand; das Gerüst der Betonpfeiler ist mehrfach verbogen und zerbrochen, die Backsteinwände sind hier zertrümmert, dort mit Splittereinschlägen übersät." Ein weiterer Reporter aus der Schweiz stieß auf "zerschossene Möbel, zerfetzte Kleider, Spiegel mit Kugellöchern, zertrümmerte Fernseher und Küchenmaschinen, zerlöcherte Pfannen. Sogar in die Betten haben die Israeli ihre Gewehrsalven abgefeuert." Die Aktion, in deren Folge 31 Familien mit insgesamt 186 Personen ihre Wohnung und - ohne Anspruch auf Entschädigung - große Teile ihres Eigentums eingebüßt haben, galt, so das Militär, gesuchten Palästinensern. Vier Personen wurden tatsächlich verhaftet, die jedoch nicht auf der Liste der gesuchten 75 Aktivisten stehen sollen.

Nach Angaben von Menschenrechtsgruppen sind seit August 92, als diese Methode der "Durchsuchung" eingeführt wurde, bis Ende Februar neunzehn dieser Aktionen unter Einsatz schwerer Waffen vorgenommen worden. Die Wohnungen von 93 Familien (d.h. unter palästinensischen Verhältnissen: von etwa 600

Menschen) sind dabei samt dem Mobiliar und sonstiger Einrichtung schwer beschädigt, wo nicht gar völlig zerstört worden.

Der neben der Suche nach Bewaffneten zusätzlich erwünschte Effekt kollektiver Einschüchterung werde, schreibt Dani Rubinstein in Haaretz, jedoch heute kaum noch erzielt. In den siebziger Jahren waren von den Behörden gesuchte Palästinenser gezwungen, sich in Sandlöchern und Felsenhöhlen zu verstecken, da die Androhung kollektiver Bestrafung gegenüber einer Familie oder einem Dorf, wenn einem Gesuchten Unterschlupf gewährt wird, sehr wirksam war. "Heutzutage reicht aber der Einsatz kollektiver Bestrafung nicht mehr aus, um die Bewohner der (besetzten - Anm. ak) Gebiete zu zwingen, die gesuchten Männer aus ihrer Mitte auszusondern oder sie preiszugeben (...). Die Sicherheitsdienste finden keine Hilfe mehr bei der Gefangennahme von Mitgliedern der (palästinensischen - Anm. ak) militärischen Einheiten, da sie nicht mehr, wie früher, über ausreichend Nachschub an Kollaborateuren verfügen. Fast alle offenen Kollaborateure (Bürgermeister und verschiedene Arten von Agenten) sind verschwunden. Diejenigen, die nicht ermordet wurden, sind aus ihren Wohnorten geflohen und verstecken sich wie gehetztes Wild in Jaffa und in palästinensischen Bevölkerungszentren im Landesinneren von Israel. Andere sind in dem (von israelischem Militär geschützten - Anm. ak) befestigten Lager Fahma in der nördlichen Westbank eingeschlossen."

Bürgerbewaffnung

Am 12.3. wird eine Siedlerin aus dem Gaza-Streifen ermordet, die täglich palästinensische Arbeiter aus dem Lager Khan Yunis zu ihren Arbeitsplätzen brachte. Am selben Tag wird ein seit fünf Tagen vermißter Soldat erschossen aufgefunden.

Der israelische Polizeichef Terner ruft am 14.3. alle jüdischen Israeli auf, ihre Waffen jederzeit mit sich zu führen. 300.000 Israeli haben einen Waffenschein - dies sind, schon ohne die wehrdienstpflichtigen und Reservedienst leistenden SoldatInnen, die meist ihre Waffen mit sich führen, fast zehn Prozent der jüdisch-israelischen Bevölkerung, einschließlich Babys und Urgroßvätern. Hinzu kommt eine vermutlich hohe Dunkelziffer von Waffenbesitzern ohne Waffenschein. Schon in den 70er und 80er Jahren waren mehr brave Bürger schießwütigen Amateuren zum Opfer gefallen als (vermeintliche oder tatsächliche) palästinensische Angreifer. Terners Aufruf wurde von Justizminister Libai und Sozialministerin Namir - beide, wie auch Terner, Mitglieder der Arbeitspartei - kritisiert; Jossi Sarid von der "progressiven" Meretz-Partei überraschte hingegen sein Publikum ein weiteres Mal (unangenehm): Er stimmte dem Polizeichef zu.

Am 14.3. erschießen Soldaten auf der Westbank ein dreijähriges Kind in einem Wagen, dessen Fahrer sich nach Angaben des Militärs zu halten geweigert hatte. Der Fahrer wollte seine Frau während einer Ausgangssperre ins Krankenhaus bringen.

Am 17.3. werden bei Zusammenstößen in Khan Yunis zwei, am nächsten Tag ein weiterer Palästinenser erschossen, mehr als 150 PalästinenserInnen werden verletzt. Während der Auseinandersetzungen am 18.3. wird ein Fotograf der Nachrichtenagentur Reuter Zeuge eines Truppeneinsatzes. Er hört, wie ein Scharfschütze seinem Offizier meldet: "Ich habe einen erwischt. Willst du noch einen?" Der Offizier: "Ja."

Ministerpräsident Rabin läßt derweil bei seinem Besuch in den USA wissen: "Dieses Jahr ist die Zeit für Frieden - jetzt ist der Moment."

Am 20.3. wird ein Soldat bei der Streifenfahrt in der Westbank erschossen, ein weiterer am selben Tag im Gazastreifen. Dort sterben am 20.3. auch ein zehn- und ein sechzehnjähriger Palästinenser, am 21.3. ein Zwölf- und ein Zwanzigjähriger unter den Schüssen der Besatzer. Durch Beschuß mit Panzerabwehrraketen zerstören Soldaten sieben Häuser im Flüchtlingslager Deir el-Balah (Gaza-Streifen).

Nachdem am 22.3. ein Palästinenser auf den Hof einer Berufsschule in Jerusalem gestürmt ist und mehrere Schüler mit Messerstichen verletzt hat, wird beschlossen, künftig alle Gymnasiasten mit Elektroschlagstöcken auszurüsten und im Nahkampf zu trainieren.

Ein Palästinenser, der nach einem Messerangriff gefesselt auf dem Boden liegt, wird am 23.3. von einem Siedler mit acht Schüssen in den Rücken ermordet. Im Gaza-Lager Nusseirat eröffnen Soldaten das Feuer auf zwei Jugendliche, die Parolen malen - beide werden tödlich verletzt.

Nachdem Ende März erneut ein Siedler im Gazastreifen und zwei Polizisten in Jerusalem tot aufgefunden werden, werden Gaza-Streifen und Westbank - bis voraussichtlich zum 13.4., dem Tag nach Pessach - total gesperrt.

In Messer- und Feuerangriffen wurden zwischen Dezember und Ende März etwa fünfzehn Israeli - neben Soldaten, Polizisten und Siedlern auch Zivilisten - von Palästinensern getötet. Im selben Zeitraum erschossen israelische Soldaten, Siedler und Zivilisten etwa 60 PalästinenserInnen, darunter ein Kleinkind, mehrere Kinder und Jugendliche. Erschossen wurde von israelischen Soldaten auch ein jüdischer Israeli - er hatte vor einem Kontrollpunkt seinen Wagen nicht abgebremst.

Notstand

Die jüdisch-israelische Bevölkerung verlangt immer lautstärker nach radikalen Maßnahmen zur "Beendung des Terrors". Die rechten (Oppositions-)Parteien fordern die Bildung einer "nationalen Einheitsregierung des Notstands", um den "totalen Krieg gegen den Terrorismus" zu führen. Laut Premier Rabin geht es jetzt darum, den "harten Kern" des palästinensischen Widerstands zu zerstören. Razzien in Moscheen und Druckereien sollen durchgeführt werden, finanzielle Unterstützungsfonds abgeschnitten.

Vor drei Jahren, im Februar 1990, als die Arbeitspartei noch in der Opposition war, erklärte Rabin: "Jeder, der denkt, daß die Deportation, die Verhaftung von 500, 3000 oder 5000 Leuten die Intifada beenden wird, versteht nicht, welcher Art Problem wir gegenüberstehen. Dies ist nicht die Konfrontation mit einer terroristischen Organisation. Dies ist der allgemeine Aufstand durch ein Volk mit einem anderen religiösen, kulturellen und nationalen Wesen." Wenn er nun die Lösung des Problems in Aktionen gegen einen "harten Kern" sieht (wie war doch noch die Begründung für dieVerbannung der 413 Palästinenser?!), hat er nicht nur seine damalige recht klare Sicht der Dinge aufgegeben, sondern er treibt mit dem zu erwartenden noch brutalerem Vorgehen der Besatzer-Armee die Palästinenser weiter in Wut und Verzweiflung. Denn die Angriffe, die hier mit dem Messer, dort mit einer Pistole ausgeführt wurden, sind ganz vorwiegend Aktionen einzelner Personen, die in keinem organisatorischen Zusammenhang stehen. Ein israelischer Beobachter sprach jüngst von einem Terror, der weder "ein Hauptquartier noch eine Führung hat, die zur Verantwortung gezogen werden kann."

Was bleibt, wenn die Besatzer-Armee, deren Aktionen sich bereits jetzt recht knapp unterhalb einer "militärischen Lösung" bewegen, den Widerstand der Vielen nicht ersticken und erst recht nicht die tödlichen Attacken Einzelner verhindern kann? Was bleibt, wenn durch die willkürliche Brutalität des Militärs und die Ergebnislosigkeit des sog. Friedensprozesses die Verzweiflung in den besetzten Gebieten wächst und die islamistischen Kräfte, die ohnehin einen Ausgleich ablehnen, dadurch automatisch weiter gestärkt werden? Was bleibt, wenn beständig falsche Einschätzungen der Lage und Starrköpfigkeit an die Stelle von Politik gesetzt werden? Und: Was bleibt "der Politik", nachdem sie selbst, ob vom Likud betrieben oder von der Arbeitspartei, wesentliche Verantwortung dafür hat, daß der größte Teil der jüdisch-israelischen Bevölkerung auf ein brutales Niederschlagen des Widerstands der Palästinenser setzt?

Klaus Mellenthin

Anmerkungen:

1) S. ausf.: Eine legal illegale Verbannung. In: ak 351, S. 4

2) S.: Gaza-Streifen - das größte Flüchtlingslager der Welt. In: ak 290, S. 17

3) Nach anderen Angaben arbeiteten in den 80er Jahren 80.000 Palästinenser aus dem Gaza- Streifen (mit Arbeitserlaubnis) in Israel, jetzt noch 40.000.

4) S. ausf.: "Eine Wahl zwischen Frieden und Hamas" (Rabin). In: ak 350, S. 18 f.

Quellen:

Div. Ausg. der Monate Dez. 92 bis Anfang April 93 von: Al Fajr (Ost-Jerusalem), Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Jerusalem Post - International Edition (Israel), Neue Zürcher Zeitung (Schweiz), Neues Deutschland, New Outlook (Israel), News from Within (Israel), Palästina Bulletin, Spiegel, Süddeutsche Zeitung, Tages- Anzeiger (Schweiz), taz, The Other Front (Israel)

Tod im Gaza-Streifen

Seit dem Amtsantritt der "linken Regierung" hat die Brutalität der Unterdrückung der Intifada und die Mißachtung der Menschenrechte in den besetzten Gebieten in einem Ausmaß zugenommen, wie es unter der Regierung Schamir nicht denkbar war. (...)

Nach einem Bericht des "Gaza Center for Rights and Law" vom 9. Februar waren vier von zehn im Januar getöteter Gaza-Bewohner 14 Jahre oder jünger. Alle Todesopfer waren außer einem Zivilisten (d.h. keine Mitglieder palästinensischer militärischer Einheiten): Acht hatten an Demonstrationen teilgenommen, einige von ihnen haben Steine auf Soldaten geworfen; und einer, ein elfjähriger Junge aus dem Flüchtlingslager Jabalya erhielt einen Bauchschuß, als er einigen jungen Männern hinterherging, die israelische Sicherheitskräfte mit Steinen bewarfen. Das zehnte Opfer im Gaza-Streifen im Januar wurde kurz nach seiner Verhaftung (...) von einem Soldaten und einem Schabak-Agenten (Geheimdienst - Anm. ak) exekutiert.

Im Januar betrug die Zahl der durch Schüsse Verletzten und in örtlichen Krankenhäusern und Kliniken Behandelten insgesamt 496. Mehr als 150 davon waren Jugendliche im Alter von 15 Jahren oder darunter. 153 Personen wurden auf Grund von Verletzungen durch gummi- oder plastikbeschichtete Metallkugeln behandelt; 250 hatten Schlagverletzungen. 641 wurden wegen Tränengasvergiftung behandelt. (...)

Der Bericht des Gaza-Center verzeichnet eine Anzahl schwerer Verwundungen mit Tötungsabsicht seitens der Sicherheitskräfte, wobei jene nicht "unter Umständen geschossen haben, wo ihr Leben während gewalttätiger Demonstrationen gefährdet war". Dazu gehörte auch die vierzigjährige Aiysha Suleiman aus Rafah, Zuschauerin bei einem Zusammenstoß in der Nachbarschaft, die von zwölf Schüssen mit Plastikgeschossen in der Hüfte getroffen wurde, und ein dreijähriges Mädchen mit Namen Nuriman Iliyaan, das während eines Zusammenstoßes im Flüchtlingslager Shati von neun Plastikgeschossen getroffen wurde, zwei davon trafen das rechte Bein und sieben den Unterleib.

In dem Bericht heißt es weiter: "Anders als scharfe Munition werden die Plastikgeschosse in Bündeln abgefeuert und streuen schnell nach dem Schuß. Um eine Person neunmal zu treffen, muß die Waffe aus extremer Nähe, d.h. aus einigen Metern, abgefeuert werden."

In einem Bericht von (der israelischen Menschenrechtsorganisation - Anm. ak) B`tselem, in dem auf den Anstieg der tödlichen Schüsse und die große Anzahl getöteter Kinder hingewiesen wird, wird außerdem hervorgehoben, daß "zwei Drittel der Tötungen während der letzten sechs Monate unter Rabins Regierung in (für die Soldaten - Anm. ak) nicht lebensbedrohlichen Situationen vorgekommen sind, im Gegensatz zu lediglich der Hälfte während der letzten sechs Monate der Schamir-Regierung, und daß die meisten Opfer in den Oberkörper getroffen wurden." (...)

Aus News from Within (Zeitschrift des Alternative Information Center, Jerusalem), Vol. IX, No. 3, 1.3.93. Übers.: P.A.

32. Südafrika: Durchbruch bei Verhandlungen?

Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:29

Führt die Verhandlungspolitik des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), die in Südafrika die Übergabe der Macht an die schwarze Bevölkerungsmehrheit herbeiführen soll, doch noch zu substantiellen Ergebnissen? Bislang gibt es auch gut drei Jahre nach Legalisierung des ANC und anderer linker Organisationen sowie der Freilassung des ANC-Vorsitzenden Nelson Mandela immer noch keine endgültigen Vereinbarungen, wie und wann die nicht-weiße Bevölkerung ihre eigene südafrikanische Regierung wählen kann. Die bisherigen Versuche, durch Verhandlungen einen Machtwechsel einzuleiten, schlugen mit dem Scheitern und dem vom ANC erklärten Abbruch der "Codesa" (Konvent für ein demokratisches Südafrika) genannten Mehrparteiengespräche im Mai/Juni letzten Jahres fehl. Statt dessen erreichte die von den Herrschenden und ihren Verbündeten ausgeübte politische Gewalt im Jahr 1992 neue blutige Höhepunkte.

Trotzdem scheint inzwischen ein Durchbruch bei den Verhandlungen in naher Zukunft möglich zu sein, nachdem sich der ANC und die Regierung im Grundsatz einig sind, was soviel oder sowenig heißt, daß beide entschlossen sind, den Weg in ein (kapitalistisch-)demokratisches Südafrika bis auf weiteres gemeinsam zu gehen. Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung, an denen zum ersten Mal in der Geschichte Südafrikas auch die schwarze Bevölkerungsmehrheit (Anteil 74%) beteiligt wäre, sind demnach für die erste Hälfte des Jahres 1994 im Gespräch, zugleich soll auf Grundlage dieser Wahlen eine Regierung der "Nationalen Einheit" für die Dauer von fünf Jahren, also bis 1999, gebildet werden.

Wie kam es zu dieser Entwicklung?

Knapp zwei Jahre nach Beginn der Sondierungsgespräche zwischen der südafrikanischen Regierung und dem ANC fanden kurz vor Weihnachten 1991 die ersten offiziellen Verhandlungen über eine Verfassung für ein demokratisches Südafrika statt. Am 20./21. Dezember 1991 trat in Johannisburg der "Konvent für ein demokratisches Südafrika" (CODESA) zusammen, an dem sich 19 Delegationen beteiligten: Neben der Regierung die National Party (NP) und die Democratic Party (DP) aus der "weißen" Kammer des Parlaments, drei weitere Parteien aus der "farbigen" sowie aus der "indischen" Kammer, die Regierungen der vier "unabhängigen" Homelands sowie fünf Parteien aus den übrigen Homelands, die Inkatha Freedom Party (IFP) sowie in einer gemeinsamen Delegation der ANC, die Südafrikanische Kommunistische Partei (SACP) und der Transvaal und Natal Indian Congress. Die Konservative Partei (KP) und die neonazistische Afrikaaner Weerstandsbeweging (AWB) boykottierten diese Zusammenkunft; ebenso beteiligten sich nicht die radikal linken Schwarzen-Organisationen Azanian People's Organization (AZAPO) und der Panafrikanische Kongreß (PAC), der zunächst seine Teilnahme angekündigt hatte.

Zur Grundlage der weiteren Arbeit von Codesa wurde eine Absichtserklärung von 17 Delegationen verabschiedet. (Inkatha und das "unabhängige" Homeland Bophuthatswana verweigerten ihre Zustimmung.) In dieser Erklärung bekennen sich die Unterzeichner zu einem "vereinten, demokratischen, nicht-rassischem und nicht-sexistischem Staat", der sich durch Gewaltenteilung, regelmäßige Wahlen auf der Basis des allgemeinen Stimmrechts, einen neu in der Verfassung verankerten Menschenrechtskatalog und die Gleichheit vor dem Gesetz auszeichnen soll. Die Einrichtung von fünf Arbeitsgruppen wurde beschlossen, die sich an die Ausarbeitung der Details machen sollten.

Nachdem die weißen Südafrikaner im Referendum vom 17. März 1992 mit großer Mehrheit für die Fortsetzung des Reformprozesses votiert hatten, schien für Staatspräsident de Klerk und die NP der Weg frei, um zu ernsthaften Verhandlungsergebnissen zu gelangen. Doch es kam anders. Als Codesa II am 15./16. Mai zusammentraf, konnte die Arbeitsgruppe 2 (Erarbeitung einer neuen Verfassung) keinen Abschlußbericht vorlegen. Es war keine Einigung darüber erzielt worden, mit welchen Mehrheiten die in allgemeinen Wahlen zu wählende Verfassunggebende Versammlung eine neue Verfassung und einen Menschenrechtskatalog verabschieden könne. Während der ANC eine 2/3-Mehrheit festschreiben wollte, beharrte die NP auf einer erforderlichen Zustimmung eines "Senats", der entweder aus dem gegenwärtigen Dreikammerparlament oder aus der gleichgewichtigen Vertretung aller, auch kleinerer Parteien zu bilden gewesen wäre. Diese Position machte unmißverständlich deutlich, daß die Regierung zu diesem Zeitpunkt nicht willens oder in der Lage war, der schwarzen Bevölkerungsmehrheit die Macht oder wenigstens einen Teil von ihr zu übergeben. Es zeigte sich, daß die Regierung de Klerk keinen Zentimeter Boden gegenüber früheren Forderungen nach einem

weißen Veto bei der zukünftigen Gestaltung Südafrikas preiszugeben gedachte und nach wie vor an ihrem Versprechen gegenüber der weißen Minderheit festhielt, daß es keine Machtübergabe, sondern höchstens eine Machtteilung geben werde.

Um nicht alle Stricke reißen zu lassen, wurde beschlossen, alle noch offenen Fragen an ein 38köpfiges Management-Komitee zu übertragen. Die fünf Arbeitsgruppen wurden aufgelöst. Es war nicht zu übersehen, daß der Verhandlungsprozeß in einer Sackgasse steckte.

Massenaktionen ...

In den folgenden Wochen versuchten die reaktionären und rassistischen Kräfte, durch eine Eskalation der Gewalt die Rückkehr zu Verhandlungen zu verstellen, um damit für sich die politische Initiative zurückzugewinnen - eine Rechnung, die nicht aufgehen sollte, weil der ANC, genauer gesagt: das Dreierbündnis aus ANC, dem Gewerkschaftsdachverband COSATU und der SACP durch gezielte und wirkungsvolle Massenaktionen klarmachen konnte, daß ohne die schwarze Bevölkerungsmehrheit Südafrika nicht mehr sinnvoll zu regieren ist.

Kaum war Codesa II ohne greifbares Ergebnis auseinandergegangen, kündigte zunächst COSATU Massenaktionen, u.a. einen Generalstreik für Juli an. Der ANC beschloß Ende Mai auf einer nationalen Konferenz Massenproteste ungeahnten Ausmaßes bis hin zu einem unbefristeten Generalstreik; nicht ohne den Hinweis, damit den Stillstand bei den Verhandlungen überwinden zu wollen. ANC-Generalsekretär Ramophosa: "Wir erklären nicht die Verhandlungen für gescheitert ... Verhandlungen und Massenaktionen sind sich gegenseitig stützende Teile unseres Kampfes." (FR, 1.6.92) Die kämpferische Stimmung der 800 Delegierten drückte sich zugleich "in Lobeshymnen auf die MK-Guerilleros des ANC aus". (FAZ, 1.6.92)

Das gemeinsame Kampagnenforum von ANC, COSATU und SACP konkretisierte zwei Wochen später diesen Taktikwechsel mit einem vierphasigen Aktionsprogramm, an dessen Anfang lokale Demonstrationen, Streiks und Boykotts und am Ende in Phase 4 die Besetzung von Polizeistationen und Regierungsgebäuden stehen sollten. Die Regierung verfügte daraufhin die Bereithaltung der weißen Armeereservisten.

Nach dem erfolgreichen Auftakt der Proteste am 16. Juni - dem Jahrestag des Schüler-Aufstandes von Soweto im Jahr 1976, bei dem die Rassisten-Polizei über 600 Menschen erschossen hatte - schlugen die Herrschenden mit einer gezielten Aktion zurück. Zuvor schon hatte sich die IFP aus dem regionalen Friedenskomitee in ihrer Hochburg Natal zurückgezogen und Inkatha-Chef Buthelezi angekündigt, daß seine Anhänger "mit denen, die diese Massenaktionen organisieren, aneinandergeraten werden - es wird Tote geben". (ND, 16.6.) In der Nacht zum 18. Juni drangen rund 200 Wanderarbeiter, die aus einem von Inkatha kontrollierten Männerwohnheim stammten, mit Äxten, Messern und Gewehren bewaffnet in den 5000 Einwohner großen Ort Boipatong ein und schlachteten wahllos 41 Menschen ab. Augenzeugen berichteten, die Täter seien mit gepanzerten Mannschaftswagen der Polizei zum Tatort gefahren und nach dem Blutbad wieder abtransportiert worden. Außerdem seien maskierte Weiße unter den Angreifern gesehen worden. Zusätzlich tauchten Hinweise auf die Beteiligung von Mitgliedern der früher in Namibia stationierten Folter-Sondereinheit Koevoet (Brechstange) auf.

Der ANC reagierte mit der Aussetzung jeglicher Gespräche mit der Regierung und formulierte einen 14 Punkte umfassenden Forderungskatalog, zu dessen Erfüllung sich die Regierung bereit erklären müsse, bevor die Verhandlungen wieder aufgenommen würden. Dazu gehörten die Wahl einer Verfassunggebenden Versammlung, die Einrichtung einer Übergangsregierung, die Entlassung aller politischen Gefangenen, die Aufhebung aller Sicherheitsgesetze, die Auflösung aller Spezialeinheiten und die Beendigung der Geheimoperationen von Polizei und Armee, die strafrechtliche Verfolgung aller in die Gewalt verwickelten Polizisten und Soldaten. Des weiteren verlangte der ANC die Umwandlung aller Wanderarbeiterheime in Familienunterkünfte und, bis das geschieht, ihre dauernde Überwachung und regelmäßige Durchsuchung nach Waffen. Schließlich forderte er die Bildung einer internationalen Kommission zur Untersuchung des Boipatong-Massakers sowie anderer Gewalttaten in den Townships. Zugleich allerdings signalisierte der ANC mit diesem Katalog indirekt weitere grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft, denn die Forderungen waren so gehalten, daß Staatspräsident de Klerk vom Grundsatz her in der Lage sein konnte, auf sie einzugehen - freilich unter Inkaufnahme des von ihm bis dato vermiedenen Bruchs mit den reaktionärsten Kräften im eigenen Lager, einschließlich der IFP, welche er bislang gegen den ANC auszuspielen getrachtet hatte.

Die vom ANC initiierten Massenaktionen zeigten den hohen Mobilisierungsgrad der schwarzen Bevölkerung. Täglich kam es im Juli zu Demonstrationen, Streiks und der Besetzung oder Blockade öffentlicher Gebäude. Die Bewegung gipfelte in der bislang größten Demonstration in der Geschichte Südafrikas mit 100.000 Teilnehmern in der Hauptstadt Pretoria und dem Generalstreik, der, zunächst für die Dauer einer Woche geplant, dann auf zwei Tage angesetzt wurde. (Der Gewerkschaftsdachverband COSATU hatte zuvor sogar mit dem Arbeitgeberverband über einen Pakt verhandelt, der nur einen Tag Ausstand zum Ziel hatte und als arbeitsfreier "Tag der Versöhnung" deklariert werden sollte - das jedoch verknüpft mit der politischen Forderung von COSATU, daß der Arbeitgeberverband Druck auf die Regierung ausübe, noch 1992 eine Verfassunggebende Versammlung zu ermöglichen, was die Kapitalisten jedoch ablehnten.)

Der ANC-Vorsitzende Nelson Mandela, der nach dem Boipatong-Massaker ein Gespräch mit de Klerk abgelehnt hatte, war in Übereinstimmung mit der ANC-Führung gleichwohl jederzeit bemüht zu signalisieren, daß seine Organisation an der Wiederaufnahme der Verhandlungen prinzipiell interessiert sei. Die Massenaktionen, so Mandela, seien kein Aufstand, sondern hätten die friedliche Entmachtung der weißen Regierung zum Ziel. Nach dem erfolgreichen "schwarzen Referendum" setzte sich freilich im neunzigköpfigen ANC-Exekutivkomitee zunächst einmal die Ansicht durch, "daß sich das Kräfteverhältnis nunmehr zugunsten des ANC geändert habe und mehr zu erreichen sei". (informationsdienst südliches afrika 5/92) Der Vorstand der Organisation beschloß daher, Phase 4 des Aktionsprogramms vorzubereiten, die mit einem Marsch auf das "unabhängige" Homeland Ciskei beginnen sollte, um dabei den dortigen Diktator Gqozo zu stürzen. Danach sollten mit dem "unabhängigen" Bophuthatswana und dem Inkatha-Territorium KwaZulu zwei weitere Homelands das Ziel von Massenaktionen werden.

Ungefähr 60.000 Menschen beteiligten sich am 7. September an dem Versuch, die Grenze der Ciskei zu überschreiten, wobei es bei dem Grenzort Bisho zu einem neuerlichen Blutbad kam. Die Homeland-Truppen schossen in die Menge und töteten 28 Menschen, rund 200 wurden verletzt.

... erzwingen Vereinbarung

Während COSATU mitteilte, er wolle die Massenproteste noch verstärken, da nur so der Übergang beschleunigt werden könne (Tagesspiegel, 16.9.), eben solches auch der SACP-Vorsitzende und ANC-Führungsmitglied Chris Hani bei der Trauerfeier für die Opfer von Bisho verkündete und die ANC-Führung der Provinz Natal zusammen mit den Regionalführungen von COSATU und SACP die Vorbereitung des von der ANC-Führung schon abgesagten Marsches auf die Hauptstadt des Inkatha-Homelands KwaZulu (in Natal gelegen) weiter vorantrieb (FR, 25.9.), forderte Mandela ein umgehendes Einlenken der weißen Regierung, da nur so "das Land vor einer Katastrophe gerettet" werden könne. "Wenn wir nicht deutliche Signale setzen und so beweisen, daß wir gegen die Unterdrückung kämpfen, werden diejenigen die Oberhand gewinnen, die dem bewaffneten Kampf das Wort reden." Hingegen stellte Mandela eine Aussetzung der Massenproteste für den Fall in Aussicht, daß es eine baldige Einigung über eine gemischtrassige Übergangsregierung gebe. (Tagesspiegel, 16.9.)

Ungefähr zum selben Zeitpunkt, also Mitte September, dürfte die Regierung de Klerk die Entscheidung getroffen haben, für die Zukunft auf eine Zusammenarbeit mit dem ANC zu orientieren. Am 26.9. kam es zum Gipfeltreffen Mandela-de Klerk, für dessen Zustandekommen letzterer die Vorbedingungen des ANC akzeptiert hatte, die in einem "Protokoll der Verständigung" festgehalten wurden: Entlassung aller politischen Gefangenen bis zum 15. November (das betraf auch die inhaftierten Kämpfer der ANC-Armee "Speer der Nation"), die strenge Überwachung sieben besonders gewalttätiger Wanderarbeiterheime, das Verbot des Tragens gefährlicher Waffen in der Öffentlichkeit (das zielte auf die Anhänger von Inkatha), die Legitimität friedlicher Massenaktionen und die Erklärung, daß eine demokratisch gewählte Verfassunggebende Versammlung eine neue Verfassung ausarbeiten und verabschieden und zugleich als Interimsparlament fungieren soll. Außerdem solle während dieser Zeit eine Übergangsregierung der "Nationalen Einheit" das Land regieren.

Gegenüber den fehlgeschlagenen Verhandlungen von Codesa II hatte sich die Regierung damit einen winzigen und doch grundsätzlichen Schritt auf den ANC zubewegt: Sie hatte damit erstmals zugestanden, daß einzig und allein ein demokratisch von der gesamten Bevölkerung Südafrikas gewähltes Parlament über die zukünftige Verfassung des Landes entscheidet (wobei, wie unten gezeigt werden soll, die Regierung noch zu etlichen dieser winzigen Schritte gezwungen werden muß).

Doch auch der ANC hat mit dieser Vereinbarung eine seiner früheren grundsätzlichen Forderungen fallengelassen: Statt wie bislang die Übergabe der Macht gemäß dem Wahlergebnis an die (schwarze) Bevölkerungsmehrheit zu verlangen, läßt die Formel von der "Übergangsregierung der Nationalen Einheit" die Bereitschaft des ANC erkennen, für eine Übergangsperiode die Macht zumindest mit der National Party zu teilen (also auch ungeachtet einer möglichen 2/3-Mehrheit des ANC bei freien Wahlen). (1)

Die grundsätzliche Orientierung des ANC auf ein längeres Bündnis mit der NP setzt natürlich voraus, daß sich die Regierung de Klerk entweder aus eigener Einsicht oder durch den Druck des ANC dazu entschlossen hat, die rassistischen und faschistoiden Kräfte in den eigenen Reihen sowie bei den Sicherheitskräften politisch auszuschalten und des weiteren das bisherige Bündnis mit der IFP bzw. Buthelezi aufzugeben. Daß dies geschieht, wofür es zumindest einige Indizien gibt, schließt freilich nicht aus, daß die Regierung auch weiterhin versuchen wird, den ANC mit Verweis auf genau jene Kräfte zu politischen Zugeständnissen zu bewegen. Grundsätzlich verfügt der ANC jedoch, um solche Manöver zurückzuweisen, über ein sehr wirksames Mittel, wie Chris Hani in einem Gespräch mit dem "Guardian" (15.2.93) feststellte: "Wir können unsere einzige Waffe, die Menschen, nutzen, um die Wirtschaft lahmzulegen." So sieht es auch John Gomono, der Präsident von COSATU: "Wenn de Klerk sich nicht bewegt, werden wir die Massenaktionen wieder verstärkt aufnehmen." (informationsdienst südliches afrika 1/93)

Die "dritte Kraft"

Die drohende Alternative zum Verhandlungsprozeß ist die von Hani im zitierten Gespräch sogenannte "angolanische Option" oder, so drückt es Außenminister Botha aus, Verhältnisse wie in Jugoslawien. (Tagesspiegel, 30.1.) Tatsächlich droht Inkatha-Chef Buthelezi in regelmäßigen Abständen mit Bürgerkrieg und Blutvergießen, sollte sein Homeland KwaZulu oder besser noch die gesamte Provinz Natal nicht faktische Autonomie zugesprochen bekommen (vgl. NZZ, 11.12.92) - ein aus seiner Sicht verständliches Anliegen, werden doch der IFP bei Wahlen landesweit nicht mehr als 8 Prozent der Stimmen zugebilligt. (Independent, 8.2.) Daß die jahrelang mit Geldern der Konrad-Adenauer-Stiftung und des südafrikanischen Geheimdienstes ("Inkathagate") finanzierte und von südafrikanischen Militärs ausgebildete Organisation die Drohung Buthelezis in die Tat umzusetzen vermag, steht außer Zweifel: Rund 7500 Menschen wurden in Natal in den letzten drei Jahren aus im weitesten Sinne politischen Motiven getötet (FR, 10.2.), allein in diesem Jahr sind schon wieder 232 Opfer zu beklagen. (taz, 13.3.) Die Morde gehen bekanntermaßen zum größten Teil auf das Konto von Inkatha bzw. der mit ihr gemeinsam operierenden Sicherheitskräfte. Neuerdings verdichten sich Hinweise, daß Inkatha Verbindungen zur mozambikanischen Terrororganisation RENAMO unterhält. (FAZ, 3.11.92)

Einige Schritte von de Klerk deuten darauf hin, daß er die (im offiziellen Diskurs auch weiterhin nicht existente) "dritte Kraft" politisch entmachten will - ob seine Maßnahmen hinreichen, sei einmal dahingestellt. Im Oktober ließ er ein Amnestiegesetz verabschieden (dessen Unverschämtheit darin besteht, daß in einem vom Staatspräsidenten ernannten Gremium in geheimer Sitzung über vorgelegte Verbrechen von Sicherheitskräften beraten wird und Straffreiheit ausgesprochen werden kann - der Öffentlichkeit wird dabei lediglich der Name des auf diese Weise Freigesprochenen mitgeteilt). Den politischen Sinn dieses Gesetzes dürfte de Klerk darin erblicken, daß er dadurch einem möglichen Motiv für den Widerstand von Angehörigen der Sicherheitskräfte gegen einen politischen Wandel (nämlich ihre drohende Bestrafung) die Grundlage entziehen wollte. Im November ernannte de Klerk den Generalstabschef der Streitkräfte, Steyn, zum Chef sämtlicher Bereiche des militärischen Geheimdienstes (MI) und entmachtete damit faktisch den bisherigen MI-Chef van der Westhuizen, dessen direkte Verwicklung in die Ermordung Oppositioneller in den 80er Jahren immer offensichtlicher wird.

Ermittlungen von Steyn innerhalb des MI hatten dann kurz vor Weihnachten die überraschende Entlassung von 16 hohen Militärs und die sofortige Beurlaubung von sieben weiteren Offizieren zur Folge. Die Namen dieser Personen wurden freilich ebensowenig bekanntgegeben wie die ihnen zur Last gelegten verbrecherischen Aktionen. De Klerk, der für diese Maßnahme seinen Urlaub unterbrochen hatte, bezeichnete sich als "schockiert und enttäuscht, aber entschlossen". Die Offiziere hätten "Verfassungsziele", die Verhandlungen zur Machtteilung mit dem schwarzen Südafrika unterwandern wollen; es gebe aber keine Hinweise, daß ein gewaltsamer Umsturz der Regierung geplant gewesen sei. (FAZ, 21.12)

Am 21.2.93 berief de Klerk drei farbige Minister in sein Kabinett. Interessant an dieser in einer Stellungnahme vom ANC als "Aprilscherz" bezeichneten Maßnahme sind weniger die Berufungen dreier bewährter

Kollaborateure des Apartheidregimes als vielmehr die damit verbundenen Demissionen: Mit Verteidigungsminister Louw (dessen Amt von Justizminister Coetsee mitübernommen wurde), Innenminister Pienaar und dem Minister für Landfragen de Villiers verließen drei Gegner einer Verständigung mit dem ANC das Kabinett. Zuvor schon hatte Forstminister Malan, zu Zeiten von Staatspräsident Botha Verteidigungsminister und als solcher verantwortlich für die militärischen Operationen Südafrikas in Angola und Mozambik freiwillig seinen Rücktritt erklärt. (FAZ, 2.2.)

Schließlich ist die von der Regierung selbst eingesetzte "Goldstone-Kommission" zu nennen, die mit der Aufdeckung von "dirty tricks" von Militärs und Geheimdiensten beschäftigt ist. Ihre Veröffentlichungen unterliegen freilich der Zensur der Regierung; auch sie spricht in ihren Veröffentlichungen nicht von einer "dritten Kraft", obwohl sie selber durch ihre Untersuchungsarbeit zahlreiche Hinweise auf die Existenz einer solchen geliefert hat.

Andererseits sind Angehörige des südafrikanischen Militärs auf seiten der UNITA in den Krieg in Angola verwickelt. Zwei Südafrikaner (und vier Zairianer) wurden von angolanischen Regierungstruppen bei den Kämpfen um die Stadt Huambo festgenommen (New Nation, Johannesburg, 26.2.-4.3.); drei weitere, ebenfalls bei Huambo festgenommen, werden einer 100 Mann starken südafrikanischen Söldnergruppe zugerechnet, die in Pretoria zusammengestellt wurde. (Guardian, 13.3.). Daß Südafrikaner in Angola operieren, wird inzwischen auch von der südafrikanischen Regierung eingeräumt, wobei de Klerk dem angolanischen Außenminister bei einem Treffen in Pretoria am 22. Januar versicherte, "daß weder er noch die südafrikanische Regierung an der militärischen oder logistischen Unterstützung der UNITA beteiligt sind". (Africa Confidential, London, 5.2.) Inzwischen hat das südafrikanische Parlament ein Gesetz verabschiedet, daß die Söldnertätigkeit südafrikanischer Bürger unter Strafe stellt, was aber nicht ausschließt, daß Angehörige der gefürchteten, im Februar offiziell aufgelösten Sondereinheiten Koevoet sowie der Bataillone 31 und 32 in Angola operieren, da sie ohnehin zu einem großen Teil aus Angolanern oder Namibiern bestanden. Bekannt ist inzwischen, daß von einem Flughafen in der Nähe von Pretoria sowie vom Homeland Bophuthatswana aus, Flugzeuge mit Nachschub für die UNITA Richtung Zaire und Südangola starteten. (Guardian, 13.3., Weekly Mail, Johannesburg, 26.2.)

Ob die südafrikanische Regierung nun die Fäden zieht oder nicht - die Vorgänge zeigen, daß die rassistischen Militärs und Sicherheitskräfte nach wie vor aktionsfähig sind.

Erneuter Beginn von Mehrparteienverhandlungen

Außer der grundsätzlichen Verständigung von ANC und Regierung über eine aus demokratischen Wahlen hervorzugehende konstituierende Verfassunggebende Versammlung und eine von dieser zu wählenden für fünf Jahre amtierenden Regierung der Nationalen Einheit ist konkret noch so gut wie alles unklar:

- Das beginnt schon bei der Frage, welche Kompetenzen der "Transitional Executive Council", der Übergangsregierungsrat, haben soll, der als Mehrparteiengremium im Sommer dieses Jahres installiert werden und bis zur Abhaltung der Wahlen voraussichtlich Anfang 1994 der Regierung beigeordnet werden soll. Nach ANC-Vorstellungen soll dieser Rat Kompetenzen für den Haushalt sowie Armee und Sicherheitskräfte erhalten, während die Regierung ihm nur beratende Funktionen zubilligen möchte.

- Heftig streiten ANC und Regierung um die Art und Weise der Machtteilung ("power-sharing") in der zukünftigen Regierung der Nationalen Einheit. Während von Regierungsseite das Konsensprinzip bzw. ein Koalitionszwang gefordert wird, will der ANC eine Regierungsbeteiligung entsprechend den bei den Wahlen errungenen Stimmenanteilen. Zugleich ist unklar, ob es für diese Beteiligung eine 5%-, 10%- oder, so brachte es Chris Hani ins Spiel, gar 15%-Klausel in Bezug auf die bei den Wahlen errungenen Stimmen geben soll. Bei letztgenanntem Vorschlag wären IFP und KP mit Sicherheit außen vor. Noch wichtiger ist die Frage, ob in dieser Regierung der Minderheit ein Vetorecht eingeräumt wird, ob Entscheidungen nur mit einer 75%-Mehrheit (oder etwas weniger) gefällt werden dürfen oder ob die "nationale Einheit" auf Freiwilligkeit beruht, wie es der ANC deklamiert.

- Ein entscheidender Knackpunkt dürfte die Entscheidung über den zukünftigen föderativen Charakter Südafrikas bzw. die Kompetenzen der einzelnen Regionen werden. Der ANC strebt einen starken Zentralstaat an, die Regierung wünscht sich ein hohes Maß an Autonomie für die (auch nach ANC-Vorstellungen) neu aufzuteilenden Regionen, um die Macht der zukünftigen südafrikanischen Regierung (und damit des ANC)

wirkungsvoll zu beschränken. Inkatha hingegen, die auf eine Vereinigung ihres Homelands KwaZulu mit der Region Natal zielt und nur dort über Anhang verfügt, propagiert in völliger Übereinstimmung mit den weißen rassistischen Kräften die Regionalisierung Südafrikas mit dem gelegentlich ausgesprochenen Ziel, Südafrika in mehrere Staaten zu zerschlagen.

Viel wäre für den ANC schon gewonnen, wenn die Klärung dieser Frage der zukünftigen Verfassunggebenden Versammlung (mit ihrer voraussichtlichen großen ANC-Mehrheit) überlassen würde. Die reaktionären Kräfte fordern hingegen eine Vorabklärung dieser Frage auf einer Mehrparteienkonferenz. Entsprechend lautet eine Forderung von Inkatha, vor jeglichen Wahlen eine diesbezügliche Verfassung auf einer Mehrparteienkonferenz zu erstellen. Für eine Regierung der Nationalen Einheit hingegen hat Inkatha kein Interesse.

- Offen auch das Problem der Umgestaltung der Rassisten-Armee und das zukünftige Schicksal der sonstigen militärischen Verbände, von den Homeland-Armeen über die Polizei und die bewaffneten Formationen von Inkatha bis hin zur ANC-Armee "Speer der Nation" (MK).

Jede dieser offenen Fragen kann bei Bedarf eine unüberwindliche Hürde werden und den Verhandlungsprozeß zum Scheitern bringen. Da die Regierung jedoch eingesehen hat, daß gegen die schwarze Bevölkerung das Land nicht mehr regiert werden kann, wird sie nicht umhin können, auf die Forderungen des ANC einzugehen, denn, so de Klerk, "es wird Krieg geben, wenn die Verhandlungen nicht erfolgreich sind". (Tagesspiegel, 30.1.). Der ANC muß allerdings darauf achten, daß sein Vorgehen weder zur Schwächung der verhandlungsbereiten Kräfte innerhalb von Regierung und NP noch zur Stärkung der rassistischen Kräfte im weißen Lager führt, da diese nach wie vor über ihre militärische Schlagkraft verfügen und zudem in Inkatha einen Verbündeten besitzen, der schon jetzt offen für den Fall mit Krieg droht, falls es zu zweiseitigen Übereinkünften zwischen ANC und Regierung kommt. (Guardian, 15.2.) Daß diese Drohung von Inkatha-Chef Buthelezi zu diesem Zeitpunkt ausgestoßen wurde, hatte einen konkreten Anlaß: Mitte Februar hatten nämlich die beiden Chefunterhändler von ANC und Regierung, ANC-Generalsekretär Ramophosa und Verfassungsminister Meyer, behauptet, daß eine Einigung über die Form der Machtteilung erreicht worden wäre - was dann angesichts der wüsten Drohungen Buthelezis dementiert wurde. Präsident de Klerk erklärte, daß jegliche Entscheidungen über eine neue Verfassung erst nach Wiederaufnahme von Mehrparteienverhandlungen fallen würden. Entscheidend sei, daß auch Inkatha eine Rolle spiele: "Wir wollen nicht den jugoslawischen Weg gehen." (FR, 15.2.)

So sind sämtliche Probleme erst einmal auf neuerliche Mehrparteiengespräche geschoben worden, auf deren Wiederaufnahme sich eine Mehrparteienkonferenz, an der diesmal auch der PAC teilnahm, Anfang März geeinigt hat. Diese Gespräche starten nach dem letzten Stand der Dinge Anfang April. Es wird sich dann zeigen, ob sich bei strittigen Fragen ein "ausreichender Konsens" herstellen läßt, was soviel hieße, daß ANC und Regierung am gleichen Strang ziehen.

J./Westberlin

Anmerkung:

1) Analytisch begleitet wurde diese politische Wendung des ANC durch einen zeitgleich erscheinenden Aufsatz des langjährigen SACP-Vorsitzenden Joe Slovo: Verhandlungen - welcher Platz für Kompromisse?, in: The African Communist, Nr.130 (3.Quartal 1992). Kurze Zeit später wurde von führenden ANC-Mitgliedern ein Papier mit dem Titel "Strategische Perspektive" verfaßt, das an die Thesen Slovos anschließt und das nach einer umfangreichen Diskussion im Dezember vom ANC-Führungsgremium gebilligt wurde.

33. "Es gilt, Farbe zu bekennen". ak-Gespräch mit Rechtsanwalt Croissant

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:10

ak: Meinst Du, daß die Bundesanwaltschaft (BAW) mit Deiner Verurteilung politisch zufrieden sein kann?

Klaus Croissant: Ich denke nicht. Was die BAW vorhatte, das war "Vernichtung", dieses Wort halte ich schon für angebracht. Sie wollte eine alte Rechnung begleichen, aber das war nicht das einzige. Die große Provokation war, daß ein Mann zunächst die RAF politisch verteidigt hat und anschließend mit der nächsten "kriminellen Vereinigung" paktiert hat. Das war zuviel. Sicher war ein wichtiges Moment die ideologische Seite, den Zusammenhang RAF-DDR-Staatssicherheit herzustellen. Und jemand, der in dieser Verbindung drin ist und sie auch noch offensiv, als Entscheidung für den anderen deutschen Staat, rechtfertigt - und damit haben sie wohl gerechnet -, der muß zur Strecke gebracht werden. Daher der Strafantrag von über zwei Jahren Haft, Berufsverbot und Aberkennung des Wahlrechts, was ja eine Ehrenstrafe ist. Das ist Ausdruck dieses Vernichtungswillens. Und natürlich die Verhaftung. Jemanden aus dem Büro herauszuholen, ihn ein halbes Jahr in Haft zu halten, das zeigt, man will ihn aus dem Verkehr ziehen - also diese Seite der Abrechnung, die ist ihnen gelungen. Aber das eigentliche Ziel: die endgültige berufliche und politische Vernichtung, das ist meiner Meinung nach nicht aufgegegangen. So gesehen war mein Prozeß für die BAW eine Niederlage.

Immerhin ist die BAW politisch flankiert worden von seiten der taz und einiger grüner PolitikerInnen. Als hätte man nur auf die günstige Gelegenheit gewartet, übernahm man dort vollständig und ohne zu fragen die Version der BAW. Kaum verhaftet, wurdest Du als "Spitzel" oder "Verräter" bezeichnet; daß Du 71.000 DM "Agentenlohn" erhalten hättest, war für Wolfgang Wieland (stellvertretender Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Grüne in Berlin) keine Frage (taz Berlin, 26.10.), und noch im Februar lautete eine taz-Überschrift wahrheitswidrig "Croissant bespitzelte Kelly und Vollmer". In einem von zahlreichen taz-Kommentaren wurdest Du als "Gesinnungsschwein" beschimpft. Welche politische Erklärung hast Du für diese Angriffe auf Deine Person?

Ich nehme an, der BAW, noch bevor sie den Haftbefehl beim BGH beantragt hatte, war klar, daß aufgrund der "Anti-Stasi-Kampagne" bei einer Beschuldigung oder einer Verhaftung, die unter dem Vorwurf der Agententätigkeit für die Stasi der DDR erfolgt, eine Solidarisierungswelle innerhalb der Linken nicht zu erwarten sei. Diese Einschätzung der Linken durch die BAW war richtig. Es gibt ja heute kaum einen Linken, der sich nicht bemüßigt fühlt, bei der Generalabrechnung mit der Stasi einzugreifen. Insofern war dies sicher eine ganz bewußte Entscheidung der BAW: Hier gehen wir vor, hier verhaften wir.

Also ließe sich doch von einem politischen Erfolg für die BAW sprechen?

Zu dokumentieren war mit diesem Prozeß: Wie verhält sich die Linke, im weitgefaßten Sinne des Wortes, zu einer Biographie wie meiner, deren "roter Faden", so die Formulierung des Gerichts in seiner mündlichen Urteilsbegründung, sowohl in meinem Handeln als Verteidiger der RAF, als auch bei meinen Kontakten mit dem MfS die Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung der BRD ist? Weite Teile der Linken sind auf die posthume ideologische Plattmache der DDR eingeschworen. Ob es nun "Unrechtsregime DDR" heißt oder "Regierungskriminalität", all das wird mit unterschrieben. Es gibt Linke, die sogar den Honecker-Prozeß rechtfertigen.

Gegen diesen Versuch der totalen Geschichtsverfälschung ist heute für mich der absolute Kampf angesagt. Da gilt es jetzt, Farbe zu bekennen.

Ist in den eben erwähnten Angriffen nicht auch der Versuch zu erkennen, die Geschichte der Grünen oder der AL auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik nachträglich neu zu schreiben?

Etliche AL-Mitglieder, u.a. ich, die sich damals in der sogenannten Mittwochsrunde trafen, haben 1986 unsere Position in den "Zwanzig Thesen zu Westberlin" niedergelegt. Darin hatten wir gefordert, das Provisorium BRD zu beenden: Die BRD sollte sich selbst als eigenständigen Staat und ebenso die DDR diplomatisch und völkerrechtlich anerkennen. Uns erschien es angesichts der Geschichte der BRD seit 1945 - die Ausblendung der NS-Geschichte, das Verhalten der BRD als Teil der imperialistischen Staatenkette - notwendig, daß es zwei deutsche Staaten gibt. Von heute aus gesehen, läßt sich feststellen, daß diese Haltung richtig war.

Wir haben diese Thesen in die AL getragen, auch in die Grünen, und sind auf halben Wege damit durchgekommen. Die Anerkennung der Zweistaatlichkeit, das war schließlich die offizielle Parteilinie, wenn auch nicht mit allen Konsequenzen. Damit haben wir uns auch innerhalb der AL eine große Feindschaft zugezogen.

Du bist Mitglied der PDS. Abgesehen von Deiner Kreuzberger Ortsgruppe und einer auf dem Berliner Landesparteitag der Berliner PDS einstimmig angenommenen Resolution hat man von dieser Partei zu Deinem Prozeß kaum etwas gehört. Deine Form der Solidarität mit der DDR weiß man dort offensichtlich nicht zu schätzen.

Ich glaube, man muß einen Unterschied machen zwischen der Basis der PDS und der Parteispitze. Dort, wo die Parteibasis sich artikulieren kann, wie z.B. auf diesem Landesparteitag, da hat es keine Gegenstimmen, ja noch nicht einmal Enthaltungen gegeben. Dazu kommen noch Briefe aus der früheren DDR, auch von früheren Mitarbeitern des MfS...

...Du hast Dich zur historischen und politischen Bedeutung der ehemaligen DDR in einer Weise geäußert, wie man es von den früheren Bürgern dieses Staates öffentlich kaum hört...

...Das stimmt, das hat zu einer großen Solidarisierungswelle von unten geführt.

Schwierig ist es in der Tat gewesen - da hatte ich erwartet, daß von dort ein Signal kommt - mit der Bundestagsgruppe der PDS. Von denen habe ich nichts gehört oder gesehen. Ich kann das nicht entschuldigen. Was sind das für Vertreter einer Partei, die sich berufen fühlt und das auch propagiert, sie stünde ein für die Bürger der ehemaligen DDR und achte darauf, daß diese nicht über den Tisch gezogen werden? Man kommt doch nicht daran vorbei, daß die 70.000 oder 80.000 Mitarbeiter des MfS nun nach allen Regeln der Kunst ausgegrenzt werden, sozial und gesellschaftlich stigmatisiert werden, weil sie als Schild und Schwert der Partei galten. Da muß man doch sagen und sich dazu bekennen, daß dieser Nachrichtendienst notwendig war und daß hier nicht eine unterschiedliche Meßlatte angelegt werden kann, schließlich war der westliche Geheimdienst viel effizienter als das ganze MfS zusammen. Die Erfahrung mit dem Staat, der in der Systemauseinandersetzung obsiegt hat, macht die PDS-Bundestagsgruppe doch wie alle ehemaligen DDR-Bürger täglich.

Hier also nachzugeben oder zu kuschen und - wie die Bundestagsgruppe - sich nicht zu erklären, das halte ich für ein unmögliches Verhalten. Das wird sich auch nicht auszahlen. Da hängt es an der Parteibasis, ihre Mandatsträger dazu zu verpflichten, in dieser exemplarischen Frage eine andere Sprache zu sprechen.

Das betrifft nicht nur mein Verfahren, sondern etwa auch den Prozeß, der bis vor kurzem "Honecker-Prozeß" genannt wurde. Dieser Prozeß entbehrt jeder völkerrechtlichen Grundlage. Hier müßten Gremien wie die KSZE oder der Europarat oder der Völkerrechtsausschuß der Vereinten Nationen eingeschaltet werden.

Meiner Meinung nach drückt sich in dem von Dir bemängelten Nicht-Verhalten der PDS das ungeklärte Verhältnis dieser Partei zur Geschichte der DDR aus. Bisher hat sie es nicht geschafft, sich zu diesem Komplex einen Standpunkt zu erarbeiten. Darum ist sie auch nicht in der Lage, in konkreten Fällen politisch zu agieren. Zugleich ermöglicht diese offene Flanke dem Gegner, die PDS bei Bedarf immer wieder neu anzugreifen. Gleichzeitig fällt aber auf, daß Du Dich nicht in die Debatte eingemischt hast, die in der PDS organisierte ehemalige Mitarbeiter des MfS führen.

Ich bin schon ganz zum Anfang, als die PDS im Westen gegründet wurde, gefragt worden, ob ich bei den Wahlen 1990 kandidieren würde. Das habe ich abgelehnt, weil ich dachte, das ist nicht besonders gut, angesichts der schon damals offenkundigen Meinungsverschiedenheiten tue ich mir das nicht an. Nachher wäre mir dann noch vorgeworfen worden, ich hätte die Leute hinters Licht geführt. Deswegen habe ich mich in diesem Punkt rausgezogen. Ich hätte da nicht so agieren können, als wenn ich "unbelastet" gewesen wäre. Aber vielleicht hätte ich mich dennoch einmischen sollen.

Innerhalb der BRD-Linken gab es linksradikale Feinde der DDR, z.B. die "Vaterlandsverteidiger". Etliche von ihnen fanden sich bei den Grünen bzw. in der AL wieder und spielten in der Deutschlandpolitik dieser Partei eine - klar rechte - Rolle. Auch nach dem Zerfall der K-Gruppen existierten in den 80er Jahren ein paar linksradikale Gruppen weiter, die zum Teil der DDR nach wie vor feindlich gegenüberstanden. Hier bestand

sicher ein Aufklärungsinteresse seitens des MfS. Ist es nicht verkürzt, wenn Du behauptest, die DDR wäre keine Feindin der Westlinken gewesen?

Nun, die "KPD/A Null", die sich zur NATO bekannt und ihre Stärkung zur "Abwehr des aggressiven Sowjetimperialismus" gefordert hat, gab es zu dem Zeitpunkt meiner Gespräche mit dem MfS nicht mehr. Und auch die anderen alten K-Gruppen haben sie nicht interessiert. Die spielten Anfang der 80er Jahre einfach keine politisch relevante Rolle mehr.

Es ging vornehmlich um die Grünen: Welche Strömungen gibt es in dieser Partei und wie stehen diese zur DDR? Es ging um Ansätze zur Verknüpfung von Friedens- und Menschenrechtsfrage, wo ich immer die Meinung vertreten habe, daß es falsch wäre, dieses zu verbinden. Und da ging es um die blockübergreifende Friedensbewegung von unten und die Theorie der "gleichzeitigen Abrüstung in Ost und West", da beide Systeme gleich gefährlich seien.

Du hast dem MfS und damit der DDR beratend zur Seite gestanden. Über Personen aus der BRD-Linken hast Du dabei nur das berichtet, was allgemein zugänglichen Quellen zu entnehmen war. Das Problem erscheint mir, mit Geheimdiensten einen "politischen Meinungs- und Erfahrungsaustausch" zu führen und sich gleichzeitig sicher zu wähnen, dabei nicht möglicherweise auch einem selbst belanglos erscheinende Informationen weiterzugeben, die - sind sie erst Mal in Händen des Nachrichtendienstes - einzelnen West- oder Ostlinken vielleicht doch hätten schaden können.

Ich habe meine Gesprächspartner nicht als Angehörige von Repressionsorganen gesehen, sondern als Angehörige des MfS, die dafür zu sorgen hatten, daß die DDR überlebt und nicht destabilisiert wird. Es war auch überhaupt nicht ihre Aufgabe, sich mit dieser inneren Opposition zu beschäftigen. Natürlich aber war es wichtig für sie zu erfahren, was es für verschiedene linke Gruppen im Westen gibt, was deren Auffassungen sind, welche Chancen sie haben, ihre Positionen innerhalb des zerstrittenen Spektrums durchzusetzen; welche Einflußmöglichkeiten die DDR hätte, linke Positionen zu stärken - das hat sie alles interessiert.

Das Verhalten, das eine Reihe von MfS-Angehörigen an den Tag gelegt haben, nachdem sie in die Hände des Klassenfeindes geraten sind, ist bemerkenswert: Viele haben umfassende Aussagen getätigt, einige zeigten sich auch darüber hinaus den bundesdeutschen Repressionsorganen gegenüber kooperationsbereit.

Zunächst muß man berücksichtigen, daß für diese Leute, die sich im MfS für die Aufrechterhaltung der DDR eingesetzt haben, mit dem Verschwinden der sozialistischen Staaten eine auch persönlich besondere Situation entstanden ist.

Meine Erfahrung ist aber, daß nicht nur MfS-Angehörige, sondern auch normale Bürger der DDR, ja selbst Kollegen, überhaupt nicht wissen, wie mit den neuen Verhältnissen - von denen sie ja vollkommen abgeschottet waren - umzugehen ist; ob das nun im Gerichtssaal ist oder gegenüber Behörden. Sie können damit nicht offensiv umgehen. Man findet immer die Haltung, sich anzupassen, weil man so vielleicht am wenigsten niedergemacht wird. Die Erfahrung, daß dieses Anpassungsverhalten nicht sehr viel einbringt, im Gegenteil, die machen sie ja erst zur Zeit. Da kann man nur hoffen, daß begriffen wird, daß Anpassung kein Verhalten in diesem aggressiven System sein kann.

Es kann den MfS-Mitarbeitern nicht am beruflichen Wissen um die Bedeutung von Aussagen gefehlt haben. Wohl aber mangelt es offenkundig an dem Vermögen oder der Bereitschaft, diese Verfahren als das einzuordnen, was sie sind, nämlich als politische Prozesse und sich dementsprechend zu verhalten.

Ich weiß nicht, ob sie wirklich abschätzen können, daß es richtig ist, in den polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Vorverfahren die Aussage zu verweigern. Das muß ihnen erst vermittelt werden. Da ist die Schrift der "Roten Hilfe", wie man sich gegenüber Polizei und Justiz verhält, dringend zur Lektüre zu empfehlen. Aber auch bei uns haben ja viele diese Lehren wieder vergessen.

Wir waren überrascht, daß Du Deinen Prozeß nicht in den Kontext der zu erwartenden Verfahren gegen andere BRD-Linke gestellt hast, die für das MfS gearbeitet haben sollen. Ist Dein Prozeß etwa doch kein Pilotverfahren gewesen?

Doch, er steht im Zusammenhang mit der Generalabrechnung mit der DDR. Gerade in vielen kleinen Fällen wegen "geheimdienstlicher Tätigkeit" wird ermittelt. Da schweben noch tausende von Verfahren gegen Menschen aus der alten BRD.

Ich habe aber, so meine ich, in meinem Prozeß gezeigt, daß man sich anders verteidigen kann, als reuig dem Gericht gegenüberzutreten, wie es in diesen Verfahren fast immer der Fall gewesen ist. Viele sagen dann, daß die DDR ein "Unrechtsregime" gewesen sei oder versuchen sich damit rauszureden, sie seien aufgrund außergewöhnlicher persönlicher Umstände da hinein geraten oder man sei erpreßt worden. Das ist die gängige Art des Verhaltens in diesen Prozessen. Und das kann natürlich auch auf milde Richter rechnen. Für mich war es wichtig, in diesem Verfahren zu zeigen, daß man sich politisch offensiv verhalten kann.

Du beteiligst Dich an den Bemühungen, den §99 StGB ("geheimdienstliche Agententätigkeit") abzuschaffen. Gleichzeitig steht nach wie vor die u.a. von den Staatsschutzbehörden der BRD lancierte Forderung im Raum, die ostdeutschen MfS-Angehörigen zu amnestieren. Ziehen Klaus Croissant und der Verfassungsschutz der BRD an einem Strang?

Die Forderung nach Abschaffung dieses Paragraphen ist richtig. Der §99 StGB ist so weit gefaßt, daß ihn das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung 1981 nur damit gerechtfertigt hat, daß die BRD in einer besonders exponierten Lage, an der Grenzlinie zwischen Warschauer Pakt und NATO, liegt. Diese Situation ist entfallen und deswegen muß man diesen ganzen Paragraphen streichen. Es gibt noch andere Staatsschutzparagraphen, die politische Justiz wäre deswegen nicht arbeitslos. Aber diese absurden Verfahren wären dann weg, und zwar in Ost und West.

Eine Forderung, die auf eine teilweise Amnestie hinausläuft, halte ich für falsch. Man kann natürlich eine generelle Amnestieforderung einbringen, dann besteht aber der Paragraph weiter. Deswegen würde ich diese Forderung nicht in erster Linie verfolgen. Der Erste Strafsenat des Kammergerichts, der auch das Urteil gegen mich gefällt hat, der ist ja immerhin schon so weit gegangen zu sagen, daß die Bestrafung von DDR-Bürgern, die für einen Nachrichtendienst gearbeitet haben, gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößt, denn die, die für westliche Geheimdienste arbeiteten, werden selbstverständlich nicht belangt.

Was ist Deines Erachtens die Intention des Verfassungsschutzes der BRD für seine Amnestieforderung?

Der Verfassungsschutz ist natürlich daran interessiert, daß die Leute aus dem Osten auspacken. Man möchte wissen, welcher Bürger der BRD hat für das MfS spioniert. Das ist ein natürliches Anliegen des Verfassungsschutzes. Dabei stößt er aber bei vielen MfS-Angehörigen auf taube Ohren, solange noch gegen sie ermittelt wird.

Du wolltest mit Deinem Gesprächen für die westliche Linke Verständnis wecken, wolltest der DDR helfen, in der Lage zu sein, die BRD-Linke politisch richtig zu bewerten. Meinst Du, Du hast beim MfS gewisse Erkenntnisfortschritte bewirken können?

Ja, mein Eindruck in dieser Hinsicht war durchaus positiv. Ich habe in meinem Schlußwort zwar selbstkritisch gesagt, mein Bedarf an Geheimdiensten sei für den Rest meines Lebens gedeckt. Das ist eine Aussage, die aber nur für mein weiteres Leben gilt. Für die zurückliegende Zeit stehe ich zu dem, was ich gemacht habe.

Was in meiner Schlußerklärung fehlte, was ich aber für wichtig halte, ist folgendes: Spionage, bei diesem Wort bekreuzigt sich jeder brave Linke erst einmal. Doch es gibt auch eine Spionage, die außerordentlich verdienstvoll ist. Das ist die Spionage gegen die Vorbereitung eines Angriffskrieges. Und es gab ja Menschen, die z.B. in der "Roten Kapelle" organisiert waren und die auch mit dem Nachrichtendienst einer fremden Macht, nämlich mit dem sowjetischen Geheimdienst gegen den Hitlerfaschismus zusammengearbeitet haben. Diese Menschen waren Widerstandskämpfer. Es gibt einen aggressiven Imperialismus, der auch heute noch Kriege inszeniert. Und einem Menschen, der versucht, einen solchen Krieg zu untergraben oder ihm etwas entgegenzusetzen und sei es auf geheimdienstlichem Wege, versage ich die Hochachtung nicht.

34. Selbstbezichtigung gewendeter Linker. "Antiautoritäre" bereuen öffentlich ihre Jugendsünden

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:09

Mit dem typischen Eifer der Neubekehrten widmen sich gegenwärtig ehemalige Linke einer Frage, an die sich die Konservativen bisher kaum herangetraut haben: dem Zusammenhang von gewalttätigem Rassismus und Erziehung. Ihre extravagante These: Mitschuldig an rechtsextremen Orientierungen deutscher Jugendlicher sei die antiautoritäre Pädagogik in der Tradition von 1968. Die Söhne und Töchter der Veteranen "reklamieren Autorität", behauptet ein prominenter Vertreter der Elterngeneration in seinem "Plädoyer eines Antiautoritären für Autorität". Was den Anschein selbstkritischen Umgangs mit der eigenen Geschichte erwecken soll, erweist sich bei näherem Hinsehen als Vergangenheitsbewältigung spezieller Art: Anpassung an den Zeitgeist - ein besonders ärgerlicher Beitrag zur "geistig-moralischen" Wende.

Für gewöhnlich handelt die Presse die mit erheblichem Aufwand betriebenen Aktivitäten grüner Landtagsabgeordneter kurz und knapp im Regionalteil ab. Ausnahmen von dieser Regel macht die vierte Gewalt vor allem dann, wenn DissidentInnen mit (nach rechts) abweichenden Positionen auf sich aufmerksam machen. Besonderen Medieninteresses erfreuen sich ehemalige Linke, die öffentlich ihre Irrtümer von einst widerrufen und ihre Jugendsünden durch laute Selbstbezichtigung zu sühnen versuchen. Auf den Inhalt kommt es dabei nicht an. Udo Knapp ist auch nach seinem Übertritt zur Sozialdemokratie jederzeitiges Veröffentlichungsrecht in der taz garantiert, auch wenn seine "Gastkommentare" immer abstruser werden (siehe sein Plädoyer für eine große Koalition in der taz vom 16.3.).

Noch erheblich breitere Aufmerksamkeit als der "nützliche Idiot" der Grünen (Knapp über Knapp) erregte um die Jahreswende die Abgeordnete der Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag, Beate Scheffler - und das mit einem Minimum an Aufwand: knappe 50 Zeilen in einer Halbzeitbilanz-Broschüre ihrer Fraktion. Frau Scheffler, Lehrerin, Mutter von drei Kindern und jugend- und kinderpolitische Sprecherin der NRW-Grünen, behauptet darin einen ursächlichen Zusammenhang von emanzipatorischer Erziehung und der Bereitschaft Jugendlicher, "auch Brandsätze zu werfen". - "Die Jugendlichen von heute sind unsere Kinder, unsere SchülerInnen, sie sind auch das ‚Produkt` unserer Erziehung." Wie kam es, daß diese "unsere" Erziehung "eine Spezies" von Jugendlichen hervorbrachte, "die zum überwiegenden Teil egozentrisch, konsumorientiert und im schlimmsten Falle sogar gewalttätig und fremdenfeindlich ist"? Schuld daran ist die Rebellion von 1968: "Es war unsere Revolte, die viele Wertesysteme hat zusammenbrechen lassen. Waren wir es nicht, die gegen alle Normen angekämpft haben? Wir haben jede Autorität in Frage gestellt, wollten die Familien am liebsten auflösen. (...) Wir setzten möglichst wenige Grenzen, sprachen ungern Verbote aus, mit denen sich die Kinder hätten auseinandersetzen müssen."

Auf den Gehalt dieser Thesen soll weiter unten eingegangen werden. Zunächst muß der Fortgang der Ereignisse geschildert werden. Mitte Dezember war es der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Helmut Linssen, der in einer Landtagsdebatte Beate Schefflers Stichworte aufgriff und im christlich-demokratischen Sinne zuspitzte: "Sehr geehrte Frau Scheffler, die ‚antiautoritäre Erziehung` war keine Erziehungsarbeit, sondern war eine systematische Zerstörungsarbeit an der Jugend. Die damals übliche offene Ermutigung zu ‚Regelverletzungen` (‚Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt`, ‚Macht kaputt, was euch kaputt macht`), die Ermutigung zur Gewalt gegen Sachen, das ist nur ein Teil der Saat, die jetzt wieder einmal aufgeht."

Als sich Mitglieder der grünen Landtagsfraktion von Frau Schefflers "grobem und gefährlichem Unfug" distanzierten, schlug die Stunde der "kritischen Presse". Walter Jakobs (taz, 6.1.) sah "Grüne GesinnungspolizistInnen im Einsatz" (Artikelüberschrift) und steuerte einen eigenen kleinen Beitrag zu dieser pseudo-pädagogischen Debatte bei: "Fatal" sei auch der "Reflex vieler linker Lehrer, jede nationale Regung bei ihren Sprößlingen als nationalistisch zu verdammen". Seine Vorstellungen vom richtigen Umgehen mit "nationalen Regungen" ersparte Jakobs der taz-Leserschaft zum Glück.

Eine Woche später veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung (13.1.) einen Artikel von Thomas Schmid über die "aufschlußreiche grüne Posse". Die Formulierung von der "grünen Gesinnungspolizei" gefällt Schmid so sehr, daß er sie ohne Quellenangabe übernimmt; als Eigenleistung erfindet er die "grünen Politkommissare". Die Sache, um die angeblich gestritten wird, interessiert nicht weiter. Anlaß für den Griff in die Tastatur ist - neben

dem leicht verdienten Honorar - die verlockende Gelegenheit zu antilinker Demagogie und "Tabubruch": "Wir leben in Zeiten, in denen so ziemlich alles neu bedacht werden muß."

Nach einer Anhörung der grünen Landtagsfraktion zum Thema "Rassistische Gewalt - Ursachen und Gegenwehr" war wieder der Kollege von der taz an der Reihe. Da die Schefflerschen Thesen, die ihn so faszinieren, das Thema des Hearings allenfalls am Rande berührten und dort entsprechend behandelt wurden, strafte Jakobs die Uneinsichtigen mit einem Totalverriß: "Grüne drücken sich um Debatte". (taz, 3.3.) Jakobs ist nichts peinlich - nicht das Selbstzitat "GesinnungspolizistInnen" und nicht die tendenziöse Schilderung des Hearings, in der aus einer ganzen Reihe von Sachverständigen nur der einzige Referent erwähnt wird, der Beate Schefflers Position teilt. Die von den Übrigen "längst breitgetretenen linken Erklärungsmuster" mochte Jakobs seinen LeserInnen nicht zumuten.

Experten melden sich zu Wort

Während die taz außer anti-linken Kraftausdrücken wenig zu bieten hatte, erkannte die Redaktion der Zeit die Chance einer "wissenschaftlich" wirkenden Abrechnung mit linken Ideen. In großformatigen Anzeigen (eine halbe Seite in der Frankfurter Rundschau) kündigte sie eine "Serie von Beiträgen zum Thema Jugend und Erziehung" an - selbstverständlich mit Experten.

Der Auftaktbeitrag von Claus Leggewie (Die Zeit, 5.3.) trägt den Titel "Plädoyer eines Antiautoritären für Autorität" und wirkt nach dem eingangs beschriebenen Muster: als Selbstkritik eines "Ehemaligen", der es nun besser weiß und das aller Welt kundtun will. Nur die kleine Sensation der späten Bekehrung macht Leggewies Aufsatz bemerkenswerter als die zitierte Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden, der dem Programm seiner Partei und der konservativen Wertordnung die Treue hält. Die Substanz ist hier wie dort gleich dürftig. Auf empirische Belege verzichtet der Seiteneinsteiger Leggewie, von Haus aus Politikwissenschaftler, völlig. Statt dessen sucht und findet er einprägsame Formulierungen, die ihm selbst stark und einschüchternd vorkommen: "Strafgericht des grünen Zentralkomitees über die Nestbeschmutzerin" (zur Scheffler-Affäre); "wolkige Unverbindlichkeit" der 68er Veteranen und heutigen Eltern. Bei der Rede von den "als Nazis kostümierten Kids" schlägt Leggewies sprachliches Imponiergehabe um in glatte Verharmlosung: Daß es viel zu viele Jugendliche gibt, die nicht nur Nazis spielen, sondern wirklich welche sind, will ihr väterlicher Freund nicht wahrhaben - das ist, mit umgekehrtem Vorzeichen, die gleiche herablassende Überheblichkeit, mit der vor 25 Jahren die damalige Elterngeneration unsere linke Politisierung als "Pubertätserscheinung" und Folge von "Indoktrination" abtat.

So verständnisvoll Leggewie den "unerzogenen Bengeln" im Nazi-Kostüm gegenübertritt, so scharf geht er mit denen ins Gericht, die er für diese unerfreuliche Mode verantwortlich macht: "Die in verdächtiger Eile als ‚Nazi-Kids` gebrandmarkten Gewalttäter sind Erziehungswaisen, Angehörige einer neuen vaterlosen und fatal auf die (hilflosen) Mütter fixierten Generation. Aber nicht die Schläge der Väter und die Strenge der Mütter, sondern Abwesenheit und Gleichgültigkeit der Älteren bleuten ihnen das ‚autoritäre` Denken und Handeln ein."

Empirische Belege für diesen von Leggewie entdeckten Mechanismus werden nicht geliefert. Sein einziges Argument übernimmt Leggewie von Max Horkheimer, der in einem vor 33 Jahren entstandenen Aufsatz "die Familie als Realität die verläßlichste und erfolgreichste Gegeninstanz gegen den Rückfall in die Barbarei" genannt hat. Worüber sich schon 1960 streiten ließ. Der Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik, der Horkheimers These nicht prinzipiell widerspricht, weist in einer Replik auf Leggewies Plädoyer darauf hin, daß in "der" Familie höchst unterschiedliche Erziehungsstile praktiziert werden: "Sämtliche Jugendstudien belegen, daß liberale, argumentativ vorgehende, und nicht repressive, kurz demokratische Elternhäuser solche ‚Tugenden` (gemeint sind "jene Haltungen, die für ein einvernehmliches und engagiertes Zusammenleben in einer komplexen Gesellschaft nötig sind"; Anm. Js.) fördern." (1)

Zu den "Produkten" der antiautoritären Erziehung in den Kinderläden der frühen 70er Jahre schrieb Jürgen Roth 1976: "In den Schulen berichten die Lehrer, in deren Klassen Kinder aus Kinderläden sind, daß sich bei den Kindern eine Vielzahl von positiven sozialen Eigenschaften entwickeln, die vordergründig leistungsökonomisch verwertbar wären. Da aber die Kinder auf der anderen Seite ein erhebliches Widerstandspotential gegen Repressionen und Autoritäten entwickelt haben, sind sie durchaus in der Lage, der Anpassung die kritische Auseinandersetzung entgegenzustellen. Schüler aus den Kinderläden der Anfangszeit zählen heute in den Schulen zu den psychisch stabilen und politisch aktiven Schülern. Sie setzen

sich, so die Erfahrung aus den Berliner Schulen, mit dem Schulsystem als solchem auseinander und führen durch politische Initiativen innerhalb ihres Bereiches Veränderungen herbei oder versuchen es zumindest." (2) Den Nachweis, daß diese (oder vergleichbare andere) ausschließlich positive Bilanzen in Teilen oder insgesamt geschönt sein könnten, kann Leggewie ebenso wenig erbringen wie Scheffler. Aus gutem Grund versuchen sie den Abstieg in die Niederungen der Empirie gar nicht erst.

"Gegen alle Normen"?

Nicht nur ihr Verzicht auf empirische Belege, sondern auch ihre kalkulierte Schlampigkeit bei der Verwendung von Begriffen erschwert die sachliche Auseinandersetzung mit den neuen Propagandisten der "Auctoritas" (Leggewie). Mal ist von antiautoritärer, mal von emanzipatorischer Erziehung die Rede, obwohl dasselbe gemeint ist; Thomas Schmid wirft unvermittelt auch noch das "Elend der Gesamtschule" in die Debatte. Gemeinsam ist den kritisierten pädagogischen Vorstellungen und Institutionen nur, daß sie "irgendwie links" sind.

Scheffler wie auch Leggewie zeichnen zudem ein dermaßen chaotisches Bild antiautoritärer Erziehungspraxis, daß mensch sich fragt, wie die überhaupt funktionieren konnte. Frau Schefflers angeblicher Kampf "gegen alle Normen" und "jede Autorität" hätte, als Konzept antiautoritärer Kinder- oder Schülerläden, zu deren sofortigem Zusammenbruch geführt. Ähnlich verhält es sich mit den Legionen linker Lehrer und Eltern, die - so Leggewie - nie "Grenzen gezogen" und nie ihren Schützlingen gesagt hätten: "Das geht nicht." Lehrer dieses Typs wären schnell ihren Job losgeworden. Völlig haltlos ist die Vorstellung, antiautoritäres Denken hätte jahrelang den Alltag der staatlichen Bildungseinrichtungen geprägt.

Beate Scheffler, die "gegen alle Normen" angekämpft haben will, gibt nur ein paar Zeilen später zu verstehen, wie die von ihr und anderen AktivistInnen der "Revolte" betriebene Erziehung tatsächlich ausgesehen hat: "Wir setzten möglichst wenige Grenzen, sprachen ungern Verbote aus." Was soll daran schlecht sein? Unabhängig vom Wollen und Wirken der Erziehenden setzt die gesellschaftliche Realität Kindern und Jugendlichen so viele Grenzen, verlangen die "Sachzwänge" so große Anpassungsleistungen, daß zusätzliche, "aus pädagogischen Gründen" erdachte Beschränkungen bestenfalls überflüssig sind. Die inhaltsleeren "Sekundärtugenden", die heute wieder oder immer noch hoch im Kurs stehen (Fleiß, Ordnung, Sauberkeit, Pünktlichkeit) sind, wie ein Blick in die deutsche Geschichte zeigt, für die schlimmsten Verbrechen mobilisierbar.

Das für das Zusammenleben unverzichtbare Sozialverhalten, allem anderen voran das Akzeptieren der "Unantastbarkeit anderer Personen" (Leggewie), ist, darauf insistiert Micha Brumlik, "nur über demokratische Sozialbeziehungen erlernbar". Mehr noch gilt das natürlich für weitergehende Erziehungsziele. Es ist kein Zufall, daß die neuen Autoritätsapostel die in der DDR aufgewachsenen Jugendlichen mit keinem Wort erwähnen. Das simple Erklärungsmodell "Antiautoritäre Erziehung macht aggressiv" ist hier nicht nur von vornherein völlig untauglich, es wird durch die rigide Erziehungspraxis der DDR auch widerlegt. Jedenfalls hat der Drill ("Grenzen setzen", "nein sagen") keine bleibenden Ergebnisse erzielt, zumindest keine positiven.

Neben den ostdeutschen fallen auch 50% der westdeutschen Jugendlichen durch Leggewies und Schefflers grobes Raster: die Mädchen. Daß rassistische und rechtsextremistische Gewalttaten fast ausschließlich von Männern bzw. männlichen Jugendlichen begangen werden, die Wählerschaft der Reps zu zwei Dritteln aus Männern besteht, läßt weniger grobschlächtige Erklärungen für Rechtsorientierung und Gewalttätigkeit geraten erscheinen.

Pädagogische Allmachtsphantasien

Der von Leggewie beklagte Opportunismus und die Gleichgültigkeit der erziehenden Generation sind ein gesondertes Problem: Ein Lehrer der bei gewaltsamen Auseinandersetzungen auf dem Schulhof lieber wegsieht, tut das nicht wegen seiner antiautoritären Ideale, sondern aus Mangel an Zivilcourage. Das ist moralisch verwerflich und politisch fatal - wie das Wegsehen überhaupt, wenn Menschen Opfer von Gewalttaten werden. Ob und welche besonderen Anforderungen an ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen und LehrerInnen zu stellen sind, wäre gesondert zu diskutieren. Daß die von Leggewie u.a. implizit unterstellte Allmacht der Pädagogik gegenüber Entwicklungen, die die gesamte Gesellschaft erfassen, real nicht existiert, ist auch ohne größere Forschungen zu erkennen. Hier wird ein Fehler wiederholt, der auch schon die kritisierte antiautoritäre Erziehung auszeichnete: die Vorstellung, man könne auf dem Wege der Pädagogik kurzfristig tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen bewirken.

Wie die von ihm eingeklagten "moralischen Fundamente", die "staatsbürgerliche Tugend", den Heranwachsenden verabreicht werden sollen, will und kann Leggewie nicht angeben. "Autorität schließt den Gebrauch von Zwang aus, und wo sie Gewalt braucht, hat sie schon versagt" - wer so redet, sagt nichts; außer daß er dem diskreditierten Wort Autorität einen auch für Linke akzeptablen Sinn zuschreibt. Von den gesellschaftlichen Anwendungen, die diese Rehabilitierung nicht nur eines Wortes heraufbeschwören hilft, grenzt er sich schon im Vorwege ab. Bitte kein Zwang! Leggewie wäre entrüstet, würde man ihn mit den britischen Konservativen in Zusammenhang bringen, die nach der - mutmaßlich von zwei zehnjährigen Jungen begangenen - Tötung eines Zweijährigen in Liverpool Prügelstrafe und Sicherheitsverwahrung für Zwölf- bis Fünfzehnjährige wieder einführen wollen.

Tatsächlich kann Leggewie nicht mehr beanspruchen als die Position des linken Flügelmannes in einer breiten ideologischen Restaurationsbewegung, auch "geistig-moralische Wende" genannt, die nun wieder einmal auch die Pädagogik erfaßt hat.

Js.

P.S. Leggewies Beitrag in der Zeit war eine redaktionelle Anmerkung nachgestellt: "Hat Leggewie recht? Der Schriftsteller Bodo Morshäuser sagt nein! Seine Entgegnung in der nächsten Woche." Die als bedeutend angekündigte Replik ist ein ärmlicher Aufguß von Glaubenssätzen der Antipädagogik (die zwar häufig mit antiautoritärer Pädagogik verwechselt wird, aber mit dieser und mit linkem Denken überhaupt nur wenig zu tun hat). Morshäuser: "Es gab nie eine antiautoritäre Erziehung, so, wie es keinen gewaltfreien Krieg gab. Erziehung... ist in Wirklichkeit ein Projekt von Hörigkeit. (...) Sie ist ein Zwangsunternehmen zur Transplantation eigener Vorstellungen in fremde Körper..." Die von den konvertierten Antiautoritären initiierte Scheindebatte wird in der Zeit auf gleichem Niveau fortgesetzt.

Anmerkungen:

1) Micha Brumlik: Autorität, Arbeitsdienst, Vaterland. Die neuen Erziehungs-Befürworter oder: Der Zeitgeist nimmt sich der Pädagogik an, in: Frankfurter Rundschau, 12.3.1993

2) Jürgen Roth: Eltern erziehen Kinder - Kinder erziehen Eltern. Elterninitiativen nach der Kinderladenbewegung, Köln (Kiepenheuer & Witsch) 1976, S. 145

35. Antifaschismus - nur ein hohler Begriff? Anmerkungen zum Fall Christine Ostrowski

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; PDS-Debatte, linke; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:48

Die PDS hat ihren nächsten Skandal. Die gerade erst Ende Januar zur stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählte Christine Ostrowski legte nach sechs Wochen das Amt nieder. Der Grund: Gesprächskontakte mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzender der "Nationalen Offensive" (NO), Constantin Mayer. Über den konkreten Fall hinaus hat sich in der Diskussion schnell gezeigt, daß in der PDS eine Reihe Fragen zum antifaschistischen Verständnis aufgeworfen werden.

Der Fall: Der "Spiegel" vom 8.3.93 behauptete unter der Überschrift "Maske in Rot", daß in Sachsen und speziell in Dresden verbotene faschistische Organisationen, u.a. die NO, versuchen würden, bei der PDS Unterschlupf zu finden. Behauptet wurde weiterhin, es gebe eine Zusammenarbeit von Jugendgruppen der PDS und der NO. Und erwähnt wurde ein Gespräch, daß Christine Ostrowski mit Constantin Mayer geführt hatte. Die Behauptung, in der PDS seien Nazis organisiert worden, wurde von dieser ausdrücklich dementiert. Eine Zusammenarbeit im Jugendbereich zwischen PDS und NO gebe es nicht, sondern in den Dresdner Jugendhäusern träfen Mitglieder beider Organisationen zusammen. Es blieb das Gespräch zwischen Christine Ostrowski und Constantin Mayer. Die Hoffnung in der PDS, ihre Genossin würde dies dementieren oder mindestens relativieren erfüllte sich nicht.

Innerhalb der PDS fand Christine Ostrowski, was die veröffentlichten Meinungen anbetrifft, keine Fürsprecher. Da Christine Ostrowski von ihrer Rechtfertigung (siehe Dokumentation) nicht abging, innerhalb des Parteivorstandes hierfür keinerlei Rückendeckung erhielt, trat sie schließlich zurück. Nur in ihrer Heimatstadt Dresden wurde ihr auf einer Stadtdelegiertenkonferenz bei 300 Anwesenden mit 85% das Vertrauen ausgesprochen; allerdings stand nicht die Beurteilung ihres Handelns zur Debatte, sondern es wurde nur die Forderung nach Rücktritt abgestimmt; bemängelt wurde vom Landesvorsitzenden auch, daß keine geheime Abstimmung stattfand.

Christine Ostrowski begründet ihr Gespräch mit Constantin Mayer damit, daß sie Gewalt zwischen Jugendlichen verhindern wolle. Sie führt aus, daß die Nazi-Organisationen nach dem Führerprinzip funktionieren würden und man deshalb, wenn man etwas erreichen wolle, mit den Führern sprechen müsse. Das hört sich logisch an, ist aber in der Sache vollständiger Unsinn. Wir erleben, daß die Naziorganisationen seit Monaten das politische Klima anheizen und die gewalttätigen Angriffe auf AsylbewerberInnen, AusländerInnen, aber auch Linke zum hauptsächlichen politischen Mittel werden. Welches Interesse sollte dann ein Constantin Mayer haben, diese Gewalt abzubauen? Der gesamte Begründungszusammenhang von Christine Ostrowski geht davon aus, das sich "radikalisierte Jugendliche" von rechts und links die Köpfe einschlagen und sich nun zwei besonnene Erwachsene zusammensetzen, um die Hitzköpfe zu beruhigen. Eine solche Umgangsweise mit dem Naziterror kommt einer Verharmlosung gleich, auch wenn ihr zugebilligt werden kann, daß sie es so nicht gewollt hat.

Aber Christine Ostrowski ging es ja nicht nur um die Gewalt, sondern auch darum, den Ursachen für die Zustimmung eines großen Teils der Jugendlichen zu den Naziparolen entgegenzutreten. In den Dresdner Neuesten Nachrichten vom 9.3.93 schildert sie den Kontakt so: "Angeregt wurde es durch Herrn Mayer und ich bin grundsätzlich dafür, sich kennenzulernen statt sich gleich die Köpfe einzuschlagen. Wir haben sachlich und friedlich über die Programme von PDS und NO gesprochen und über ein gemeinsames Projekt nachgedacht (...) Unsere sozialen Forderungen stimmen im Grunde überein, bis hin zum Wortlaut. Unterschiede gibt es in der ideologischen Grundlage. So sehen wir die Ursachen für Arbeitslosigkeit anders als die NO." Zwar wollte sie dies später so nicht gesagt haben (Mißverständnisse bei der Niederschrift des Interviews), aber ein wirklich glaubhaftes Dementi erfolgte nicht. Man kann also schließen, daß es Christine Ostrowski nicht reicht, die Naziorganisationen nach ihrer Politik zu beurteilen, sondern sie muß die Menschen kennenlernen, mit denen man sich ja friedlich unterhalten kann. Man soll sich also kennenlernen, statt sich gleich die Köpfe einzuschlagen. Nun, auch das legt wieder nahe, als würden Hitzköpfe aufeinander einschlagen, als wäre der Naziterror nicht wohlüberlegt und nicht bewußter Teil einer politischen Strategie.

Man fragt sich als nächstes, wie die stellvertretende Vorsitzende einer sozialistischen Partei völlig ohne Relativierung darauf hinweist, daß die sozialen Forderungen beider Organisationen gleich seien. Einziger Sinn einer solchen Feststellung kann ja sein, daß damit signalisiert wird, daß es die Möglichkeit einer Zusammenarbeit gäbe. Nur in den ideologischen Grundlagen unterscheide man sich. Aber da die PDS-Mitglieder von Ideologie die Nase voll haben, kann man darüber hinwegsehen. Auch das will Christine Ostrowski so nicht mehr gesagt haben, aber auch hier sind die Dementis schwach. Selbstverständlich kann es gleiche Forderungen geben: Mieten, Löhne usw. Entscheidend für die Frage von Zusammenarbeit ist aber, für wen die Forderungen aufgestellt werden und mit welchen Menschen in diesem Sinne gekämpft werden soll. Und wer nicht für die Verbesserung der sozialen Lage der Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit ist, der scheidet aus. Es ist nicht anzunehmen, daß eine politische ausgebildete Frau dies nicht weiß, also muß man umgekehrt schließen, daß sie es für möglich hält, mit Nazis gemeinsam Politik zu machen.

Mit ihrer gesamten Reaktion hat Christine Ostrowski letztlich dem "Spiegel" Recht gegeben. Zwar stimmte dessen Hauptaussage, in der PDS würden sich Nazis sammeln, nicht, aber sein eigentliches Anliegen, wieder einmal das Links-Rechts-Schema zu bedienen, hat geklappt.

Zwar ist dies bisher ein Einzelfall und, wie schon erwähnt, in der Sache gab es keinerlei öffentliche Zustimmung für Christine Ostrowski, aber der Fall weist für sich allein auf gravierende Probleme im antifaschistischen Verständnis hin. Christine Ostrowski ist nicht die PDS, und insofern ist es unfair, wenn in der "konkret" zu lesen ist: "Wann dürfen wir ein ‚Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes` von der PDS erwarten wie es die KPD 1930 vorlegte, um der NSDAP nicht ‚das Feld zu überlassen`?" (konkret 4/93) Aber es wird damit auch auf ein Problem hingewiesen, das sich real stellt.

Wie kommen die Nazis

aus den Köpfen?

In fast allen Stellungnahmen aus der PDS zu diesem Fall wird betont, daß nicht das Gespräch mit faschistischen bzw. rechtsradikalen Jugendlichen abgelehnt wird. So beginnt die Stellungnahme von Lothar Bisky (Vorsitzender) und Gregor Gysi mit: "Wir teilen die von Christine Ostrowski immer wieder vorgebrachten Auffassungen, daß es gelingen muß, sich rechtsextrem gebende Jugendliche in den neuen Bundesländern Schritt für Schritt aus ihrem Milieu und ihrer Ideologie herauszulösen. Wir können Jugendliche, die sozial ausgegrenzt sind, und die mit neonazistischer Ideologie gefüttert werden, nicht für alle Zeiten aufgeben."(Presseerklärung, 11.3.93) Nicht aufgeben heiße, mit diesen zu reden. "Etwas völlig anderes sind Gespräche mit neonazistischen Anführern über programmatische und politische Fragen. Dies gibt es in und mit der PDS nicht", fahren sie dann fort.

So einfach ist die Sache aber nicht für alle. So kommentierte das Neue Deutschland den Fall am 16.3.93: "Welche Partei hat eigentlich überhaupt ein Rezept für den Ausschluß des Rechtsweges? Man braucht keine Umfrageergebnisse zu bemühen um nachzuweisen, daß den braunen Rattenfängern immer mehr - und namentlich jungen Menschen - nachlaufen. Und man geht sicher nicht fehl, auf Geschichte zu verweisen: Sie vermag zwar keine Auskunft zu geben, wie man etwas richtig macht, aber doch Warnungen vor Hohlwegen. Siehe den ‚ausgrenzenden Antifaschismus`." Da ist er wieder dieser ausgrenzende Antifaschismus. Wer soll denn nun nicht ausgegrenzt werden? Oder stellt diese Betrachtungsweise die Dinge nicht auf den Kopf? Den Antifaschismus gibt es, weil faschistische Politik ganze gesellschaftliche Gruppen ausgrenzt und diese vertreiben will.

Christine Ostrowski beruft sich in ihrer Begründung auf Thomas Kuczynski. Dieser schreibt im ND (20./21.93) in Auseinandersetzung mit autonomen Linken, die gedroht hatten, eine Streitveranstaltung zwischen Rechten und Linken zu stören: "Mit wem wollen wir denn unsere Diskussionen führen? Nur mit uns selbst, um uns zu bestätigen, daß wir die wahren Antifaschisten sind? Nur mit den ‚verführten Massen`, um ihnen die ‚wahre Lehre` zu vermitteln, uns also wieder selber zu bestätigen, wie gut wir sind? Ausgrenzender Antifaschismus hilft letztlich dem Faschismus (ich erinnere noch einmal an das Stichwort Sozialfaschismus). Auseinandersetzung tut not, nicht Ausgrenzung. Nur wer zusammen-sitzt, kann sich auseinander-setzen. Wir sollten das wörtlich nehmen, so schwer es auch fallen mag." Nun gilt diese Argumentation nur für öffentliche Streitgespräche, nicht gedeckt sind dadurch Geheimgespräche und gemeinsame Projekte. Aber vom Ansatz her gibt es Gemeinsamkeiten.

Unzweifelhaft wird die Linke in der nächsten Zeit gezwungen sein, sich intensiver mit der rechten und faschistischen Ideologie zu beschäftigen, um zu wissen, wie und warum sie auf Jugendliche wirkt. Dies ist kein Problem der PDS allein. Georg Fülberth zieht in einem Kommentar nach den Hessenwahlen folgenden Schluß für die Aufgaben der Linken: "Wer etwas Sinnvolles unternehmen will, sollte sich in den Quartieren umtun, in denen die ‚Republikaner` besonders viele Stimmen erhalten haben. Das wäre allerdings eine langwierige Arbeit, bei der vielleicht niemals Mandate herausspringen." (konkret, 4/93)

Die rechtsradikalen Jugendlichen nicht rechts liegen lassen ist dabei eine Sache, Wandel durch Annäherung zu propagieren eine ganz andere. Nicht jede Veranstaltung, an der Rechte teilnehmen, muß man boykottieren. Auch kann es sinnvoll sein, öffentlich mit den Propagandisten der Neuen Rechten zu streiten, beispielsweise vor ihrem eigenen Publikum. Aber Naziorganisationen gehören ausgegrenzt. Jede andere Handlung würde den Opfern der faschistischen Gewalt in den Rücken fallen.

he.

36. Christine Ostrowski zu ihrem Gespräch mit dem NO-Führer Maier (Dokumentation)

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; PDS-Debatte, linke; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:49

LeserInnenbriefe

Kleinstes Übel

Betr.: "Rechtswende ohne linke Alternative" (ak 352)

Im Rahmen eines Blickes auf die Parteienlandschaft wird dort zur PDS u.a. gesagt: "In dieser Hinsicht bedeutet das Bestehen auf dem Charakter der ‚Ostpartei` auch das Verharren in einem Teufelskreis."

In einem Teufelskreis verharrt man aber nicht, geschweige denn, daß man darauf bestünde, drin zu bleiben, sondern man kommt aus ihm - auch gegen den eigenen Willen - nicht heraus, deshalb heißt er ja genau "Teufelskreis". "Verharren" ist aber ein subjektiver Akt, signalisiert eine hohes Maß an Verantwortung. Die ungenau benutzte Metapher ist kein Zufall. Im KB, in dem man den präzisen Umgang mit Sprache geübt hat, deuten solche Formulierungen auf Probleme.

Das Problem im Fall PDS/Westlinke liegt darin, daß mit der zitierten Formel die Verantwortung einseitig der PDS zugeschoben wird ("sie vermag nicht glaubhaft zu machen..."), während die fehlende Zustimmung im Westen eben objektiv, hinzunehmende Tatsache ist ("wird nicht als Option akzeptiert").

Daß die PDS, oder zumindest die überwiegende Mehrheit, das Konzept der Ostpartei zumindest mitverfolgt, ist angesichts der objektiven Grundlagen nicht verwunderlich: Mitglieder stellen im Westen gerade einige Promille. Wahlergebnisse im Westen sind für linke Alternativen auch nicht gerade ermunternd. Zu beobachten, daß eine offenbar mit viel Geld und Elan ausgestattete Gruppe um Jutta Ditfurth trotz ihres Bekanntheitsgrades, trotz ihrer guten Kenntnis von den westlinken Befindlichkeiten, trotz ihres hohen Einsatzes und trotz der günstigen Umstände einer konzentrierten Kandidatur in einer westdeutschen Metropole gerade sechsmal so viele Stimmen erhält wie die örtlichen "Bibeltreuen Christen", fördert nicht gerade den Wunsch nach Experimenten im Westen. Damit fällt ja auch die zweite Möglichkeit einer linken Profilierung offenkundig flach: Weder mit Reformpolitik noch mit pointiert linkem Auftreten ist für die PDS ein Stich zu machen.

Daß die PDS da auf die naheliegende "konservative" Variante setzt und sich wenigstens im Osten die Wähler sichert, die einem auch ohne ein ausgefeiltes Programm zu den sozialen Problemen im Westen und ohne linksradikales Auftreten folgen, ist schon aus rein taktischen Erwägungen nachvollziehbar. Darin liegt eben auch der Teufelskreis, aus dem die PDS alleine gar nicht herauskommen kann.

Dazu kommt noch ein weiteres Problem: Das Image der PDS als Ostpartei ist ja auch eine Projektion von Westlinken. Die Elemente der PDS, die durchaus unter westlinken Verhältnissen bestehen könnten, werden nach wie vor einfach ignoriert. Ich erlebe selbst immer wieder erstauntes Aufhorchen - selbst in der antirassistischen Fachszene - darüber, daß die PDS entgegen allem ostdeutschen Populismus an der Position der "Offenen Grenzen" festhält. Ähnlich verhält es sich in den Bereichen Bundeswehr/NATO, Repression oder Antifa.

Es ist sinnlos und ohne jede Perspektive, immer wieder die Forderung an die PDS zu richten, sie müsse sich als gesamtdeutsche linke Partei verstehen. Das lenkt letztlich nur von den eigenen Problemen ab. Die westdeutsche Linke müßte stattdessen bald damit beginnen, sich ernsthafte Gedanken über die Frage der kommenden Bundestagswahlen zu machen. Wenn verhindert werden soll, daß im nächsten Bundestag ausschließlich Parteien sitzen, die weltweite Einsätze der Bundeswehr befürworten, um die optimale Lösung der "Ausländerproblematik" wetteifern oder weitreichende soziale Benachteiligung der eh schon schlechter gestellten Teile der Bevölkerung befürworten, dann zeichnet sich nur eine halbwegs realistische Lösung ab: Für einen Wiedereinzug der PDS in den Bundestag zu sorgen. Die Grünen werden nach der Vereinigung mit Bündnis '90 noch mal einen weiteren Schritt tun, um regierungsfähig zu werden. Ob Große oder

Ampelkoalition: Die PDS kann in den entscheidenden Fragen des deutschen imperialistischen Konzeptes einen wichtigen Kontrapunkt setzen.

Es ist allerdings illusionär, im Westen auf wachsende Attraktivität der PDS zu hoffen. Das ist auch der PDS noch lange nicht klar, wenn man ihre Diskussionen über die verschiedenen Konzeptionen betrachtet. Es müßte aber doch einigen wenigen Prozent der Bevölkerung in den westlichen Bundesländern klarzumachen sein, daß die PDS in der Tat das kleinste Übel in diesen Zeiten ist und daß es sich in Anbetracht der bevorstehenden Entwicklungen allemal lohnen kann, dafür vorläufig auf höhere Ansprüche zu verzichten.

Beginnen könnte diese Diskussion damit, daß die "KB-Mehrheit" sich dazu entschließt, eine solche Kampagne anzuzetteln.

Michael Pickardt, Berlin 30.3.93

Angola

Betr.: Giftgas sowjetischen Ursprungs in Angola

Ihr Lieben,

vor etwa zwei Jahren erfuhr ich im ak mehrere sehr harte Angriffe, die sich auf meine Behauptung bezogen, in Angola sei Giftgas sowjetischen Ursprungs zur Anwendung gekommen. Die Begleitumstände, wie diese Behauptung (damals in der taz und einigen TV-Medien erhoben) damals im ak kommentiert wurde, war für mich außerordentlich verletzend: in Teilen unfair.

Seit wenigen Wochen, auch ihr werdet das bemerkt haben, steht nun wohl fest, daß die behauptete Tatsache auch eine war. Rupert Neudeck, sein Sprengmeister Uwe Silge, eine Anzahl von Fachtoxikologen haben sich ausnehmend mit den sowjetischen Phosgen-Bomben (Granaten) beschäftigt: per Fachgutachten, und auch per Bild und Dokumentationsmaterial, das nicht zuletzt diese Waffen selber in aller Konkretion präsentiert. Abgesehen von diversen Veröffentlichungen von FAZ bis FR (demnächst auch wohl in der taz) zuletzt zu sehen im Magazin der Süddeutschen Zeitung im Vox-TV am 9.2. um 21.15 Uhr. In dieser Sendung wurden auch erneut die Opfer gezeigt, schwer betroffene Menschen, die ganz offensichtlich durch erhebliche Störungen des zentralen Nervensystems gezeichnet sind.

Ich hoffe auch in ihrem Interesse, daß der ak durch eine entsprechende Veröffentlichung seine damaligen Veröffentlichungen korrigiert, die leider nicht nur Gegenansichten waren, sondern mir gegenüber in der Form ironisch-abfälliger Denunziation erfolgten.

Dies zu dementieren, wäre jetzt ein Gebot der Fairness und Solidarität.

Mit besten Grüßen

Hans Branscheidt (11.2.93)

Anm. der ak-Redaktion:

Hans Branscheidt spielt an auf einen ak-Artikel in Nr.310 vom 18.9.1989: "`taz' entdeckt kubanisches Giftgas". Autor des diesbezüglichen taz-Berichts war Hans Branscheidt. Dort wurde u.a. behauptet, die in Angola stationierten kubanischen Truppen hätten neu entwickelte chemische Waffen aus sowjetischer Produktion zum Einsatz gebracht: Von chemischen Binärbomben war dort ebenso die Rede wie von hochmodifizierten Stoffen, die von gängigen Identifizierungssystemen nicht erfaßbar seien. "Angola dient als Testfeld für neue sowjetische Waffen." (taz, 25.8.89)

Auf unsere Darlegung, daß diese Behauptungen aus ziemlich trüber Quelle - nämlich Angaben von der UNITA nahestehenden Experten - gefischt seien, antwortete Hans Branscheidt in ak 312 (13.11.89) u.a.: "Ich ziehe also gerne den anklagend auf die Kubaner gerichteten Zeigefinger zurück. Aber, wie gesagt, der Verdacht, daß in Angola Giftgas eingesetzt wurde, ist weniger aus der Welt als je zuvor." Ähnliches hatten auch wir damals als Möglichkeit in Rechnung gestellt, allerdings mit dem doch wesentlichen Zusatz, daß Südafrika Giftgase in Angola eingesetzt haben könnte. (vgl. auch ak 312)

Schließlich druckten wir in ak 313 vom 11.12.89 eine gemeinsame Stellungnahme der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba und medico international ab (für letztere unterzeichnete Hans

Branscheidt), in der es u.a. hieß: "... stellen wir fest, daß es keinen Beweis dafür gibt, daß kubanische Truppen in Angola Giftgas eingesetzt haben, und weisen deshalb die im oben genannten TAZ-Artikel (vom 25.8.89, Anm. ak) aufgestellte Behauptung zurück."

Bei den jetzt von Mitarbeitern von Cap Anamur in einem Lager bei Xangongo aufgefundenen C-Waffen handelt es sich um 18 Phosgen-Granaten sowie laut Aussagen des Cap-Anamur-Mitarbeiters Uwe Silge "mit neunzigprozentiger Sicherheit" um mit Lost gefüllte Granaten. Beide Stoffe kamen bereits im Ersten Weltkrieg zum Einsatz. Nach Angaben des Cap-Anamur-Mitarbeiters Ehlers "ist nicht klar, ob die Granaten von der UNITA oder der MPLA stammen, da Waffen beider Seiten nach dem Friedensabkommen von 1991 an solchen Stellen gelagert wurden".

In einem zweiten Lager bei Cahama fanden sich 60 sowjetische SAM 5-Trägerraketen, die, so die NZZ vom 13.2., "zwar keine Sprengköpfe trugen, aber den hochgiftigen, als Sarin bekannten Stoff enthalten". Die NZZ meint darum folgende Schlußfolgerung ziehen zu können: "Die Herkunft der mit Giftgas gefüllten Gefechtsköpfe in Angola mag im Felde nicht eindeutig zu eruieren sein ... die Tatsache, daß SA-5-Missile als Träger gefunden worden sind, dürfte freilich schon sehr eindeutig auf die MPLA-Regierungstruppen oder deren Helfer aus dem damaligen Ostblock hindeuten, die im Krieg gegen die Unita mehrfach des Giftgasgebrauchs beschuldigt worden waren." Es folgt ein Neuaufguß der alten Falschinformationen.

Laut "Weekly Mail" (Johannesburg) vom 12. bis 18.2., der wir auch die anderen Informationen und Zitate entnahmen, verhält es sich nach den Angaben von Ehlers freilich anders: Die SAM 5-Raketen enthalten einen Treibstoff, der zu einem Viertel eine hochgiftige Substanz, nämlich ein Nebenprodukt von Sarin enthält.

Eine Anfrage unsererseits bei Cap Anamur zur Überlassung von Material wurde bisher nicht beantwortet.

Kuba

Betr.: Kuba-Artikel (ak 352)

Die Schilderung der negativen Begleiterscheinungen des Massentourismus in Kuba (Prostitution; Zwei-Klassen-Gesellschaft; Werbung für ein System, das die Dollar-Währung hervorbringt; junge Menschen, die dem Sozialismusmodell vollkommen entfremdet sind) macht hilflos und ohnmächtig.

Der Autor des Kuba-Artikels hätte aufzeigen müssen, wie man als Einzelner gegensteuern kann (außer dem Spendenaufruf für Medikamente), indem er z.B. auf die Existenz der Solidaritätswerkstatt e.V. in Darmstadt (Taller de Solidaridad) hingewiesen hätte, eine Gruppe, die Ersatzteile für Kubas Basisindustrie beschafft, vornehmlich aus der ehemaligen DDR, mit der Kuba früher stark wirtschaftlich zusammenarbeitete.

Wolfgang, Rickling

Die Berichte der Solidaritätswerkstatt - Taller de la Solidaridad sind zu beziehen über: Solidaritätswerkstatt e.V., Ludwigshöhe 42, 6100 Darmstadt. Einzelheft DM 1.- plus Porto. - ak-Redaktion

Nicht sozialistisch

Betr.: Leserbrief "Norwegische Linke nicht vergessen" (ak 352)

Liebe Redaktion,

beim Abdruck meines Leserbriefs ist euch ein sinnentstellender Satzfehler unterlaufen. Statt "den von der sozialistischen Regierung geplanten EG-Beitritt abzuwehren" muß es heißen: "sozialdemokratische Regierung". Bitte korrigiert euren Satzfehler.

Mit freundlichem Gruß

P., Flensburg

37. BWK will Arbeitsgemeinschaft in der PDS werden

Rubrik: Linke, Marxistische Gruppen; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:45

Der BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten), eine Richtung aus der Anfang der achtziger Jahre vollzogenen Spaltung des KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland), der in den siebziger Jahren größten K-Gruppe, hat auf seiner 13. ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz den nebenstehend abgedruckten Beschluß zu einer organisierten Zusammenarbeit mit der PDS beschlossen. Der BWK ist damit die erste und (bisher) einzige linke, sozialistische und kommunistische Organisation aus dem alten BRD-Gebiet, die einen Schritt in Richtung eines organisierten Auflösens in die PDS vollzieht.

Grundlage für diesen Beschluß ist ein Bericht zur "Positionsentwicklung im BWK zur Organisation sozialistischer Politik", der der BDK vorlag. (1) Nach dem Niedergang der K-Gruppen Anfang der Achtziger war der BWK ein eifriger Verfechter einer gemeinsamen Organisation der verbliebenen sozialistischen und kommunistischen Organisationen. Dies umfaßte Mitte der achtziger Jahre außer dem BWK vor allem die KPD/ML, die GIM und den damals noch bestehenden KB. Nach anfänglich großen Näherungen zwischen dem BWK und der GIM (Gruppe der IV. Internationalen in der BRD), die zum damaligen Zeitpunkt international eine Orientierung auf die Zusammenfassung der verbliebenen sozialistischen Kräfte betrieb, war das Ergebnis für den BWK eher enttäuschend: Der KB hatte zwar Interesse an einer stärkeren Zusammenarbeit, konnte sich aber aufgrund eines sehr unterschiedlicher Organisations- und Politikverständnisses nicht für eine Organisationsdebatte erwärmen. Die Konstellationen zwischen den Gruppen BWK, GIM und KPD/ML verschoben sich dann in Richtung einer Zusammenarbeit zwischen GIM und KPD/ML, aus der dann schließlich die VSP (Vereinigte Sozialistische Partei, Zeitung: SoZ, Sozialistische Zeitung) hervorging. Zwar wurde zwischen diesen drei Organisationen sowie einigen anderen kleineren Gruppierungen noch eine Gemeinsame Beilage zu den jeweiligen Parteiorganen beschlossen, aber der Organisationsprozeß war damit abgeschlossen.

Im Juni 1990 wurde zwischen der VSP und dem BWK eine neue Plattform zur Zusammenarbeit beschlossen. Daraus folgten jedoch keinerlei konkrete Schritte zur Annäherung. Im Juli 1990 vereinigten sich in Schleswig-Holstein die Gruppen der VSP und des BWK.

Ab 1990 konzentrierte sich das Interesse des BWK auf die PDS. In Vorbereitung der Bundestagswahlen 1990 war der BWK federführend an der Initiative der "Roten Tische" beteiligt. Diese regionalen Bündnisse umfaßten neben dem BWK vor allem die DKP, die VSP, teilweise vereinzelt auch schon VertreterInnen der MLPD, der einzig verbliebenen K-Gruppe in der alten BRD. Der Ansatz, die traditionell kommunistische Linke der BRD der PDS als gemeinsamen Bündnispartner anzubieten, scheiterte am Agieren der PDS, die zu der Zeit eher auf das Spektrum der DKP-Erneuerer sowie linkssozialistischen Kräften, nicht aber auf die kommunistische Bewegung der alten BRD setzte.

Dennoch hielt der BWK am Kurs auf die PDS fest. Ende 1990 wurde wiederum unter Federführung des BWK die "Arbeitsgemeinschaft bei der PDS: Konkrete Demokratie - Soziale Befreiung" gegründet. Beteiligt waren Mitglieder des BWK Bayern, der DKP Bayern und der PDS Thüringen. Der BWK hatte für sich beschlossen, keinerlei Ausweitungsversuche auf die Länder der ehemaligen DDR zu unternehmen. Hierin kritisierten sie vor allem die IV. Internationale, die neben der bestehenden VSP innerhalb des ehemaligen DDR-Gebietes eine eigenen Organisation aufbaute. Es sei ein großer Fehler, zu schließen, "daß der Zeitpunkt für die Schaffung der nun einheitlichen sozialistischen Partei näherrückt. Im Gegenteil soll unterstrichen werden, daß kommunistische Politik heute im Bündnis von Organisationen, Vereinigungen etc. betrieben werden und nicht mehr in einer einheitlichen Partei betrieben werden kann."

Das Statut wurde dahingehend geändert, daß sich der BWK nicht auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausdehnen würde. Begründet wurde dieser Schritt mit der Notwendigkeit, "die unterschiedlichen Erfahrungen in den beiden deutschen Staaten in programmatischer Hinsicht jeweils für sich zu verarbeiten."

Konkret wurden zielgerichtete Schritte auf eine organisierte Zusammenarbeit mit und in der PDS unternommen. Neben der schon erwähnten Bildung der Arbeitsgemeinschaft knüpfte der BWK von Bayern aus Verbindungen zur PDS Thüringen und dessen stellvertretenden Vorsitzenden Strützel. Verbindungen wurden

vor allen dadurch geschaffen, daß eine Reihe von Publikationen der Landesverbände der PDS(Ost) heute in den GNN-Verlagen erscheinen und von diesen vertrieben werden.

Gleichzeitig verfolgte der BWK intensiv die Bildung von "Roten Tischen" zur Vorbereitung der Bundestagswahlen 1994. Begründet wird innerhalb des BWK der Schritt zu einer organisierten Mitarbeit innerhalb der PDS damit, daß diese gesellschaftlich als die sozialistische Alternative identifiziert werde, die verbliebenden Reste der kommunistischen Organisationen nicht mehr in der Lage wären, eine alle gesellschaftlichen Bereiche umfassende Politik zu entfalten und sozialistische Politik sich auch auf die parlamentarischen Wahlen beziehen müsse, hierzu aber derzeit nur die PDS in der Lage wäre. Unumstritten ist dieser Beschluß innerhalb des BWK dennoch nicht. Ein Teil der Mitglieder, insbesondere der Teil, der sich in den vergangenen Jahren eher in Richtung einer Bündnispolitik mit der autonomen Linken orientiert hat, befürchtet, daß eine Auflösung in die PDS geschehen würde. Dem soll damit Rechnung getragen werden, daß der BWK auch bei einer Angliederung an die PDS als eigenständiger Verein weiterexistiert. Diese Lösung soll gleichzeitig sichern, daß die Aktivitäten des BWK auf der der Ebene des Verlags- und Pressewesens (GNN-Verlage) als eigenständige Teile erhalten bleiben.

Nach Beschluß der 13. ordentlichen Delegiertenkonferenz wird sich der BWK der selbst gesetzten Aufgabe langsam nähern. Zunächst sollen Verhandlungen mit dem Landesverband der PDS in Hamburg aufgenommen werden. Hier gibt es seitens der PDS die größte Bereitschaft, auf das Angebot einzugehen. Die in dem Beschluß formulierte Selbstbeschränkung, einen solchen Schritt nur dann zu unternehmen, wenn dieser auch von den Gliederungen der PDS gewollt ist, hat jedoch auch ihren Haken: Selbstverständlich ist auch beim BWK bekannt, daß bei der PDS auf Bundesebene erhebliche Vorbehalte bestehen, im Westen als Sammelbecken der verbliebenen K-Gruppen-Reste zu fungieren. Bei aller vorsichtiger Formulierung des Beschlusses bleibt so der Eindruck, daß nach der bekannten und vielfach erfolgreichen Taktik verfahren wird, die Metropole von den Dörfern her einzukreisen. Die PDS ist nach wie vor im Westen so schwach, daß es jeder organisiert vorgehenden linken Gruppe gelingen kann, maßgeblichen Einfluß zu gewinnen. Aber dies kann selbstverständlich in der Politik kein ernsthafter Einwand sein.

he., Hamburg

(1) Die Materialien sind zusammengefaßt in: Ergebnisse und Materialien der DK. Zu beziehen über: GNN-Verlag Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76 oder GNN Köln, Postfach 260226, 5000 Köln 1

Beschluß der 13. o.DK des BWK

zur Zusammenarbeit mit der PDS

1. Die Bundesdelegiertenkonferenz sieht mit der Verabschiedung des Programms durch die PDS feste Grundlagen für die Zusammenarbeit, besonders bei der Erarbeitung von Inhalten parlamentarischen Politik und in den anstehenden Wahlkämpfen, gegeben. Sie stellt mit Befriedigung fest, daß die Satzung der PDS eine Zusammenarbeit ermöglicht, die die Vielfalt linker Politik bestehen läßt.

2. Die in den Ostländern aus der SED entstandene PDS hat sich zu einer Organisation entwickelt, in der politische Vielfalt und Verbundenheit als Wert gelten, der in der Partei verteidigt wird.

3. Der BWK hat sich seit seiner Bildung zu Beginn der achtziger Jahre um Bündnispolitik bemüht und entsprechende Arbeits- und Organisationsgrundsätze entwickelt. Mitglieder des BWK arbeiten seit vielen Jahren in den verschiedensten Bündniszusammenhängen.

Der BWK hat 1991 in seiner Satzung festgeschrieben, daß er nur auf dem Gebiet der alten BRD tätig sein will und daß die Bestimmung der bundesweiten Politik Zusammenarbeit mit anderen Organisationen voraussetzt.

Die Möglichkeit zu einer festen Zusammenarbeit die sich aus der Politik von Gliederungen der PDS, ihrem Statut und ihrem jüngst verabschiedetem Programm ergibt, wird von der Delegiertenkonferenz begrüßt.

4. Die PDS im Westen steht als Organisation noch am Beginn ihrer Arbeit. Es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn die Landesverbände der PDS im Westen in diesem frühen Stadium nicht eine pluralistische Entwicklung nähmen, die Miteinander verschiedenster Beiträge erlaubt, sondern durch irgendeine Richtung der westdeutschen Linken vereinnahmt würden.

Die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK weist aus diesem Anlaß auf die Satzung des BWK hin, die Mitgliedern des BWK ein fraktionsmäßiges Arbeiten in anderen Organisationen ausdrücklich untersagt.

Gliederung des BWK, die ihre Zusammenarbeit mit der PDS unter Rückgriff auf satzungsmäßige Angebote der PDS (Zusammenschlüsse) ausbauen wollen, müssen sich u.a. deswegen vergewissern, ob von den entsprechenden Gliederungen der PDS ein solcher Schritt ebenfalls gewünscht wird, so wie bei den bestehenden Formen der Zusammenarbeit auch verfahren worden ist.

5. Die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK stellt fest, daß eine Anerkennung von Landesverbänden des BWK als Arbeitsgemeinschaft bei den entsprechenden Landesverbänden eine erfreuliche Perspektive böte, wobei es auch andere erprobte Formen der Zusammenarbeit gibt.

Bei Verhandlungen über eine solche Perspektive wären aus der Sicht der Bundesdelegiertenkonferenz u.a. folgende Fragen zu klären:

- Kann eine Landesarbeitsgemeinschaft die rechtlich feste Form eines eingetragenen Vereins haben?

- Kann ein solcher Verein sein eigenes Vermögen behalten - Stichwort Anteile an den GNN-Verlagen(1) - und gemäß seiner Satzung unbeeinflußt verwalten?

- Können für die Arbeit eines solchen Vereins zweckgebundene Spenden über einen Landesverband gesammelt werden?

- Wie können solche Landesarbeitsgemeinschaften einen Arbeitszusammenhang, wie er heute durch die Bundesdelegiertenkonferenz gegeben ist, aufrecht erhalten?

6. Die Bundesdelegiertenkonferenz stellt abschließend fest, daß nur solche Regelungen akzeptabel sind, die in für alle Einwände offenen Verhandlungen erzielt wurden, mit der Satzung der PDS, der Satzung des BWK (Satzungshoheit der Landesverbände besteht ja), dem Parteiengesetz und dem Vereinsrecht in Übereinstimmung stehen und von den betroffenen Gliederungen gewünscht werden.

Die DK stellt fest, daß aus ihrer Sicht die Verbindung in Gestalt einer Arbeitsgemeinschaft bei PDS-Landesverbänden angemessen ist.

- Bei der PDS, weil nach unserer festen Überzeugung sozialistische Politik nicht an den parlamentarischen Wahlen vorbei formuliert werden kann, weil sie nur im Zusammenwirken der verschiedenen sozialen und weltanschaulichen Kräfte, die sozialistischen Politik tragen, formuliert werden kann, weil sie von einer Kraft, die Sozialistinnen und Sozialisten im Osten und Westen verbindet, formuliert werden muß.

- Als Arbeitsgemeinschaft, weil die Formulierung von politischen Zielen gegenüber Parlamenten die Aufgabe sozialistischer Kritik nicht erschöpft und eine Arbeitsgemeinschaft es ermöglicht, die Beiträge, die sich aus bestimmten politischen Grundsätzen und Erfahrungen von Politik ergeben, gezielt zu erarbeiten, demokratisch zu legitimieren und geordnet einzubringen.

Votum der BDK: 59 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen, keine Nein-Stimme

(1) Die GNN-Verlage waren zunächst nach der Spaltung des KBW Geschäftsorganisationen des aus der Spaltung hervorgegangenen BWKs. Diese sind dezentralisiert worden, als Konsequenz aus den Erfahrungen mit dem zentralisierten Apparat des KBW. Zunächst waren die BWK-Landesverbände einzige Eigentümer an diesen Verlagen, im Laufe der letzten Jahre wurden anderen linke Gruppe an der Teilhaberschaft beteiligt.

38. "Kommunisten treffen Kommunisten" (Dok. einer Pressemitteilung der "Initiative sozialistisch-kommunistische Aktionseinheit")

Ein Bericht

Rubrik: Linke, Marxistische Gruppen · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:26

Am Wochenende fand in Berlin das dritte bundesweite Treffen der "Initiative Kommunisten schreiben Kommunisten" statt. Versammelt waren etwa 140 Kommunisten aus KPD, DKP, PDS und der Kommunistischen Plattform innerhalb der PDS, aus USPD, KPD-Roter Morgen und anderen kleinen kommunistischen Parteien sowie zahlreiche Parteilose und einige Anhänger der IV. Internationale.

Nachdem der Vorsitzende der KPD, Schlese, das Treffen mit einem eher polemischen Referat, vor allem gegen Mitglieder der PDS und die Politik des "Neuen Deutschland" eingeleitet hatte, wurde in den meisten folgenden Diskussionsbeiträgen die Notwendigkeit gemeinsamer Politik betont.

Zum gemeinsamen Kampf aller linken Gruppen gegen das KPD-Verbot von 1956 rief Erlebache (KPD-Sachsen) auf. Versuche der Initiative, eine Aufhebung des KPD-Verbotes zu erreichen, waren bisher vergeblich. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der bundesdeutschen Hetze gegen Kommunisten der ehemaligen DDR (55.000 Ermittlungsverfahren seien eingeleitet worden, so Manfred Feist, parteilos) gelte es, Stimmung gegen das Verbot der Kommunistischen Partei zu machen.

Mehrere Redner forderten den Aufbau einer einheitlichen Kommunistischen Partei. So betonte Wolfgang Harich die Notwendigkeit, sich "am Vorabend revolutionärer Ereignisse" in einer Kommunistischen Partei zu organisieren. Harich, der vor einigen Wochen Mitglied der KPD geworden ist, stellte die Frage, ob die neugegründete KPD nicht die eigentliche Rechtsnachfolgerin der SED sei. Dafür sprechen deren politische Ziele und Bündnisse ebenso wie ihr Verhalten ehemaligen SED-Mitgliedern gegenüber: Honecker z.B., der statutenwidrig aus der PDS ausgeschlossen wurde, ist nun KPD-Mitglied. Die KPD müsse auch die in der PDS organisierten Kommunisten ansprechen und diese an sich ziehen.

Gegen den Auszug der Kommunisten aus der PDS wandte sich Heinz Maron von der Kommunistischen Plattform der PDS. Der Verlust von Kommunisten würde nämlich nur das Abdriften der PDS nach rechts verstärken, so Maron, der gleichzeitig den Austritt von Partei-Rechten wie Kellermann und Ostrowsky forderte.

Nach Peter Feist (IV. Internationale) muß erst die Krise der Glaubwürdigkeit des Sozialismus überwunden werden, bevor ein Zusammenschluß der verschiedenen sozialistischen und kommunistischen Strömungen zu einer großen Partei möglich ist. Feist sprach sich keineswegs gegen Parteigründungen, Programm- und Strategiediskussionen aus, forderte aber vor allem die Mobilisierung der Massen im täglichen Kampf, da sonst die Gefahr bürokratischer Erstarrung bestehe. Mit seiner trotzkistischen These, daß die Konterrevolution nicht erst 1989, sondern bereits 1924 eingesetzt habe, löste Feist wütende Zwischenrufe von alten SED-Kommunisten aus. Insgesamt zeigten sich auf dem Treffen jedoch solcherlei grundsätzliche Positionsdifferenzen eher indirekt. Die - inzwischen bewältigten - Probleme der DKP mit ultralinken Sektierern stießen auf recht geringes Interesse, und obwohl die DKP nach Zahl der Teilnehmer recht massiv vertreten war, fand sie nur schwer Kontakt zu den Kommunisten der ehemaligen DDR.

Um das einhellige Ziel gemeinsamer Aktionen zu betonen, wurde die Initiative in "Sozialistisch-kommunistische Aktionseinheit" umbenannt. Die Aktionseinheit will zunächst den Abriß des Ernst-Thälmann-Denkmals in Berlin verhindern und sich gegen "antiantifaschistische" Straßenumbenennungspläne des Berliner Senats einsetzen. Für den 175. Geburtstag von Karl Marx am 8. Mai ist ein Kolloquium geplant, für den Antikriegstag im September sollen ebenfalls gemeinsame Aktionen vorbereitet werden.

(Dokumentiert nach einer Pressemitteilung der "Initiative sozialistisch-kommunistische Aktionseinheit")

39. VSP: Kein Beitritt zur IV. Internationale

Rubrik: Linke, Marxistische Gruppen · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:44

Die 1986 aus der GIM und der KPD/ML gegründete VSP tritt nach einem Beschluß einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz vom 20./21.3. nicht der IV. Internationalen bei.

Vorausgegangen waren dem mehrere Jahre heftiger Auseinandersetzungen innerhalb der VSP. Die beiden Gründerorganisationen, die GIM, damals Sektion der IV. Internationalen in der BRD, und die KPD/ML hatten bei ihrem Zusammenschluß in dieser Frage unüberbrückbare Standpunkte. Man einigte sich dann auf den Kompromiß, daß die GIM-Mitglieder eine Einzelmitgliedschaft in der IV. Internationale beantragen konnten. Die Frage der Mitgliedschaft der Gesamtorganisation wurde vertagt. Dies wurde auch vom Internationalen Sekretariat der IV. Internationalen gebilligt, daß zu dieser Zeit generell die Linie ausgegeben hatte, einen Versuch zu unternehmen, die verbliebenen Restlinken in gemeinsamen Organisationen zu versammeln.

Die GIM in der BRD hatte damit zunächst einen außerordentlichen Erfolg. Der Haken war nur, daß die daraus entstandenen VSP keinerlei Anzeichen bemerken ließ, sich als als Organisation auf die IV. Internationale zuzubewegen. Statt dessen trat der Zustand ein, daß die IV. Internationale formal über keinerlei Präsenz mehr in der BRD verfügte. Dies wurmte nicht nur die Zentrale, sondern auch entschiedene Mitglieder der ehemaligen GIM. Die deutsche Vereinigung bot ihnen einen Ausweg: zwar konnten sie auf dem Boden der ehemaligen BRD keine eigene Organisation bilden (wozu, wie man weiß, nur sieben Mitglieder gebraucht werden), aber nach Bildung der DDR als "unabhängigen Staat" war die IV. Internationale wieder zur Stelle. Mitglieder der VSP bildeten die "Gruppe Revolutionärer Kommunisten"(GRK), die formal nur auf dem Boden der ehemaligen DDR tätig sein sollte, die aber hauptsächlich aus Mitgliedern aus den Westländern bestand. Dies wurde von der Führung der IV. Internationale gebilligt (begrüßt), da sie nun erstmals wieder über eine Sektion in der BRD verfügte. Neben den organisatorischen Fragen entwickelte sich in dieser Zeit (deutsche Vereinigung) auch eine entscheidende inhaltliche Differenz zwischen dem Zentrum der IV. und der VSP. Während letztere an der Kampagne "Nie wieder Deutschland" beteiligt war, kursierte in der IV. Internationalen die Losung von einem "vereinigten sozialistischen Deutschland".

Völligen Unwillen gab es bei denjenigen, die seinerzeit die Vereinbarungen mit der KPD/ML geschlossen hatten. Denn jetzt wurde es ernst, die Vereinbarungen einzuhalten. Die Mehrheit der heute bestehenden VSP war nicht mehr bereit, sich als Teil der IV. Internationale zu begreifen. Die seinerzeit beschlossene Vereinbarung, nach einer Zeit des Zusammengehens die Frage neu zu diskutieren, erwies sich als das, was sie schon damals war: ein Verschieben einer für die entschiedenen Anhänger der IV. Internationalen entscheidenden Frage. Hatte die Zentrale der IV. Internationale 1986 zugestimmt, daß eine Mitgliedschaft einzelner Personen nur über eine Mitgliedschaft in der VSP möglich sei, wurde 1990 beschlossen, Parallelstrukturen zuzulassen (aufzubauen).

In der Diskussion auf der Delegiertenkonferenz wurde deutlich, daß die VSP ihr Ziel, ein Sammelbecken für revolutionäre Sozialisten nicht erreicht hat. Die Anzahl der Mitglieder hat sich seit 1986 mehr als halbiert. Auf der Konferenz waren 202 Mitglieder durch Delegierte vertreten. Nach den gescheiterten Versuchen, mit dem BWK eine gemeinsame Organisation zu bilden, scheiterte auch das Projekt "Radikale Linke", an dem sich die VSP beteiligte.

he., Hamburg

40. Kunst gegen Barbarei. John Zorns Höropus "Kristallnacht"

Autor: Hartmut Konopka · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:13

Kann Kunst überhaupt Ereignisse wie die "Reichskristallnacht" erfahrbar machen? Jene Nacht vom 9. zum 10. November 1938, in der 91 Juden umgebracht, 7000 jüdische Geschäfte zerstört, alle jüdischen Synagogen geschändet wurden; jene Nacht, mit der in Deutschland die Vernichtung von sechs Millionen Juden eingeleitet wurde? Der New Yorker Avantgardemusiker John Zorn gibt eine Antwort.

"Es geht nicht um Herrschaftssysteme, es geht nicht darum, ob man Kaiser fällen muß und Könige fallen und Republiken, es geht nicht um wirtschaftliche Prinzipien, es geht um all das nicht, sondern es geht um den Kampf zweier Welten und um die Erkenntnis eines ganz großen Menschen!" übergröhlt Hitler die Klezmerklänge, die sich noch einmal zu Gehör bringen, um dann abwechselnd von Hitler und Goebbels - "Wir sind eigentlich das auserkorene Musikvolk der Welt ..." - immer mehr in den Hintergrund gedrängt zu werden. Endgültig abgewürgt wird die jüdische Schtetlmusik dann vom deutschen Durchhalteschlager "Lili Marlen". "Schtetl": Einstieg in das siebenteilige Höropus Kristallnacht von John Zorn, letzten Sommer beim "Art Projekt" in München uraufgeführt, jetzt auf CD erschienen. Aufgenommen in New York am 9. und 10. November 1992; alle beteiligten Musiker, einschließlich John Zorn, sind Juden.

Beim Münchner "Art Projekt", das ansonsten eher durch Gigantomanie und Beliebigkeit auffiel, überraschte John Zorn durch die eindeutig politische Zielsetzung. Ausgerechnet John Zorn. Sein Eklektizismus, mit dem er scheinbar geschichts- und kulturunbewußt sämtliche Stile von Klassik bis Heavy Metal in 20-Sekunden-Stücke komprimiert, brachte ihn in den (Ver-)Ruf des musikalischen Postmodernisten. Nichts schien ihm heilig, alles wurde unterschiedslos in der von ihm begründeten "Patchwork" verwoben. Ausgerechnet John Zorn also kommt zum Yuppie- und New Age-angehauchten Festival nach München und verkündet dort nicht nur, daß er sein überaus erfolgreiches Bandprojekt "Naked City" beendet habe, weil er sich nicht darauf reduzieren lassen wolle, sondern betitelt die beiden Tage, für die er die Projektleitung übernommen hat, mit "Radical New Jewish Culture". Dazu hatte er ausschließlich jüdische KünstlerInnen ausgewählt . Mehr noch: Zwischen den Konzerten veranstaltet er eine Podiumsdiskussion zum Thema: "Was genau ist diese Radical New Jewish Culture?"

Daß dabei nur Fragen gestellt wurden, liegt nicht nur an der politischen Unerfahrenheit von MusikerInnen und Publikum, sondern auch daran, "daß, während diese neue amerikanische Musik nach ihrer geographischen Herkunft (Downtown, East Coast, West Coast), nach Gattungszugehörigkeit (Jazz, No-Wave, Hardcore, Avantgarde), nach ihrer politischen Richtung, ihrer ethnischen oder sozialen Herkunft oder nach Geschlechtern klassifiziert und analysiert wird, das Phänomen dieses wichtigen jüdischen Beitrags auf merkwürdige Weise unsichtbar bleibt", wie John Zorn in einem gemeinsam mit Marc Ribot verfaßten Aufsatz feststellt. Und in der Tat ist der hohe Anteil jüdischer MusikerInnen an der sogenannten "Lower East Side-Scene" frappierend, was Zorn und Ribot zu den Fragen provozierte: "Inwieweit hat die traditionelle jüdische Eigenart, die unterdrückten Elemente aus anderen Kulturen zu verteidigen und aufzunehmen, zur Patchwork-Musik beigetragen, die in den 80er Jahren aus New York kam? Ist dieser geniale jüdische Hang zur Mythenbildung für die zornigen Mythenzertrümmerer des Punk, Hardcore oder deren Vorläufer im Rock (wie Lou Reed, Iggy Pop oder Neil Young) von Nutzen?"

Das jüdische Coming-Out in dieser Szene, in der "die meisten in hohem Maße weltlich orientiert, andere völlig areligiös" (Zorn/Ribot) sind, hat viel mit dem wieder aufkommenden Antisemitismus in Europa, aber auch in den USA zu tun. Und was lag näher, als Kristallnacht im Deutschland nach Hoyerswerda und Rostock uraufzuführen? Kristallnacht wurde in München zum absoluten Höhepunkt der beiden Zorn-Tage. Vor den Aufführungen jeweils um Mitternacht ließ John Zorn verlauten, daß niemand die "Black Box" während der 40-minütigen Aufführung verlassen dürfe. Der Grund für diese Anweisung wurde schnell erfahren. Synthetisch erzeugte Klänge an der obersten Frequenzgrenze simulierten die Geräusche von splitterndem Glas. John Zorn konnte mit einem Regler bis zur Schmerzgrenze aufdrehen - zumindest für wenige Minuten sollte die Kristallnacht körperlich erfahrbar gemacht werden. Zwölf Minuten dauerte diese erste Lärmeskapade, während

Zorn und seine sieben Musiker, alle mit gelbem Judenstern, die Wirkung auf die (deutschen) ZuhörerInnen verfolgten. Wut, Rache, Mitleid, Angebot zur Trauerarbeit?

Beim Hören der CD sind diese Passagen (leider) von den RezipientInnen zu regulieren. Die physische Wirkung erfährt jedoch nur, wer sich den Klängen per Kopfhörer bis zur Grenze des Erträglichen aussetzt. "Nie wieder" heißt dieser zweite Abschnitt. Die weiteren Titel, neben "Shtetl (Ghettoleben)": "Gahelet (Glühende Asche)", "Tikkun (Zurechtweisung)", "Tzfia (Ausblick)", "Barzel (Eiserne Faust)" und "Gariin (Neuanfang)".* Auch bei der musikalischen Umsetzung hat Zorn auf die jüdische Mythologie zurückgegriffen. Nach der Kabbala entsprechen die Buchstaben des hebräischen Alphabets bestimmten Zahlen. Zorn hat nun die sieben Titel in diese Zahlen umgesetzt und danach die Stimmen der Instrumente, die Noten und die Metrik ausgerichtet. Auf diese Art wird auch ein Stück von Arnold Schönberg verfremdet. Der Komponist Schönberg war für die Nazis die Verkörperung des "entarteten Musikers": Als Jude und zugleich Erfinder der 12-Ton-Reihe Vorreiter der modernen Musik, war er den nazistischen Musiktheoretikern der "Beweis" für ihre aberwitzige Konstruktion "jüdisch = kulturbolschewistisch = entartet" - obwohl gerade Schönberg dem Bolschewismus völlig fern stand.

Hitlers Schmährede, ebenfalls dokumentiert in Kristallnacht, war gegen Schönberg und alle anderen modernen KünstlerInnen gerichtet: "Das ganze Kunst- und Kulturgestotter von Kubisten, Futuristen, Dadaisten undsoweiter ist weder rassisch begründet noch volklich erträglich. Es ist höchstens als Ausdruck einer Weltanschauung zu werten, die von sich selbst zugibt, daß die Auflösung aller bestehenden Begriffe, aller Völker und Rassen, ihre Vermischung und Verpanschung höchstes Ziel ihrer intellektuellen Urheber und Führer ist." Marc Ribot, Gitarrist bei Kristallnacht, greift die Nazi-Demagogie ironisch auf: Er nennt seine eigene Band "Rootless Cosmopolitans" (Wurzellose Kosmopoliten), womit er (bewußt) in die Fußstapfen der von den Nazis verfemten modernen Künstler tritt, sich aber auch Stalins antisemitisches Verdikt an die Brust heftet. Die weiteren Musiker sind: Antony Coleman (Keyboard), David Krakauer (Klarinette), Frank London (Trompete) - beide von den "Klezmatics" (s. Interview in ak 339) -, Mark Dresser (Bass), William Winant (Perkussion) und Mark Feldman (Geige).

John Zorn verwendet in Kristallnacht musikalisch unterschiedlichste Stile: Samples von Synagogengesang werden verwoben mit moderner Klassik, Jazz mit Noise mit Samples von Originalreden mit Hardcore-Elementen. Und natürlich mit Klezmer. Ein bis vor etwa drei Jahren nur wenigen (meist jüdischen) Insidern bekannter Spezialbegriff, erlebt Klezmer im Zuge des World-Music-Booms eine ungeahnte Renaissance. Doch wir wissen ja: Die traditionelle Folklore ist John Zorns Ebene nicht. Auch hier verwebt er verschiedenste Klezmermelodien miteinander, läßt da die Trompete erklingen, dort mal einen Geigenfetzen - und läßt so eine Ahnung entstehen von dem, was das Wesen der Musik ausmacht, die im osteuropäischen Schtetl vor der Ermordung der europäischen Juden gespielt wurde. Zorns Devise auch hier: schnell, knapp, eigentlich.

Mit Kristallnacht gelingt John Zorn das scheinbar Unmögliche. Er schafft ein Hörbild, in dem er unterschiedliche akkustische Quellen so komponiert, daß sie mehr sind als eine bloße Aneinanderreihung von Dokumentationen und Musik. Er provoziert eine geistige Auseinandersetzung mit den verschiedenen Aspekten der "Reichskristallnacht", faschistischer Rassenideologie, Kulturpolitik, verlorener jüdischer Kultur und deren Verarbeitung durch die Kinder und Enkel. Und er vermittelt physisch, was er als Nachfahre der von Deutschen vernichteten Juden empfindet.

Statements zu seinem Werk Kristallnacht verweigert John Zorn. Er verweist auf das Begleitheft zur CD. Ansonsten verhält es sich mit Kristallnacht wie mit jedem Kunstwerk, das diesen Namen verdient: Sein Verständnis macht Mühe, aber es bedarf keiner Erklärungen.

Hartmut Konopka

John Zorn: "Kristallnacht", CD, eva, Vertrieb: 99 Records Berlin

* Anmerkung der Redaktion

Die Titel der einzelnen Teile von Kristallnacht sind im Begleitheft zu der CD in hebräischer Sprache, in Umschrift und in (amerikanischem) Englisch aufgeführt. Die Übersetzung der Titel ins Deutsche geht von deren englischsprachiger Version aus. Es ist naheliegend, daß bei einem solchen "Doppelschritt" - vom

Hebräischen ins Englische, vom Englischen ins Deutsche - Bedeutungsverschiebungen auftreten können. Werden die hebräischen Titel direkt ins Deutsche übersetzt, lautet ihre Übersetzung: 1. Schtetl = kleine Ortschaft. Bezeichnung für kleine (vorwiegend) von Juden bewohnte Ortschaften in Ost- und Südosteuropa, die mit einem Ghettoleben wenig gemein hatten. 2. Lo od = Nie wieder (wörtlich: nicht mehr). 3. Gachelet = (Kohlen-) Glut. 4. Tikun = Verbessern, Ausbessern, Umwandeln. 5. Tsifia = Erwartung. 6. Barzel = Eisen. 6. Gar`in = Kern.

Du drückst dich gegen eine Wand. Männer nähern sich dem Geschäft deiner Eltern. Du bist ein kleines Mädchen. Die Männer werfen mit Steinen. Du versuchst dich so klein wie möglich zu machen. Die Männer kommen näher. Du kannst dich nicht bewegen. Die Gesichter der Männer sind böse und häßlich. Vor deinen Füßen zersplittert eine Fensterscheibe. Die Männer lachen.

Das Geräusch des splitternden Glases und wie du zu dir selbst sagst: "Wenn ich nur am Leben bleibe, wenn ich nur am Leben bleibe." Das wirst du nie mehr vergessen. Und die Gesichter dieser Männer, ihre häßlichen Gesichter.

Tagelang kannst du nicht sprechen. Du willst nicht sprechen. Worte erscheinen dir unangemessen, sinnlos. Du weißt nicht, was du sagen sollst. Du hörst nur immer und immer wieder diesen Lärm. Seit damals weißt du, daß Worte dich im Stich lassen können. Und du weißt nicht, wie du über dein Erlebnis sprechen sollst.

Jahre vergehen. Deine Enkelin sagt: Ewig ist eine lange Zeit, Großmutter. Erinnerst du dich wirklich immer noch an dieses Geräusch. Du sagst ihr: Ja, ich erinnere mich immer noch. Ich werde es nie vergessen. Ich höre diesen Lärm, so als ob es gestern gewesen wäre.

Du gehst schlafen. Du wachst auf. Du gehst schlafen. Du wachst auf. Du wachst immer wieder aus demselben Alptraum auf. Inzwischen hast du verstanden, daß die Geschichte sich wiederholen kann, daß sie sich wiederholen wird. Heute abend erinnern dich die Nachrichten daran, daß eines baldigen Tages jeder, der diese Schreckensnacht durchlebt hat, tot sein wird, und daß es dann niemanden mehr geben wird, der erzählen kann, was damals passierte. Es wird keine Zeugen mehr geben. Du bist eine Zeugin.

Deine Enkelin sieht sich eine Fotografie in einem Buch an. Es ist eine sehr bekannte Fotografie, die ein Geschäft zeigt, das während der Kristallnacht zerstört wurde - der Nacht der zerbrochenen Scheiben (oder - wie du immer denkst -: der zerbrochenen Träume). Das Geschäft auf dem Foto ist nicht weit von dem entfernt, das deinen Eltern gehörte. Das Foto wurde am nächsten Tag aufgenommen. Es liegen Scherben und Schutt auf der Straße. Einige Deutsche gehen an dem Geschäft vorüber. Sie sehen nicht hin. Die Bildunterschrift lautet: "Deutsche Bürger gehen gleichgültig vorbei." Deine junge Enkelin studiert die Gesichter der Passanten. Es fällt ihr schwer, einen Ausdruck auf ihren Gesichtern zu erkennen. Sie sucht nach Spuren der Anteilnahme. Ignoriert die Frau das zerbrochene Fenster, an dem sie vorbeigeht? Hat der Mann Angst, zu sehen, was passiert ist? Was haben sie tatsächlich gefühlt? Deine Enkelin fragt sich, ob sie auch fähig wäre zu solch einer Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit, zu solcher Angst und solchem Haß.

(Lynne Tillman, feministische Autorin aus New York. Aus der Beilage zur CD Kristallnacht, übersetzt von Bernhard Jugel.)

Der Jude stand schon immer vor einer zweifachen Befragung: seiner eigenen und der durch "die anderen". In Wahrheit gibt es keine Chance, dem zu entgehen. Da ihm nie erlaubt wird, das Jüdischsein aufzugeben, ist er gezwungen, die Frage nach seiner Identität zu stellen. Daher ist er von Geburt mit dem Diskurs "der anderen" konfrontiert - und oft hängt sein Leben davon ab.

In der Tat ist es unmöglich, ein unbehelligter Jude zu sein, ein Jude in Frieden. Verankert in den Gewißheiten, die mich zu der Art von Juden gemacht haben, der ich zu sein glaube. Das mag paradox erscheinen, aber genau an diesem Bruch - in dieser Nichtzugehörigkeit auf der Suche nach Zugehörigkeit - liegt es, daß ich ohne Zweifel am jüdischsten bin.

Der Jude stellt nicht nur Fragen: Er ist selbst zur Frage geworden.

(Edmond Jabès. Aus der Beilage zur CD Kristallnacht.)

41. Einstürzende Nahost-Experten. Nach Konzelmann jetzt Scholl-Latour

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Nahost allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak353/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:51

Eine Freundin, der ich Gernot Rotters Enttarnung des "Nahost-Experten" Konzelmann als Urlaubslektüre empfohlen hatte, ließ mich per Ansichtskarte wissen, ihr habe das Buch sehr gut gefallen, allein - sie habe nie ein Buch von Konzelmann gelesen ...

Sehr ähnlich mag es sich mit den meisten LeserInnen des ak verhalten: Von Konzelmann, von Scholl-Latour ebenso, weiß man doch spätestens seit den Talk-Shows während des Zweiten Golfkriegs, daß sie eh "auf der anderen Seite" stehen, Reaktionäre, Rassisten sind. Wieso also deren Mist auch noch lesen, wieso sich von den TV-"Dokumentationen" Scholl-Latours nerven lassen?! Schon recht, Freunde, schon recht.

Überspielt wird mit einer solchen Einstellung aber doch: Es sind eben die Konzelmann und Scholl-Latour - nebst ihren zahlreichen Brüdern und Schwestern im Geiste in Fernsehstudios und Pressebüros -, die entscheidend die Vorurteile und das Feindbild von "dem" Araber, "dem" Islam und die Einbildung einer "unausweichlichen Konfrontation zwischen Islam und Abendland" kraft ihres "Expertentums" in der Öffentlichkeit bestätigen und verstärken - und die politische Debatte, soll sie wirksam sein, findet nun einmal in und mit dieser Öffentlichkeit statt. Zudem ist die Wirkung des Bildes, das diese beiden "Nahost-Experten" ausbreiten, nicht auf die Meinung über Araber beschränkt. Deren Darstellung als das "Fremde", das vom "Selbst" (dem - christlichen - Abendland) so grundlegend verschieden ist, daß es mit "normalen" (= westlichen) Maßstäben nicht zu messen ist, mit denen daher eine Verständigung nicht möglich ist, und die "uns" bedrohen - diese Darstellung kann, ein paar Begriffe und Handlungsorte gewechselt, auch auf den "Asylantenstrom" Anwendung finden. Und speziell im deutschen Raum spielt der "Israel-Faktor" (Arnold Hottinger) in der Haltung gegenüber Arabern und Islam eine gewichtige Rolle: Vollmundige Bekenntnisse zu Israel bedienen sich nicht selten eines anti-arabisch eingestellten Rassismus, zu dem die Konzelmann und Scholl-Latour die "Argumente" liefern. - Eine Ideologie, und hierbei handelt es sich bei den Produkten der Genannten, kann wirksam nur widerlegt werden, wenn sie zumindest in ihren Grundzügen bekannt ist, wenn die "Primärquellen" und die Kritik dieser Quelle bekannt sind.

Wenn die beiden "Experten" hier auch stets nebeneinander erwähnt werden, heißt dies doch nicht, daß sie auch mit der selben Latte zu messen wären. Nachdem Gernot Rotter in seiner Streitschrift Allahs Plagiator Konzelmanns "Expertentum" nachhaltig widerlegt hatte (s. ak 344), schien Scholl-Latours Ruf noch weitgehend unbeschädigt geblieben zu sein. Dessen Feindbild-Präsentation ist allerdings auch subtiler als die Konzelmanns, notfalls kann er immer auf ein paar relativierende Nebensätze verweisen, wo er nicht gleich die eigene Position als "Zitierung" anderer präsentiert. Zudem ist er nicht so blöd wie der etwas tumbe Schwabe, große Teile seiner Bücher von anderen Autoren zu klauen, und schließlich verfügt er offensichtlich in den Medien und bis in die Bonner Gefilde hinein über die besseren Connections.

Die jüngst im Heidelberger Palmyra-Verlag erschienene Aufsatzsammlung Das Schwert des "Experten" - Peter Scholl-Latours verzerrtes Araber- und Islambild läßt jedoch hoffen, daß ihm künftig nicht mehr die Pose des Experten, des Kenners, des Wissenden, des politischen Propheten abgenommen wird. Neben den beiden Herausgeberinnen liefern zwölf AutorInnen, größtenteils IslamwissenschaftlerInnen, eine umfassende Darstellung und Kritik des Scholl-Latourschen Wirkens, wobei häufig zugleich über wesentliche Entwicklungen im Nahen Osten und in Zentralasien unterrichtet wird.

Der Begriff "Feindbild" ist eine zentrale Kategorie bei der Kritik Scholl-Latours. Indes, schreibt Karin Hörner in ihrem Beitrag über Ursachen und Abwehr des Feindbilds, begännen die Schwierigkeiten, wenn man versucht, den Begriff zu erklären. Leider ist gerade dieser, für alle anderen Aufsätze des Buches wesentliche Arbeit sehr knapp ausgefallen. Die in diesem Beitrag verarbeitete Literatur läßt jedoch darauf schließen, daß die Autorin durchaus zu einer ausführlicheren, und damit weniger abstrakten Darlegung in der Lage ist. Im zweiten der einführenden Beiträge skizziert Gernot Rotter das Verhältnis zwischen Europa und dem Orient durch die Jahrhunderte hin: Geschichte und Wiedergeburt eines alten Feindbildes. Dies Feindbild sei nicht mehr der Orient, es seien "die Muslime, und unter ihnen besonders die Araber".

Die Folge von Rezensionen der Bücher Scholl-Latours eröffnet Karin Hörner mit ihrer umfassenden Kritik seines seit 1983 in zehn Auflagen erschienenen Buchs "Allah ist mit den Standhaften: Begegnungen mit der islamischen Revolution", das der Ullstein-Verlag als "Standardwerk", "ein Erlebnis für alle Leser" anpreist: "Peter Scholl-Latour war dabei, (...) ein Augenzeuge ersten Ranges". Wie die folgenden Rezensionen geht auch Karin Hörners Arbeit weit über eine reine Buchbesprechung hinaus. Sie informiert eingangs über Person und Persönlichkeit des ehemaligen Klosterschülers und Legionärs, analysiert Tatsachengehalt, Sprache und Ideologie des Buches sowie die Methode des Autors, sich als Experte glaubwürdig zu verkaufen.

Georg Auernheimer bezieht seine Kritik nicht nur das Buch Das Schwert des Islam. Revolution im Namen Allahs, dessen erste Auflage binnen einer Woche vergriffen war, sondern auch auf die im Januar 91 pünktlich zu Beginn des Zweiten Golfkriegs ausgestrahlte gleichnamige TV-Serie. Georg Auernheimer und Petra Kappert, die Den Gottlosen die Hölle (ebenfalls Buch und TV-Serie) rezensiert, erörtern die spezifische Form des Scholl-Latourschen Rassismus: den "Kulturalismus". "Nach diesem Konzept sind die Kulturen die eigentlichen geschichtlichen Subjekte, nicht etwa die Menschen in der Auseinandersetzung mit ihren Lebensbedingungen und wirtschaftlichen Interessen. Dementsprechend machen sich nicht die Menschen kulturelle Traditionen zu eigen, vielmehr sind sie Geschöpfe ihrer jeweiligen Kultur." Damit wird der Gegensatz der Kulturen (hier: "Islam" und "Westen") "zur entscheidenden Triebkraft der gesellschaftlichen Prozesse". Scholl-Latour leitet aus dieser seiner Weltsicht ab, daß die aus dem Gegensatz von Kulturen resultierenden Konflikte "unausweichlich" und "unüberwindlich" seien. Die politische Botschaft Scholl-Latours in seinem Begleitmaterial zum Golfkrieg war, konstatiert Georg Auernheimer: "Der Golfkrieg war unvermeidlich wie alles, was an Konflikten mit der islamischen Welt noch folgen wird."

Die Bedrohung des Westens durch den Islam ist ebenfalls ein zentrales Thema in Scholl-Latours Algerien-Buch Aufruhr in der Kasbah, das von Sabine Kebir rezensiert wird. (Vorabdruck in ak 352)

Fast eine Pionierleistung ist es zu nennen, daß im Schwert des "Experten" auch der "Dritte im Bunde" einer Kritik unterzogen wird: der Göttinger Soziologe Bassam Tibi, der in der Zeit des Zweiten Golfkriegs neben Konzelmann und Scholl-Latour häufig in die Studios eingeladen wurde. Tibi steht schon seiner Herkunft wegen im Ruf eines wirklichen "Islam-Experten": Er ist in Syrien geboren - also "selber Araber und Muslim". Zudem unterschied er sich von den deutschen "Experten" angenehm durch seine weniger reißerische Ausdrucksweise und seine liberalere Haltung. Gleichwohl gelangen, entwickelt und beweist Dorothee Bölke in ihrem Beitrag über Drei Mann in einem Boot, Tibi, Konzelmann und Scholl-Latour ungeachtet unterschiedlicher Argumentationsstrukturen zum selben Ergebnis: Der "Fundamentalismus" (den Tibi in der "FAZ" als "eine neue Form des politischen, religiös verkleideten Totalitarismus" ausgab) bedroht den Westen, die Konfrontation ist unvermeidlich.

Was macht einen "Experten" wie Scholl-Latour so erfolgreich? Arnold Hottinger, von 1961-92 Nahostkorrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung", und somit ein Berufskollege Scholl-Latours (was aber nicht an Hottinger liegt!) kritisiert, nach einer Darlegung der beruflichen Zwänge, denen die "news hounds" ausgesetzt sind, jene Journalisten, die sich ihrem Publikum als "Historiker" darbieten. Hier liege aber auch das "Erfolgsrezept": "Wenn die Vorurteile des zum Quasi- Historiker gewordenen Berichterstatters mit jenen seines Zielpublikums übereinstimmen, findet er lauten Beifall (...) Das Publikum und der zum Quasi-Historiker aufgerückte Berichterstatter bestätigen und schaukeln einander hoch (...)". Georg Auernheimer, der Scholl-Latours Leserschaft vor allem beim sog. Bildungsbürgertum sieht, nimmt an, daß die Faszination der Beiträge Scholl-Latours aus einer bestimmten Motivkonstellation herrührt: "Die Fernsehzuschauer respektive Leser blicken mit einem gewissen Schaudern auf die Bedrohung, die sie heraufziehen sehen, wobei sie das Gefühl vermittelt bekommen, gleichsam als Eingeweihte eines tieferen Einblicks in die welthistorischen Gesetzmäßigkeiten teilhaftig zu werden. Sie dürfen die ‚Überlegenheit` des ‚Experten` teilen."

Anders als ihre französischen und britischen KollegInnen haben sich die bundesdeutschen IslamwissenschaftlerInnen aus den Niederungen öffentlicher Meinungsbildung herausgehalten. Das Wirken der Konzelmann und Scholl-Latour wurde verachtungsvoll übersehen - womit auch potentielle Interessenten an solider Information den selbsternannten Experten überlassen blieben. Zudem steht die Islamwissenschaft (leider nicht zu Unrecht) im Ruf, nur Eingeweihten Verständliches zu publizieren. Hier zeichnet sich nun jedoch eine Wende ab (in rund vierzig Jahren, spöttelt Arnold Hottinger, könnten die IslamwissenschaftlerInnen aufgeholt haben, was sie in der Vergangenheit versäumten), und es ist vorerst kaum eine tätigere und

nützlichere Reue denkbar, als sie die AutorInnen mit der Diskreditierung Scholl-Latours als "Experte" erbracht haben.

Klaus Mellenthin

Verena Klemm, Karin Hörner (Hg.): Das Schwert des "Experten". Peter Scholl-Latours verzerrtes Araber- und Islambild. Heidelberg (Palmyra) 1993. 284 S., 29.80 DM

42. "Psychologisch ausgetüftelt und ausgedacht"

CD-Datei: daten/aksuche/ak353/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:18

Den Kontrast zwischen den "neuen" und den herkömmlichen Knästen verdeutlicht das folgende Interview mit einer ehemaligen sozialen Gefangenen aus dem nach ähnlichen Konzepten wie Weiterstadt neu errichteten Frauengefängnis Berlin/Plötzensee. Er zeigt, wie das anhand der Hochsicherheitstrakte entwickelte Instrumentarium fein abgestuft auf "normale" Gefangene angewendet wird. Der Beitrag ist dem Info "Neues vom Knast" der Berliner "Knast-AG" entnommen und ebenfalls in der Darmstädter Bunte-Hilfe-Broschüre enthalten.

(...) Und die Architektur des Knasts, wo ja auch schon viel drüber geredet wurde, wie hat die auf dich gewirkt?

Die Lehrter ist halt ein alter Bau, aber da gibt's noch Holzfußboden, so Parkettfußboden gibt's da in der Zelle drin, naja, es ist zwar alt, aber irgendwie hat's noch was natürliches an sich. Wenn man z.B. den Holzfußboden nimmt, der ist wenigstens noch natürlich, und der neue Knast Plötzensee, da ist alles betoneingelassen wie in den Zellen von Hochsicherheitstrakten, da gibt's keine Ritzen und keine Fugen, des ist alles so wie ein Guß: Boden, Wände, die Decke, es ist alles eins, und der Boden, der gibt nicht nach, der Boden ist genauso Beton wie die Wand oder wie die Decke und das ist alles gleich. Die Gänge zwischendurch, z.B. auf Besucherzentrum, was auch die Besucher mitkriegen, das sind so grüne Linoleumböden, die völlig geräuschlos sind, wenn man da draufgeht, daß da überhaupt kein Ton zu hören ist, wenn da ein Mensch draufläuft. Man geht immer gleich, man geht entweder auf grünem Linoleum oder man geht auf Beton. Die Decken, die Höhe in der neuen Plötze, die drückt halt irgendwie mit der Zeit auf den Kopf. Die Deckenhöhe, die ist überall gleich. Die Flure, die Stationen, das ganze Haus, überall wo man hingeht, man hat nie Unterschiede. Also ich hab mir nach 'ner Zeit in der Plötze einfach 'nen andern Gang angewöhnt, und zwar 'nen gedrückten Gang, das wurde mir gesagt. Weil ich eine war, die am längsten dadrin war. Mir wurde gesagt, ich nehme 'ne Haltung an, die daraufhindeutet, als wenn mir jemand von oben immer draufdrückt. Total zusammengesunkene Haltung, weil ich einfach gefühlsmäßig dann immer dieselbe Höhe hab, ich hab da nie 'nen Unterschied, nur wenn ich in der Freistunde bin, dann ja, dann hab ich über mir nichts, ansonsten immer gleich. Da merk ich halt dran, daß die Plötze wirklich so psychologisch ausgetüftelt und ausgedacht worden ist, daß man da mit der Zeit 'nen Schaden wegkriegt, 'nen Haftschaden, aber so 'nen Haftschaden, der eben nicht mehr zu reparieren ist, der also richtig in den Kopf reinknallt, ohne daß man es merkt. Ich finde die Bauweise am allerschlimmsten. In Plötzensee kommt man sich vor wie im Hochsicherheitstrakt, im neuesten und modernsten, was es gibt. (...)

Was hat sich dadurch geändert, daß die Frauen alle in 10er bzw. 15er "Wohngruppen" aufgeteilt sind?

In der Lehrter, da war mehr los. Da waren auf der Station, wenn die voll war, 40 Leute, manchmal sogar noch mehr. Man hat viel neues gehört, man konnte mit vielen verschiedenen Leuten sprechen, es gab viele verschiedene Cliquen untereinander, wo man sich immer hat was holen können und wo man viel erfahren hat. In Plötzensee haben sie eben 10 Leute auf einer Station, das ist dann eine Gruppe, und diese Leute müssen dann praktisch ihre ganze Haftzeit über zusammen sein. Manche sind eben nur kurz da, dann kommt eben wieder jemand neues, aber so ein Teil 5 z.B. sind dann über Monate hinweg oder aber auf anderen Häusern über Jahre hinweg mit diesen Leuten zusammen. Man erfährt nichts Neues, da kommt nichts rein, da geht nichts raus, da bleibt immer alles auf einer Station. Denn die Stationen sind abgeschlossen, man kann nicht auf 'ne andere Station, jemand drüben besuchen gehen, das gibt's nicht, die Stationen sind untereinander richtig zu, und zusammen kommt man nur, wenn man z.B. im selben Arbeitsbetrieb arbeitet oder wenn diejenigen Arbeiter dann zusammen in die Freistunde gehen. Das ist also die einzige Möglichkeit für Kommunikation oder für neue Kontakte oder einfach nur für quatschen. Bei Langstrafern haben die nicht nur 10, sondern 15 Leute auf der Station, weil es eben Langstrafer sind, und weil dann 10 Leute zuwenig wären, weiß ich, wenn da jemand 10 Jahre sitzt, dann mit den selben Leuten zusammen, daß da überhaupt keine Abwechslung reinkommt, deswegen haben die da 15 Leute reingenommen.

Da sind eben die Türen bis abends offen, des Haus ist zu und die Türen sind offen. Im Drogenabhängigenbereich und allen Stationen, die als problematisch gelten, haben sie alles untereinander aufgeteilt, da ist zu, da kann keiner zum anderen abends. (...)

43. Offener Brief eines Gefangenen

CD-Datei: daten/aksuche/ak353/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:19

In einem Offenen Brief widerspricht der Gefangene Peter Maager (JVA Schwalmstadt) der Äußerung der hessischen Justizministerin Hohmann-Dennhardt, "der Anschlag wird den humanen Strafvollzug in Hessen um wenigstens sechs Jahre zurückwerfen":

(...) Ich bin der Meinung, daß der Anschlag uns Betroffene um wenigstens 25 Jahre voranbringt!

Für diese von Ihnen vermutlich unverstandene These spricht:

1. wird es nun an Ihnen und der Landesregierung liegen, umgehend "Alternativen" zu entwickeln, um den U- und Strafvollzug radikal zu verändern, wobei nur die gesetzlichen Normen wieder ihre Gültigkeit erlangen sollen. Dazu gehören

2. beschleunigte Verfahren

3. Entlassung aller kranken Gefangenen einschließlich der AIDS-infizierten Gefangenen

4. Entlassung zum frühestmöglichen Zeitpunkt (gesetzliches Muß) bei 1/2 bzw. 2/3 der Strafen und nicht, wie es z. Zt. ist, bei Rest oder Endstrafe!

5. Ausbau des Freigängers

6. Überprüfung der Sicherheitsverwahrten

Als unmittelbar Betroffener muß ich Ihnen und auch Ihren Vorgängern gewisse Vorhalte machen:

1. U-Haft bis zu acht Jahren war möglich in Hessen und keine Ausnahme.

2. Strafhaft praktiziert man seit längerer Zeit vermutlich unter dem Motto: besser in Haft als in Freiheit (vermutlich als Vorbeugeprogramm); 1/2-Strafe nie, 2/3-Strafe Zufall.

3. Lebenslängliche sind bis zu 38 Jahre in Haft (R.L. wird am 31.3.93 in ein Altenpflegeheim abgeschoben).

4. Einzelstrafen werden über 15 Jahre festgehalten, ohne Mörder zu sein.

5. Ausländische Mitgefangene werden teilweise bis zum 2/3-Zeitpunkt festgehalten, obwohl es mit den Heimatländern Abkommen gibt.

6. Drogenabhängige werden auch weiterhin inhaftiert. M.E. sind sie krank und gehören nicht in den Vollzug.

7. Psychisch angeschlagene Gefangene gehören umgehend fachärztlich behandelt und nicht weggeschlossen.

Diese Beispiele könnten um viele weitere Punkte erweitert werden; dieses setzt aber voraus, daß die Fachministerin den Willen & die Kraft hat, nun endlich aktive Vollzugspolitik zu betreiben und nicht weiter mit dem Ausbau sinnloser Neubauten den Vollzug voranbringen will! (...)

44. Quelldatei 31.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak353/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:31

Kalender

Kurden

Die Arbeitsgruppe Kurdologie an der Universität Hamburg lädt zu einer Ringvorlesung ein, deren Programm Vorträge ganz unterschiedlicher Disziplinen vereint. Allen Interessierten soll Gelegenheit zu einem Einblick in die diversen Facetten kurdischer Geschichte und heutiger Existenz gegeben werden.

15.4.: Kurdistan im Umbruch. Gesellschaft und Politik. (Dr. Kendal Nezan, Institut Kurde, Paris)

22.4.: Die kurdische Republik Mahabad 1946 (Dr. Golmorad Moradi, Universität Heidelberg)

29.4.: Das kurdische Nationalepos Mem u Zin (Feryad Fazil Omar, Freie Universität Berlin)

6.5.: Kurdologie als Spiegel der politischen Situation (Prof. Dr. Joyce Blau, Institut national des langues et civilisations orientales, Paris)

- Die Vorträge beginnen jeweils um 18 Uhr und finden statt im Hörsaal M, Hauptgebäude der Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1.

APO 1968 - Filme zur Revolte

Die Erinnerung an den großen gesellschaftlichen Aufbruch, ausgelöst von der Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 (warum immer von "68" die Rede ist, wird der Kalender-Redakteur wahrscheinlich nicht mehr begreifen), ist völlig verblaßt. Wird über "68" und die APO gesprochen oder geschrieben, geschieht es häufig nur noch in diskreditierender Absicht. Eine vorzügliche Möglichkeit - insbesondere für all die, die "damals" nicht dabei waren -, zumindest Ausschnitte der damaligen Protest-Wirklichkeit kennenzulernen, bietet das Berliner "Haus der Demokratie" in einer Veranstaltungsreihe mit Filmen über die APO, die größerenteils während der Jahre 1967-69 entstanden sind und von Aktivisten der APO gedreht wurden. Besonders zu empfehlen sind Thomas Giefers Dokumentation der Ereignisse um den Besuch des persischen Schahs und den Tod von Benno Ohnesorg Berlin, 2. Juni 1967 und Roman Brodtmanns Beobachtungen unter deutschen Gastgebern am 2. Juni 1967 Der Polizeistaatsempfang sowie Kurt Rosenthals Darstellung der APO und der Springer-Blockaden 1968 Von der Revolte zur Revolution.

16.-18.4. im "Haus der Demokratie", Friedrichstr. 165, Berlin. Das genaue Programm ist dortselbst zu erfragen.

Menschen im Exil

Der "Doyen" unter den deutschen Exilforschern, Hans-Albert Walter, setzt seine mit einer Darstellung des Lebens und Werks Arnold Zweigs begonnene Vortragsreise (s. Kalender, ak 352) unter dem Thema Das Exil - ein seelischer Ausnahmezustand fort. Vorwiegend literarisch Interessierten wie "reinen Politikern" gleichermaßen zu empfehlen!

20.4.93, 20 Uhr. Büchergilde Ludwigshafen, Jägerstr. 7

22.4.93, 20 Uhr. Büchergilde Heidelberg, Kleinschmidtstr. 2

27.4.93, 20 Uhr. Büchergilde Darmstadt, Am Marktplatz 10.

Generalplan Ost

Karl Heinz Roth, Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, spricht im Rahmen der Ausstellung Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-1945 über den "Generalplan Ost" - "Gesamtplan Ost", die von einer Wissenschaftlerelite erarbeitete Planung einer nazistischen Unterwerfung ganz Osteuropas und der Ermordung oder Versklavung seiner Bevölkerung.

27.4.93, 19.30 Uhr. Museum für Hamburgische Geschichte, Holstenwall 24, Hamburg.

Die Ausstellung ist bis zum 11.5.93 dienstags bis sonntags von 10-18 Uhr zu besichtigen.

Weltveränderung

Die unter dem sowohl heiteren wie nicht unbescheidenem Namen Trierer Institut für angewandtes Denken im trauten Butzweiler residierende Einrichtung lädt anläßlich des 175. Geburtstags des zweifellos größten Sohns der Stadt Trier zur Veranstaltungsreihe Die Welt verändern. Konzepte des radikalen Humanismus. Redend, singend und spielend beteiligen sich an dem Unternehmen u.a. Gregor Gysi ("Totgesagte leben länger"), Joseph Weizenbaum ("Macht - Technik - Menschen"), Christian Geissler, Sabine Peters (Literaturgespräch) und das Theaterprojekt "Kulturbeutel" ("Planet des Ungehorsams").

3.-9.5.93 in Trier. Programm erhältlich bei: TIFAD, Im Mont 12, 5501 Butzweiler.

Nationalismus und Linke

Das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) lädt in Zusammenarbeit mit den Redaktionen von "Sozialismus", "SoFo", "Z.", "Utopie kreativ" und "isw - sozialökonomische Wirtschaftsforschung" zu der Tagung Nationalismus, Rassismus und die Linke. Die Themen sind: 1. Weltmarkt, Internationalisierung und linke Alternativen bzw. Utopien; 2. Die Renaissance des Nationalismus und das Selbstverständnis der Linken (Osteuropa - Westeuropa); 3. Die Linke in der Festung Europa: Immigration, Zivilisationschauvinismus und Rassismus.

8./9.5.93 in Frankfurt. Anmeldung und Programm bei: IMSF, Kölner Straße 66, Frankfurt/M.

Deutsche Militärpolitik

Auf einem Wochenendseminar der DFG/VK soll die deutsche Militärpolitik im Rahmen der "Neuen Weltordnung" erörtert werden. Es referieren: Andrea Lederer, Jens Naumann, Randolph Mikutta und Katrin Vogler.

8./9.5.93 in Hannover. Anmeldung bei: DFG/VK, Ferdinand-Wallbrecht-Str. 9, 3000 Hannover 1.

Rassismus in Europa

Zu einem Zeitpunkt, wo vorwiegend nur Arbeitslosen und säumigen Studenten die Teilnahme möglich ist - von Montag bis Freitag mit einem Feiertag mittendrin - lädt die Inprekorr-Strömung zu einem Seminar über "Recht und Rassismus in Europa - Erscheinungsformen, theoretische Erklärungsansätze und Gegenstrategien".

17.-21.5.93, Amsterdam. Programm und Anmeldung über: Inprekorr, PF 110328, 1000 Berlin 11

USA

Wer auf dem Times Square in New York die Uhrzeit erkunden will, wird zu Recht irritiert sein, wenn er auf einer Uhr anstelle der Zeit eine Digitalanzeige mit der Zahl 4.231.645.184.000 liest. Tatsächlich handelt es sich hier um die Höhe der Staatsverschuldung der USA (in Dollar) - Stand Mitte März 93. Als ein Geschäftsmann am 22.2.89 diese "Uhr" installieren ließ, stand sie auf 2.700.000.000.000. Derzeit nehmen die Schulden dieses "reichsten Landes der Welt" pro Sekunde um 13.000, pro Tag um 1,12 Milliarden Dollar zu. (Nach SZ, 26.3.93)

45. LeserInnenbriefe

CD-Datei: daten/aksuche/ak353/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:33

Angola

Betr.: Giftgas sowjetischen Ursprungs in Angola

Ihr Lieben,

vor etwa zwei Jahren erfuhr ich im ak mehrere sehr harte Angriffe, die sich auf meine Behauptung bezogen, in Angola sei Giftgas sowjetischen Ursprungs zur Anwendung gekommen. Die Begleitumstände, wie diese Behauptung (damals in der taz und einigen TV-Medien erhoben) damals im AK kommentiert wurde, war für mich außerordentlich verletzend: in Teilen unfair.

Seit wenigen Wochen, auch ihr werdet das bemerkt haben, steht nun wohl fest, daß die behauptete Tatsache auch eine war. Rupert Neudeck, sein Sprengmeister Uwe Silge, eine Anzahl von Fachtoxikologen haben sich ausnehmend mit den sowjetischen Phosgen-Bomben (Granaten) beschäftigt: per Fachgutachten, und auch per Bild und Dokumentationsmaterial, das nicht zuletzt diese Waffen selber in aller Konkretion präsentiert. Abgesehen von diversen Veröffentlichungen von FAZ bis FR (demnächst auch wohl in der taz) zuletzt zu sehen im Magazin der Süddeutschen Zeitung im Vox-TV am 9.2. um 21.15 Uhr. In dieser Sendung wurden auch erneut die Opfer gezeigt, schwer betroffene Menschen, die ganz offensichtlich durch erhebliche Störungen des zentralen Nervensystems gezeichnet sind.

Ich hoffe auch in ihrem Interesse, daß der ak durch eine entsprechende Veröffentlichung seine damaligen Veröffentlichungen korrigiert, die leider nicht nur Gegenansichten waren, sondern mir gegenüber in der Form ironisch-abfälliger Denunziation erfolgten.

Dies zu dementieren, wäre jetzt ein Gebot der Fairness und Solidarität.

Mit besten Grüßen

Hans Branscheidt (11.2.93)

Anm. der ak-Redaktion:

Hans Branscheidt spielt an auf einen ak-Artikel in Nr.310 vom 18.9.1989: "`taz' entdeckt kubanisches Giftgas". Autor des diesbezüglichen taz-Berichts war Hans Branscheidt. Dort wurde u.a. behauptet, die in Angola stationierten kubanischen Truppen hätten neu entwickelte chemische Waffen aus sowjetischer Produktion zum Einsatz gebracht: Von chemischen Binärbomben war dort ebenso die Rede wie von hochmodifizierten Stoffen, die von gängigen Identifizierungssystemen nicht erfaßbar seien. "Angola dient als Testfeld für neue sowjetische Waffen." (taz, 25.8.89)

Auf unsere Darlegung, daß diese Behauptungen aus ziemlich trüber Quelle - nämlich Angaben von der UNITA nahestehenden Experten - gefischt seien, antwortete Hans Branscheidt in ak 312 (13.11.89) u.a.: "Ich ziehe also gerne den anklagend auf die Kubaner gerichteten Zeigefinger zurück. Aber, wie gesagt, der Verdacht, daß in Angola Giftgas eingesetzt wurde, ist weniger aus der Welt als je zuvor." Ähnliches hatten auch wir damals als Möglichkeit in Rechnung gestellt, allerdings mit dem doch wesentlichen Zusatz, daß Südafrika Giftgase in Angola eingesetzt haben könnte. (vgl. auch ak 312)

Schließlich druckten wir in ak 313 vom 11.12.89 eine gemeinsame Stellungnahme der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba und medico international ab (für letztere unterzeichnete Hans Branscheidt), in der es u.a. hieß: "... stellen wir fest, daß es keinen Beweis dafür gibt, daß kubanische Truppen in Angola Giftgas eingesetzt haben, und weisen deshalb die im oben genannten TAZ-Artikel (vom 25.8.89, Anm. ak) aufgestellte Behauptung zurück."

Bei den jetzt von Mitarbeitern von Cap Anamur in einem Lager bei Xangongo aufgefundenen C-Waffen handelt es sich um 18 Phosgen-Granaten sowie laut Aussagen des Cap-Anamur-Mitarbeiters Uwe Silge "mit neunzigprozentiger Sicherheit" um mit Lost gefüllte Granaten. Beide Stoffe kamen bereits im Ersten Weltkrieg zum Einsatz. Nach Angaben des Cap-Anamur-Mitarbeiters Ehlers "ist nicht klar, ob die Granaten von der

UNITA oder der MPLA stammen, da Waffen beider Seiten nach dem Friedensabkommen von 1991 an solchen Stellen gelagert wurden".

In einem zweiten Lager bei Cahama fanden sich 60 sowjetische SAM 5-Trägerraketen, die, so die NZZ vom 13.2., "zwar keine Sprengköpfe trugen, aber den hochgiftigen, als Sarin bekannten Stoff enthalten". Die NZZ meint darum folgende Schlußfolgerung ziehen zu können: "Die Herkunft der mit Giftgas gefüllten Gefechtsköpfe in Angola mag im Felde nicht eindeutig zu eruieren sein ... die Tatsache, daß SA-5-Missile als Träger gefunden worden sind, dürfte freilich schon sehr eindeutig auf die MPLA-Regierungstruppen oder deren Helfer aus dem damaligen Ostblock hindeuten, die im Krieg gegen die Unita mehrfach des Giftgasgebrauchs beschuldigt worden waren." Es folgt ein Neuaufguß der alten Falschinformationen.

Laut "Weekly Mail" (Johannesburg) vom 12. bis 18.2., der wir auch die anderen Informationen und Zitate entnahmen, verhält es sich nach den Angaben von Ehlers freilich anders: Die SAM 5-Raketen enthalten einen Treibstoff, der zu einem Viertel eine hochgiftige Substanz, nämlich ein Nebenprodukt von Sarin enthält.

Eine Anfrage unsererseits bei Cap Anamur zur Überlassung von Material wurde bisher nicht beantwortet.

Kuba

Betr.: Kuba-Artikel (ak 352)

Die Schilderung der negativen Begleiterscheinungen des Massentourismus in Kuba (Prostitution; Zwei-Klassen-Gesellschaft; Werbung für ein System, das die Dollar-Währung hervorbringt; junge Menschen, die dem Sozialismusmodell vollkommen entfremdet sind) macht hilflos und ohnmächtig.

Der Autor des Kuba-Artikels hätte aufzeigen müssen, wie man als Einzelner gegensteuern kann (außer dem Spendenaufruf für Medikamente), indem er z.B. auf die Existenz der Solidaritätswerkstatt e.V. in Darmstadt (Taller de Solidaridad) hingewiesen hätte, eine Gruppe, die Ersatzteile für Kubas Basisindustrie beschafft, vornehmlich aus der ehemaligen DDR, mit der Kuba früher stark wirtschaftlich zusammenarbeitete.

Wolfgang, Rickling

Die Berichte der Solidaritätswerkstatt - Taller de la Solidaridad sind zu beziehen über: Solidaritätswerkstatt e.V., Ludwigshöhe 42, 6100 Darmstadt. Einzelheft DM 1.- plus Porto. - ak-Redaktion

Nicht sozialistisch

Betr.: Leserbrief "Norwegische Linke nicht vergessen" (ak 352)

Liebe Redaktion,

beim Abdruck meines Leserbriefs ist euch ein sinnentstellender Satzfehler unterlaufen. Statt "den von der sozialistischen Regierung geplanten EG-Beitritt abzuwehren" muß es heißen: "sozialdemokratische Regierung". Bitte korrigiert euren Satzfehler.

Mit freundlichem Gruß

P., Flensburg

46. Quelldatei 36.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak353/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:36

Dateiname: 38.txt

ak: 353

Redaktion: kt

Erfassung: kt

VP-Bearbeitung/Rechner:at-3

Korrekturen/Rechner: kla/at4

Tadschikistan -- von der Regierungskoalition ...

Tadschikistan zeichnet sich im Vergleich mit den anderen zentralasiatischen Republiken durch ein breit entwickeltes politisches Spektrum sowie durch einen ungefähren Gleichstand der Hauptkräfte aus. Diese "Pattsituation" einerseits und auf der anderen Seite die Unfähigkeit, solide Kompromisse zu finden und sich darauf einzulassen, sind die beiden entscheidenden Voraussetzungen für den Ausbruch und die Dauer des Bürgerkriegs.

Das unterscheidet die Republik grundlegend von ihren ex-sowjetischen Nachbarn, wo bisher keine vergleichbaren Konflikte entstanden sind, ja die gegenüber den anderen Nachfolgestaaten der UdSSR sogar als auffallend "stabil" und ruhig gelten. Die Voraussetzungen dieser Freiheit von Konflikten sind allerdings sehr unterschiedlich:

-- In Usbekistan und Turkmenistan regiert noch unangefochten und geistig kaum erneuert die alte politische Klasse mit der "bewährten" Mischung aus Massenkonsens (oder Apathie) einerseits und Repression andererseits. Die kommunistische Partei führt, nur oberflächlich umbenannt, nach wie vor die Regierungsgeschäfte. In Usbekistan entstand schon in der Endphase der Gorbatschow-Ära eine differenzierte islamische Oppositionsszene, die heute in die Illegalität gedrängt ist. Die usbekische Regierung hat jede Opposition auf religiöser Grundlage verboten, ebenso sogar den Religionsunterricht an Schulen.

-- In Turkmenistan regiert der alte Präsident und KP-Vorsitzende nach wie vor, nachdem er im Juni 1992 mit dem traditionsreichen Ergebnis von 99,5 Prozent wiedergewählt wurde. Er hat gleich nach dem Moskauer Putsch (August 1991) die KPdSU verboten und eine neue Staatspartei gegründet, deren Vorsitz er übernahm.

-- In Kyrgystan regiert seit Oktober 1991 Präsident Akajew mit einem ähnlich verdächtigen Ergebnis von 95 Prozent. Er gilt jedoch als liberaler Demokrat und muß gegen ein Parlament anregieren, das noch unter dem alten System gewählt wurde, also fast ausschließlich aus Kadern der KP besteht, die sich in Demokratische Bewegung der Volkseinheit umbenannt hat. Er hat es demnach von den Voraussetzungen her ähnlich schwer wie Boris Jelzin, und es ist verblüffend, daß man dennoch nichts über Auseinandersetzungen hört.

-- Nasarbajew, der schon seit Sommer 1989 Staatschef Kasachstans ist, gilt nach Umfragen als einer der populärsten Politiker im Gebiet der früheren Sowjetunion. Auch er gilt als liberaler Demokrat -- mit den Einschränkungen, zu denen ein Wahlergebnis von 98,8 Prozent (Dezember 1991) wohl Anlaß sein muß. In Kasachstan spielt, aufgrund seiner speziellen historischen Voraussetzungen, die "islamische Renaissance" keine nennswerte Rolle, schon gar nicht als politischer Faktor.

-- In Tadschikistan mußte der frühere Präsident Machkamow zurücktreten, weil er den Moskauer Putsch unterstützt hatte. Sein Nachfolger Aslonow verbot im September 1991 die mittlerweile schon in Sozialistische Partei umbenannte KPdSU und ordnete die Beschlagnahmung ihres Vermögens an. Das noch aus KP-Kadern zusammengesetzte Parlament erklärte daraufhin Aslonow für abgesetzt, setzte die Verbotsverfügung außer Kraft und verhängte den Ausnahmezustand. Dieser mußte aber schon Anfang Oktober 1991 wieder aufgehoben werden, nachdem es tagelang Massendemonstrationen in der Hauptstadt Duschanbe gegeben hatte. Dieses Konfliktszenario zwischen der alten politischen Klasse, verkörpert im Parlament, und Massenmobilisierungen sollte sich in den nächsten Monaten mehrmals wiederholen.

Bei der Neuwahl des Präsidenten im November 1991 siegte der frühere (1985 abgelöste) KP-Vorsitzende Nabijew mit 57 Prozent, während sein Gegenkandidat -- der Vorsitzende der Union der Filmschaffenden der UdSSR, Chudonasarow -- auf rund 37 Prozent kam. Hinter diesem stand ein Bündnis von drei Oppositionsparteien:

-- Die Rastoches (Wiedergeburt), die schon 1989 entstand und den nationalistischen "Volksfronten" in anderen Unionsrepubliken ähnelte. ("Rückbesinnung" auf tadschikische Geschichte, Kultur, Sprache).

-- Die im August 1990 gegründete Demokratische Partei, die in ihrem Programm Demokratisierung nach westlichem Muster verbindet mit einer "nationalen Erneuerung" Tadschikistans.

-- Die ebenfalls 1990 als unionsweite Organisation gegründete Islamische Renaissance Partei. Sie wurde in Tadschikistan zunächst verboten und offiziell erst im September 1991 legalisiert. In Usbekistan und Turkmenistan ist sie nach wie vor nicht zugelassen und wird verfolgt. Diese Partei enthält radikale, reaktionär-islamistische Kräfte, ebenso aber auch "gemäßigte".

-- Regionale Bedeutung hat außerdem die im Oppositionsbündnis mit vertretene Organisation Lali Badachschan. Sie setzt sich für größere Selbständigkeit des Autonomen Bezirks Gorno Badachschan (Pamir-Gebiet) ein, der sich im Frühjahr 1992 eigenmächtig zur Autonomen Republik erklärte.

Im März 1992 brach der Konflikt zwischen Regierung und Oppositionsparteien um den weiteren Weg der Republik und um die Staatsmacht offen aus. Tausende von Demonstranten forderten wochenlang den Rücktritt Nabijews; es gab aber auch Gegenkundgebungen. Im April 1992 erzwangen militante Oppositionsanhänger, indem sie Abgeordnete und Minister als Geiseln nahmen, die Ablösung des "altkommunistischen" Parlamentspräsidenten Kendschajew.

Anfang Mai 1992 spitzte sich die Lage in Duschanbe zu bewaffneten Kämpfen um Regierungsgebäude, Fernsehsender und Flughafen zu, während gleichzeitig schon über einen Vorschlag Nabijews an die Oppositionsparteien verhandelt wurde, sich an der Regierung zu beteiligen. Militärisch behielt die Opposition die Oberhand und konnte alle "strategischen Punkte" der Stadt einnehmen; der Kommandant der Nationalgarde wechselte auf ihre Seite über.

Aus dieser Position der Stärke stimmte die Opposition dann einem Beitritt zur Regierung zu, wobei ihr acht von 24 Ministerien zufallen sollten.

Das Koalitionsabkommen vom Mai 1992 sah unter anderem den Verzicht Nabijews auf die ihm vom Parlament verliehenen Sondervollmachten und die Aufhebung des Ausnahmezustands vor. Die ihm persönlich unterstellte Präsidentengarde sollte entwaffnet, Geheimdienst und "Verteidigungskomitee" sollten der Regierung unterstellt werden. (Ein Hinweis auf die Existenz verschiedener "unkontrollierter" bewaffneter Staatsorgane). Außerdem wurde vereinbart, erst einmal keine Demonstrationen mehr stattfinden zu lassen; die Milizen aller Seiten sollten ihre Waffen abliefern.

... zum Bürgerkrieg

Es zeigte sich schon an diesem Punkt, daß die Opposition sehr uneinheitlich war und wohl auch ihre Anhänger nicht vollständig unter Kontrolle hatte. Jedenfalls kam es sofort in Duschanbe zu neuen bewaffneten Angriffen von radikalen Kräften, denen das Koalitionsabkommen nicht weit genug ging oder die überhaupt gegen einen Kompromiß mit den "Altkommunisten" waren. Aus der Stadt Kuljab im Süden Tadschikistans wurden Kämpfe zwischen "rivalisierenden muslimischen Gruppen" gemeldet, an denen sich auch Anhänger Nabijews beteiligten.

Im Sommer 1992 befanden sich Teile Tadschikistans, obwohl in Duschanbe immer noch eine Koalitionsregierung formal die Macht ausübte, im Bürgerkrieg. Das betraf vor allem die Gebiete von Kuljab und Kurgan-Tjube, ebenfalls im Süden Tadschikistans. Über 100.000 Menschen waren schon auf der Flucht; viele davon kamen nach Duschanbe und stärkten dort das radikale, zum Gewalteinsatz leicht mobilisierbare Potential.

Anfang September erzwangen der Opposition nahestehende Kräfte durch militante Demonstrationen und bewaffnete Angriffe in Duschanbe die Flucht und den Rücktritt Nabijews. Übergangspräsident bis zu

Neuwahlen, die am 13. Dezember stattfinden sollten, wurde der Oppositionspolitiker Iskandarow; neuer Regierungschef wurde Abduladschanow, der sich schnell als Figur der "altkommunistischen" Kräfte erwies.

In verschiedenen Landesteilen nahmen die Kämpfe an Schärfe und Umfang zu. Dabei gelang es "altkommunistischen" Kräften offenbar, sich nicht nur in der als ihre Hochburg geltenden Region Kuljab zu behaupten, sondern auch die Herrschaft über Kurgan-Tjube zu übernehmen. Zwei Versuche, auch in der Hauptstadt die Regierungsgebäude und den Fernsehsender zu erobern, scheiterten im Oktober und Anfang November.

Mitte November erklärten Iskandarow und die Regierung ihren Rücktritt, mit der Begründung, den Weg für Neuwahlen frei machen zu wollen. Tatsächlich bedeutete das bereits die politische Niederlage der Opposition und den entscheidenden Schritt zur Rückgabe der Macht an die "Altkommunisten". In Chodschent im äußersten Norden Tadschikistans, der zu keinem Zeitpunkt umstrittenen Bastion der alten KP, trat erstmals seit Monaten wieder das noch unter dem alten System gewählte Parlament zusammen. Es setzte Iskandarow ab, machte an seiner Stelle Rachmanow (führender Regionalpolitiker aus Kuljab) zum neuen Parlaments- und Staatschef, und beauftragte Abduladschanow erneut mit der Regierungsbildung. Im Dezember wurden die Milizen der Opposition aus Duschanbe vertrieben. Eine Offensive mit dem Ziel ihrer definitiven Zerschlagung wurde östlich der Hauptstadt sowie im Pamir-Gebiet eingeleitet. Ein Gerichtsverfahren gegen mehrere Führer der Oppositionsparteien und gegen das (als Vertreter der "Gemäßigten" geltenden) islamische Oberhaupt Turadschosonda wurde eingeleitet.

Die heute in Tadschikistan herrschenden Kräfte suchen offenbar nicht nach Wegen, sich mit Teilen der durchaus differenzierten Opposition zu verständigen, sondern streben nur den totalen militärischen Sieg an. Von diesem sind sie aber vermutlich noch weit entfernt. Das Land hat in seinen geographischen Strukturen, aber auch in seiner sozialen und politischen Situation große Ähnlichkeiten mit dem Nachbarstaat Afghanistan -- einschließlich aller Voraussetzungen für einen langen Bürgerkrieg mit einer Verselbständigung der Kräfte und wechselnden Koalitionen. Die Verbindungen verschiedener Oppositionskräfte nach Afghanistan sind eng. Es ist kein Geheimnis, daß dort ihre Milizen ausgebildet wurden, daß von dort ein Teil ihrer Waffen geliefert wurde, daß dort heute auch ihre Rückzugsgebiete und Nachschubwege sind. Eine wesentliche Basis der Verflechtung beider "Kampffronten" liegt darin, daß es in Afghanistan eine zahlreiche tadschikische oder iranisch sprechende Bevölkerung gibt -- etwa ein Viertel der Gesamtheit.

Ende März/Anfang April wird gemeldet: Safarow und Saidow wurden in Kurgan-Tjube erschossen aufgefunden. Safarow, der wegen krimineller Delikte viele Jahre in sowjetischen Gefängnissen verbracht hatte und sicher keine Gestalt aus dem Bilderbuch des vorbildlichen Kommunisten war, avancierte im Bürgerkrieg als Führer anti-moslemischer Streitkräfte zum "Helden Tadschikistans". Saidow wird jetzt in den Pressemeldungen als sein Rivale bezeichnet. Ob sie sich gegenseitig getötet haben, ob Saidow erst Safarow erschoß und dann von dessen Leibwache getötet wurde, ob beide zusammen vielleicht "nur" einen Autounfall hatten, oder ob sie gar einem Angriff der bewaffneten Opposition zum Opfer fielen, ist im Gewirr der Versionen noch ungeklärt. Die auch nicht unwahrscheinliche Erklärung, daß beide von Agenten im Auftrag der Regierung oder russischer Dienststellen "liquidiert" wurden, tauchte bisher noch nicht als Gerücht auf. Eine Interpretation besagt, daß Safarow sich auf die Forderung der Regierung einlassen wollte, die unkontrollierten Milizen zu entwaffnen, Saidow jedoch dagegen gewesen sei. Eine andere Version spricht lediglich davon, daß die Entwaffnung der "wilden" Truppen seit längerem ein Streitpunkt zwischen der Regierung und den Milizführern gewesen sei.

Sicher ist einerseits, daß die "regierungstreuen" Milizen für die Regierung in Duschanbe zu Geistern geworden sind, die man zwar gerufen hatte, aber nun nicht wieder los wird. Andererseits bleibt die Regierung auf diese Hilfstruppen angewiesen, da sie aus eigener Kraft wohl kaum zum militärischen Sieg über die Oppositionskräfte in der Lage sein wird. Bliebe nur die auch im Verlauf der sowjetischen Intervention in Afghanistan schon mal praktizierte Methode: Heftige Selbstkritik wegen "sektiererischer Überspitzungen" üben, ein paar Leute als Sündenböcke absetzen, den einen oder anderen vielleicht auch hinrichten, und dann eine Politik der Öffnung auf die muslimischen und anderen oppositionellen Kräfte hin versuchen.

(wird im nächsten AK fortgesetzt)

Kt., 2.4. 93

47. Auseinandersetzung oder Ausgrenzung?

Christine Ostrowski zu ihrem Gespräch mit dem NO-Führer Maier

CD-Datei: daten/aksuche/ak353/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:46

Dokumentation

Auseinandersetzung

oder Ausgrenzung?

Christine Ostrowski zu ihrem Gespräch mit dem NO-Führer Maier

Fünfzehn Prozent der Menschen in diesem Land sind Träger rechten oder rechtsextremen Gedankenguts, nehmen dieses an und sympathisieren damit. Rechte und rechtsextreme Parteien sind bestrebt, politischen Einfluß und Macht zu bekommen oder zu erweitern. Die Wahlergebnisse zeigen, daß dieser Einfluß wächst.

Außer der wesentlichen verbalen Verurteilung, Entlarvung und Analyse rechter/rechtsextremer Ideologien und Politik und Aufklärungsarbeit, hat die PDS bisher keine für die Öffentlichkeit erkennbare Strategie erarbeitet, wie sie mit dieser Situation umgehen will.

Insgesamt ist in der politischen Praxis ein "ausgrenzender Antifaschismus" (Thomas Kuczynski) dominierend. PDSler, Linke und wenige andere Demokraten bleiben, von wenigen Ausnahmen abgesehen, unter sich und bestätigen sich gegenseitig ihre Meinungen. Die breite Öffentlichkeit, besonders die "schweigende" Masse der Bevölkerung wird nicht erreicht, die verantwortlichen Politiker auch nicht und die jugendlichen Rechten, um die es eigentlich geht, gleich gar nicht.

Die PDS wehrt sich (zu Recht) gegen die Rechtsentwicklung durch den Ausbau des Polizeistaates. Sie hat aber zugleich (historisch gesehen durchaus verständlich) auch ihre Schwierigkeiten, sich über demokratische, gesellschaftliche Instrumentarien mit der extremen Rechten auseinanderzusetzen. Gegen ein öffentliches Streitgespräch mit den Köpfen der Nazis wird argumentiert, man dürfe diesen Leuten keine Plattform bieten (als ob sie darauf noch angewiesen wären). Als praktizierbare Alternative hat die PDS aber eigentlich wenig anzubieten, außer ihrer Utopie einer Gesellschaft, in der die Wurzeln rechten Übels beseitigt sind, aber gleichzeitig weiß sie, daß diese gesellschaftliche Alternative so bald nicht in Sicht ist.

Währenddessen schlagen sich Rechte und manche "radikale" Linke immer wieder die Köpfe ein, zertrümmern sich gegenseitig ihre Klubs, Häuser und Kneipen und beschuldigen sich gegenseitig der Urheberschaft, und dabei wird ab und an auch mal ein Mensch umgebracht oder kommt "zufällig" zu Tode. Demonstrationen, die Autonome gegen die Nazis machen, sind in der Regel für den größten Teil der Bevölkerung abschreckend, weshalb, wie man bemerkt, die "Normalbürger" sich von solchen Aktivitäten fernhalten. Aber es entsteht eine Stimmung, die es den Herrschenden erleichtert, "rechte und linke Radikale" gleichzusetzen und ihre Konzepte des Ausbaus der staatlichen Gewalt durchzusetzen.

Die rechten Parteien sind streng hierarchisch aufgebaut, Disziplin, Ordnung, "Befehlsausführung" sind Prinzip. Daraus folgt, daß die Führer der Rechten die eigentlichen Macher sind, die eigentlich Gefährlichen, die eigentlich Cleveren, und sie sind zum Teil ausgesprochen belesen, intelligent, politisch und rhetorisch begabt. Und natürlich nicht durch Gespräch zu überzeugen. Um sich haben sie ihren "harten Kern" geschart, Personen mit ähnlichen Eigenschaften oder den Anlagen dazu oder Willen, so zu werden wie die Führer. Dann haben sie eine relativ große, auch wechselnde Anhängerschaft von Jugendlichen (in der Regel keine Parteimitglieder), die sie bei Demonstrationen, Überfällen, Aktionen zu mobilisieren in der Lage sind. Das sind jene jungen Leute, die aus Antihaltung, Trotz, Protest, Abenteuer, Unklarheit, Anerkennungsbedürfnis, menschlichem Kontaktbedürfnis, Gruppentrieb, Emotion, nicht vorhandenen Alternativen usw. sich beeinflussen lassen, sich in der Menge stark, selbstbestätigt und als Helden fühlen.

Herr Mayer, sächsischer Chef der verbotenen NO, macht mir das Angebot zu einem Gespräch. Ich nehme an, weil ich der Meinung bin, daß das Gespräch immer der Gewalt vorzuziehen ist. Im Prohliser Jugendclub in Dresden, bekannt als Treffpunkt von Anhängern der NO, wurden gerade mal wieder Jugendliche von Rechtsradikalen zusammengeschlagen. Also versuche ich, den "Chef" der Rechten zu einer Deeskalation zu bewegen. Ich erfahre von Herrn Mayer, daß er und seine Anhängerschaft an dem Projekt eines geplanten

Jugendhauses beteiligt sind. Ich ermutige linke Jugendliche, Mitglieder des "Roten Baum" e.V. sich ebenfalls dort zu engagieren, um erstens, den anderen nicht allein das Feld zu überlassen, und zweitens, die Möglichkeit zu nutzen, mit "rechten" Jugendlichen ins Gespräch zu kommen.

Herr Mayer erzählt mir über die politischen Ziele seiner verbotenen Partei. Aus berufenem Munde erfahre ich, daß sich die Rechten bei den Landtagswahlen auf Sachsen konzentrieren werden. Eine sehr wichtige Information. Dürfen wir zulassen, daß sozial aufgepeppte faschistische Demagogie die Antwort vieler Menschen auf die für die enttäuschende Politik der CDU wird?

Eine Annäherung meinerseits an Herrn Mayers Positionen oder gar eine Übereinstimmung hat es nicht gegeben und wird es nicht geben. Im übrigen: Ich bin lernfähig und lasse mich gern überzeugen. Vielleicht gibt es erfolgreichere Konzepte als die meinen, um die Nazis aus den Köpfen zu vertreiben, ich kenne sie noch nicht!

aus: Junge Welt, 13.3.93

48. Antifa-Treffen

CD-Datei: daten/aksuche/ak353/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:47

Für Sonntag, den 18.4. lädt die KB-Mehrheit zu einem "brainstorming" über Antifa-Aktivitäten nach Hamburg ein. Angesichts des bevorstehenden "Superwahljahres" 1994, für das als Ergebnis ein breitangelegter Einzug von Faschisten in die Parlamente zu befürchten steht, soll über anstehende Aktivitäten und deren politische Orientierung diskutiert werden.

Das Treffen ist als offenes Arbeitstreffen angelegt, die Antifa-AktivistInnen und -Interessierten unter den ak-LeserInnen sind herzlich eingeladen.

Kontakt: Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Tel. 040/435320, FAX 040/4394265

49. Schwangerschaft im Zeitalter der Technokratie

CD-Datei: daten/aksuche/ak353/erika.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:erika

"Alle hatten Anteil daran, daß Brittas Geburt so gut verlief: die Ärzte, die Pfleger, die Schwestern und sony." Auf solche Weise wirbt der japanische Konzern für ein neues Ultraschallgerät. Daß ohne eine neun Monate lang schwangere Frau die Geburt von Britta nicht möglich gewesen wäre, scheint der Erwähnung nicht wert.

Diese zynische Mißachtung ist Ausdruck einer medizinischen Tendenz, die die Persönlichkeitsrechte von (schwangeren) Frauen mit Füßen tritt. Der "Erlangener Fall" vom Herbst letzten Jahres, bei dem die verunglückte Marion Ploch mehrere Wochen am Sterben gehindert wurde, weil sie im vierten Monat schwanger war, war nur die konsequente Umsetzung eines juristisch und ideologisch flankierten Programms: Frauen werden hinabdefiniert zur "Umgebung" des "Fötus"; dieser hingegen wird aufgewertet zum "Patienten" und zum Emblem des Lebens schlechthin.

Nicht die Sorge um das "ungeborene Leben" jedoch ist das Motiv der pränatalen medizinischen Forschung. Längst sind schwangere Frauen zu Produktionsstätten eines begehrten Grundstoffs geworden: Fötales Gewebe findet z.B. Verwendung bei der Impfstoffgewinnung oder in der Krebs- und AIDS-Forschung, es wird bei Knochenmarkstransplantationen benutzt oder in Gehirne verpflanzt.

Erika Feyerabend vom Essener Genarchiv setzt sich in ihrem Artikel mit diesen Aspekten kapitalistischen Verwertungsinteresses auseinander und überlegt, wie der technokratischen Totalität moderner Medizin zu begegnen sei. S. 15

50. Quelldatei inter.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak353/inter.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:inter

Israel

Durch die Verbannung der 413 Palästinenser steckt Israel in einer selbstgestellten Falle, aus der die von der Arbeitspartei geführte Regierung durch immer mehr Gewalt zu entkommen versucht. In den sechs Monaten unter Rabin war die Zahl palästinensischer Todesopfer höher als im letzten halben Jahr der Likud-Regierung.

Seite 31

Südafrika

Drei Jahre nach der Legalisierung des ANC ist weiter offen, ob ein Machtwechsel auf dem Verhandlungswege möglich ist. Für 1994 sind allgemeine Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung im Gespräch.

S.32

Frankreich

Nicht nur die schwer geschlagenen französischen Sozialisten erhoffen sich von der nahen Zukunft eine "Neukonstituierung" der Linken. Anmerkungen zum Wahlergebnis und zu dem von Michel Rocard vorgeschlagenen "big bang" auf

Seite 3

Kuba

Bei den kubanischen Wahlen blieb die von antikommunistischen "Kuba-Experten" herbeigewünschte Ohrfeige für Fidel Castro aus. Das Wahlergebnis signalisiere "große Zustimmung für den gegenwärtigen Kurs", meint unser Autor auf

Seite 29

51. Quelldatei plakat.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak353/plakat.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:plakat

Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH

Schulterblatt 58 2000 Hamburg 36

Redaktion und Verlag

Telefon 040 / 43 53 20

Telefax 040 / 439 420 65

ak Analyse und Kritik

Zeitung für linke Debatte und Praxis

Liebe BuchhändlerInnen, liebe FreundInnen,

dieses Mal findet Ihr neben der neu erschienen Ausgabe des ak auch ein kleines Plakat zur Werbung für denselben in der Lieferung.

Wir möchten Euch bitten, dieses Plakat in Euren Verkaufsräumen, Schaufenstern oder wo es sonst noch paßt, aufzuhängen, anzubringen. Vielleicht können wir ja damit sowohl Eure Verkaufszahlen als auch den Bekanntsheitsgrad des ak ein wenig steigern.

Solidarische Grüße

Redaktion und Vertrieb

52. Quelldatei rot2.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak353/rot2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:rot2

Antifa

Je stärker die Faschisten, desto schriller die Überlegungen, wie ihnen zu begegnen ist. Die stellvertretende Parteivorsitzende der PDS trifft sich geheim mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der "Nationalen Offensive", um ausgerechnet über die Verhinderung von Gewalt zu sprechen. Das Stichwort heiß: nicht "ausgrenzenden Antifaschismus".

Seite 36

Barbarei

Kann Kunst ein Ereignis wie die Pogromnacht 1938 erfahrbar machen? Das Bild sicherlich, aber auch die Musik? Der New Yorker Avantgardemusiker John Zorn hat sich daran versucht.

Seite 38

Abschied

von Gerhard Bögelein. Er starb am 9. März in Hamburg, nur wenige Wochen nachdem ihm schwerkrank Haftverschonung gewährt wurde. Auszüge aus dem letzten Interview mit ihm auf

S. 21

53. Quelldatei schweine.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak353/schweine.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:schweine

Ein Beitrag zur Identitätsfindung in Deutschland, +

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

Papieraufkleber, 10 Stück 1,50

10,0 x 7,6 cm

schwarz/weiß, 100 Stück 12,00

zuzügl. Porto

, +

Zu beziehen über: Antifa AG c/oHamburger Satz- u. Verlagskooperative,, Schulterblatt 58,, 2 HH 36

, +

54. Quelldatei spenden.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak353/spenden.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:spenden

Spendenergebnis

Summe bis 10.3.93 35313,54

J.W., Bremerhaven 50,00

KB Bremerhaven 200,00

K.M., Hamburg 20,65

A.B., Neu-Ulm 12,00

Kl., Braunschweig 1000,00

W.P., Rickling 10000,00

H.Lux, Köln 2000,00

ZAK Tübingen 300,00

F.G., Costa Rica 100,00

A.K., Frankfurt 90,00

R.F., Wien 100,00

U.S., xy 100,00

G.P., Zürich 200,00

A.H., Mosbach 100,00

H.F., Tübingen 200,00

G.M., Darmstadt 250,00

L.G., Köln 50,00

R., Braunschweig 500,00

F.P., Hamburg 200,00

R.K., Heidelberg 50,00

T.Sch., Koblenz 60,00

KB-Göttingen 3000,00

U.K., Hamburg 300,00

Summe total 54196,19

Wir danken allen SpenderInnen für dieses großartige Spendenergebnis, das uns für dieses Jahr die finanzielle Sicherung des AK erlaubt. Insbesondere danken wir W.P., der nahezu ein Drittel der Spenden allein getragen und uns übrige SpenderInnen fast ein bißchen beschämt hat.

55. Quelldatei weiterst.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak353/weiterst.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:353:weiterst

Technische Perfektion imponiert vielen in diesem Land - auf beiden Seiten der Barrikade. Der Hamburger VS-Chef Uhrlau zeigte darüber hinaus politische Auffassungsgabe, indem er Weiterstadt "die Antwort auf 1992" nannte: auf die vom "Waffenstillstandsangebot" der RAF völlig ungerührte Fortsetzung des Vernichtungsprogramms gegen die Gefangenen. Im ak eine Bilanz von 22 Jahren Isolationshaft und der neuen Verfahren ab Seite 22; eine Analyse des zerbröselten High-Tech-Knasts Weiterstadt ab Seite 4.